



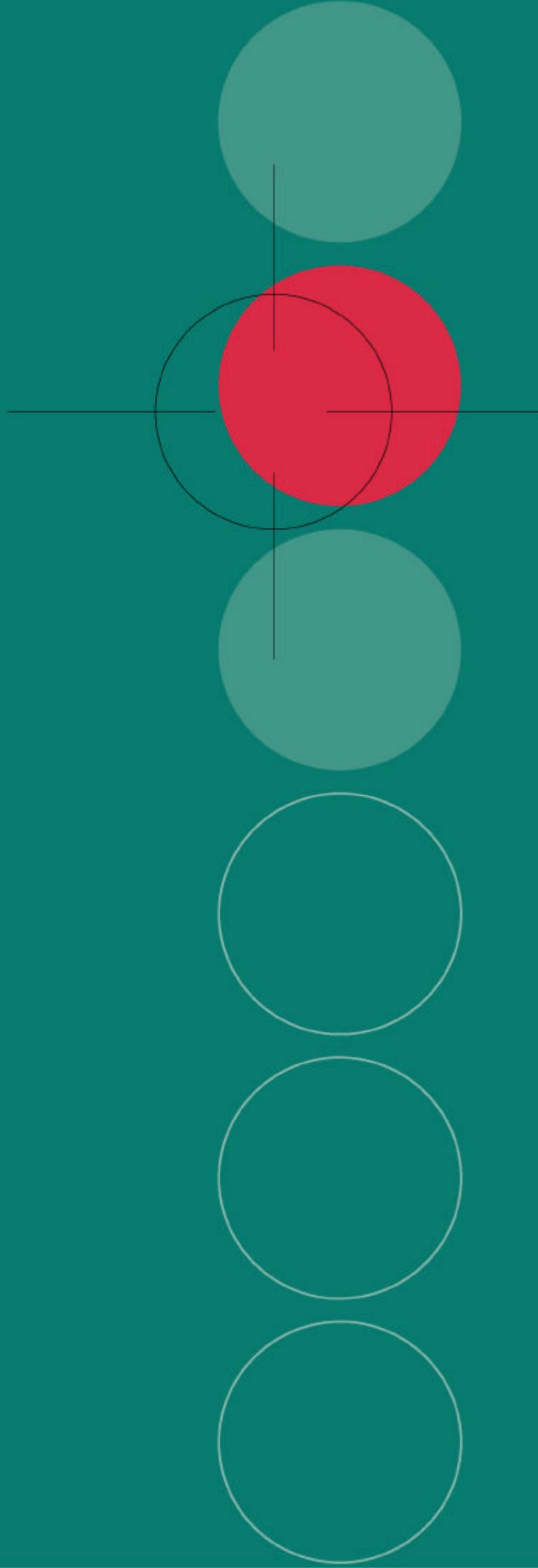
ÖSTERREICHISCHE
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

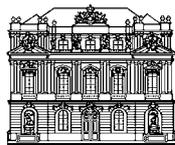


INSTITUT FÜR
TECHNIKFOLGEN-
ABSCHÄTZUNG

**PARTIZIPATIVE
POLITIKBERATUNG
AM BEISPIEL DER
BÜRGERINNEN-
KONFERENZ 2003
(ANALYSE)**

ENDBERICHT





**PARTIZIPATIVE
POLITIKBERATUNG
AM BEISPIEL DER
BÜRGERINNEN-
KONFERENZ 2003
(ANALYSE)**

ENDBERICHT

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG
DER ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Alexander Bogner

unter Mitarbeit von
Harald Puchrucker und René Zimmer

STUDIE MIT UNTERSTÜTZUNG DURCH DEN
RAT FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIEENTWICKLUNG
UND DEN
WIENER WISSENSCHAFTS-, FORSCHUNGS- UND TECHNOLOGIEFONDS

WIEN, AUGUST 2004

Inhalt

Zusammenfassung.....	I
Ergebnisse und Empfehlungen.....	III
1 Einleitung.....	1
2 Die österreichische BürgerInnenkonferenz „Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“.....	5
2.1 Vorlauf.....	5
2.1.1 Expertise.....	6
2.1.2 Moderation.....	7
2.2 Ablauf.....	7
2.2.1 Informationsmaterial.....	7
2.2.2 ExpertInnenauswahl.....	8
2.2.3 Laienauswahl.....	8
2.2.4 Arbeits-Wochenenden.....	9
2.2.5 Konferenz.....	9
2.3 Nachlauf.....	10
3 Partizipation im Ländervergleich.....	11
3.1 Dänemark.....	11
3.2 Großbritannien.....	12
3.3 Schweiz.....	13
3.4 Deutschland.....	13
3.5 Österreich.....	14
3.6 Schlussfolgerungen.....	16
4 Methodische Vorgehensweise.....	17
5 Analyse der BürgerInnenkonferenz.....	19
5.1 Erwartungen und Zielvorstellungen der Akteure.....	19
5.1.1 Zielvorstellungen der Veranstalter.....	20
5.1.2 Zielvorstellungen der Arbeitsgruppe.....	21
5.1.3 Politikberatung und Faktenwissen: Die Erwartungen der Laien.....	23
5.1.4 „Es war irgendwie in der Mitte hindurch“: Die Erwartungen der ExpertInnen.....	25
5.1.5 Zwischenfazit.....	26
5.2 Exkurs: Unabhängigkeit des Verfahrens?.....	27
5.3 Zur Themenwahl.....	29
5.3.1 Themenwahl der Organisatoren.....	29
5.3.2 Eingrenzung des Themas durch die Laien.....	29
5.3.3 Die Rolle des „Framing“ für die Themenwahl.....	33
5.3.4 Zwischenfazit.....	35
5.4 Das Laienpanel.....	36
5.4.1 Die Zusammensetzung des Laienpanels.....	36
5.4.2 Motivation und Erwartungen der BürgerInnen.....	37
5.4.3 „Repräsentativität“ der Auswahl?.....	39
5.4.4 Zwischenfazit.....	40
5.5 Die Auskunftspersonen.....	41
5.5.1 Zur ExpertInnenauswahl.....	41
5.5.2 Die Motivation der ExpertInnen zur Teilnahme.....	43
5.5.3 Zur Interaktion zwischen den ExpertInnen.....	45
5.5.4 Zwischenfazit.....	45
5.6 Raumwahl und Sitzanordnung.....	46
5.6.1 Allgemeine Anforderungen.....	46
5.6.2 Die Situation bei der BürgerInnenkonferenz.....	47
5.6.3 Zwischenfazit.....	48

5.7	Interaktion, Meinungsbildung und Wissensstand.....	48
5.7.1	Wissenszuwachs bei Laien und ExpertInnen.....	48
5.7.2	Zur Meinungsbildung.....	50
5.7.3	Zur Erwartungshaltung der ExpertInnen.....	53
5.7.4	„Es war nur eine Befragung“: Zur Interaktionskonstellation.....	54
5.7.5	Unkritische Laien?.....	56
5.7.6	Zwischenfazit.....	57
5.8	Zur Moderation.....	58
5.8.1	Anforderungen an die Moderation.....	58
5.8.2	Die Moderation der BürgerInnenkonferenz.....	59
5.8.3	Bewertung der Moderation.....	61
5.8.4	Zwischenfazit.....	63
5.9	Die Stellungnahme der Laien.....	63
5.9.1	Wie ist die Stellungnahme zustande gekommen?.....	64
5.9.2	Bewertung der Stellungnahme.....	65
5.9.3	Zwischenfazit.....	71
5.10	Die Resonanz der BürgerInnenkonferenz.....	72
5.10.1	Zur Öffentlichkeitsarbeit von comma.....	72
5.10.2	„Es war ein Heimmatch“: Zum Besuch der Veranstaltung.....	74
5.10.3	Die mediale Resonanz.....	75
5.10.4	Keine Resonanz in der Politik.....	78
5.10.5	Die Resonanz in der Wissenschaft.....	80
5.10.6	Anforderungen an die Medienarbeit.....	81
5.10.7	Zwischenfazit.....	82
5.11	Die Kosten der österreichischen BürgerInnenkonferenz.....	83
6	Fazit und Ausblick.....	85
6.1	Schlussfolgerungen.....	85
6.2	Wie weiter? Konkrete Empfehlungen.....	89
	Literatur.....	95
	Anhang.....	99
	Abkürzungsverzeichnis.....	99
	Programm der BürgerInnenkonferenz.....	100
	Bilder von der öffentlichen Konferenz.....	102
	Die Mitglieder des BürgerInnenpanels.....	103
	Die Auskunftspersonen.....	104
	Fragebogen an die Laien.....	106
	Leitfaden für qualitative Interviews.....	120
	Verzeichnis von Bürger- und Konsensuskonferenzen.....	122

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 5.10-1: Medienberichte zur BK im Zeitverlauf.....	75
Tabelle 5.7-1: Wissensstand der Mitglieder der Bürgergruppe zu verschiedenen Begriffen der Bio- und Gentechnik (dargestellt in Mittelwerten; 1= sehr gute Kenntnis, 5 = Unwissen).	49
Tabelle 5.11-1: Kosten von BKs in Europa (in €), incl. Personalkosten, excl. Evaluation	83

Zusammenfassung

Die BürgerInnenkonferenz „Genetische Daten – woher, wohin, wozu?“ wurde vom 20. bis 23. Juni 2003 in Wien von der PR-Agentur „communication matters“ als Teil einer „Public-Awareness“-Kampagne des Rats für Forschung und Technologieentwicklung zum Thema Innovation durchgeführt. Trotz zeitlicher Verzögerung und ökonomischer Engpässe wurde der Nachweis erbracht, dass dieses partizipative Verfahren auch in Österreich durchgeführt werden kann.

Der institutionelle Kontext des Projekts erwies sich insofern als problematisch, als potenzielle Akteure der BürgerInnenkonferenz mangelnde Glaubwürdigkeit attestierten. Mit der konkreten Form der Durchführung hat der Veranstalter diese Bedenken entkräftet.

Für die wissenschaftliche Beratung wurde eine Arbeitsgruppe aus Natur- und SozialwissenschaftlerInnen hinzu gezogen. Eine klare Zielvorstellung wurde für diese BürgerInnenkonferenz aber nicht entwickelt. Das Verfahren wurde vor allem unter dem pragmatischen Gesichtspunkt des reibungslosen Ablaufs durchgeführt. Aus unserer Analyse ergibt sich folgendes Bild:

Das gewählte Thema war diffus. Die Laien hatten Schwierigkeiten mit dessen Eingrenzung, und für die Medien war es aufgrund mangelnder Aktualität wenig attraktiv. Die Auswahl an ExpertInnen war in manchen Bereichen zu gering. Die finanziellen Mittel ließen es jedoch nicht zu, ExpertInnen aus dem deutschsprachigen Ausland zu rekrutieren. Die Auswahl der TeilnehmerInnen war sorgfältig und ausgewogen. Das Laienpanel erwies sich als sehr harmonisch. Im Verlauf des Projekts ließ sich bei den Laien ein substanzieller Wissenszuwachs feststellen.

Die äußerst schwach besuchte öffentliche Konferenz war durch eine sehr schematische Kommunikation zwischen Laien und ExpertInnen geprägt. Es gab nur wenig Diskussion. Auch im Vorfeld der Konferenz waren die Laien sehr stark an Fakten, weniger an Bewertungen und ethischen Implikationen interessiert. Die Stellungnahme der BürgerInnen ist inhaltlich wenig bemerkenswert und stark von den Aussagen der ExpertInnen geprägt.

Die Moderation achtete sehr auf Neutralität und die Herstellung von Gruppenharmonie. Lebhaften Kontroversen stand die starke Harmonieorientierung allerdings im Wege. Der gruppensdynamische Akzent erforderte einen zweiten Moderator. Dies führte im konkreten Fall zu einer unklaren Trennung zwischen Projektmanagement und Moderation.

Die BürgerInnenkonferenz fand weder in der Politik noch in den Printmedien nennenswerte Beachtung, allein der ORF war responsiver. Bei der Durchführung einer neuen BürgerInnenkonferenz stellt u. E. die Erfüllung der folgenden Anforderungen die zentrale Voraussetzung dar:

- Präzisierung der Zielvorstellungen in einem ausgearbeiteten Projektentwurf mit klarer Arbeitsteilung zwischen konzeptionellen und operativen Aufgaben
- Rückhalt in der Politik
- Einbeziehung der Printmedien im Vorfeld
- Aktuelles und entscheidungsrelevantes Thema
- Ausrichtung der Gruppendynamik auf Diskussion, normative Aussagen und die Artikulation von Dissens.

Ergebnisse und Empfehlungen

Zusammenfassend lassen sich die Stärken und Schwächen der österreichischen BürgerInnenkonferenz (BK) „Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“ folgendermaßen charakterisieren:

Stärken der BK

- Von Pragmatismus geprägte Zusammenarbeit von comma und Arbeitsgruppe im Hinblick auf eine möglichst reibungslose Durchführung der BK
- Nachvollziehbare und ausgewogene Auswahl der Laien
- Substantieller Wissenszuwachs bei den Laien
- Orientierung der Moderation am Prinzip der Neutralität
- Herstellung einer arbeitsfähigen Laiengruppe durch die Moderation
- Formulierung einer Stellungnahme durch das Laienpanel
- Glaubwürdigkeitsgewinn für die PR-Agentur mit der Durchführung der BK
- Erfahrungszuwachs für die Organisatoren mit dem unbekanntem Instrument „BK“
- Erfolgreiche Beendigung der BK trotz eines vergleichsweise knappen Budgets.

Schwächen der BK

- Fehlende konzeptionelle Debatte im Vorfeld, daher fehlende Klärung der Zielvorstellungen
- Fehlende Klarstellung der Rollenverteilung zwischen comma und Arbeitsgruppe von Beginn an
- Glaubwürdigkeitsprobleme des Veranstalters, die nicht konstruktiv angegangen wurden
- Diffuses, wenig aktuelles Thema
- Moderation: Gruppendynamik als Selbstzweck
- Keine klare Rollenverteilung zwischen Moderation und Projektmanager
- Kein Geld für notwendige (ausländische) Expertise
- Keine lebhaften Diskussionen auf der öffentlichen Konferenz
- Wenig bemerkenswerte Stellungnahme
- Geringe Resonanz in den Medien und in der Politik
- Vergleichsweise geringe Mittel für dieses Experiment.

Im Einzelnen ergibt unsere Analyse für die zentralen Aspekte des Verfahrens folgende Ergebnisse:

Zielvorstellungen: Die BK war vom Veranstalter nicht als wissenschaftliches Projekt aufgesetzt worden, eine Klärung der zugeordneten Funktion sowie der sich daraus ergebenden operativen Aufgaben wurde daher nicht geleistet. Auch von Seiten der Arbeitsgruppe wurde dies nicht zum Gegenstand weiterführender Diskussionen gemacht. Eine solche Klärung der Zielvorstellungen ist jedoch insofern unabdingbar, als partizipative Verfahren ganz unterschiedlichen Zielen dienen können und sich aus unterschiedlichen Zielorientierungen auch ganz verschiedene Anforderungen an die Organisation ergeben. Die Erfolgskriterien der Veranstaltung blieben daher recht diffus, andererseits wurden sie auch bescheiden im Sinne eines operativen Pragmatismus – die bloße Abhaltung der Konferenz galt bereits als ein Erfolg.

fehlende Klärung der Zielvorstellungen

**Vorwurf mangelnder
Glaubwürdigkeit als
Belastung für Verfahren,
durch Verfahren nicht
bestätigt**

Glaubwürdigkeit der Veranstalter: Die BK wurde im Kontext einer Werbekampagne zur Innovationsförderung durchgeführt. Gegenüber der PR-Agentur als Veranstalterin wurde zeitweise der Vorwurf der Unglaubwürdigkeit erhoben. Diese Vorbehalte wirkten sich auf den Fortgang und den Erfolg der BK belastend aus. Der Vorwurf beruhte auf der Annahme, aufgrund ökonomischer Motive komme es zu Beeinflussungen oder Einseitigkeiten; dies lässt sich durch den Ablauf der BK nicht begründen. Da es also – bei entsprechender Rollenaufteilung – gegen die operative Beteiligung einer PR-Agentur an einer BK keine prinzipiellen Einwände gibt, muss man in Zukunft – sofern schon frühzeitig Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Veranstalters geäußert werden – auf eine noch sorgfältigere Kommunikation des Vorhabens, seiner Funktion und Ziele sowie der unterschiedlichen Rollen der Beteiligten im Vorfeld achten. Einfacher wäre es, wenn eine angesehene öffentliche Institution als letzter verantwortlich in Erscheinung treten würde.

**diffuses, wenig
aktuelles Thema**

Themenwahl: Das Thema war diffus („Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“), die Laien hatten erhebliche Schwierigkeiten, daraus relevante Fragestellungen zu schmieden. Ein konkretes, entscheidungsrelevantes und politiknahes Thema wäre angemessener gewesen, nicht nur im Hinblick auf die mediale Resonanz, sondern auch mit Rücksicht auf den experimentellen Status der BK in Österreich – da es auch darum ging, das Verfahren zu etablieren, war die doppelte Bürde der Lancierung eines Themas und eines Verfahrens zu schwer.

**ausgewogene
Laienauswahl**

Laienauswahl: Die Laienauswahl wurde sehr sorgfältig und – soweit möglich – nach Gesichtspunkten der Repräsentativität durchgeführt. Das Laienpanel war einerseits in Bezug auf das Meinungsspektrum ausgewogen zusammengesetzt; andererseits gelang es, eine Gruppe zusammen zu stellen, die zu konstruktiver Gruppenarbeit im Stande war. Der oft erhobene Vorwurf, eine Gruppe von nur zwölf Personen sei notwendigerweise nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, beruht auf einem Missverständnis: Eine BK will in der Regel die Artikulation alternativer Sichtweisen und Wertvorstellungen organisatorisch ermöglichen. Das Laienpanel kann und soll nicht politisch entscheiden.

**kein Geld
für notwendige
(ausländische) Expertise**

ExpertInnenauswahl: Nur ein kleiner Teil der theoretisch verfügbaren ExpertInnen war der BK gegenüber aufgeschlossen. Auf sozialwissenschaftlicher Seite standen nicht genügend ExpertInnen zur Verfügung, von denen man erwarten konnte, dass sie kontrovers argumentieren. Für zukünftige Veranstaltungen sollte deshalb ein Thema gewählt werden, für das in Österreich eine ausreichende Zahl von ExpertInnen mit unterschiedlichen Positionen zur Verfügung stehen. Andernfalls muss es für die Veranstalter die Option geben, ExpertInnen aus dem (deutschsprachigen) Ausland zu verpflichten. Es ist nicht vertretbar, aus Kostengründen Kompromisse bezüglich der Meinungsvielfalt einzugehen.

**viel zu großer
Veranstaltungsraum**

Raumwahl: Die Infrastruktur des gewählten Orts für die öffentliche Konferenz (Radiokulturhaus) ist zwar sehr gut, im Hinblick auf die prinzipiell erwartbare Besucherzahl war der große Sendesaal jedoch eindeutig zu groß. Die gewählte Sitzanordnung wäre für einen konfliktorientierten Diskurs zwischen Laien und Experten durchaus geeignet gewesen. Die Rolle des Publikums muss von vornherein geklärt werden.

**substanzieller
Wissenszuwachs**

Wissensvermittlung: Der Wert einer BK bemisst sich immer auch daran, inwiefern es gelungen ist, das Laienpanel so weit mit dem Sachstand vertraut zu machen, dass eine informierte Bewertung möglich wird. Es lässt sich festhalten, dass sich der Wissenstand der BürgerInnen über die gesamte Laufzeit der BK hinweg substanziell verbessert hat.

Meinungsbildung: Der Prozess der Meinungsbildung war schon früh – mit der Formulierung von Fragen an die ExpertInnen – weitgehend abgeschlossen. Dies erklärt sich aus der Fixierung der Laien auf Sachfragen und die weitgehende Vermeidung von ethischen Fragen. Neben der starken Orientierung auf einen Gruppenkonsens waren die weitgehende Arbeitsteilung und das knappe Zeitbudget weitere Faktoren, die den Prozess der Meinungsbildung in einen Prozess der Informationsgewinnung und der Auseinandersetzung mit kognitiven Aspekten des Themas transformiert haben.

Interaktion zwischen Laien und ExpertInnen: Auf der Konferenz ergab sich eine sehr schematische Kommunikation. Dieser formale „Befragungs-Charakter“ der BK war ein Grund (unter anderen) dafür, dass kontroverse, moralisch aufgeladene oder in anderer Hinsicht weiter führende Diskussionspunkte vermieden wurden. Ethische Aspekte wurden in die Pausengespräche verbannt.

Moderation: Die Moderation hat eine gute Gruppendynamik ermöglicht und das Prinzip der Neutralität beherzigt. Eine willentliche Beeinflussung der Laien kann der Moderation nicht vorgeworfen werden. Allerdings wurde Neutralität streckenweise mit „Unsichtbarkeit“ der Moderation gleichgesetzt. Daher konnten offensichtliche Inszenierungen von Konsens seitens der ExpertInnen während BK nicht aufgebrochen werden. Außerdem stand die pädagogisch-gruppendynamische Orientierung so weit im Vordergrund, dass die Gruppenharmonie als Selbstzweck erschien. Für eine BK sollte ein(e) ModeratorIn ausreichen. Wir plädieren weiters für eine klare Trennung zwischen Moderator und Projektmanager. Die Doppelrolle als Projektmanager und Moderator ist letztlich – und ungeachtet der persönlichen Qualitäten – nicht optimal, weder für die Arbeit mit der Gruppe noch für den Output.

Stellungnahme: Die Bewertung der Stellungnahme ergibt sich aus der jeweiligen Funktionszuschreibung; diese war allerdings unklar, was eine Bewertung erschwerte. Unter den Vorzeichen von PUS ist das Votum einigermaßen geglückt. In Bezug auf weitergehende Ansprüche weist die Stellungnahme der Laien erhebliche Defizite auf. Es finden sich keine Anhaltspunkte dafür, was die spezifische Eigenleistung der Laien im Prozess der BK charakterisiert. So fehlt in dem Bürgervotum die Dokumentation der Entwicklung der Positionen (sowie eine Reflexion auf den auffallenden Konsens der BürgerInnen in allen Punkten). Es findet sich außerdem keine Reflexion des gruppeninternen Diskussionsprozesses. Inhaltlich werden keine alternativen Wertorientierungen zum Ausdruck gebracht; die Forderungen werden argumentativ nicht entwickelt und bleiben über weite Strecken pauschal.

Resonanz: Es fällt auf, dass die mediale Resonanz insbesondere bei den Printmedien, als „Barometer“ der Reaktion in der Öffentlichkeit verstanden, eher gering war, während der ORF offenbar etwas responsiver war. Trotz einiger ausführlicher Hörfunk-Sendungen und eines Fernsehberichts in der ZiB 2 ist festzustellen, dass die Resonanz gerade in den Printmedien, aber auch in der Politik und in der Wissenschaft enttäuschend war. In Bezug auf die Medien wäre die verstärkte „Betreuung“ einiger weniger Journalisten aus einflussreichen Printmedien ein gangbarer Weg zur Verbesserung der Resonanz. Vor dem Hintergrund eines offensichtlichen Desinteresses am Instrument „BK“ ist es ganz entscheidend, dass die mit der BK verbundenen Absichten und Zielvorstellungen präzisiert und kommuniziert werden, z. B. in Form von Workshops mit Medienvertretern aus Rundfunk und Printmedien.

Aus der Analyse dieser zentralen Aspekte des Verfahrens ergeben sich einige wichtige Empfehlungen.

**auf Sachfragen fixierter
Meinungsbildungsprozess**

**keine lebhaften
Diskussionen auf der
öffentlichen Konferenz**

**Gruppendynamik
als Selbstzweck**

**problematische
Doppelrolle**

**wenig bemerkenswerte
Stellungnahme**

**geringe Resonanz in
den Printmedien und in
der Politik**

Empfehlungen

Zielvorstellungen präzisieren („Mission statement“)	Eine BK ist kein Selbstläufer, sondern es braucht konkrete Zielvorstellungen, die im Vorhinein entwickelt werden müssen, um eine entsprechende Gestaltung zu ermöglichen. Die einzelnen Schritte (Auswahl des Themas, der Experten, der Moderation usw.) sind dann nichts anderes als Operationalisierungen eines solchen Zieles. Indem man sich von vornherein über das Konzept klar ist, werden die weiteren Planungen wesentlich erleichtert. Ein Mittel, um hierüber Klarheit zu erhalten, ist die Erarbeitung eines „Mission Statements“.
Projektentwurf entwickeln	Auf dieser Basis lassen sich Zielvorstellungen und sich daraus ergebende Operationalisierungsschritte in einem detaillierten Projektentwurf entwickeln. Damit werden der Aufwand und das Zeitmanagement realistischer. Außerdem erhöht eine solche konzeptionell anspruchsvollere Projektbeschreibung die eigene Glaubwürdigkeit (wesentlich für die Funktion der Public Relation) und die Transparenz.
klare Arbeitsteilung definieren	Die Rollen der Beteiligten müssen klar sein. Eine deutliche Arbeitsteilung zwischen operativer und konzeptioneller Arbeit ist für die Glaubwürdigkeit nach außen essentiell und ein Mittel gegen Selbstüberforderung. Für die Profilierung der BK braucht es eine klare, bereits im Projektantrag zu beschreibende Arbeitsteilung, die dann auch nach außen kommuniziert werden muss. Gegen die operative Einbindung einer PR-Agentur bei der Durchführung von BKs ist prinzipiell nichts einzuwenden, wenn diese bereits Erfahrung besitzt.
Arbeitsgruppe stärken	Die Arbeitsgruppe – das „Rückgrat“ des Verfahrens – muss in ihrer Rolle gestärkt werden. Die Mitglieder müssen motiviert sein, in die Vorbereitungen frühzeitig eingebunden werden und Verantwortung tragen, die auch sichtbar wird. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe ist nicht zuletzt die Feststellung (und Kommunikation nach außen), um was es im Verfahren geht, also die Konzeption. Es empfiehlt sich, die Mitglieder der Arbeitsgruppe angemessen zu entlohnen.
Unterstützer-Plattform konstituieren	Ein breites Netzwerk an Institutionen und Personen aus Politik und Wissenschaft ist für die Resonanz einer BK wichtig. Dies umfasst eine denkbare Kooperation auf institutioneller Ebene (z. B. Bioethikkommission) oder den Einbezug biopolitisch Interessierter oder Zuständiger auf der politischen Ebene. Dies muss von vornherein organisiert werden und kostet einiges an Zeit und Geld. Wichtig wäre es, sich frühzeitig der Unterstützung von Prominenten zu versichern. Eine besonders wichtige Frage ist auch, wie das Interesse von Journalisten geweckt werden könnte. Eine Einbindung von Beginn an wäre empfehlenswert, wobei ein Medien-Mix anzustreben wäre.
Vernetzung und Kooperation sichern	In organisatorischer Hinsicht ist zweifellos eine Professionalisierung im Sinne der Kooperation mit anderen Institutionen in diesem Bereich notwendig (z. B. mit TA-Swiss, Dänischem Technologierat etc.), dazu ist Wert auf wissenschaftliche Fortbildung zu legen (Konferenzen usw.).
aktuelles Thema wählen	Das gewählte Thema sollte aktuell sein und einen gewissen Entscheidungsbezug aufweisen. Es muss eine Anbindung an Diskurse geben („Framing“) und darf nicht diffus sein. Eine persönliche Betroffenheit der Laien ist nicht notwendig. TA-relevante Themen, die sich derzeit anbieten, sind z. B. aus dem Bereich der Biotechnologie die Stammzellforschung und die PID. Für die Stammzellforschung spricht, dass hier aufgrund der derzeitigen politischen Situation eine begleitende oder vorausschauende TA möglich ist, evtl. sogar als europäische Verbundveranstaltung. Gerade auf europäischer Ebene (6. Rahmenprogramm) ist das Thema noch nicht entschieden. Im Zuge der Nachbesserung des österreichischen Gentechnikgesetzes wird die PID zwangsläufig ein Thema werden. Die PID ist bereits von der Bioethikkommission in einer Stellungnahme aufgegriffen worden.

Das Informationsmaterial sollte sich nicht bloß auf die naturwissenschaftlichen Grundlagen beschränken, sondern interdisziplinär sein (z. B. im gegenständlichen Fall neben Naturwissenschaft und Medizin auch Ethik, Recht, Soziologie, etc.), damit sichergestellt ist, dass die unterschiedlichen Aspekte des Themas angemessen behandelt werden können.

**interdisziplinäres
Informationsmaterial**

Versteht sich der/die ModeratorIn als Anwalt der Laien gegenüber den Ansprüchen des Verfahrens, so ist der/die ProjektmanagerIn Anwalt des Verfahrens – beide Funktionen sind antagonistisch und lassen sich nicht in einer Person vereinen. Das Projektmanagement hat darauf zu achten, dass das Verfahren den gewünschten Erfolg zeitigt, dass z. B. die Diskussion lebhaft und das Schlussdokument gehaltvoll und umfassend ist, so dass auch das notwendige Interesse der Medien geweckt wird. Konflikte zwischen Projektmanagement und Moderation sind durchaus denkbar und oft nicht zu vermeiden, sie ergeben sich aus der unterschiedlichen Interessenlage.

**Trennung der Funktion
von ProjektmanagerIn
und ModeratorIn**

Die Moderation darf sich nicht auf Herstellung von Gruppenharmonie beschränken. Man braucht weniger Mediation als die Ermöglichung der Artikulation von Dissens auf Seiten der Laien. Mit anderen Worten: Eine Moderation, die einzig darauf achtet, dass sich die Laien untereinander gut verstehen und wohl fühlen, geht an einem wesentlichen Ziel der BK vorbei, nämlich dass die Laien in die Lage versetzt werden, mithilfe begründeter Argumente Konflikte anzuzetteln und auszudiskutieren – intern und v. a. gegenüber den ExpertInnen. Dazu braucht es eine Moderation, die sich über das Konzept der BK im Klaren ist.

**Moderation:
Mut zum Dissens**

Die ExpertInnenauswahl sollte auf möglichst breiter Grundlage erfolgen. Sollte die erforderliche Meinungsvielfalt nicht gesichert sein (was in einem kleinen Land wie Österreich durchaus denkbar ist), ist diese durch Beiziehen von ausländischen (aber deutschsprachigen) ExpertInnen sicher zu stellen, auch wenn das mit erhöhtem Aufwand verbunden ist. Die Bedeutung der ExpertInnenauswahl für die Resonanz bei den Medien sollte nicht unterschätzt werden: je prominenter und kontroverser die ExpertInnen, desto höher die Chancen auf Resonanz.

**ausgewogene
ExpertInnenauswahl
ermöglichen**

Die ExpertInnen hatten teilweise kein wirklich plastisches Bild von den Zielvorstellungen, die mit der gegenständlichen BK verbunden waren. Insofern taten sich viele ExpertInnen offenbar schwer, sich spezifisch auf diese Veranstaltung vorzubereiten. Extreme Ergebnisse waren etwa die Vorbereitung langer Fachvorträge oder wenig ausgereifte ad-hoc Statements. Im Sinne der Belebung der Diskussion und für einen reibungsloseren Ablauf wäre es wichtig, den ExpertInnen deutlich zu machen, in welcher Situation sie sich auf dem Podium befinden, was von ihnen erwartet wird und wie sie sich darauf vorbereiten können. Mit der Zeit wird sich auch eine Anzahl von BK-erfahrenen ExpertInnen ergeben, auf die zurückgegriffen werden kann.

**Vorbereitung der
ExpertInnen steuern**

Eine lebhaftere Diskussion auf der eigentlichen Konferenz ist essentiell sowohl für die Meinungsfindung der Laien als auch für das Interesse der Medien. Das bloße Verlesen von Statements und einige wenige Verständnisfragen sind hierfür denkbar ungeeignet. Vielmehr sollen die Laien Gelegenheit erhalten, allfällige Diskrepanzen und Probleme in den Aussagen der ExpertInnen zu überdenken. Es empfiehlt sich daher, mindestens zwei Runden mit den gleichen ExpertInnen durchzuführen, zwischen denen eine Beratungsphase der Laien liegt. Hier hat auch der Projektmanager dafür zu sorgen, dass die Laien die ExpertInnen-Statements kritisch überdenken; notfalls muss er auf Ungereimtheiten hinweisen.

**für lebhaftere Diskussion
sorgen**

kleineren Veranstaltungsraum wählen	Der große Sendesaal des ORF war in jedem Fall zu groß, mit mehr als 100 Interessierten ist erfahrungsgemäß kaum zu rechnen. Derart große Säle unterstützen das Bild mangelnden Interesses – für die Medienresonanz besonders ungünstig.
mehr Zeit zum Diskutieren/Bericht schreiben nach der Konferenz vorsehen	Obwohl bei der gegenständlichen BK kein Zeitproblem aufgetreten ist (aufgrund mangelnder Diskussion), besteht prinzipiell die Gefahr der Gruppenüberforderung durch Zeitmangel. Zeitdruck und Arbeitsüberlastung unterstützen das Sammeln von Textbausteinen. Die Stellungnahme wird dann eher zu einer strukturierten Sammlung von ExpertInnen-Statements als zu einer genuinen Aussage des Laienpanels, sie bietet wenig Freiraum für die Diskussionsergebnisse und erscheint sehr „info- und experten-lastig“. Zeitdruck führt auch dazu, dass der Primat auf das Verfassen des Textes gelegt wird und nicht auf die Diskussion. Die Gefahr besteht, dass die Meinungen der ExpertInnen nicht „verarbeitet“ werden. Daher sollten die Experten nicht nur zum Abliefern der vorgefertigten Stellungnahmen eingeladen werden, sondern länger anwesend sein (möglichst mit Pause, siehe oben).
Stellungnahme muss bestimmte Qualitätskriterien erfüllen	Die Stellungnahme ist in ihrer Funktion als Dokument (Ergebnis des Meinungsfindungsprozesses des Laienpanels) sowie als „Disziplinarinstrument“ (Anreiz zur konstruktiven Diskussion) wichtig. Die Orientierung auf den Output darf nicht zu standardisierter Kommunikation und wenig lebhafter Faktenabfrage führen. Daher muss im Vorfeld der Konferenz sowohl der politische Stellenwert der Veranstaltung sowie die Bedeutung von Dissens und Konflikt reflektiert werden. Ein nicht auflösbarer, aber öffentlicher ausgetragener Grundlagenstreit innerhalb des Panels kann wirkungsvoller sein als eine konsensuale Stellungnahme, die argumentativ wenig entwickelt ist. Die Stellungnahme muss eine normative Bewertung des jeweiligen Themas enthalten sowie die Reflexion des gruppeninternen Diskussionsprozesses und des Stellenwerts der Expertenaussagen.
unterschiedliche Medien einbinden	Es ist sicher zu stellen, dass frühzeitig Kontakte zu einflussreichen und möglichst unterschiedlichen Medien etabliert werden. Interessierte Journalisten sollten regelmäßig informiert (Zusammenfassungen usw.) und z. B. in Form von Workshops betreut werden, auf denen sie mit dem Thema und der Bedeutung des Verfahrens vertraut gemacht werden. Durch die frühzeitige Einbindung sollte es möglich werden, dass die Medien ein Stück Verantwortung für das Projekt übernehmen. Ebenso ist die Wahl des Themas vom Standpunkt des Medieninteresses wichtig, es sollte ein politischer Entscheidungsbezug vorhanden sein. Man sollte stets bedenken, dass das Verfahren selber wenig Interesse hervor ruft und zu lange dauert, um ein eventuelles Interesse am Thema wach zu halten.
realistisches Budget erstellen	Im internationalen Vergleich lag die österreichische BK kostenmäßig im unteren Bereich. Realistischer Weise müsste man die Summe erhöhen, nicht zuletzt deshalb, weil Österreich in Sachen BK ein „Newcomer“ ist und daher erfahrungsgemäß mit Mehrkosten zu rechnen ist. Andernfalls sind Engpässe etwa bei der Expertenauswahl und im Projektmanagement zu erwarten.
Evaluation einplanen	Es ist von vorne herein eine Evaluation einzuplanen, die auch die Möglichkeit zur teilnehmenden Beobachtung in der Vorbereitungsphase (bei den Informationswochenenden) beinhalten sollte. Dies führt zu einer verbesserten Transparenz, weil eine begleitende Dokumentation des ganzen Verfahrens möglich wird. Die Gefahr, dass sich die Laien beobachtet fühlen, lässt sich durch entsprechende Information vermindern. Nicht zuletzt für eine Evaluation bedarf es klarer Zielvorgaben des Veranstalters.

Es macht wenig Sinn, auf die Nachfrage nach einer BK seitens der Politik zu hoffen bzw. so lange zu warten, bis eine bessere Resonanz aufgrund einer adäquaten Institutionalisierung gesichert ist. Die Institutionalisierung auf der Ebene des politischen Systems ist ein langfristiges Ziel. Sie kann letztlich nur von „außen“, durch erfolgreich durchgeführte, resonanzstarke BK's initiiert und befördert werden. Die nächste BK wird sicher ein ähnliches Format haben wie die vergangene. D. h., man wird – schon aus Gründen der Effizienz – mit einer (allerdings klaren) Arbeitsteilung zwischen wissenschaftlicher Arbeitsgruppe und (zum Beispiel:) PR-Agentur als Organisatorin operieren. Allerdings sollte man auf die Konstituierung einer „Keimzelle“ im Vorlauf zu einer neuen BK achten, die für den wichtigen Rückhalt in der Politik zu sorgen hat. Diese „Keimzelle“ ist ein Teil jener breiteren Trägerplattform von VertreterInnen aus dem universitären und außeruniversitären Bereich, den NGO's, Sozialpartnern und einschlägigen Ministerien, die für eine breite institutionelle Basis und Transparenz sorgen sollte.

***nächste BK auf breiter
institutioneller Basis***

I Einleitung

Seit den 1990er Jahren haben sich die Auseinandersetzungen um Nutzen und Grenzen partizipativer Formen der Technikfolgenabschätzung (TA) intensiviert.¹ Es ist ein ganzes Bündel von Entwicklungen und Innovationen, die diese Diskussionen um deliberative Formen von TA ins Rollen gebracht haben. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, jene gesellschaftlichen und politischen Trends ausführlich zu würdigen, die die Beteiligung von Laien an Prozessen der TA als ein erstrebenswertes Ziel deklariert haben; es seien aber einige wichtige Tendenzen erwähnt. An erster Stelle ist hier sicher der technische Fortschritt zu nennen. Neue Technologien wie die Informations- und Kommunikationstechnologien, die moderne Biotechnologie oder die Nanotechnologie, deren Gefährdungspotenziale gesellschaftlichem Handeln und Entscheidungen zurechenbar werden und damit als riskant empfunden werden (Luhmann 1991), konfrontieren eine wertpluralistische Gesellschaft mit neuen Herausforderungen und politischen Entscheidungszwängen.

**neue Risiken und
Entscheidungszwänge**

Diese neuartigen Entscheidungszwänge treffen sichtlich auf eine Politik, die sich aufgrund steigender Komplexität in zunehmendem Maße gezwungen sieht, sich mit ihren eigenen Steuerungsproblemen auseinander zu setzen (Willke 2003). Angesichts von Globalisierung und Flexibilisierung, von neuen Unsicherheiten und Risiken zerfallen grundlegende Gewissheiten der Moderne. Dies betrifft das Vertrauen in die Prognosefähigkeit der Wissenschaft ebenso wie die sinkende Akzeptanz gegenüber staatlichem Handeln oder den schwindenden Steuerungsoptimismus der ersten Nachkriegs-Jahrzehnte.

Von einer wachsenden Institutionenskepsis sind nicht zuletzt auch die ExpertInnen betroffen. Obwohl die Bedeutung von Expertenwissen in vielen Lebensbereichen zweifellos gestiegen ist, ist die Autorität der ExpertInnen heute längst nicht mehr unumstritten (Nowotny et al. 2001). Der Glaube an eine höhere formale Rationalität der ExpertInnen mag stabil sein, jedoch geht dieser mit einem generalisierten Unbehagen vor einer drohenden Expertokratie einher (v. a. in der Kritik an Bioethikkommissionen wird diese Angst vor einer „Entparlamentarisierung“ des Wissens manifest). Für die TA bedeutet dies, dass eine Technikbewertung durch ExpertInnen in ihren Legitimationsansprüchen problematisiert wird, eine Entwicklung, die nicht zuletzt durch die Spezialisierung der TA selbst angestoßen wurde.

**Autoritätsverlust der
ExpertInnen**

Insofern in der Synopse multidisziplinärer Forschungsergebnisse Uneindeutigkeiten und Wertkonflikte offenbar wurden, kam es – im Sinne einer systematischen Reflexion der in den Expertenurteilen verborgenen normativen Prämissen – zu einer Aufwertung von partizipativer TA (pTA) (Abels/Bora 2004). Ein wesentliches Ziel bei der Entwicklung von pTA war es, Gesichtspunkte zu erheben und in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, die bei einer rein auf Experten gestützten Verfahrensweise nicht auf die Tagesordnung kommen oder unzureichend berücksichtigt werden, obwohl sie in der Öffentlichkeit große Bedeutung haben (Fixdal 1997). Nicht zuletzt wird die politische Forderung nach Laienpartizipation durch die Unabschließbarkeit von Technikfolgen im Fall riskanter Hochtechnologien gestützt. Auch jene, die unmittelbar und unzweifelhaft von einem konkreten Vorhaben betroffen sind, sollen bei weitreichenden Entscheidungen über die Implementierung einer neuen Technologie oder großer Infrastrukturvorhaben eine Stimme bekommen. Eine solche Öffnung des Entscheidungsfindungsprozesses trifft sich mit Versuchen, der

**Forderung
nach partizipativen
TA-Verfahren**

¹ Die Liste der im Text verwendeten Abkürzungen findet sich im Anhang.

Politikverdrossenheit in den westlichen Demokratien mit neuen Formen von Beteiligung entgegen zu steuern.

Kritik der Partizipation

Es gibt allerdings keinen Grund, das Bild der Partizipation zu idealisieren. Auch wohlmeinende Kritiker haben darauf hingewiesen, dass partizipative Verfahren noch nicht über ihren experimentellen Status hinausgekommen sind (dies gilt gerade für Österreich oder Deutschland), dass ihr Status unklar ist, was deren Stellung im rechtlich-politischen Institutionengefüge betrifft und schließlich, dass es ganz unterschiedliche Funktionszuschreibungen an das Instrument BürgerInnenkonferenz (BK) gibt (Weingart 2001). Bei aller berechtigten Kritik kann es angesichts der dargestellten Entwicklungen nicht verwundern, dass die Diskussion über pTA, die bereits seit Anfang der 90er Jahre im europäischen Kontext auf hohem Niveau geführt wird (Joss/Durant 1995), anhält bzw. sich zunehmend verstärkt, gerade im deutschsprachigen Raum (Joss/Bellucci 2002; Grunwald 2002).

**die
BürgerInnenkonferenz**

Während wir in theoretischer Hinsicht in der privilegierten Situation sind, an bestehende Debatten anknüpfen zu können, sind die praktischen Erfahrungen mit diesen Instrumenten hierzulande noch rar. Ein erster Versuch auf Landesebene wurde 1997 mit der „Ozon-Konsens-Konferenz“ gestartet (König 1997), einen zweiten – und bislang letzten – Versuch stellt die hier analysierte BürgerInnenkonferenz (BK) zum Thema „Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“ aus dem Jahr 2003 dar.

**das Vorbild:
die Konsensuskonferenz**

Das Modell der Bürger- bzw. Konsenskonferenz (KK) wurde in den 80er Jahren in Dänemark entwickelt – ausgehend von konsensorientierten Methoden für die Beurteilung medizinischer Technologien durch Experten in den USA und in Skandinavien. KK dienten zunächst der Beratung des dänischen Parlaments in kontroversen technologiepolitischen Fragen wie der Lebensmittelbestrahlung, der Genomforschung, der Reproduktionsmedizin, der elektronischen Personalausweise und des Straßentransports. In Dänemark genießt die KK erhebliches Ansehen und konnte politische Wirksamkeit entfalten, gleichzeitig wurde die technologiepolitische Debatte in der Öffentlichkeit auf diese Weise rationalisiert und diskursiviert. Die Niederlande folgten 1993 mit einer ähnlichen Veranstaltung über transgene Tiere, weiters folgte Großbritannien mit einer KK über (Pflanzen-) Biotechnologie 1994. Auf EU-Ebene wurde das Instrument ebenfalls erprobt, allerdings mit Vertretern von Interessengruppen als „Laien“, die mit dem Thema nicht unmittelbar befasst waren (Hingel 1993).²

**geringe Erfahrung mit
partizipativer TA in
Österreich**

Im Gegensatz beispielsweise zu Dänemark gibt es in Österreich keine Tradition in Bezug auf partizipative Verfahren im oben skizzierten Sinne. Die jüngste Initiative, ein Verfahren nach dem Muster der KK in Österreich abzuhalten, stellte daher eine besondere Herausforderung für die Organisatoren dar. Gleichzeitig ist eine ex post-Analyse des Verfahrens für Wissenschaft und Politik von besonderem Interesse. Die Sozialwissenschaften, d. h. die Wissenschaftsforschung, findet an so einem Beispiel instruktives Material für die Analyse von Organisationsroutinen und kulturspezifischen Ablaufmustern (Makroebene) bzw. von Gruppenprozessen, Interaktionsformen und Grenzziehungen zwischen Wissen und Werten (Mikroebene). Die Politik wiederum ist vorrangig an Antworten auf die Fragen interessiert: Wo sind die Stärken, wo die Defizite und was sind die Entwicklungsperspektiven dieses Verfahrens? Welche Fragen ergeben sich für eine allfällige Institutionalisierung? Und: Wohin will man überhaupt mit diesem Verfahren gelangen? Auch auf der organisatorischen Ebene ergeben sich ganz konkrete Fragen wie etwa: Welche konkreten Probleme haben sich aufgrund der Tatsache ergeben, dass partizipative

² Eine Übersicht über die international bislang durchgeführten Bürger- oder Konsenskonferenzen findet sich im Anhang.

Verfahren in Österreich derzeit immer noch als experimentell angesehen werden, während sie anderswo bereits zur Routine gehören? Wie gingen die Organisatoren mit der Tatsache um, dass es keine stabilen Resonanz-Zirkel, keine adäquaten Interessen-Netzwerke gab, und dass die potentiellen Adressaten noch nicht wirklich sensibilisiert sind für Input von Seiten der BürgerInnen als „interessenloser Interessierter“ (Torgersen 1994)?

Auf diese Fragen werden wir im Folgenden einige Antworten formulieren. Wir sind der Meinung, dass man aus der Analyse, die aus den genannten Gründen von der Unverzichtbarkeit der Integration partizipativer Elemente in die TA ausgeht, über die Konsequenzen einer kulturspezifischen Übersetzung eines solchen partizipativen Verfahrens und damit im Hinblick auf zukünftige Unternehmen einiges lernen kann.

Mit der vorliegenden Studie liefern wir eine Analyse, die nicht den Anspruch einer wissenschaftlichen Evaluation trägt. Ein solcher Anspruch wäre allein innerhalb der konkreten Rahmenbedingungen der Analyse nicht erfüllbar gewesen. Für eine solche Evaluation organisatorischer und kommunikativer Prozesse ist nämlich die zeitliche und räumliche Nähe der Evaluatoren zum Prozess von immenser Bedeutung. Eine Evaluation hätte also andere methodische Verfahren zur Voraussetzung als jene, auf die wir in unserer Analyse angewiesen sind (vgl. Kap. 3). Anstatt einer Evaluation liefern wir eine Diskussion von Problemen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erwartungshaltungen verschiedener Akteure.

Ein solcher Fokus auf die Identifikation gemeinsam geteilter bzw. divergierender Handlungsorientierungen im Kontext externer Zwänge und Notwendigkeiten soll zum einen nachvollziehbar machen, warum manche Schwierigkeiten und Defizite dieser Veranstaltung unvermeidlich waren, auch wenn man den guten Willen und den großen Enthusiasmus der Beteiligten in Rechnung stellt. Außerdem wollen dafür sensibilisieren, dass soziale Prozesse wie eine solche BK eben auch ganz zentral durch Interaktionen, organisationale Eigenlogiken und nicht-intendierte Handlungsfolgen geprägt sind. Obwohl wir uns personalen Zurechnungen und konkreten Bewertungen in unserer Analyse nicht verschließen, glauben wir doch, dass sozialwissenschaftliche Analysen, die der Komplexität solcher Phänomene einigermaßen gerecht werden wollen, vor allen Dingen das Geflecht kommunikativer Handlungen ins Zentrum stellen müssen und nicht die Schuldfrage. Vielleicht entspricht ein solches rekonstruktives Vorgehen auch eher dem experimentellen Charakter der BK.

Im ersten Teil (Kap. 2) geben wir – ohne weiteren analytischen Anspruch – einen kurzen Überblick über Ablauf und Struktur der österreichischen BK. Im zweiten Teil (Kap. 3) werfen wir – gewissermaßen um die Perspektive für die Analyse der österreichischen BK zu eröffnen – einen Blick auf ähnliche Verfahren in Dänemark, Großbritannien, Deutschland und der Schweiz. Thematisiert werden Genese und institutionelle Anbindung des Verfahrens in diesen europäischen Ländern. Im letzten Kapitel dieses Teils gehen wir auch kurz auf die „Ozon-Konsens-Konferenz“ von 1997 in Österreich ein. Im dritten Teil (Kap. 4) werden methodologischer Hintergrund und methodische Herangehensweise dieser Analyse dargestellt. Dieses Methodenkapitel soll nicht zuletzt transparent werden lassen, auf welcher empirischen Grundlage unsere Schlussfolgerungen basieren. Im vierten Teil (Kap. 5) werden die Ergebnisse unserer Analyse der BK dargestellt. Die Strukturierung der Kapitel orientiert sich – so weit möglich – an der organisatorischen Logik der BK. Der abschließende fünfte Teil (Kap. 6) enthält neben einer kurzen Zusammenfassung unserer Ergebnisse auch konkrete Empfehlungen, die sich aus den Argumentationen des analytischen Teils ergeben.

Nutzen der Analyse

Analyseperspektive

Kapitelübersicht

**Danksagung an
InterviewpartnerInnen**

Empirische Studien sind auf die Kooperation und das Entgegenkommen der an dem konkreten Prozess beteiligten Akteure angewiesen. Es war eine der erfreulichen Erfahrungen in diesem Projekt, dass unsere Interviewanfragen in der Regel positiv beantwortet wurden, und das auf eine unbürokratische und sehr zügige Art und Weise. Dafür dürfen wir uns bei den zentralen Akteuren dieser BürgerInnenkonferenz, den TeilnehmerInnen und ExpertInnen, den VeranstalterInnen und der Arbeitsgruppe, bedanken. Besonderer Dank gilt jenen, die unserem Wunsch nach Informationen mehrmals entsprochen haben sowie jener Kollegin, die uns nie spüren ließ, wie sehr wir ihr mit unseren Recherchen zur Last fallen.

2 Die österreichische BürgerInnenkonferenz „Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“

Im ersten Teil wollen wir eine kurze Übersicht über Ablauf und Struktur der österreichischen BK geben. Diese Beschreibung soll lediglich dazu dienen, den LeserInnen das für das Verständnis der folgenden Analyse der BK notwendige Sachstandswissen zu vermitteln.

2.1 Vorlauf

Die BürgerInnenkonferenz (BK) „Genetische Daten – woher, wohin, wozu“ wurde vom 20. bis 23. Juni 2003 durchgeführt und war (laut Tätigkeitsbericht 2002/2003 des Rates für Forschung und Technologieentwicklung, im folgenden RFT) eine von 24 größeren Einzelaktivitäten im Rahmen eines integrativen Programms zur Hebung des Bewusstseins für die Bedeutung von Forschung, Technologie und Innovation in der Öffentlichkeit, das seit September 2002 unter der Web-Adresse www.innovatives-oesterreich.at lanciert wurde. Ein Lenkungsausschuss aus Vertretern der Sozialpartner (Bundswirtschaftskammer, Bundesarbeitskammer, Industriellenvereinigung, Gewerkschaftsbund), der mit Forschungs- und Technologiepolitik befassten Ministerien (BMBWK, BMVIT, BMWA) und des RFT unter dessen Vorsitz koordinierte das Programm.

Besondere Bedeutung kam im Rahmen dieses Programms einer sechswöchigen Werbekampagne im Herbst 2002 zu, die Fernsehspots, Plakate und Anzeigen in Printmedien im Sinne einer „Markenbildung“ für Innovation einsetzte. Daneben wurden zahlreiche Initiativen gesetzt, die z. T. stark auf Webauftritte ausgerichtet waren, aber auch Ausstellungen, Wettbewerbe, Lehrgänge etc. beinhalteten. Die BK war demnach keine Einzelveranstaltung, sondern wurde vom Veranstalter zusammen mit den anderen Aktivitäten als Teil einer Kampagne zum Thema „Public Understanding of Science and Technology“ (PUS) konzipiert.

Diese Kampagne wurde allerdings nicht von vorn herein in dieser Form gestaltet, sondern ergab sich aus einer Ausschreibung des RFT, die an ausgewählte PR-Agenturen erging. Sechs PR-Agenturen bewarben sich, wovon drei Zuschläge erhielten. Im Mittelpunkt der geförderten Aktivitäten stand die erwähnte Werbekampagne, die auch die meisten Mittel beanspruchte. Daneben plädierten einige Mitglieder der Steering Group für dialogorientierte Modelle, auch unter Hinweis auf derzeit in der EU unter dem Obertitel „Governance“ favorisierte Tendenzen, den herkömmlichen unidirektionalen PUS-Ansatz weiter zu entwickeln, der in der Kommission in zunehmendem Maße als zu kurz greifend angesehen wird (European Commission 2001). Ebenso schien in der Geschäftsstelle des RFT Interesse für derartige Partizipationsformen zu bestehen.

Ein entsprechendes Angebot hatte die PR-Agentur communication matters (comma) unterbreitet: Sie schlug in einem kurzen Schreiben eine BK zu einem technologierelevanten Thema vor, zunächst noch ohne sich auf eines festgelegt zu haben (in einem längeren Strategiepapier wurde später eine genauere Argumentation für eine solche Veranstaltung geliefert). Die Idee kam von Peter Menasse, einem der drei Geschäftsführer der Agentur, die bis dahin noch nicht mit der Durchführung von Bürgerbeteiligungen hervorgetreten war. Das Angebot fand Zustimmung, zumal eine solche BK gegenüber der Webkam-

**die BürgerInnenkonferenz
– ein Projekt des RFT**

**Kontext:
„Awareness“-Kampagne**

Initiative von comma

pagne vergleichsweise wenig Mittel beanspruchte; außerdem galt die BK auf maßgeblichen Ebenen auch als Ergänzung bzw. Kontrapunkt zu eher herkömmlichen Mitteln der Public Relation wie Fernsehspots und Plakaten.

Von Anfang an war man sich klar über die Problematik, die sich mit der Organisation einer BK durch eine PR-Agentur, die nicht wissenschaftlich ausgewiesen und dem Auftraggeber und seinen Zielen verantwortlich ist, ergeben. Andererseits, so die Argumentation seitens comma, sei eine professionelle PR-Agentur besser geeignet, komplexe Organisationsaufgaben zu lösen und auch die Medien entsprechend einzubinden. So könnte ein solches Verfahren schneller über die Bühne gehen; prinzipiell gewiss ein Vorteil, wenn das Instrument sinnvoll für die Politik eingesetzt werden soll.

2.1.1 Expertise

Einrichtung der Arbeitsgruppe

Die Vorbereitungen für die Konferenz begannen im Frühjahr 2002. Die Detailplanung wurde Cathren Müller überlassen, einer Sozialwissenschaftlerin, die gerade ihr Post-Graduate-Studium am Institut für Höhere Studien abgeschlossen hatte. Im Zuge der Themenfindung (vgl. ausführlich Kap. 5.3) ergab sich eine Zusammenarbeit der Agentur mit dem Verein dialog\leftrightarrowgentechnik (dgt), einer Vereinigung von naturwissenschaftlichen Gesellschaften mit dem Ziel, Informationen über Biotechnologie in der Öffentlichkeit zu verbreiten und die Diskussion zu fördern. Barbara Streicher, Team-Leiterin im dgt, und Karl Kuchler, Mitglied des Vorstands, wurden zu *wesentlichen Stützen* des Vorhabens, insbesondere durch die Kontakte zu wissenschaftlichen Fachleuten und den Einsatz von Barbara Streicher und Karl Kuchler in der Arbeitsgruppe, die vom Spätsommer 2002 an die Vorbereitungen für die BK wissenschaftlich begleiten und die Agentur beraten sollte. Zwei Vertreter mit sozialwissenschaftlicher Expertise wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten zwecks Mitarbeit in der Arbeitsgruppe kontaktiert. Im Spätwinter 2002 erging die Einladung an Ulrike Felt vom Institut für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung der Universität Wien, im Herbst 2003 an Helge Torgersen vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ITA), Mitglieder der Arbeitsgruppe zu werden.

Die derart zustande gekommene Arbeitsgruppe sollte comma inhaltlich und organisatorisch beraten. Wiewohl eine Arbeitsteilung aus der jeweils unterschiedlichen Expertise heraus nahe lag und sich in der Folge auch ergab, war die genaue Aufgabenstellung von vorne herein nicht völlig klar. Insgesamt beschränkte sich die Arbeitsgruppe hauptsächlich auf die Begleitung des Verfahrens und die Festlegung und Hilfe für comma bei operativen Schritten wie der Konzeption der Informationsunterlagen für die Laien, der Laienauswahl, der Organisation des Ablaufs der Informationswochenenden sowie bei der Suche nach geeigneten ExpertInnen, ohne dass das explizit ausdiskutiert wurde. Nach der Erstellung der ExpertInnenliste hatte die Arbeitsgruppe nur mehr wenig zu tun. Die Öffentlichkeitsarbeit – Kernkompetenz einer PR-Agentur – wurde von comma wahrgenommen.

Diskussion um Glaubwürdigkeit

Torgersen hatte anfangs auf mögliche Glaubwürdigkeitsprobleme (Rat als Auftraggeber, kommerzielle Interessen von comma) hingewiesen, die eine breite Absicherung erforderten. Durch die Einbindung von Sergio Bellucci von TA-Swiss, dem Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung beim Schweizer Wissenschaftsrat, der bereits etliche derartige Veranstaltungen durchgeführt hatte, und der Etablierung eines Beirats mit Stakeholdern sollte möglichen Vorwürfen der Einseitigkeit bereits im Vorfeld begegnet werden. Der Beirat traf sich nur ein Mal (wobei nicht alle Mitglieder anwesend waren), um das Informationsmaterial auf Ausgewogenheit zu überprüfen.

2.1.2 Moderation

Als Moderatorin wurde Maria Spindler, eine ausgewiesene Gruppendynamikerin, von comma ausgewählt und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe vorgestellt. Es gab keine Einwände.

2.2 Ablauf

Im Folgenden beschränken wir uns auf eine knappe Darstellung der Auswahl des Informationsmaterials, die Auswahl der ExpertInnen und Laien, den Ablauf der Informationswochenenden sowie den Ablauf der Konferenz.³

2.2.1 Informationsmaterial

Das Informations-Material für die Laien wurde von Barbara Streicher verfasst und zusammengestellt, von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe gegengelesen und von den Beiratsmitgliedern ergänzt. Damit war eine relativ breite Begutachtung sichergestellt. Allerdings bezog sich diese in erster Linie auf sachliche Richtigkeit, Ausgewogenheit und Vollständigkeit. Offenbar haben die Laien das Material sehr genau studiert, weil sie sich mit einem völlig unbekanntem Thema konfrontiert sahen und Sachinformation benötigten.

Das Material wurde darüber hinaus im Rahmen des ersten Wochenendes von Birgit Dalheimer, einer Wissenschaftsredakteurin des ORF mit einschlägig naturwissenschaftlicher Ausbildung, mündlich präsentiert. Dalheimer berichtete von einer relativ guten Vorkenntnis seitens der Laien, so dass der Einführungsvortrag sich eher auf die Diskussion des Dargestellten konzentrierte. Auch schienen sich etliche der Laien über das präsentierte Material hinaus mit einschlägiger Literatur beschäftigt zu haben.

**Schwerpunkt auf
Sachinformationen**

Das Informationsmaterial in Form einer kleinen Broschüre beschränkte sich im Wesentlichen auf eine sachliche Darstellung der naturwissenschaftlichen Grundlagen und einer Schilderung wesentlicher Probleme anhand von „einfachen“ Erbkrankheiten. Eine solche naturwissenschaftliche Schwerpunktsetzung war insofern gerechtfertigt, als naturwissenschaftliche Kenntnisse für die Bewertung zweifellos von zentraler Bedeutung sind. Außerdem war das Thema so breit angelegt, dass sich die Beschränkung auf naturwissenschaftliche Informationen als Einstiegshilfe anbot. Anders als bei deutlich abgegrenzten Themenstellungen (z. B. Stammzellenforschung) war es in diesem Fall sicher schwieriger, die Laien mit Materialien aus den Bereichen Ethik oder Gesellschaft (z. B. in Form von Kommissionsberichten) zu versorgen. Von daher rückte freilich aufgrund der naturwissenschaftlichen Schwerpunktsetzung der Wissensaspekt ins Zentrum der Laienbemühungen. Auf der Wissensebene ist kaum vorstellbar, wie in der beschränkten Zeit eine wesentlich intensivere Auseinandersetzung mit der komplexen Materie zu bewerkstelligen gewesen wäre. Für die Zukunft stellt sich allerdings die Aufgabe, das Informationsmaterial interdisziplinär anzulegen, so dass den Laien auch Kenntnisse über gesellschaftliche Implikationen der entsprechenden Technologien, ethische Positionen usw. vermittelt werden.

³ Vgl. zu einer kurzen Chronologie des Ablaufs der BK auch die von comma erstellte Dokumentation (CommunicationMatters 2003).

2.2.2 ExpertInnenauswahl

ExpertInnen als Auskunftspersonen	Die Auswahl der ExpertInnen nahm breiten Raum in der Tätigkeit der Arbeitsgruppe ein. Als problematisch erwies sich erstens, die relevanten Fachgebiete zu bestimmen, u. a. weil die Eingrenzung des Themas durch die Laien noch nicht klar war, und zweitens, überhaupt genügend ExpertInnen namhaft zu machen und zum Mitmachen zu gewinnen. Die Idee, ExpertInnen aus dem (deutschsprachigen) Ausland einzufliegen, wurde wegen der zusätzlichen finanziellen Belastung von comma fallen gelassen. Die in Frage kommenden ExpertInnen wurden zunächst angeschrieben, wobei kurz Sinn und Ablauf der BK sowie der erwünschte Beitrag geschildert wurden. Der Begriff der „ExpertIn“ wurde dabei weit gefasst. ⁴ Folgerichtig wurden die ExpertInnen auch als „Auskunftspersonen“ bezeichnet, die den Themenbereichen Informationstechnologien und Datenbanken, Recht, Gesellschaft/Kultur/Ethik, Humangenetik/Diagnostik/Forensik und Versicherungen zugeordnet wurden.
Restriktionen der Auswahl	
mäßige Resonanz auf ExpertInnenseite	Die Resonanz auf die Einladung zur Mitarbeit war mäßig; von 290 angeschriebenen Personen erklärten sich 60 grundsätzlich bereit, die meisten davon aus dem weiteren Bereich der Naturwissenschaften und Medizin (ein Bereich, in dem dgt gut verankert ist); einige zogen ihre Bereitschaft später, meist aus Termingründen, wieder zurück. Ebenfalls wenig Auswahl bestand in einigen anderen als relevant erkannten (vor allem sozial-)wissenschaftlichen Teilbereichen, weil es wenige entsprechende Fachleute in einem kleinen Land wie Österreich gibt. Somit ergab es sich, dass der naturwissenschaftlich-medizinische Bereich wesentlich besser abgedeckt war. Die zur Mitarbeit bereiten ExpertInnen wurden mit Angaben zu ihrer institutionellen Zugehörigkeit sowie ihren Spezialgebieten, die mithilfe eines Fragebogens erhoben wurden, auf einer Liste aufgeführt. Diese Liste und die ausgefüllten Fragebögen dienten als Grundlage für die Auswahl der „Auskunftspersonen“ durch die BürgerInnen.

2.2.3 Laienauswahl

12 BürgerInnen ausgewählt	Aus finanziellen und arbeitsökonomischen Überlegungen heraus entschieden sich die Organisatoren für ein Laienpanel von 12 Personen. Einerseits erschien eine solche Gruppengröße moderationstechnisch gut beherrschbar, andererseits erschien die Zahl 12 aufgrund ihrer mehrfachen Teilbarkeit für die Bildung von Kleingruppen im Arbeitsprozess ideal. Die Auswahl der Laien wurde so weit wie möglich lege artis durchgeführt, wie es auch in der BK-Dokumentation kurz geschildert wird (CommunicationMatters 2003: 47). Zunächst wurde eine professionelle Umfragefirma mit der Stichprobenauswahl betraut, die nach klassischen soziodemographischen Kriterien erfolgte. Die Endauswahl besorgte comma unter Beteiligung von Mitgliedern der Arbeitsgruppe. Mit allen Kandidaten, die in die letzte Runde gekommen waren, wurden Telefoninterviews durchgeführt, um zu erfahren, ob diese rhetorisch gewandt genug waren, um auch gegenüber eloquenten ExpertInnen bestehen zu können. Bei der Auswahl wurde nicht auf größtmögliche Konsensbereitschaft Wert gelegt, son-
Kriterien der Auswahl	

⁴ „Die ExpertInnen sind Personen aus allen (wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, juristischen, sozialen, ...) Bereichen, die vom Thema der Konferenz berührt werden. Das heißt, als ExpertInnen gelten nicht nur Personen aus wissenschaftlichen Disziplinen, sondern auch solche, die aufgrund ihres öffentlichen Engagements oder ihrer Arbeit in einer Interessengruppe, Bürgerinitiative Firma, Behörde o. ä. auf einen bestimmten Aspekt des Themas spezialisiert sind“ (aus dem Text des Begleitschreibens an die ExpertInnen).

dern die individuelle Motivation zur Beteiligung erfragt, um sicherzugehen, dass die potentiellen KandidatInnen den Sinn und den Ablauf einer BK verstanden hatten.

Aus den positiv beurteilten Kandidaten wurden letztlich 18 Personen nach soziodemographischen Charakteristika ausgewählt, so dass die Gruppe nach Alter, Geschlecht, Ausbildung und Wohnort möglichst vielschichtig zusammengesetzt war. Schließlich wurden zwölf Personen eingeladen. Eine Teilnehmerin verließ die Gruppe nach dem ersten Wochenende, ohne dass sie ersetzt wurde.

2.2.4 Arbeits-Wochenenden

Die beiden Vorbereitungswochenenden (26.-27. April und 24.-25. Mai 2003) wurden als Klausur im Hotel Regina in Wien abgehalten. Zutritt hatten lediglich die Laien und die beiden ModeratorInnen. Das erste Wochenende diente vor allem dem Kennenlernen und der Gruppenbildung und wurde mit einem gemeinsamen Abendessen am Vorabend eingeleitet. Im Mittelpunkt stand der Vortrag von Birgit Dalheimer anhand des vorher an die Laien ausgesandten Informations-Materials der Veranstalter. Für Verständnisfragen standen den Laien zwei externe ExpertInnen telefonisch zur Verfügung; von dieser Möglichkeit wurde allerdings kaum Gebrauch gemacht. Das zweite Wochenende stand im Zeichen der Themenfindung, der Erarbeitung der auf der eigentlichen Konferenz zu diskutierenden Fragen und der Auswahl der Auskunftspersonen. Dabei erwies es sich als notwendig, die vielschichtige Themenstellung einzugrenzen bzw. diejenigen Bereiche zu identifizieren, die den Laien als die relevantesten oder als die am sinnvollsten zu bearbeitenden erschienen. Das Laienpanel entwickelte zwölf Fragen, die schriftlich ausformuliert und mit einer Begründung versehen wurden. Diese ausformulierten Fragen wurden den ausgewählten Auskunftspersonen zugeschickt, die darauf eine schriftliche Antwort verfassten und sie den Laien zukommen ließen. Sergio Bellucci, Leiter von TA-Swiss des Schweizer Wissenschaftsrates, nahm mit Zustimmung der Laien und der ModeratorInnen als externer Beobachter am zweiten Wochenende an den Beratungen teil, um die Angemessenheit des Procedere zu beurteilen.

**zwei Wochenenden
zur Vorbereitung der
öffentlichen Konferenz**

2.2.5 Konferenz

Die eigentliche BK wurde am 20. und 21. Juni 2003 in Wien im ORF-Radiokulturhaus öffentlich abgehalten. An diesen beiden Tagen wurden zu jeder Frage die ExpertInnen gehört. Dabei standen (meist) jeweils zwei Auskunftspersonen kurz hintereinander Rede und Antwort, von denen anzunehmen war, dass sie abweichende oder zumindest komplementäre Meinungen vertraten. Vom Ablauf her wiederholte sich das etwas steife Wechselspiel von schriftlicher Frage und ebensolcher Antwort: Die ausformulierten Fragen wurden mit Begründung öffentlich verlesen, worauf die ExpertInnen jeweils ihre Antworten ebenfalls verlasen. In der anschließenden Diskussion konnten einige Aspekte noch vertieft behandelt werden, offene Kontroversen waren aber sowohl zwischen den jeweils auf der Bühne befindlichen ExpertInnen als auch zwischen den ExpertInnen und dem Laienpanel selten (vgl. Kap. 5.7.4).

**geringer Besuch der
öffentlichen Konferenz**

Obwohl öffentlich, nahmen nur wenige Zuschauer die Gelegenheit wahr, die erste öffentliche österreichische BK zu verfolgen; der große Sendesaal war fast leer. In der Hauptsache waren professionell Interessierte anwesend, was die Veranstalter unter anderem darauf zurückführten, dass die Veranstaltung über

einen so genannten „Fenstertag“ und damit einem „langen“ Wochenende stattfand. (Ein Fenstertag ist ein Freitag nach einem freien Donnerstag; das Datum war nicht zuletzt deswegen gewählt worden, weil dadurch der Verdienstengang für die Laien während ihrer viertägigen Anwesenheit geringer gehalten wurde.)

**Übergabe
des Laienvotums an
Consemüller**

Zu Mittag des zweiten Tages zog sich das Panel zurück und konferierte den nächsten Tag über, um die abschließende Stellungnahme zu verfassen. Anwesend waren wiederum lediglich die beiden ModeratorInnen. Am Montag, den 23. Juni 2003, wurde die fertige Stellungnahme im Rahmen einer Pressekonferenz, an der neben (wenigen) Journalisten auch einige andere Interessierte und mit der Veranstaltung in Verbindung Stehende teilnahmen, von zwei der Laien öffentlich präsentiert und Knut Consemüller, dem Vorsitzenden des Rates für Forschung und Technologieentwicklung und damit dem Auftraggeber für die Durchführung der BK übergeben.

2.3 Nachlauf

**Übergabe des
Laienvotums an Khol**

Am 4. Juli 2003 wurde die Stellungnahme der BürgerInnen (in ausreichender Anzahl von Exemplaren) im Rahmen einer kurzen Visite im Parlament dem Ersten Nationalratspräsidenten Andreas Khol übergeben mit der Bitte, diese den Abgeordneten zukommen zu lassen.

Für das Projekt BürgerInnenkonferenz „Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“ wurde comma am 13. November 2003 mit der Nominierung für den Staatspreis für Public Relations geehrt.

3 Partizipation im Ländervergleich

Bevor wir zu einer Zusammenfassung der Ergebnisse kommen, wollen wir – sozusagen um die Perspektive für die Beurteilung der österreichischen BK zu eröffnen – zum Vergleich noch einen Blick auf ähnliche Verfahren, ihre Genese und institutionelle Anbindung in anderen europäischen Ländern werfen.

3.1 Dänemark

Dänemark stellt mit seinen Konsensuskonferenzen (KK) den zentralen Bezugspunkt der österreichischen BK dar. In den verschiedenen Aussendungen hat sich comma positiv auf das dänische Beispiel bezogen, und letztlich hat sich auch die Tätigkeit der Arbeitsgruppe mehr oder weniger explizit an diesem Modell orientiert. Um zu verstehen, warum die Entwicklung partizipativer Methoden der TA gerade in Dänemark so erfolgreich betrieben wurde, ist ein Blick auf den Hintergrund, auf die politische Kultur von einigem Interesse. Dänemark hatte von jeher eine ausgeprägte Parteienlandschaft und, bedingt durch ein minderheitenfreundliches Wahlrecht, zahlreiche Minderheitskabinette in den letzten Jahrzehnten, die die legislative Macht des Parlaments stärkte und politische Gegner zwang, bis zum Erreichen eines Kompromisses zu verhandeln. Konflikte werden dabei vorwiegend im offenen Dialog gelöst und nicht dem Markt oder der Regierung überlassen. Neben einem starken Parlament sind Referenden verankerter Bestandteil politischer Entscheidungsfindung. Die Einbeziehung nicht nur der unmittelbar Beteiligten und Betroffenen in Entscheidungen, sondern auch „des Mannes und der Frau von der Straße“ entspricht politischer Normalität. Einbindung der Bevölkerung heißt aber nicht bloß, Abstimmungen oder Meinungsumfragen durchzuführen, sondern implizierte seit dem 19. Jh. eine Art volksbildnerischen Impetus (Klüver 2002a).

Im Falle der Gentechnik etwa wurden bereits frühzeitig vom Parlament bedeutende Mittel aufgebracht, einerseits dem volksbildnerischen Anspruch zu genügen, andererseits partizipative Ansätze zu fördern, um die öffentliche Debatte zu stimulieren – mit dem Erfolg übrigens, dass auch die Opposition gegen gentechnische Anwendungen schon früh vergleichsweise gut informiert war. Ähnliches hatte es zuvor übrigens in der Debatte um die Energie- und die Informationstechnologie gegeben (Klüver 2002a).

Während der 1970er und 80er Jahre entstand eine Vielfalt partizipatorischer Initiativen wie Wissenschaftsläden und Verfahren zur Bürgerbeteiligung verschiedener Art. In der Tradition der offenen politischen Arena und der Erwachsenenbildung wurde 1985 der Dänische Technologierat gegründet. Diese Einrichtung des Parlaments hat die Aufgabe, die Debatte über Technologien zu fördern und das Parlament über mögliche Technikfolgen zu beraten. Ausdrücklich wird die Durchführung partizipativer Verfahren in den Statuten als Aufgabe des Dänischen Technologierats erwähnt, und so erarbeitete der Rat u. a. das Modell der KK. Derartige Veranstaltungen hatten durch die institutionelle Anbindung über einen eigenen Ausschuss von Anfang an einen „direkten Draht“ zum Parlament und konnten politische Bedeutung erlangen, ohne dass formell festgeschrieben wäre, dass die Ergebnisse politisch umzusetzen wären.

Neben der KK wurden eine Reihe anderer partizipativer Methoden entwickelt, so dass der Dänische Technologierat heute als die „Mutter“ von pTA gilt. Die KK hat aber insbesondere dadurch Bedeutung erlangt, dass das Modell vielfach

**politische Kultur
in Dänemark ist
partizipationsfreundlich**

**dänischer Technologierat
als Initiator von
pTA-Verfahren**

kopiert und in die ganze Welt exportiert wurde. Es zeigte sich, dass das Verfahren tatsächlich unter sehr unterschiedlichen kulturellen Gegebenheiten funktioniert – so wurde es erfolgreich in Japan, Kanada und zahlreichen europäischen Ländern angewandt. Größer als die rein operativen Schwierigkeiten sind allerdings üblicherweise die durch eine mangelnde Anbindung an die Entscheidungsträger hervorgerufenen Probleme eines die hochgespannten Erwartungen nicht erfüllenden „Impacts“.

3.2 Großbritannien

Orientierung an „Public Understanding of Science“

Bis Mitte der 1990er Jahre waren partizipative Verfahren wie KK in Großbritannien nicht aktuell. Politikberatung fand ausschließlich in Expertenzirkeln meist in Form von Beiräten statt. Allerdings fand, oft mit Hinweis auf Dänemark, das Thema „partizipative Verfahren“ zunehmend Interesse, hauptsächlich von Seiten der Wissenschaft, die darin ein Werkzeug für PUS sah. Die erste KK zum Thema Pflanzen-Biotechnologie fand 1994 statt, veranstaltet vom Science Museum und dem Biotechnology and Biological Sciences Research Council (BBSRC). Diese Veranstaltung zeigte aber auch die Grenzen des Instruments für diesen Zweck. Die Veranstaltung konnte die Erwartungen zum Teil auch deswegen nicht erfüllen, weil es Probleme mit der Verfahrenslegitimität gab – wesentliche Stakeholder, so der Vorwurf damals, waren nicht eingebunden worden aus Furcht vor einer zu kontroversen Diskussion.

keine Institutionalisierung von pTA

Im Laufe der späten 1990er Jahre fanden etliche partizipative Verfahren mit experimentellem Charakter statt, allerdings bildete sich keine eigene Organisation heraus, die diese Aktivitäten koordinierte, wie es etwa in Dänemark mit dem Technologierat oder in der Schweiz mit TA-Swiss der Fall war. Vielmehr fanden diese Verfahren ad hoc statt und wurden von vielen unterschiedlichen öffentlichen oder privaten Organisationen durchgeführt (Joss 2002).

aktuelle BürgerInnendiskussionen: „GM Nation?“

Das bedeutet allerdings nicht, dass offizielle Stellen von diesen Verfahren keine Notiz genommen hätten. Insbesondere nach dem Wechsel der Regierung von den Konservativen zur Labour Party wuchs das Interesse, wie sich etwa aus dem Bericht des Oberhauses (House of Lords 2000) zu „Science and Society“ oder der „Biosciences Public Consultation Initiative“ des Office of Science and Technology ergibt (OST 1999). Letztes Beispiel war die Organisation von „GM Nation?“, einer Serie von „Public Consultations“ quer durch das Königreich zum Thema gentechnisch veränderte Nutzpflanzen im Jahr 2003. Das dürfte die bisher größte derartige Veranstaltung weltweit gewesen sein und erzeugte entsprechendes Aufsehen (Horlick-Jones et al. 2004). Allerdings ist ungewiss, in welcher Weise die Ergebnisse, die eine deutliche Skepsis gegenüber derartigen Pflanzen ausdrücken, in die Politik einfließen werden. Nicht zuletzt im Lichte dieser Ergebnisse wurde auch erhebliche methodische Kritik geäußert.

3.3 Schweiz

Die Schweiz wird oft als das Musterland der direkten Demokratie bezeichnet, allerdings bezieht sich dies meist auf die Tradition der plebiszitären Abstimmung über Vorlagen auf Ebene der Gemeinde, des Kantons oder des Bundes. Die Rolle der StimmbürgerInnen ist in diesem Fall die von SchiedsrichterInnen, die zustimmen oder ablehnen können; in die Gestaltung der Vorlagen sind sie nicht eingebunden. Zwar gab es etliche Initiativen, meist auf lokaler Ebene, BürgerInnen in die Gestaltung von technikalpolitischen Fragen einzubinden, aber auf einer übergeordneten, nationalen Ebene gelang dies erst im Jahre 1998, in der ersten KK nach dänischem Muster zu Fragen der Energiegewinnung (Bütschi et al. 2002). Veranstalter war das Zentrum für TA, eine Institution am Schweizer Wissenschafts- und Technologierat, die das Parlament in technikalpolitisch relevanten Fragen beraten soll und, nach einer vierjährigen Probezeit, 1996 mit der Vorbereitung von partizipativen TA-Verfahren begann. Nicht zuletzt aus sprachlichen Gründen – schließlich sollte der Name der Veranstaltung sowohl auf deutsch wie auch auf französisch und italienisch „nach etwas tönen“ – wurde das Verfahren „PubliForum“ getauft, da der Begriff „Konsens“ in der Schweiz zu sehr mit politischem Aushandeln assoziiert wird.

Einige Monate darauf wurde von einer ad hoc-Gruppe unter Beteiligung von öffentlichen Institutionen, Firmen und Interessenorganisationen ein ähnliches partizipatives Verfahren unter dem Titel „Dialog“ zum Thema genetische Tests durchgeführt. Dieses Verfahren wurde dahingehend interpretiert, dass solche Verfahren auch unter unterschiedlichen institutionellen Gegebenheiten sinnvoll durchgeführt werden können. Allerdings stand im Hintergrund eine starke und öffentlich hoch angesehene Persönlichkeit, die gewillt war, das Verfahren durch alle Widrigkeiten hindurch zu tragen.

Diese Verfahren hatte nicht zuletzt bei Entscheidungsträgern und Experten eine „Eisbrecherfunktion“ (Bütschi et al. 2002) und zeigten, dass Partizipation in der Schweiz auch auf Bundesebene nicht nur Abstimmung bedeuten muss, sondern dass auch inhaltlicher Input von Laien kommen kann. In der Folge veranstaltete TA-Swiss, wie das Zentrum nun hieß, etliche PubliForen zu den unterschiedlichsten Themen, mit einem Schwerpunkt (wie fast überall) bei der modernen Biotechnologie. Gemeinsam war all diesen Verfahren die Orientierung am dänischen Muster der Konsenskonferenz; allerdings wurde dieses für die Schweizer Bedürfnisse angepasst. Insbesondere die Mehrsprachigkeit der Schweiz stellt hierbei hohe Anforderungen, die z. T. erhebliche finanzielle Mittel erfordert, damit alle Beteiligten den Beratungen in gleicher Weise folgen können.

**basisdemokratischer
Hintergrund**

**Etablierung von
PubliForen durch
TA-Swiss**

3.4 Deutschland

In Deutschland gab es eine Reihe von Initiativen zu partizipativen Verfahren, aber nur wenige Projekte, die explizit am Modell der BK orientiert waren. Zwei BK's aus jüngerer Zeit stechen hervor: Im Jahr 2001 organisierte das Deutsche Hygiene Museum im Rahmen seiner Ausstellung „Der imperfekte Mensch“ eine erste bundesweite BK, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft finanziert wurde (Schicktanzen/Naumann 2003). Diese BK trug den Titel „Streitfall Gendiagnostik“, thematischer Schwerpunkt der Laien-Stellungnahme war die moralische Bewertung vorgeburtlicher Gentests wie der Pränataldiagnostik

**zwei BK's in
letzter Zeit: „Streitfall
Gendiagnostik“ (2001),
„Stammzellforschung“
(2004)**

(PND) und Präimplantationsdiagnostik (PID). Eine zweite BK hat erst kürzlich, im März 2004, an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattgefunden. Diese BK zum Thema Stammzellforschung wurde als ein wissenschaftliches Projekt vom deutschen Bildungsministerium finanziert. Initiator dieses Projekts waren – wie auch im ersten Fall – eine kleine Gruppe von WissenschaftlerInnen, die an partizipativen Verfahren interessiert sind. Die Organisatoren der BK waren am Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin in Berlin, einem wichtigen deutschen Forschungsstandort in Sachen Genomforschung, als eine eigene, autonome Projektgruppe angesiedelt. D. h., ähnlich wie in Großbritannien hat sich in Deutschland keine eigene Organisation herausgebildet, die derartige partizipative Aktivitäten koordiniert, wie es z. B. in Dänemark mit dem Technologierat oder in der Schweiz mit TA-Swiss der Fall ist. Es waren nicht die Bürger oder die Politik, die diese Projekte in Deutschland angestoßen haben, sondern vielmehr „Partizipationsprofis“, die aus dem Bereich der Bioethik, der Wissenschaftsforschung oder der Partizipationsforschung kommen. In beiden Fällen waren die BK's als wissenschaftliche Projekte beantragt und vom Ministerium bewilligt worden. Dies bezeichnet sogleich die Ähnlichkeiten und Differenzen mit unserem österreichischen Beispiel: Die österreichische BK verdankt sich ebenfalls einer privaten Initiative, und es gibt gleichfalls keine institutionellen und organisatorischen Routinen für die Koordination und Durchführung von BK's. Die Konzeptionalisierung der BK's als *wissenschaftliche* Projekte stellt jedoch eine wichtige Differenz zur österreichischen Situation dar. Im letzteren Fall wurde zwar ebenfalls wissenschaftliche Expertise mobilisiert, jedoch nicht in der Form, dass der Antrag für die BK von wissenschaftlichen Experten verfasst worden wäre.

3.5 Österreich

„Ozon-Konsens-Konferenz“ (1997)

1997 gab es den ersten Versuch, das Modell der KK auch in Österreich einzuführen. In diesem Jahr wurde eine Konsenskonferenz zum Thema „bodennahes Ozon“, einem populären Thema mit politischem Handlungsbedarf, durchgeführt (König 1997). Dies war bis 2003 die einzige derartige Veranstaltung in Österreich. Mit Bezug auf die Finanzierungsquellen, die Zusammensetzung des Projektteams, das gemeinsame Themeninteresse und die geographische Herkunft der ausgewählten Laien, kann man im Fall der ersten BK von einem Drei-Länder-Projekt sprechen (Wien, Niederösterreich, Burgenland). Die BK von 2003 stellt daher die erste BK auf nationaler Ebene dar.

politiknaher Problemkontext

Probleme durch die Ansammlung bodennahen Ozons während der Sommermonate führten in den frühen 1990er Jahren zu gesetzgeberischen Bemühungen. Es stellte sich aber bald heraus, dass eine wesentliche Reduktion der Menge an Vorläufersubstanzen nur durch erhebliche Einschränkungen des lokalen Autoverkehrs und der Energieproduktion möglich wären. Außerdem kamen erhebliche Anteile der Vorläufersubstanzen aus dem Ausland. Um gesetzgeberisch tätig werden zu können, wurde 1996 ein Ozon-Reduktionsplan erstellt; allerdings ergaben sich daraus nur wenige regulatorische Initiativen. Um das zuständige, aber als säumig angesehene Bundesministerium zum Handeln zu bewegen, initiierten die Umweltbehörden der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland im Frühjahr 1997 eine KK zum Thema bodennahes Ozon. Der Gedanke dahinter war, dass auf diese Weise realistische Reduktionsziele und Strategien zu deren Erreichung identifiziert werden könnten, die in der Bevölkerung Akzeptanz finden würden. Politiker der drei Bundesländer standen anfangs der Idee durchaus aufgeschlossen gegenüber und erklärten sich bereit, die Ergebnisse ernsthaft in ihre Überlegungen einzubeziehen.

Der Entschluss zu einer Konsenskonferenz wurde im Herbst 1996 gefasst; ernsthafte Vorbereitungen begannen im Januar 1997. Bis zum März entstand ein allgemeiner Plan, und das Projektteam aus Vertretern der Umweltbehörden der drei Bundesländer wurde berufen. Als Hauptveranstalter fungierte die Wiener Umwelt-Anwaltschaft. Von März bis April 1997 wurde das Laienpanel ausgewählt und die Experten nominiert. Das Laienpanel bestand ausschließlich aus jungen Leuten im Alter von 18 bis 26 Jahren aus den genannten drei Bundesländern. Grund hierfür waren weniger konzeptuelle Überlegungen als die Tatsache, dass aus Geld- und vor allem Zeitmangel auf diese Gruppe zurück gegriffen werden musste, da junge Leute leichter erreichbar waren und man auch annahm, dass z. B. Studenten mehr Zeit hätten. Einer wesentlichen Forderung des Konzepts der KK, nämlich der nach möglichst breiter Zusammensetzung des Laienpanels nach Alter, Wohnort, Ausbildung etc., konnte daher nicht entsprochen werden.

Ablauf der Konsens-Konferenz

Die Veranstalter wählten einschlägige Literatur für die Information der Laien aus und organisierten die beiden Vorbereitungswochenenden im April und Mai, mit mehrwöchiger Pause dazwischen; Experten wurden während dieser Wochenenden nicht gehört. Gleichzeitig wurde mit der PR für die Konferenz begonnen.

Nach dieser relativ kurzen Vorbereitungsphase begann die eigentliche KK am 20. Juni 1997 in Baden bei Wien mit einem eintägigen Expertenhearing, das allerdings von den Teilnehmern einhellig als enttäuschend eingeschätzt wurde. Das Thema war bereits eindeutig politisch belegt und die Standpunkte schienen unüberbrückbar; Experten, Interessenvertreter und Politiker schienen nicht über vorgefasste und bereits bekannte Statements hinaus zu finden.

Während der folgenden zwei Tage versuchte das Laienpanel, zu einer einhelligen Schlussfolgerung zu kommen. Auch aus Gründen einer ungünstigen Gruppendynamik, die vermutlich auch durch die eher homogene Altersstruktur begünstigt wurde, erwies sich dies aber als schwieriger als angenommen. Man einigte sich zwar auf einen gemeinsamen Bericht, allerdings wurde dieser bei der Präsentation am 23. Juni auf einer abschließenden Pressekonferenz als eher dürftig eingeschätzt. Die wesentliche Botschaft war der Ausdruck fundamentalen Misstrauens in die Fähigkeiten und die Bereitschaft von Politikern wie Experten, die Probleme auch wirklich anzugehen.

schwaches Ergebnis

Nicht zuletzt durch die offensichtlichen Schwächen des Berichts und die als ungenügend angesehene Leistung des Laienpanels konnten die zuständigen Politiker (trotz einer ursprünglich bekundeten Sympathie dem Verfahren gegenüber) nicht viel mit dem Ergebnis der Ozon-KK anfangen. Die meisten der (relativ wenigen) Pressekommentare betrafen weniger die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Ozonreduktion, sondern das zutage getretene Misstrauen in die Problemlösungskapazität von Wissenschaft und Politik. Das Ziel, das Bundesministerium zum Handeln zu bewegen, wurde jedenfalls verfehlt.

Die Evaluierung und Erstellung einer Dokumentation nahmen drei Monate in Anspruch, so dass der gesamte Prozess innerhalb von weniger als einem Jahr abgeschlossen war.

3.6 Schlussfolgerungen

Aus dem Ländervergleich lassen sich einige Schlüsse ziehen (vgl. ausführlich die Analysen in Joss/Bellucci 2002):

konkreter historisch-politischer Hintergrund von pTA

unterschiedliche Trägerschaften von BK's

länderspezifische Besonderheiten

unterschiedliche Funktionen von BK's

1. Ein partizipatives Verfahren wie die KK wurde vor einem konkreten historisch-politischen Hintergrund entwickelt (wie in Dänemark). Ein „Export“ dieses Verfahrens bedeutet immer auch dessen Modifikation, bedingt durch den länderspezifischen Kontext. Seine Wirkung ist daher nicht einfach prognostizierbar.
2. Es gibt – je nach politischer Landschaft – ganz unterschiedliche Trägerschaften und Organisationskonstellationen bei der Durchführung von BK's. Ländern mit eigenen Organisationen zur Koordination solcher Veranstaltungen (wie Dänemark oder die Schweiz) stehen andere Länder gegenüber, in denen BK's ad hoc und auf Veranlassung von unterschiedlichen öffentlichen oder privaten Organisationen durchgeführt wurden (wie in Deutschland und Österreich).
3. In Dänemark und der Schweiz hat sich ein stabiles Akteurs- und Resonanzgefüge in Bezug auf Partizipation etabliert, anders als in Deutschland oder Österreich. Sowohl in Bezug auf die Zielvorstellungen und die Resonanz-erwartungen als auch in Bezug auf die konkrete Organisation muss man die länderspezifischen Besonderheiten in den Blick nehmen.
4. BK's können unterschiedliche Funktionen haben. Die denkbare Spannbreite der Funktionen ist abhängig vom politischen Kontext. D. h., in jenen Ländern, in denen partizipative Verfahren einen bestimmten Stellenwert im politischen System errungen haben, gibt es vergleichsweise präzisere Funktionszuschreibungen als in Ländern, wo BK's noch lediglich ein (wissenschaftliches) Experiment sind.

4 Methodische Vorgehensweise

Im Rahmen des Projekts BK war keine sozialwissenschaftliche Begleitforschung eingeplant worden. Finanzielle Engpässe dürften dabei eine maßgebliche Rolle gespielt haben (vgl. Kap. 5.11). Im Anschluss an die BK hat sich jedoch im RFT die Überzeugung durchgesetzt, dass eine sozialwissenschaftliche Analyse des Prozesses aus Sicht der TA die weitere Diskussion um Grenzen und Potenziale dieses Politikberatungsinstrumentes von einiger Bedeutung ist. Es gab jedoch bereits im Vorlauf zur Konferenz von Seiten der Forschung Versuche, die Konferenz zum Zweck der Datenerhebung zu begleiten. So gab es Anfragen von Renè Zimmer (ITAS Karlsruhe) und – unabhängig davon – vom ITA. Dem Wunsch des ITA, die Vorbereitungswochenenden mittels teilnehmender Beobachtung zu begleiten, wurde seitens der Veranstalter nicht entsprochen. Ausschlaggebend dafür waren die Bedenken der Moderatorin, die Zulassung von Beobachtern könnte den Meinungsbildungsprozess in der Gruppe stören. Dieses gruppenspezifische Argument konzeptualisiert die Gruppe als einen „geschützten“ Raum, der die Hemmschwelle für eine freie Meinungsäußerung herab setzt. Auf der anderen Seite lässt sich aus Gründen einer umfassenden Dokumentation *für* eine Zulassung von Beobachtern argumentieren. Gerade bei der ersten derartigen Veranstaltung in Österreich wäre dies im Hinblick auf die Optimierung zukünftiger Verfahren wünschenswert gewesen.⁵ In diesem Fall hat es eine Güterabwägung zugunsten des laufenden Verfahrens gegeben. Für unsere Analyse, die nicht zuletzt auf praktische Schlussfolgerungen für eine Neuauflage dieses Verfahrens abzielt, hat sich dies natürlich weniger günstig ausgewirkt. Bestimmte Sachverhalte sind im Nachhinein z. T. gar nicht mehr oder nur mittels der Selbstbeschreibungen von Beteiligten rekonstruierbar (z. B. lassen sich im Nachhinein kaum mehr verbindliche Aussagen über den Meinungsbildungsprozess in der Gruppe treffen). Erschwerend hat sich auf unsere Arbeit auch die Tatsache ausgewirkt, dass die Analyse erst ex post konzeptualisiert wurde. Auf diese Weise sind Aussagen oder Vergleiche auf der Basis von Verlaufsdaten nicht mehr möglich (z. B. über die Präsenz der BK im Internet).

**keine Evaluation
eingeplant**

**keine teilnehmende
Beobachtung möglich**

Dies soll allerdings nicht den Verdacht nahe legen, wir könnten für die folgende Analyse nicht auf empirische Daten zurückgreifen. Tatsächlich haben wir zahlreiche Interviews mit sehr vielen wichtigen Akteuren der BK durchgeführt sowie mehrere standardisierte Befragungen mit den TeilnehmerInnen der BK (Details s.u.). Nicht zuletzt aufgrund der Kooperativität des Veranstalters war der Rücklauf der Fragebogen sehr hoch. Außerdem haben wir vom Veranstalter alle Materialien bekommen, die wir haben wollten – auch wenn das z. T. mit erheblichem Aufwand verbunden war. Daher können wir davon ausgehen, dass wir – trotz der genannten Einschränkungen – eine einigermaßen konsistente Analyse der BK präsentieren können.

**empirisches Material:
Gute Kooperation mit
Veranstalter**

Die im folgenden Kap. 5 dargestellten Ergebnisse unserer Analyse verdanken sich einer methodischen Herangehensweise, die durch die mittlerweile gut etablierten Standards empirischer Sozialforschung ausgewiesen ist (vgl. z. B. Kromrey 2002). Unsere Methodenwahl ist dabei nicht auf ein bestimmtes Pa-

⁵ In Deutschland hat man im Fall der BK zum Thema „Stammzellen“ (März 2004) offenbar weniger Bedenken gegenüber derartigen „Verzerrungseffekten“ durch teilnehmende Beobachter gehabt. Die Veranstalter haben vielmehr eine lückenlose Dokumentation durch Videoaufzeichnungen zugelassen. Das Interesse aus den Sozialwissenschaften scheint in diesem Fall also eher als ein Resonanzfaktor geschätzt worden zu sein.

Verwendung qualitativer und quantitativer Methoden

radigma festgelegt. Entsprechend unseren Forschungsfragen sowie den Untersuchungszielen wurde eine Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden gewählt, wobei aufgrund der niedrigen Fallzahlen sowie des explorativen Charakters unserer Studie die qualitativen Methoden überwiegen. Folgende empirische Arbeiten wurden durchgeführt:

Quantitative Methoden

- Konstruktion dreier unterschiedlicher Fragebogen zur Befragung der elf Laien. Da sich unser Interesse u. a. auf den Prozess der Meinungsbildung richtete, wurden die Daten – auf der Basis des jeweiligen Fragebogens – nach dem ersten und zweiten Informationswochenende, sowie nach dem Ende der Konferenz erhoben. Die Fragebogen enthalten 24, 30 bzw. 45 Fragen mit z. T. offenen Fragen. Die Beantwortungsdauer der Fragebogen belief sich auf ca. 30-45 Minuten.
- Konstruktion eines Fragebogens zur Befragung der ExpertInnen. Begleitend zu den qualitativen ExpertInneninterviews wurden die ExpertInnen mithilfe eines kurzen Fragebogens (15 Fragen) zur Zielerreichung und ihrem persönlichen Nutzen befragt. Dabei wurde den ExpertInnen mit der Aussendung der Stellungnahme ein kurzer Fragebogen mitgeschickt. Der schwache Rücklauf stellte allerdings den Nutzen einer Auswertung in Frage.

Qualitative Methoden

- *Qualitative Interviews:*
 - Konstruktion unterschiedlicher Leitfäden für die teilstrukturierten Interviews mit den Organisatoren und Veranstaltern, den Laien, ExpertInnen und BeobachterInnen/TeilnehmerInnen auf der Konferenz.
 - Durchführung von 51 Interviews, davon
 - 11 Laien
 - 13 ExpertInnen
 - 11 Mitglieder der Organisation
(Arbeitsgruppe, Beirat, Veranstalter, Moderation)
 - 7 ZuschauerInnen/BeobachterInnen der Konferenz
 - 6 PolitikerInnen
(u. a. WissenschaftssprecherInnen der Parlamentsparteien)
 - 3 AuftraggeberInnen
 - Transkription und Einlesen aller 51 Interviews in Atlas-ti (Computerprogramm zur Auswertung qualitativer Daten).
 - Auswertung der Interviews nach den methodischen Grundsätzen der „Grounded Theory“ (Glaser/Strauss 1998).
- *Medienanalyse:* Vollständige Erhebung aller Medienbeiträge zur BK (Printmedien, Hörfunk, Fernsehen, Internet) und Auswertung der Materialien anhand eines Kategorienschemas.
- *Dokumentenanalyse:* Auswertung verschiedener Dokumente (Stellungnahme der BürgerInnen, Dokumente von comma, Kostenaufstellungen, TeilnehmerInnen-Bewerbungen etc.). Teilweise Transkription und Auswertung des Tonband-Mitschnitts der beiden öffentlichen Konferenztage.
- *Teilnehmende Beobachtung:* Strukturierte Beobachtung der Interaktionsprozesse während der BK durch Mitarbeiter des ITA.

5 Analyse der BürgerInnenkonferenz

5.1 Erwartungen und Zielvorstellungen der Akteure

Wir haben bereits in unserem ersten Bericht darauf hingewiesen: BK können unterschiedliche Funktionen erfüllen, von daher ist eine Klärung der Zielvorstellungen, die man mit der Durchführung einer BK verbindet, von besonderer Bedeutung. Außerdem sind partizipative Verfahren in Österreich nicht in einer Weise institutionalisiert und routinisiert, dass man von tendenziell gemeinsam geteilten Zielvorstellungen der verschiedenen Akteure (Organisatoren, Arbeitsgruppe, ExpertInnen, PolitikerInnen) ausgehen kann. Die Klärung der Zielvorstellungen ist also wichtig, weil 1) partizipative Verfahren ganz unterschiedlichen Zielen dienen können und 2) sich daraus verschiedene Anforderungen an die Organisation ergeben.

**verschiedene
Funktionen von BK**

Empirisch lassen sich mehrere teils überlappende, aber dennoch unterscheidbare Ziele identifizieren, die mit der Abhaltung einer BK verknüpft werden (siehe auch Bütschi/Nentwich 2002).

1. Wissenstransfer (i. S. v. PUS, diskutiert u. a. von Durant 1995). Ausgehend von der Feststellung, dass die Öffentlichkeit zum Großteil über wissenschaftlich-technische Sachverhalte wenig informiert ist, wird an die Durchführung einer BK die Erwartung geknüpft, dass damit faktisches Wissen in die Öffentlichkeit getragen und ein Thema öffentlich diskutiert werden könne, ohne dass „falsche“ oder emotionalisierende Argumente die Debatte stören. Oft wird auch vermutet, dass mit dem Wissensgewinn der Laien ein Meinungsbildungsprozess verbunden sei, der sich in einer größeren Akzeptanz der jeweiligen Technologie niederschlägt. Dieser Vorstellung liegt das so genannte „Defizit-Modell“ zugrunde, demgemäß Widerstand gegen eine neue Technologie in erster Linie auf Unkenntnis der objektiven Fakten beruhe und daher durch Wissenstransfer beseitigt werden könne. Empirisch hat sich allerdings gezeigt, dass diese Annahme fragwürdig ist (Wynne 1992).
2. Information für die Politik (nach dem Motto: „Wo drückt der Schuh?“, siehe Klüver 1995). Ebenfalls weit verbreitet ist die Erwartung, dass im Dialog zwischen Laien und Experten weniger bekannte, alternative Gesichtspunkte, Befürchtungen und Präferenzen der Bevölkerung zutage treten, auf die die Politik dann eingehen kann. Somit könne sich eine BK anderen Instrumenten der Meinungsforschung als überlegen erweisen. Entscheidungsträger könnten Maßnahmen dann so gestalten, dass sie die Öffentlichkeit damit besser „abholen“. Der instrumentelle Aspekt für die Politik steht hier im Mittelpunkt.
3. Berücksichtigung alternativer Rationalitäten, Problemsichten und Lösungspräferenzen (wie sie etwa Wynne 1996 fordert). Die emanzipatorische Absicht, Technikentwicklung im Sinne größerer Sozialverträglichkeit zu beeinflussen, geht oft mit einer Skepsis gegenüber Entscheidungen einher, die ausschließlich auf Expertenwissen basieren. Einerseits wird angenommen, dass ExpertInnen vielfach Eigeninteressen in der Sache bzw. einen eingeschränkten Horizont hätten. Andererseits hätte sich in der Vergangenheit gezeigt, dass expertendominierte Verfahren zuweilen in Fehlentscheidungen mündeten. Es gehe also darum, alternativen Rationalitäten, wie sie sich aus dem Alltagswissen und den Werthaltungen von Laien ergeben, zu mehr Geltung zu verhelfen.
4. Demokratisierung der Technikentwicklung (Sclove 1995). Ausgangspunkt ist die Annahme, dass Entscheidungen in strittigen Fragen der Technologie-

entwicklung normalerweise von wenigen machtvollen Interessen dominiert würden. Mittels partizipativer Verfahren unter Einbeziehung von Laien sollte es möglich werden, vielfältigere Interessen zu berücksichtigen, die bisher wenig Gewicht hätten. Damit würden „sozial robustere“ Entscheidungen möglich, weil sie auf einer breiteren Basis gefällt würden. Diese Erwartung setzt voraus, dass in partizipativen Verfahren erarbeitete Empfehlungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

**praktische
Konsequenzen
unterschiedlicher
Zielvorstellungen**

Auf der operationalen Ebene kommt diesen unterschiedlichen Funktionszuschreibungen einige Bedeutung zu. So sind etwa die Aufgaben für die Moderation klarerweise von unterschiedlichen Zielvorstellungen beeinflusst. Daneben kann aber auch die Rolle einzelner Beteiligter durchaus unterschiedlich sein. So werden ExpertInnen in Verfahren, in denen es ausschließlich um die Gewinnung und Systematisierung von Sachstandswissen geht, lediglich als Quellen für Sachinformationen angesehen. In Verfahren hingegen, die vor allem Wertedifferenzen thematisieren, werden ExpertInnen zwar ebenfalls als Informationsvermittler genutzt, darüber hinaus aber auch als Exponenten einer heterogenen Meinungsvielfalt in den Blick gerückt. Desgleichen muss die Rolle des Laien-Votums im Lichte verschiedener zugedachter Funktionen unterschiedlich interpretiert werden: Soll ein Bericht verfasst werden, der möglicherweise kontroverse politische Empfehlungen enthält, oder sollen Kontroversen lediglich widerspiegelt werden? Ist also politischer Input das Ziel oder der Nachweis, dass Laien mit einem komplizierten Sachverhalt umgehen können? Wir wollen zunächst die Zielvorstellungen der maßgeblichen Akteure rekonstruieren.

5.1.1 Zielvorstellungen der Veranstalter

**uneindeutige
Zielvorstellungen**

Ein Verfahren wird im Wesentlichen von den Zielvorstellungen der Veranstalter geprägt. Untersucht man das knappe Konzeptpapier von comma auf Zielvorstellungen, die mit einer BK verbunden werden, ergeben sich zunächst vielfältige, aber keine eindeutigen Hinweise. Einerseits ist – gewissermaßen im Sinne von PUS – von Versachlichung und Rationalisierung der Debatte die Rede, andererseits von Demokratisierung der ExpertInnensysteme und einer quasi auf neue Weise zu „vergesellschaftenden“ Wissenschaft und Forschung. Der mit einer historischen Reminiszenz an herausragende politische und gesellschaftliche Kontroversen um Risikotechnologien wie die Kernenergie und die grüne Gentechnik eingeleitete Hinweis auf die Notwendigkeit einer „konstruktiven Wissenschaftspolitik“ wird als Plädoyer für die Initiierung einer wechselseitigen und gleichberechtigten Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft lesbar. Der Begriff „Dialog“ nimmt einen prominenten Platz ein – z. B. sollen Experten und Laien in einen Dialog gebracht werden bzw. die Laien richten ein „Dialog-Angebot“ an die Politik. Diese Betonung des Dialogs ergibt sich auch aus den Interviews. Der Veranstalter bezeichnete die BK als ein „neues, spannendes Instrument der Kommunikation“, wobei der darin gepflegte Dialog als „Zweiweg-Kommunikation“ im Gegensatz steht zu der „Ein-Weg-Kommunikation“ etwa von Fernsehspots, die die PR-Kampagne des Rats vor allem geprägt hat.

**neues
Dialog-Instrument
ausprobieren**

Wir schließen daraus, dass es den Veranstaltern wesentlich um das Ziel ging, das Instrument BK zum Zweck der Wissenschaftskommunikation auszuprobieren. Es ging also zunächst nicht darum, ein partizipatives Verfahren durchzuführen, weil von den Veranstaltern und Organisatoren ein politischer Entscheidungsbedarf unter Berücksichtigung öffentlicher Diskussion gesehen wurde oder weil die Organisatoren ein bestimmtes Thema lancieren wollten. comma wollte vielmehr beweisen, dass eine BK auf nationaler Ebene auch in Öster-

reich durchführbar ist. Dieses pragmatische Ziel des Ausprobierens verbindet sich mit dem Motiv, „Lernprozesse für mehr Offenheit gegenüber partizipativen Verfahren“ auszulösen, wie es sich aus der abschließenden Dokumentation über die BK unter der Überschrift „Ziele“ ergibt (CommunicationMatters 2003: 45). Mit anderen Worten: Durch die Demonstration eines gelungenen Verfahrens sollte der Weg für zukünftige geöffnet werden. Auch wenn man die (legitimen) ökonomischen Eigeninteressen von comma ins Kalkül zieht, wird das Ziel, das Projekt erfolgreich abzuschließen, als maßgebliche Handlungsmotivation erkennbar.⁶ Die weitere Analyse wird zeigen (vgl. Kapitel 5), dass es auch andere Indizien gibt, die die Hypothese vom „Ausprobieren“ stützen (wie z. B. die Themenwahl, die nach strategischen Gesichtspunkten unter der Prämisse erfolgte, das Projekt BK möglichst erfolgreich abwickeln zu können; die auf Gruppenharmonie ausgerichtete Moderation oder die von operationalem Pragmatismus geprägte Diskussion in der Arbeitsgruppe).

Allerdings waren mit der BK offenbar keine weiter gehenden (und keine eindeutigen) konzeptuellen oder normativen Absichten verbunden. Im Konzeptpapier von comma wurden auch keine Methoden und Designs vorgestellt, mit denen bestimmte angestrebte Ziele erreicht werden sollten. Die Beschreibung des Verfahrens, die sich auf eine knappe Schilderung des formalen Ablaufs einer BK beschränkt, stellt ganz offensichtlich nicht den Versuch der Operationalisierung einer konkretisierten Zielvorstellung dar. Die Tatsache, dass die normativen Ziele nicht konsistent entwickelt sind und daher beziehungslos nebeneinander stehen bzw. widersprüchlich bleiben sowie das Fehlen einer Operationalisierung auf der methodischen Ebene belassen die BK im Halbschatten einer eher unspezifischen Dialogveranstaltung.

**pragmatische
Durchführung**

Das Problem einer solchen auf Pragmatismus ausgerichteten Zielvorstellung wird paradoxerweise gerade in pragmatischer Hinsicht schlagend. Eine nähere Explikation von Zielvorstellungen (oder Leitbildern) wäre nämlich notwendig gewesen, weil sich die vielen angesprochenen unterschiedlichen Paradigmen nicht bruchlos ineinander fügen, sondern sich mit z. T. geradezu konträren Designs verbinden (z. B. was die anvisierte Rolle der ExpertInnen auf der Konferenz oder die Art und Weise der Vorbereitung der Laien betrifft).

5.1.2 Zielvorstellungen der Arbeitsgruppe

Die nahe liegende Annahme, das Agieren der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe müsse auf der Basis gruppenintern verhandelter und klar definierter Zielvorstellungen erfolgt sein, lässt sich nicht belegen. Die mit der BK verbundenen Zielvorstellungen wurden von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe ex ante nicht – oder nicht ausreichend erkennbar – kommuniziert. Das soll nicht heißen, dass die Protagonisten keine Zielvorstellungen hatten, diese waren aber lediglich implizit und wurden nicht ausdiskutiert; sie wurden daher nur indirekt, sozusagen im operativen Geschäft sichtbar.

**keine Diskussion über
Zielvorstellungen**

Aus den Interviews ergibt sich nachträglich folgendes Bild: Für einige Mitglieder stand das Ziel der Laien-Aufklärung im Vordergrund. Einerseits waren diese insofern kritisch, als offenbar die „Public Awareness“ über die möglichen

⁶ Aufgrund dieser ökonomischen Motive von comma haben viele KritikerInnen im Vorfeld der PR-Agentur die Glaubwürdigkeit als Veranstalter abgesprochen. Wir werden zeigen, dass diese Kritik im Nachhinein nicht in dieser Form aufrechterhalten werden kann (vgl. Kapitel 5.2). Am Rande sei noch erwähnt, dass ironischer Weise gerade die ökonomischen Eigeninteressen von comma dazu geführt haben, dass die BK zu einem Ende gebracht werden konnte – allen ökonomischen Engpässen zum Trotz.

sozialen Verwerfungen durch die Verbreitung genetischer Daten im Mittelpunkt stand. Diese Awareness-Bildung wurde allerdings als eine Aufgabe für Experten gesehen. Es ging nicht um eine Kritik in demokratiepolitischer Hinsicht, also um die Beteiligung einer speziellen Laienrationalität (im Gegensatz zu der von Experten) an politischen Entscheidungen (d. h. im Wesentlichen nicht um eine „Öffnung“ des Diskurses). Eine andere Vorstellung war in normativer Absicht auf die Demokratisierung von Experten gerichtet; Partizipation wird in dieser Perspektive als Chance verstanden, die überkommene Hierarchie zwischen ExpertInnen und Laien in einem beispielhaften Verfahren zur Disposition zu stellen.

**nachträglicher
Dissens über Ziele**

Erst nach Abschluss der BK – dann aber mit Vehemenz – wurde Dissens über Sinn und Zweck von partizipativen Verfahren zwischen einigen Mitgliedern der Arbeitsgruppe und der Organisation ganz offen artikuliert. Dies verweist auf eine verpasste Chance, solche Diskrepanzen in der Vorbereitung der BK zu klären.⁷ Der Ort für eine solche Klärung wäre die Arbeitsgruppe gewesen. Schließlich war hier – dem Anspruch der Organisatoren, aber sicher auch dem Selbstverständnis der Protagonisten nach – der (was für *diese* Aufgabe maßgeblich ist:) sozialwissenschaftliche Fachverband versammelt. Gerade vor dem Hintergrund internationaler Erfahrungen mit Konsensuskonferenzen hätte es einer eingehenden Reflexion über die Zielvorstellungen bedurft, die mit der Durchführung der BK verbunden waren – über den bloßen Selbstzweck hinaus, eine BK lediglich abzuhalten. Die Veranstalter hätten von den sozialwissenschaftlichen Mitgliedern der Arbeitsgruppe auf die unterschiedlichen dokumentierten Interpretationen hingewiesen und dazu gedrängt werden müssen, zu einer eigenständigen Definition der Ziele zu finden. Natürlich: Auch comma hatte kein explizites Konzept über die Rolle von partizipativen Verfahren; es ist jedoch die Frage, ob dies von einer PR-Agentur überhaupt zu fordern ist. Es ist u. E. die genuine Aufgabe von SozialwissenschaftlerInnen, unterschiedliche oder gar widersprüchliche Zielvorstellungen explizit zu machen und über eine interne Diskussion zu einer konsistenten Konzeption zu finden. Insgesamt kennzeichnete großer Pragmatismus den Arbeitsstil.

**Pragmatismus statt
Ziel-Definition**

Dieser Pragmatismus ist nicht zuletzt darauf zurück zu führen, dass die Befürchtung, die Laien würden keinen Bericht abfassen können und damit könnte die BK „scheitern“, als Damoklesschwert über den Beratungen hing. Wohl gemerkt – es ging dabei nicht so sehr um die Art des Ergebnisses als darum, dass überhaupt eines zustande kommen würde. Nicht zuletzt durch das gemeinsame Ziel, eine BK mit entsprechend herzeigbarem Resultat auch in Österreich auf die Beine zu stellen, ergab sich eine recht konstruktive operative Zusammenarbeit. In der Praxis äußerte sich dies im Wesentlichen als Bemühen, größere „Unfälle“ verhindern. Größere Streitigkeiten traten aber vor allem deswegen nicht auf, weil anfängliche Bedenken bezüglich Zielen und Glaubwürdigkeit zurückgestellt und in der Folge zugunsten organisatorischer Reibungsfreiheit vernachlässigt oder verdrängt wurden.

**Verpflichtung der
Arbeitsgruppe**

Es ist jedoch für die Organisation von Folgeprojekten in jedem Fall angeraten, unterschiedliche wissenschaftliche Expertise möglichst früh ins Boot zu holen,

⁷ Von einem Mitglied der Arbeitsgruppe wurde im Nachhinein der Mangel an konzeptionellen Debatten mit grundlegenden Mängeln der Durchführung der BK in Verbindung gebracht. Ein professionelles Projekt hätte einer klaren Verteilung der Rollen, Aufgaben und Zuständigkeiten plus klare Strukturierung der Kommunikation zwischen comma und der Arbeitsgruppe bedurft. Ein anderes Mitglied hatte zwar bereits im Vorfeld konzeptionelle Bedenken in schriftlicher Form geäußert; diese Kritik konzentrierte sich aber in der Folge schnell auf die institutionelle Verankerung des Projekts. Die konzeptionelle Kritik erschöpfte sich somit in einer reinen Institutionenkritik und wurde daher für die Gestaltung der BK nicht fruchtbar.

und zwar am besten zum Zeitpunkt der Antragstellung; auf diese Weise wird es auch den Mitgliedern der Arbeitsgruppe wesentlich schwerer gemacht, sich im Verlauf des Projekts – wenn sich, aus welchen Gründen auch immer, Enttäuschungen einstellen sollten – im- oder explizit von dem Projekt zu distanzieren. Außerdem sollte man bei der Projektplanung – auch das steigert die Motivation – eine angemessene Entlohnung dieser Expertise vorsehen.

5.1.3 Politikberatung und Faktenwissen: Die Erwartungen der Laien

Noch vor der BK sahen die Laien einen voraussichtlichen Erfolg der BK vor allem in ihrer Bedeutung als ein Instrument der Politikberatung; konkret wurde – im besten Fall – der Einfluss der Stellungnahme auf Gesetzesinitiativen erhofft sowie – auf der professionspolitischen Ebene – auf die Gestaltung der humangenetischen Beratungspraxis. Dies lässt sich aus dem Ergebnis unserer standardisierten Umfrage schließen, in der auf die entsprechenden Frage- und Antwortvorgaben jeweils etwa drei Viertel der Befragten mit „stimme voll zu“ reagierten.⁸ Es wäre jedoch voreilig, daraus auf eine konsistente Erwartungshaltung der Laien zu schließen. Schließlich wurden ausschließlich die genannten vier Möglichkeiten in einer geschlossenen Frage abgefragt, und außerdem ergibt sich bei der Berücksichtigung der Tiefeninterviews mit den Laien ein etwas differenzierteres Bild. Demnach waren die Vorstellungen der Laien über den Nutzen der BK anfangs recht diffus. Erst im Verlauf der Informationswochenenden und einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem Instrument selbst kam es zu einer konsistenteren Erwartungshaltung. Diese ist durch zwei wesentliche Aspekte charakterisiert.

**Ziel:
Politikberatung**

Zum einen sahen die BürgerInnen einen Nutzen der BK im Zuwachs an Wissen, der sich mit einer differenzierten Beurteilung der Thematik „Genetische Daten“ verbindet. Sowohl die – prinzipiell in Bezug auf Wirkungen der BK – eher Zuversichtlichen als auch die Skeptiker erwarteten eine Vertiefung und Erweiterung der Wissensbasis. Dies muss gar nicht mit einer Änderung der eigenen Einstellung zur Gendiagnostik verbunden sein, der Schwerpunkt der Nutzenerwartung liegt auf dem Aspekt der Informationsvermittlung und des Wissenszuwachses:

**Wissenszuwachs als
Erwartung**

„Ich möchte vielleicht grundsätzlich eines sagen. Ich war an sich etwas skeptisch, was eine Bürgerkonferenz anbelangt. (...) Und nun muss ich sagen, was die Bürgerkonferenzen anbelangt, bin ich deshalb dafür, weil hier die Mitglieder wirklich umfassend informiert werden. Wir haben ja debattiert innerhalb unserer Gesamtgruppe, auch wenn wir gesagt haben, na ja, bei einer Volksbefragung oder einem Volksbegehren müssen wir über eine Frage, über die wir ... die meisten gar nicht genau Bescheid wissen, ein Urteil abgeben. Hier wird aber uns die Möglichkeit geboten, so viel Information zu erhalten, dass wir dann auch sagen können, wir können das aus unserer Laiensicht beurteilen.“ (H28/738)⁹

⁸ Die entsprechende Frage lautet: „Worin würden sie einen Erfolg der BürgerInnenkonferenz sehen?“ Die Antwortvorgaben lauteten: „Ergebnisse finden Eingang in Gesetzesinitiativen“, „Ergebnisse dienen der Politikberatung“, „Ergebnisse rufen großes Medienecho hervor“, „Ergebnisse finden Eingang in die humangenetische Beratungspraxis“ sowie eine offene Kategorie.

⁹ Der etwas mystische Zahlencode am Ende aller im Folgenden zitierten Interviewpassagen stammt aus der Kodierungslogik von Atlas-ti und hat nur für unsere schnellere Identifikation der Textstelle Bedeutung, nicht aber für die LeserInnen.

**Schwerpunkt
Informationsgewinnung**

Die Bedeutung des Faktenwissens hat jedoch eine zweite Dimension. Es geht nicht nur darum, dass die Laien sich einen verbesserten Wissensstand durch Informationsvermittlung erwarteten – sie empfanden es auch als ihre zentrale Aufgabe, im Hinblick auf die Stellungnahme Faktenwissen zu sammeln. Das Bestreben, im Rahmen einer BK einen Konsens zu finden, bringt es für die Laien zwangsläufig mit sich, dass innerhalb einer BK idealer Weise solche Themen behandelt werden sollten, die derartig eindeutig moralisch aufgeladen sind, dass es – gewissermaßen in Form eines bevölkerungsweiten Konsenses – ein kategorisches „Ja“ oder „Nein“ zu einer bestimmten Technologie gibt. Die elf BürgerInnen sahen somit in der BK die Notwendigkeit, ausreichend Informationen einzusammeln, um einen gemeinsamen Informationsstand zu erreichen und um schließlich zu einer endgültigen Bewertung aus Laiensicht zu gelangen – weitere Bewertungen bzw. Entscheidungen lägen ihrer Meinung sodann auf Seiten der ExpertInnen bzw. der Politik.

Zugleich bestand die Hoffnung, dass die BK insbesondere in der Politik Wirkung zeigen wird. So wurde als ein weiterer wichtiger Nutzen der BK deren Bedeutung für das Vermeiden und Korrigieren von Fehlentwicklungen genannt, weil politische Entscheidungen auf eine breitere Basis gestellt würden. Für eine solche Erwartungshaltung mag auch das Anschreiben der Veranstalter an die potentiellen Teilnehmer der Konferenz eine Rolle gespielt haben (es wurde eine Einladung zur Bewerbung an 4.000 Laien ausgesandt), in dem die Möglichkeit, den Politikern die persönliche Meinung vorzustellen hervorgehoben wird. Auch die Zielvorstellung der Veranstalter, „die Stellungnahme des BürgerInnenpanels in Entscheidungsprozesse hineinzutragen“ (Communication Matters 2003: 45), wird in vermittelter Form für den Eindruck der Laien prägend gewesen sein, dass sich mit dieser Veranstaltung die Möglichkeit ergeben wird, politisch wirksam zu werden.

Im Zuge der Vorbereitungswochenenden wurden die Erwartungen der Laien an den Nutzen einer BK konkretisiert. Sie mussten erfahren, dass die BK nicht von Seiten der Politik in Auftrag gegeben wurde; dadurch wurden ihre Erwartungen (BK als Politikberatungsinstrument) gedämpft, und sie empfanden es als eine neue Herausforderung zu beweisen, dass das Pilotprojekt BK bestens als Partizipationsverfahren geeignet ist. Jedoch: Die 183 Abgeordneten des Nationalrats und die Mitglieder der Bundesregierung blieben dabei ständig als die primären Adressaten ihres Ergebnisses erhalten. Die „offizielle“ Politik setzte sich ganz einfach deshalb als (gleichwohl imaginärer) Adressat der Laien durch, weil man sich keinen anderen Adressaten vorstellen konnte. In den Vordergrund rückte damit gleichzeitig auch der Gedanke, öffentlich zu beweisen, dass eine BK in Österreich funktionieren kann.

„Also es ist immer wieder aufgetaucht, dieses Thema, was passiert mit dieser Stellungnahme dann? Und wie viel Einfluss wird das haben? Gleich am ersten Wochenende und am zweiten Wochenende ist das immer gekommen. Was ist das, was wir eigentlich da produzieren, und welchen Stellenwert hat das? (...) Und am Anfang war schon ein bisschen eine Enttäuschung da, dass das nicht wirklich ganz in Auftrag gegeben wurde, wie sich das so gehört, wenn es gescheit implementiert ist. Aber dann haben sie dieses ... hat es im Vordergrund gestanden, wir entwickeln da eigentlich was. Und es ist das erste Mal, dass das stattfindet und das braucht Zeit, bis da irgendwas sich ... bis da etwas daraus wird.“ (H1/1184)

5.1.4 „Es war irgendwie in der Mitte hindurch“: Die Erwartungen der ExpertInnen

In Bezug auf die Erwartungen der ExpertInnen lassen sich mit Blick auf den Prozess der BK zwei Dimensionen unterscheiden:

- Welches Wissen hatten die ExpertInnen von den Zielvorstellungen der Veranstalter?
- Welche Erwartungen hatten die ExpertInnen in Bezug auf die Diskussion mit den Laien auf der Konferenz?

Der letzte, eher verfahrensimmanente Punkt wird in Kap. 5.7.3 behandelt. In diesem Kapitel geht es um die erste Frage, also um eine Bewertung der vermuteten Zielvorstellungen der Organisatoren von Seiten der ExpertInnen. Dies ist für unsere Analyse deshalb aufschlussreich, weil sich darin zeigt, inwiefern die Kommunikation spezifischer Zielvorstellungen von Seiten der Organisation (gewissermaßen über den „Sinn der BK“) geglückt ist oder nicht. Weiters lässt dies Rückschlüsse auf die spezifische Konzeption von BK zu, der die Organisatoren im Prozess der Realisierung ex- oder implizit gefolgt sind.

Unsere Analyse legt die These nahe, dass die ExpertInnen kein wirklich plastisches Bild von den Zielvorstellungen der Veranstalter hatten; bzw. sie haben an eine schlichte Informationsveranstaltung für Laien geglaubt. Dies wird idealtypisch durch die folgenden Aussagen von ExpertInnen greifbar.

„Ich weiß nicht, was die Absicht war. Also wenn es die Absicht war, uns zu befragen, dann hat das so gepasst. Wenn damit eigentlich der Wunsch verbunden gewesen wäre, da kontroversiell zu diskutieren, dann ist es einfach auch im Vorfeld, in der Vorbereitung, zu sehr im Mittelpunkt gestanden. Aber das hängt wirklich von der Absicht dahinter ab. Ich weiß nicht, was gewünscht war. (...) Es war irgendwie so in der Mitte hindurch.“ (P14/659)

Am ehesten wurde noch eine Aufklärungsveranstaltung für Laien vermutet:

„Ich vermute, dass der volksbildnerische Charakter im Vordergrund stand.“ (P9/375)

Die Unschärfe der kommunizierten Zielvorstellungen hat praktische Konsequenzen in verschiedener Hinsicht: 1) Die Rolle der ExpertInnen war hinsichtlich des konzeptionellen Entwurfs der Organisation unterdeterminiert. Jene ExpertInnen, die von einer Aufklärungsveranstaltung für Laien ausgegangen sind, werden sich in erster Linie als „Informator“ angesprochen gefühlt haben, die die Laien mithilfe ausgefeilter „Lehrbuch-Vorträge“ aufzuklären haben; andere ExpertInnen (die Minderheit) haben ihre Rolle eher als „Zuhörer“ interpretiert, die die Meinungen der Laien registrieren und spontan darauf reagieren. D. h., es wurden hier zu große Freiräume für ExpertInnen geöffnet, die dann in der konkreten Interaktionssituation durchaus für Konflikte gesorgt haben – Konflikte, die durch die spezifische Art und Weise der Themenaufbereitung und -darstellung durch die ExpertInnen zu tun hatten, nicht aber mit inhaltlichem Dissens. 2) Viele ExpertInnen haben sich schwer getan, sich spezifisch auf diese Veranstaltung vorzubereiten. Ein Ergebnis war die Vorbereitung teilweise endloser Vorträge von ExpertInnen, die offensichtlich an eine Aufklärungskampagne glaubten; oder die Präsentation wenig ausgereifter ad-hoc Statements von jenen ExpertInnen, die keine spezifische „Stoßrichtung“ der Veranstaltung erkennen konnten. Im Sinne der Belebung der Diskussion und für einen reibungsloseren Ablauf wäre es wichtig, den ExpertInnen deutlich zu machen, in welcher Situation sie sich auf dem Podium befinden, was von ihnen erwartet wird und wie sie sich darauf vorbereiten können.

kein genaues Bild über BK bei ExpertInnen

**praktische Konsequenzen:
z. T. fehl gerichtete Vorbereitung der ExpertInnen**

5.1.5 Zwischenfazit

**klare Zielvorstellungen
sind wichtig**

Die Geschichte des Projekts, eine BK in Österreich durchzuführen, begann als Idee, im Rahmen der Informationskampagne des Rats eine alternative Form der Bewusstseinsbildung zu versuchen. Mit anderen Worten, das Konzept des PUS stand Pate, wenn auch nicht explizit. Weder von Seiten der Veranstalter noch von Seiten der Arbeitsgruppe wurde die Notwendigkeit einer Klärung der Zielvorstellungen erkannt und zum Gegenstand weiterführender Diskussionen gemacht. Eine solche Klärung der Zielvorstellungen ist jedoch insofern unabhängig, eben weil partizipative Verfahren ganz unterschiedlichen Zielen dienen können und sich aus unterschiedlichen Zielorientierungen auch ganz verschiedene Anforderungen an die Organisation ergeben. Dies wurde versäumt, daher blieben einerseits die Erfolgskriterien der Veranstaltung recht diffus, andererseits wurden sie auch bescheiden.

**Pragmatismus:
Verfahren als Selbstzweck**

Für die Veranstalter, aber auch für die Mitglieder der Arbeitsgruppe bestand offenbar mehrheitlich das Problem darin, die Veranstaltung zu einem programmgemäßen Ende zu bringen, d. h. vor allem, von den Laien eine präsentationsfähige Stellungnahme zu erhalten. Somit verlagerte sich das Projekt recht schnell auf die Ebene eines Selbstzwecks: Auf der Tagesordnung der Arbeitsgruppe erschienen lediglich operative Fragen, nicht zuletzt aufgrund des Zeitdrucks und des Geldmangels. Konzeptionelle Fragen wurden nahezu ausschließlich im Gewand operativer Aufgaben angesprochen. Echter Konsens unter den Beteiligten wurde zuweilen mit erzwungener Konfliktfreiheit durch Zeitmangel verwechselt.

Die österreichische BK blieb Antworten auf wesentliche Fragen schuldig, die an ein partizipatives Verfahren zu stellen sind: Welche Funktion kommt der BK zu und welches Kommunikationsmodell steht im Hintergrund des Verfahrens? Welche Seite soll stärker sein – die Vermittlung von Wissenschaft an Laien (PUS) oder die Öffnung der Debatte mit einem Informationsfluss von den Laien zu den Adressaten des Berichts? Eine Beantwortung dieser Fragen hat unmittelbare Folgen für das Selbstverständnis der Moderation, für die Auswahl der Experten, für die Funktion der Stellungnahme.

Die Analyse der ExpertInnenerwartungen unterstreicht noch einmal die Bedeutung der Kommunikation von Zielvorstellungen, die mit der Durchführung einer BK verbunden sind. Schließlich müssen die ExpertInnen wissen, was sie auf der Konferenz erwartet, was von ihnen gefordert wird bzw. wo ihre Grenzen liegen. Andernfalls sind die ExpertInnen desorientiert und unvorbereitet oder sie „instrumentalisieren“ die Veranstaltung (und zwar in der besten Absicht, bildungswillige Laien auf den neusten Stand wissenschaftlicher Forschung zu bringen).

5.2 Exkurs: Unabhängigkeit des Verfahrens?

Insbesondere für „Newcomer“ in der Durchführung einer BK ist es wichtig, dass der organisierenden Institution Kompetenz und Unabhängigkeit attestiert wird (Bütschi/Nentwich 2002: 252). Im Falle der österreichischen BK gab es anfänglich diesbezüglich Zweifel, denn die Veranstaltung wurde im Kontext einer Werbekampagne zur Innovationsförderung durchgeführt. Konkret wurden Zweifel geäußert, ob der RFT, dessen dezidierte Agenda ja die Technikförderung ist, tatsächlich für die nötige Unabhängigkeit beziehungsweise Unparteilichkeit in Sachen TA bürge. Nach übereinstimmender Einschätzung der tragenden Akteure hat der RFT allerdings in keiner Phase Einfluss auf den Prozess oder das Ergebnis genommen. Auch gegenüber der PR-Agentur als Veranstalterin einer BK gab es schon im Vorfeld der Veranstaltung Vorbehalte, die auf den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit hinaus liefen. Diese Vorbehalte wirkten sich auf den Fortgang und den Erfolg der BK belastend aus. So bemerkte etwa ein Journalist, dass ihm – wie den meisten seiner Kollegen – die Tatsache, dass die BK von einer PR-Agentur durchgeführt wurde, „unangenehm“ gewesen sei. Dies habe „keine gute Optik“ ergeben, und er sei daher auf Distanz zur BK gegangen. In ähnlicher Weise haben BeobachterInnen aus der Wissenschaft die geringe Resonanz auf die Pressekonferenz darauf zurückgeführt, dass eben kritische Presseleute misstrauisch gegenüber dem gesamten Setting gewesen seien, sowohl was die Rolle des RFT als auch die von comma betraf. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die Argumentation, mit der einer unserer Gesprächspartner seine Absage begründete, als Experte an der BK teilzunehmen: Die BK sei ein „PR-Gag“ gewesen, eine ernsthafte Einbindung kritischer Fachleute nicht beabsichtigt gewesen. Außerdem gebe es bessere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Nicht zuletzt der Dialog zwischen comma und Teilen der Arbeitsgruppe war anfangs – wie erwähnt – durch einen solchen Unglaubwürdigkeitsverdacht belastet. Durch ausführliche Diskussionen und infolge der sukzessiven Etablierung von gewissen Arbeitsteilungen und Verantwortlichkeiten beruhigte sich dieses anfängliche Misstrauen. Es scheint jedoch die Vermutung von Seiten der Sozialwissenschaftler latent geblieben zu sein, dass sie ex post zur Bereinigung von Glaubwürdigkeitsproblemen eingeladen wurden.

Für die Durchführung der BK und ihren Erfolg ist es nicht unmaßgeblich, wie die Organisatoren und die Auftraggeber in der Öffentlichkeit gesehen werden. Mit anderen Worten, es ist zu fragen, ob die Unterstellung von Glaubwürdigkeitsdefiziten für das operative Geschäft der BK schlagend geworden ist. Die angeführten empirischen Indizien zwingen zu der Annahme, dass dies der Fall ist. Unter diesen Vorzeichen ist es denn auch nur folgerichtig, dass sich sogar in der abschließenden Dokumentation der BürgerInnen-Stellungnahme ein eigenes Kapitel der PR-Agentur zur Rechtfertigung ihrer Rolle im Prozess der BK findet.

Vor diesem Hintergrund gilt es, zwei Fragen zu beantworten: Was folgt aus den Erfahrungen mit den konkreten Konsequenzen eines generalisierten Unglaubwürdigkeitsverdachts für die organisatorische Arbeit? Und zweitens: Lassen sich die Vorwürfe gegenüber comma nach Beendigung und Analyse der BK auf empirischer Basis erhärten? Um gleich mit dem Letzteren zu beginnen: Man kann comma in Bezug auf die Planung und Abwicklung des BK-Projekts viele Fehler vorwerfen (und in den folgenden Kapiteln werden wir dies auch argumentieren). Der Vorwurf der Glaubwürdigkeit, der auf der Annahme beruht, aufgrund ökonomischer Motive komme es zu Beeinflussungen oder Einseitigkeiten, lässt sich jedoch nicht erhärten. Im Gegenteil: In Bezug auf wichtige Meilensteine der BK – wie z. B. die (wissenschaftlich gestützte) Laien- oder ExpertInnenauswahl, die Moderation (die von einer fast schon ängst-

**Vorwurf der
Unglaubwürdigkeit
gegenüber Veranstalter**

Belastung für BK

**Vorwurf aufgrund
konkreter Durchführung
ungerechtfertigt**

**verbesserte
Kommunikation
notwendig**

lichen Neutralität charakterisiert war, vgl. Kap. 5.8) oder die Stellungnahme der BürgerInnen – gibt es keine Anhaltspunkte, die den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit rechtfertigen würden. Eine mangelnde Glaubwürdigkeit des Veranstalters lässt sich im Nachhinein nicht begründen.¹⁰

Zur zweiten Frage, jener nach den organisatorischen Konsequenzen: Die interessierte Öffentlichkeit rekurriert in ihrem Bemühen, sich ein Bild von dem konkreten Verfahren zu machen, in ihrer Bewertung immer auch auf die Glaubwürdigkeit des Verfahrens und die Authentizität des Auftraggebers – und zwar ganz unabhängig von den Intentionen, dem Verlauf und den Ergebnissen eines solchen Verfahrens. Für zukünftige derartige Verfahren gilt es daher abzuschätzen, wofür eine bestimmte Institution in der Öffentlichkeit steht und ob sie voraussichtlich ein glaubwürdiger Träger einer Veranstaltung ist, die auf Öffnung des Diskurses abzielt. Bzw., sofern schon frühzeitig Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Veranstalters geäußert werden (und durch Sachinformationen widerlegbar scheinen), muss auf eine sorgfältige Kommunikation des Vorhaben, seiner Funktion und Ziele im Vorfeld geachtet werden. Dazu gilt es dann allerdings auch, diese Punkte bereits in der Projektplanung zu klären. Außerdem muss auf Transparenz und die Nachvollziehbarkeit der einzelnen Entscheidungen besonders geachtet werden.¹¹ Eine zukünftige BK wäre am besten in Form eines wissenschaftlichen Projekts zu definieren, gemeinsam von der Arbeitsgruppe und dem Veranstalter zu konzipieren mit klaren Rollenaufteilungen und Verantwortlichkeiten. Bei einem solchen Vorgehen und einer klaren Trennung zwischen konzeptioneller und organisatorischer Arbeit gibt es dann allerdings auch keine grundsätzlichen Einwände gegen die Beteiligung einer PR-Agentur an zukünftigen BK's. Bei aller Kritik an der BK ist obendrein fraglich, ob es zum konkreten Zeitpunkt und unter den gegebenen Bedingungen einen alternativen institutionellen Akteur gegeben hätte, der ein derartig ambitioniertes Unternehmen in Angriff hätte nehmen können bzw. wollen.¹²

¹⁰ Es ist nahe liegend, dass der Vorwurf der Unglaubwürdigkeit insbesondere von akademischer Seite stark gemacht wurde. Es waren wohl in erster Linie der durchaus problematische Kontext der Veranstaltung (Innovations-Offensive) und die funktionale Uneindeutigkeit der BK, die die Hintergrundfolie der Kritik abgaben. Allerdings wurde die Kritik nicht inhaltlich entwickelt, sondern eben nur als institutionelle Kritik formuliert. Der Reiz dieses Vorwurfs für die KritikerInnen besteht u. E. nicht zuletzt darin, dass sich darüber eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der BK eigentlich erübrigt.

¹¹ Vor diesem Hintergrund wiegt das Versäumnis, den internen Disput über Glaubwürdigkeitsfragen nicht konzeptionell genutzt zu haben, doppelt schwer.

¹² In diesem Sinn bemerken auch Joss und Torgersen (2002: 176): „What seems pivotal in order for pTA to be taken up by countries and institutions with no prior experience in the field is the dedication and willingness of either individuals or institutions to try this, against whatever odds.“

5.3 Zur Themenwahl

5.3.1 Themenwahl der Organisatoren

Allem Anschein nach ging es den Veranstaltern mit der Durchführung der BK primär um das Ausprobieren eines partizipativen Instruments der Politikberatung, nicht aber vorrangig um die Bearbeitung eines bestimmten Themas (s. Kap. 5.1). Dies hatte Auswirkungen auf die Themenwahl. In der Auswahl des Themas wurde insofern strategisch (oder „opportunistisch“) verfahren, als man sich auf ein Thema zu verständigen suchte, das eine nicht zu große „Belastung“ für das Instrument darstellen sollte. So schienen den Veranstaltern und Organisatoren insbesondere jene (eigentlich aufgrund ihrer Aktualität und ethischen Brisanz nahe liegenden) Themen wie Stammzellforschung oder PID als ungeeignet.

„Das Thema, das uns eingefallen wäre, wo wirklich auch Entscheidungen angestanden hätten, wären die Stammzellen gewesen. Das hat man auch mal konkret diskutiert, ob wir das Thema nehmen sollen. Und letztlich haben wir gesagt, das Thema ist gerade so heiß und wirklich höchst politisch ... dass es uns zu heiß war. Und einfach zu sagen, mit einem neuen Instrument das absolut brisanteste Thema anzugehen ...“ (P19/233)

Während den Veranstaltern und Organisatoren das Thema „Stammzellen“ zu „heiß“, also aufgrund dessen hohem Maß an Kontroversialität politisch zu heikel erschien, machen die am Prozess beteiligten Wissenschaften darauf aufmerksam, dass dieser Bereich – aufgrund des unfertigen und vorläufigen wissenschaftlichen Wissens – zu spekulativ sei.

„Wir wollten die Laien nicht mit einer diffusen Situation konfrontieren, wo also keine, sagen wir mal so: wo es nicht immer Antworten auf die vielen Fragen gibt, die da natürlich auftreten können.“ (P11/135)

Einen weiteren Bezugspunkt für die konkrete Entscheidung stellte der Diskurstag zum Thema Gendiagnostik dar, der der BK im Herbst 2002 vorangegangen war. Dieser Diskurstag war insofern ein Auslöser für die konkrete Themenwahl, als dort das Thema Datenschutz wenig diskutiert worden war – und daran wollte man gewissermaßen anknüpfen.

Es sind also ganz offensichtlich sowohl individuelle, professionspolitische und gesellschaftspolitische Motive in den Themenfindungsprozess eingeflossen. Sichtbar wird in diesem Prozess das Eigeninteresse der Wissenschaft, als Garant sicheren Wissens, nicht als Quelle von Uneindeutigkeiten und Verunsicherungen in Erscheinung zu treten. Das Eigeninteresse der Veranstalter wird in der artikulierten Angst vor einem zu kontroversiellen Thema greifbar. Dahinter steht der Glaube, dass man als Veranstalter dann angreifbar wird, wenn der Streit unter den Bürgern ein gewisses Maß überschreitet.

5.3.2 Eingrenzung des Themas durch die Laien

Die Themenstellung war mit „Genetische Daten – woher, wohin, wozu?“ sehr breit. Genau genommen umfasst die Themenstellung alle (ethischen, juristischen, politischen, humangenetischen und lebensweltlichen) Aspekte, die sich um Fragen der Produktionsbedingungen, der Vermittlungs- und Verwendungsweisen sowie der damit verbundenen Nutzenvorstellungen von Gen-Analysen verbunden sind. Es ist leicht einsichtig, dass sich aus einem solchen Themenkonglomerat mit guten Gründen eine Menge eigenständiger Themen entwickeln lassen, die schon für sich genommen eine eigene BK verdient hätten.

**strategische
Themenwahl**

**Bezugspunkt „Diskurstag
Gendiagnostik“ (2002)**

diffuses Thema

**aufwändiger
Themenfindungsprozess**

Zwar legt das Schlagwort „Genetische Daten“ vielleicht zunächst die Konzentration auf den Datenschutz nahe – die Diskussion beispielsweise um Nutzen und Grenzen der PND oder der PID ist jedoch prinzipiell auch nicht ausgeschlossen. Aus der Breite der Themenstellung folgt zwangsläufig die Notwendigkeit der Eingrenzung des Themas durch die Laien. Dieser formale Prozess umfasste mehrere Stufen.

Am 1. Vorbereitungswochenende wurde das Thema „Genetische Daten“ mittels Landkarten strukturiert. In drei Kleingruppen erarbeiteten die Bürgerinnen und Bürger solche Landkarten, die anschließend zu einer Karte zusammengeführt wurden. Thematisch gab es in der BürgerInnengruppe anfangs noch keine Prioritäten. Erst nach und nach kristallisierten sich verschiedene Schwerpunktthemen heraus (Ethik unter dem Gesichtspunkt der Normierung, Forschung im medizinischen Bereich, die Bedeutung der Reproduktionstechniken für Familien, Datenschutz).

Zu Beginn des 2. Vorbereitungswochenendes einigten sich die BürgerInnen dann auf fünf Themen, die sie intensiver behandeln wollten.

- *Datenschutz* – technische Fragen der Datensicherheit, tatsächliche Handhabung des Datenschutzes, rechtliche Sicherheit, Datenmissbrauch.
- *Ethikkommissionen* – Wie setzen sie sich zusammen? Wie wird man Mitglied der Kommission? Wie kommen Entscheidungen zustande? Inwieweit werden die Empfehlungen der Kommissionen in der Politik berücksichtigt?
- *Genetische Beratung* – Art und Weise, wie Betroffene mit Testergebnissen konfrontiert werden, informed consent, Informationspflichten der Politik und der Wissenschaft.
- *Screening* – Welche Erkenntnisse bringt Screening? Wie kann der Datenschutz gesichert werden?
- *Forschung* – Kann Forschung politisch unabhängig sein? Wer entscheidet über Forschungsschwerpunkte? Welche Rolle spielen ethische Kriterien in der Forschung?

**Thema Ethik
marginalisiert**

Sodann wurden anhand der vordringlichen Interessen der Einzelnen vier Arbeitsgruppen gebildet; im Weiteren integrierte sich allerdings die aus zwei Personen bestehende Arbeitsgruppe, die den Themenschwerpunkt „Ethik“ bearbeitete, aus Sympathie und arbeitsökonomischen Gründen in die Arbeitsgruppe „Datenschutz“. Diese Arbeitsgruppen haben die fünf Themenblöcke vertiefend ausgearbeitet und Fragen an die ExpertInnen zusammengestellt. Zuletzt wurden die daraus resultierenden Schwerpunkte im Plenum diskutiert.

Ein spezielles Anliegen der Laien war es, eine gemeinsame Identifikation aller Laien mit den Themenblöcken und Fragen zu erreichen. Dass dies nicht einfach war, liegt auf der Hand. Gerade die Vorstellung, dass es ein „eigentliches“ Thema gebe,¹³ welches durch die Überschrift vorgegeben sein sollte, hat die Einsicht behindert, dass man sich tatsächlich in einem schier unendlichen Horizont potentieller Themenstellungen bewegte, der letztlich nur durch grup-

¹³ Diese Einschätzung wird empirisch noch einmal gestützt durch die Tatsache, dass sich die Laien – in dem Glauben, mit dem Datenschutz den relevanten Punkt des Themas zu treffen – so stark auf den einzigen wirklich „griffigen“ Aspekt des Themas konzentrierten, dass andere Aspekte zu kurz kamen: „Was wir alle übersehen haben, aber jeder hat gesagt erst ganz zum Schluss, dass wir – vielleicht, weil wir alle dem Datenschutz insgesamt so eine große Aufmerksamkeit und Wichtigkeit zuerkannt haben – übersehen haben, dass zum Schluss von zwölf Fragen fünf praktisch diesen beinhaltet haben. Und das war eigentlich dann wieder fast ungerechtfertigt viel, (...) die gehören sinngemäß sowieso zusammen. Es war fast eine Art Überraschungseffekt, weil das erst ganz zum Schluss sich gezeigt hat.“ (L6/753)

penintern zu koordinierende *Interessen* abgegrenzt werden konnte, nicht aber durch irgendwelche – als *objektiv* vorgestellte – Kriterien.

„Die Überschrift hat geheißen: „Genetische Daten“, das hat auch dazu geführt, dass irgendwie Daten woher, wohin, wozu?, dass man die behandelt. Da waren wir uns eigentlich einig. Das war eigentlich die Überschrift ...“ (H5/113)

Die unklare Themenstellung hat im weiteren Prozess insofern zu Konflikten geführt, als man keine verbindlichen Verfahren zur Etablierung bestimmter Sub-Themen etabliert hat (z. B. durch offene Abstimmungen, Themenwahl nach dem Mehrheitsprinzip u. ä.), und wahrscheinlich ist es auch sehr schwierig, für alle Betroffenen ein tragfähiges Prozedere zu finden. Jedenfalls: Die starke Orientierung in der Gruppe und der Moderation hin auf ein „bearbeitbares“ Thema, d. h. ein Thema, das nicht zu breit und nicht zu stark polarisierend ist, hat dazu geführt, dass (öffentlichkeitswirksame) Themen wie PND oder die PID trotz bzw. wegen ihrer Brisanz – und trotz des starken Engagements einer Teilnehmerin – nicht berücksichtigt wurden. Die Ausschließung dieser Themen passierte unter Bedingungen, die letztlich – aufgrund der mangelnden Reflexion des oben genannten Grundproblems nicht-objektiver Kriterien – intransparent bleiben mussten. Der Preis dafür war relativ hoch: Es kam innerhalb der Gruppe teilweise zu Verstimmungen und gegenüber der Moderation zu Vorwürfen. Gleichzeitig kam das ausgesparte Thema quasi durch die „Hintertür“ wieder herein – nämlich auf der Konferenz, als einige ExpertInnen (und später auch die Publikumsrunde) eben doch wie selbstverständlich den ethisch brisanten Bereich der PND und PID andiskutierten.

**keine Kriterien für
Auswahl von
Sub-Themen**

Eine verfahrenere Situation: Die Ausschließung eines bestimmten Themas, die letztlich nicht sachlich zu begründen ist, führt dazu, dass sich Teilnehmer und Moderation wechselseitig Direktivität bzw. Starrköpfigkeit vorwerfen. Wer an dieser Stelle den Prozess der Themenfindung nicht als Konstruktionsprozess und damit als diskursiv geframed versteht, begibt sich auf eine aussichtslose Suche nach Schuldigen.

**Konflikte um
Ausgrenzung von PID**

Ein wichtiges Auswahlkriterium für die Laien lag in der Orientierung auf einen „Faktendiskurs“ begründet. D. h., die Themenwahl bezog sich nicht auf normative, unmittelbar entscheidungsrelevante Aspekte, sondern auf Bereiche, in denen man hoffte, sich auf die Abfrage von Fakten beschränken zu können. Jene Bereiche, in denen die Meinungen stark auseinander gehen, wurden hingegen bewusst ausgeklammert.

**Vermeidung von
konfliktträchtigen
Themen**

„Weil wir haben gesagt, das geht zu sehr ins Detail und wir wollen uns lieber an die Fakten halten und an das Thema, worum es wirklich geht, das sind genetische Daten und nicht Präimplantationsdiagnostik. Das war zu abschweifend.“ (H12/192)

„Die hatten ganz besondere Vorstellungen zu ihren Themen, die hatten sie auch selbst erarbeitet. Nur leider haben sie Schiffbruch erlitten mit ihren Wünschen. Zu Unrecht, wie sich dann bei der Konferenz oder bei der ExpertInnenbefragung herausgestellt hat. (...) Die haben sehr gearbeitet auch zwischen dem ersten und zweiten Wochenende, um diese Fragen zusammenzutragen. Und dann wurden sie nicht ... na ja, muss es mal geben, weil es geht sonst ins Uferlose vielleicht.“ (H29/61)

D. h., man rekurrierte letztlich auf pragmatische oder strategische Wege der Themenbearbeitung, weil die Themeneingrenzung durch jene vorgängigen Vorstellungen eines „eigentlichen“ Themas bzw. von „legitimen“ Themenbereichen geprägt war, die z. T. durch die gezielte Lektüre des Informationsmaterials und/oder das individuelle Vorwissen strukturiert wurden. So sei etwa das Thema „Forschung“ beinahe gestrichen worden, da die BürgerInnen sich nicht sicher waren, ob sie das beeinflussen bzw. „aufhalten“ könnten. Meinungs-

unterschiede über thematische Relevanzen führten denn auch dazu, dass sich die Laien, nicht zuletzt aufgrund ihrer Bemühungen um ein gutes Einvernehmen miteinander, primär um ihren eigenen Themenblock kümmerten und die Verantwortung für die anderen Themenbereiche den jeweils „zuständigen“ Arbeitsgruppen überließen. Auf diese Weise war es möglich, auch Themen von allgemein geringem Interesse (wie den Themenblock Ethik bzw. Ethikkommissionen sowie die Finanzierung von Forschung) zu etablieren.

starke Arbeitsteilung

Für die Themenwahl (aber auch für andere „inhaltliche Meilensteine“ der BK) gilt also, dass die inhaltlichen Resultate der Gruppenarbeit nicht nur (oder nicht einmal primär) durch normative Überzeugungen oder (versteckte) Strategien geprägt waren, sondern ganz maßgeblich durch die organisationale Eigenlogik, die z. B. mit der Notwendigkeit der Strukturierung des Arbeitsprozesses freigesetzt wurde. Im konkreten Fall heißt dies: Die Gewichtung der Sub-Themen hatte sehr viel damit zu tun, wie sich die Kleingruppen bildeten, kooperierten und funktionierten. Eine bestimmte Kleingruppe – und damit die Bedeutung einer bestimmten Fragestellung – konnte dann aufgrund von Sympathien wachsen; oder aufgrund der Tatsache, dass sich Einzelne einer großen Gruppe zuschlügen, damit sie selbst nicht so stark bei der Frageformulierung gefordert waren; oder weil bestimmte BürgerInnen dasselbe Lerntempo oder einen ähnlichen Arbeitsstil hatten usw.. So wurde beispielsweise, wie ein Bürger berichtet, die Datenschutz-Gruppe durch persönliche Sympathien immer größer. Vor diesem Hintergrund erwies sich der Ausstieg einer Bürgerin aus der BK als ungünstig, indem einerseits der Themenbereich der Arbeitsgruppe „Ethik“ hintangestellt wurde, andererseits der Themenbereich „Datenschutz“ personell und bezüglich der Anzahl der Fragen an die ExpertInnen ausgeweitet wurde – nicht zuletzt führte dies zur o. a. Dominanz des Themenbereiches Datenschutz:

„Das hat man ja gemerkt, waren praktisch die meisten Fragen, weil es auch die größte Gruppe war. Das waren fünf Leute in der Gruppe, und beim Rest waren nur drei Leute in der Gruppe.“ (H12/188)

Überforderung der Laien

Der aufwändige Themenfindungsprozess führte nebenbei auch dazu, dass sich die Laien durch den z. T. zeitlich knapp bemessenen Prozess der Themeneingrenzung und Fragenfindung überfordert fühlten. Es gibt hier Stimmen innerhalb der Laien, dass man sich mit der Entscheidung zu den Fragen „schon leicht überfordert“ gefühlt habe. Eine weitere Schwierigkeit hängt mit der Informationsbeschaffung im Prozess der Themenpräzisierung zusammen. So stellte sich heraus, dass die Bürger im Laufe der Diskussionen des Öfteren an einem Punkt anlangten, bei dem es zum Stillstand kam, da ihnen wesentliche Informationen fehlten – auch die Telefonjoker waren in diesem Prozess nicht sehr hilfreich, unter anderem da ausschließlich für eine Person die Möglichkeit bestand, mit der Auskunftsperson ein Gespräch zu führen, d. h. es wurden keine Konferenzschaltungen eingerichtet. Wie der als externer Beobachter eingelaufene Sergio Bellucci von der TA-Swiss feststellte, bestand eine weitere Schwierigkeit für die Laien darin, thematische Fragen zu verstehen und deren Bedeutung und Abgrenzung bei der Fragenformulierung einzubeziehen.

Kritik der ExpertInnen an Themenauswahl

Auch die Kritik von Seiten der ExpertInnen und der professionellen Beobachter auf der Konferenz richtete sich in erster Linie auf die geringe Fokussierung der Themenstellung sowie deren geringe Aktualität. Die mangelnde Fokussierung wurde mit dem dünnen materiellen Ergebnis der BK in Verbindung gebracht, einer nach Ansicht vieler Befragter wenig pointierten Stellungnahme. Außerdem wurde kritisiert, dass die Themenauswahl der Laien letztlich willkürlich sein musste, und dass sogar relevante Probleme übersehen bzw. vernachlässigt wurden (z. B. Versicherung und Datenschutz). Schließlich wurde angemerkt, dass es in der Vorbereitung nicht gelang, jene Zusammenhänge herzustellen, die eine kontroverielle Diskussion überhaupt erst auf den Weg hät-

te bringen können (z. B. zwischen der Datenarchivierung und dem biomedizinischen Fortschritt). Daher erschien manchen ExpertInnen die Diskussion manchmal unterhalb des erreichbaren Niveaus.

Die mangelnde Aktualität des Themas ergab sich – wie gezeigt – aus dem überwiegenden Interesse an dem Instrument „BK“. Die meisten Beteiligten gehen davon aus, dass die BK mehr Resonanz erzeugt hätte, wenn das Thema an eine aktuelle politische Debatte angebunden gewesen wäre. Gerade in Bezug auf die Medien gilt es zu bedenken, dass man schon einen relativ starken Aufhänger braucht, um Gehör zu finden.

5.3.3 Die Rolle des „Framing“ für die Themenwahl

Ein erster Kritikpunkt, der sich aus den Folgeproblemen der Themenpräzisierung durch die Laien formulieren lässt, bezieht sich auf fehlende Reflexionen über die Bedeutung des „Framings“ eines Themas. Hinter „Framing“ verbirgt sich die Vorstellung, dass die Bürger nicht voraussetzungslos an ein Thema herangehen, sondern im Normalfall (bewusst oder unbewusst) ein Thema mehr oder weniger eng entlang jener Relevanzen, Perspektiven und Argumentationen diskutieren, wie sie im öffentlichen Diskurs etabliert sind. Ein wenig etabliertes Thema wie „Genetische Daten“ wirft damit das Problem auf, dass die Themenpräzisierung – ohne jene starke Vorstrukturierung – mühsam und zeitaufwändig ist. Während z. B. im Fall der PND oder der Stammzellforschung ein Laienpanel schnell jene Aspekte und Argumentationsmuster zur Grundlage seiner Diskussion machen wird, die in den Diskursen der Öffentlichkeit, der Politik und der Professionellen als relevant (gewissermaßen als „Kanon des Sagbaren oder Diskussionswürdigen“) etabliert sind, entsteht durch ein diskursiv so schwach geframtes Thema wie „Genetische Daten“ eine Menge Explorationsarbeit. Während bei den Stammzellen sich also die Diskussion erwartungsgemäß recht schnell auf kontrovers gehandelte ethische Perspektiven („ab welcher Entwicklungsstufe ist der menschliche Embryo schützenswert?“, „wann beginnt menschliches Leben?“ usw.) und Regulationsfragen („wie weit geht die Forschungsfreiheit?“) einpendeln wird, musste beim gewählten Thema der BK überhaupt erst einmal eruiert werden, welche thematischen Aspekte relevant erschienen (von den damit verbundenen ethischen Perspektiven noch gar nicht zu reden). Die Bedeutung des Diskurses liegt an dieser Stelle *nicht* in seiner Rolle als ein Indikator für die Aktualität des Themas, sondern in seiner Rolle als *Bedeutungsgeber*, der ein Thema strukturiert, handhabbar macht. (Dies schließt nicht aus, dass dieser Diskurs und die Regeln der Bedeutungsgebung wiederum kritisiert werden können – eine vornehme Aufgabe von Laiengruppen, die zu diesem Zweck allerdings erst einmal mit dem Diskurs vertraut sein müssen.)

Das soll nun nicht heißen, dass unter allen Umständen ein Thema sich auf einen bereits vorhandenen öffentlichen Diskurs stützen muss. Natürlich ist es legitim, im Rahmen einer BK ein breites Thema zu stellen, das nicht schon durch Expertendiskurse „geframed“ ist und das – je nach Interesse der Laien – nach deren Auffassungen definiert wird. Zur Verdeutlichung des Unterschiedes seien daher zwei Strategien für eine Themenwahl als idealtypische Extreme angeführt. Diese unterschiedlichen Vorgangsweisen bei der Themenstellung sind beide durchaus legitim, gehen aber mit verschiedenen Konzeptionen und Aufgabenstellungen einer BK einher.

1) Ein möglichst konkretes Thema wird vorgegeben, damit die Laien in Orientierung am öffentlichen oder ExpertInnen-Diskurs in der Lage sind, eine eigene Bewertung abzugeben. Der Vorteil läge in einer klaren Abgrenzung des The-

**wenig Anbindung des
Themas an bestehende
Diskurse**

**Bedeutung des
„Framing“**

**zwei Möglichkeiten der
Themenformulierung**

**1. Konkretes Thema,
„Framing“ vorgegeben**

mas, die die Meinungsfindung erleichtern könnte. Der Nachteil wäre eine mögliche unzulässige Beeinflussung aus der Überlegung, dass bereits die Themenstellung die Meinungsbildung präjudiziert.

2. „Framing“ als Aufgabe der Laien

2) Ein sehr breit gestelltes Thema soll durch die Laien so strukturiert werden, dass ein alternatives „Framing“ zu den üblichen Thematisierungen durch ExpertInnen entsteht. Zum Beispiel: Anstelle der ethischen und wissenschaftlichen Implikationen der Stammzellenforschung oder der PID wird das Thema „Selektion durch Medizin“ zur Debatte gestellt. Der Vorteil läge darin, dass die ethischen und sozialen Implikationen der einzelnen Technologien auf diese Weise in einen größeren Zusammenhang gestellt würden und die Stellungnahme der Laien über eine „ethische Evaluation“ hinausgehen müsste. Dies wäre mit der Hoffnung verbunden, die üblichen – durch die Expertendebatte geprägten – Fokussierungen zu unterlaufen. Nachteilig wäre allerdings, dass das Thema womöglich nicht genug eingegrenzt werden kann und damit die Bearbeitung schwierig würde.

unklare Frage-Konzeption bei BK

Im Fall der österreichischen BK war die Konzeption allerdings nicht eindeutig festgelegt. Vielmehr wurde die Themenwahl durch zwei Überlegungen geprägt, die konzeptionell wenig unterlegt waren: Einerseits sollte Aufgabe der „Awareness-Bildung“ für ein Thema erfüllt werden, das die Organisatoren als vorrangig ansahen und das in der Öffentlichkeit wenig diskutiert wurde. Andererseits erforderten praktische Überlegungen eine deutliche Eingrenzung, damit die Laien einen (konsensuellen) Bericht erstellen konnten. Beide Anforderungen standen in einem gewissen Widerspruch zu einander.

Neuheit des Verfahrens verlangt konkretes Thema

Wäre es im Falle der österreichischen BK möglich gewesen, das „Framing“ tatsächlich den Laien zu überlassen? Abgesehen davon, dass dem Verfahren keine solche explizite Entscheidung zu Grunde lag, es wäre wohl auch keine gute Idee gewesen, den Laien so etwas zuzumuten. Denn: Je neuer und experimenteller das Verfahren, desto genauer sollte das Thema definiert werden. Mit anderen Worten: Das Thema darf in einer experimentellen Situation nicht zu diffus sein. Andernfalls ergeben sich für die Akteure Ansprüche, die nicht leicht zu erfüllen sind. Um nur das Beispiel des Projektmanagers heraus zu greifen: Dieser müsste die Laien über ihre Aufgabe („Framing“) aufklären und ihnen bei der Erfüllung behilflich sein, möglichst ohne sie inhaltlich dabei zu beeinflussen. Ohne eine solche Hilfestellung sind Laienpanels nach den Erfahrungen in anderen Ländern oft nur unter großen Mühen in der Lage, ein weitgestecktes Themenfeld angemessen einzugrenzen (Søren Gram, Dansk Teknologiråd, persönliche Mitteilung). Ein Thema darf also dann breit sein, wenn es das explizite Ziel des Verfahrens ist, die Rationalitäten der Laien auch durch die eigenständige Themenstellung zur Geltung zu bringen. Ein solches Ziel muss aber argumentiert, kommuniziert und angemessen unterstützt werden.

Wenn es das Ziel gewesen sein sollte, die Laien zu einem eigenen „Framing“ anzuspornen, erhebt sich im konkreten Fall zudem die Frage, ob das Thema „Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“ – das zwar sehr breit und interpretationsbedürftig ist – in seinem Gehalt nicht bereits schon wieder zu konkret ist. Unter diesem Titel verbergen sich nämlich zahlreiche mögliche Einzelthemen, die aber – jedes für sich – eher konkret abgehandelt werden müssten.

5.3.4 Zwischenfazit

Die Themenwahl der Organisatoren war strategisch motiviert. Sie orientierte sich dezidiert nicht an den Kriterien der Aktualität und Kontroversialität. Im Vordergrund stand der Versuch, eine BK als ein in Österreich funktionierendes Instrument der Politikberatung vorzuführen. Aus der Wahl eines diffusen Themas wie „Genetische Daten: woher? Wohin? wozu?“ entstand für das Laienpanel die Herausforderung, das Thema zu präzisieren. Der Prozess der gruppeninternen Themenfindung war geprägt durch erhebliche inhaltliche Schwierigkeiten, hohen Zeitdruck und den Willen zum Konsens. Mit der Notwendigkeit zur Themenpräzisierung handelte man sich jedoch eine Reihe von Problemen ein: einen unproduktiven Konflikt zwischen Moderation und einem kleinen Teil der Laien, eine weitere Verknappung der Zeitressourcen sowie die Aussparung ethisch brisanter Aspekte (infolge der pragmatisch und strategisch geprägten Themenwahl). Von daher wäre im Falle der österreichischen BK ein konkretes, entscheidungsrelevantes und politiknahes Thema sicher angemessener gewesen.

Unsere Kritik der Themenwahl bezieht sich *nicht grundsätzlich* darauf, dass dem gewählten Thema keine akute politische Entscheidungsnotwendigkeit korrespondierte. Auch das Politisieren bestimmter Themen kann ja Ziel einer BK sein; insofern ist die Idee, den Aspekt des Datenschutzes im Zusammenhang mit der Gendiagnostik schärfer zu fokussieren (als dies auf dem Diskurstag geschehen ist) und erneut zu diskutieren, theoretisch nicht schlecht. Allerdings hätten dann zwei Voraussetzungen bestehen müssen, die nicht gegeben waren: Erstens hätte man die Aufgabe der Laien, das Thema einzugrenzen und zu „framen“, explizit kommunizieren und organisatorisch unterstützen müssen; andererseits hätte der Titel entsprechend zugespitzt werden müssen. Sofern ein diskursives „Framing“ fehlt, müsste wenigstens die Themenvorgabe konkret sein (und nicht: „woher, wohin, wozu?“).

Insbesondere für die Einführung eines partizipativen Verfahrens wäre es allerdings sinnvoll, etablierten Themen den Vorzug zu geben vor dem Bemühen, mit Hilfe des Verfahrens ein Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Mit anderen Worten: Wenn eine neue Art von Verfahren erprobt werden soll, sollte das Thema bekannt sein; soll ein neues Thema „gepusht“ werden, dann nur mit einem bekannten und etablierten Verfahren. Sind sowohl Verfahren wie auch Thema unbekannt, ergibt sich daraus die Gefahr einer Überforderung für alle Akteure: Nicht nur die Laien müssen einen wesentlich größeren Aufwand treiben, um das Thema in den Griff zu bekommen, auch die Adressaten in der Öffentlichkeit und der Politik sind für die Aktualität des Themas *und* das neuartige Verfahren nicht sensibilisiert bzw. können die Ergebnisse nur schlecht einordnen. Die Diskussion der Laien wird auf diese Weise nicht anschlussfähig an den medialen oder politischen Diskurs.

**strategische
Themenwahl bei BK**

Folgeprobleme

**Notwendigkeit eines
konkreteren Themas**

5.4 Das Laienpanel

5.4.1 Die Zusammensetzung des Laienpanels

formal heterogene Gruppe	<p>Der Auswahlprozess für die TeilnehmerInnen der BK wurde bereits im Kap. 2.2.3 geschildert. Im Folgenden geht es um eine kurze Charakterisierung der Zusammensetzung des Laienpanels, und zwar nicht in Beziehung auf die soziodemographischen Faktoren wie soziale Schicht oder Bildungsniveau, sondern in Beziehung auf „weiche“ Faktoren, die gleichwohl für die Gruppenprozesse von großer Bedeutung sind. Das Laienpanel stellte nach Selbsteinschätzung der BürgerInnen ein heterogenes Sample der Bevölkerung dar. So gab es eher dominantere Typen sowie redselige, emotionale und engagierte Typen. Es gab Personen, die eloquenter waren als andere, jedoch waren diese gut über die Arbeitsgruppen verteilt. Sie haben sich z. T. zurückgehalten, waren dann aber auch wieder eine Entlastung für weniger Eloquenten. Die Moderatorin bemerkt zur Zusammensetzung des Laienpanels, dass die BürgerInnengruppe – speziell bezüglich des Alters, der Herkunft und vor allem der Vorerfahrung mit Gruppenarbeit – „viel heterogener war als alle heterogenen Gruppen, die ich bis jetzt gehabt habe.“</p> <p>Die Heterogenität bezieht sich gleichermaßen auf unterschiedliche Gewohnheiten im Arbeitstempo, in unterschiedlichen Herangehensweisen an die Thematik (praktisch vs. theoretisch orientiert) sowie in unterschiedlichen Vorkenntnissen. Die Altersdifferenzen machten sich zum einen in Bezug auf das individuelle Disziplinarverhalten bemerkbar (z. B. Pünktlichkeit), aber auch in den unterschiedlichen Blickwinkeln auf die jeweilige Problematik. So wurden religiös-metaphysische Positionen in der Diskussion tendenziell stärker von Älteren vertreten, aufgeklärt-rationalistische Positionen hingegen eher von den Jüngeren. Von größerer Bedeutung allerdings wird die Jung-Alt-Differenz für den individuellen Arbeitsstil und damit indirekt für den Meinungsbildungsprozess – wenn man davon ausgeht, dass nicht nur individuelle Präferenzen und Interessen, sondern auch Faktoren wie Sympathien, Vorlieben und Gewohnheiten (wie eben Arbeitsstil) eine zentrale Bedeutung für die Ergebnisse haben.</p>
große Kompromissbereitschaft	<p>Trotz all dieser Heterogenitäten ist es weder zu „Grabenkämpfen“ oder dauerhaften Konfrontationen gekommen, noch hat sich eine eindeutige Rangordnung herausgebildet. Vielmehr wurden die Diskussionen sachlich geführt und der Kompromissbereitschaft sowie dem guten Einvernehmen wurde Vorrang gegeben. Nach allen Aussagen der Laien war man um den Aspekt der Gruppenharmonie besonders besorgt (vgl. Kap. 5.8). Ein Mitglied des Laienpanels zog es jedoch nach dem ersten Wochenende vor, unter Bezug auf familiäre Gründe aus der BK auszusteigen. Unter Berücksichtigung anderer Darstellungen könnte dies auch Ausdruck eines Schließungsprozesses interpretiert werden: Aufgrund ihrer spezifischen normativen Ausrichtung hätte die Teilnehmerin demnach in Antizipation potenzieller Meinungsverschiedenheiten die Gruppe verlassen.</p>
Ausstieg einer Teilnehmerin	
funktionsfähige Gruppe	<p>Letztlich ist jede Auswahl von zwölf Personen ein Zufallsprozess, bei dem bestimmte Interessen oder auch ein gewisses Maß an Willkür eine Rolle spielen. Es ist als Glücksfall zu bezeichnen, wenn sich aus einer solch zusammen gewürfelten eine funktionsfähige Gruppe bildet. Insgesamt war dem Laienpanel ein hohes Maß an Konsensbereitschaft und Ernsthaftigkeit in der Auseinandersetzung mit der Materie zu attestieren, das für die Erarbeitung einer Stellungnahme funktional war. Diese positive Einschätzung wird auch von dem</p>

externen Beobachter Sergio Bellucci (TA-Swiss) geteilt und in den folgenden Worten gebündelt:

„Das Bürgerpanel ist gut eingespielt und motiviert. Jede/er kommt zu Wort und kann seine Anliegen stellen. Die Bürgerpanel-Größe mit 12 Personen eignet sich besser für einen ‘echten Dialog’ als bei einer Panel-Größe von 30 BürgerInnen wie das der Fall in der Schweiz ist.“

5.4.2 Motivation und Erwartungen der BürgerInnen

Vor der BK wurden die BürgerInnen (also 105 Personen, die sich für eine Teilnahme gemeldet hatten) mittels Fragebogen nach ihren Erwartungen, Hoffnungen und ihrer Motivation befragt, die sie bezüglich der BK hatten. 36 BürgerInnen beteiligten sich an der Befragung, darunter alle elf TeilnehmerInnen der BK.

Der wichtigste Grund für eine Teilnahme war für die Befragten ihr Interesse am Thema „Genetische Daten“. Für 72 % der BürgerInnen war die Thematik ausschlaggebend, ihr Interesse an einer Teilnahme zu äußern. Aber auch die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung (25 %) und die Übernahme von Verantwortung (19 %) spielten in den Augen der BürgerInnen eine Rolle, sich an der BK beteiligen zu wollen. Für 17 % der Antwortenden war die Möglichkeit zur Meinungsäußerung wichtig. Lediglich 6 % der BürgerInnen gaben als Teilnahmegrund ihr Interesse am Verfahren an.

**Interesse am Thema
wichtigstes Motiv**

Obwohl das Verfahren BK für die BürgerInnen nur eine untergeordnete Motivationsquelle war, sich an der BK zu beteiligen, war eine klare Mehrheit trotzdem von der Eignung des Verfahrens überzeugt. In einer offenen Frage wurden die BürgerInnen um eine Stellungnahme zu der Frage gebeten, ob ihrer Meinung nach eine BK eine/keine gute Möglichkeit ist, BürgerInnen verstärkt in die Auseinandersetzungen um eine neue Technologie einzubeziehen. 81 % der befragten BürgerInnen gaben an, dass eine BK eine gute Möglichkeit dafür sei, 16 % glaubten das nicht und 3 % der Befragten hatten keine Meinung zu dieser Frage.

Als wichtigste Gründe für die Eignung der BK wurden die Vertiefung und Erweiterung der Wissensbasis bei den BürgerInnen (14 x) und das Vermeiden und Korrigieren von Fehlentwicklungen, weil Entscheidungen auf eine breitere Basis gestellt werden (7 x), angeführt. In der nachfolgenden Tabelle werden die Argumente derjenigen BürgerInnen zusammengefasst, die in BK's ein gutes Instrument sehen:

**Wissensvermittlung als
Gütekriterium der BK**

Eine BK ist eine gute Möglichkeit, weil ...

- ... dadurch die eigene und gesellschaftliche Wissensbasis vertieft und erweitert wird.
 - ... eine breite gesellschaftliche Diskussion Fehlentwicklungen in Biomedizin und Biopolitik korrigieren kann.
 - ... eine sachliche Diskussion ermöglicht wird.
 - ... sie Raum zu politischer Meinungsbildung schafft.
 - ... sie wichtige Anliegen in die Medien bringen kann.
 - ... durch Beteiligung die Interessen der BürgerInnen verwirklicht werden können.
 - ... ein direkter Meinungstransfer von den BürgerInnen zu den Politikern stattfindet.
-

Diejenigen, die dem Sinn von BK's eher skeptisch gegenüberstehen, führen folgende Argumente an:

Eine BK ist keine gute Möglichkeit, weil ...

... die Teilnehmerzahl zu gering ist.

... die behandelte Thematik zu komplex für eine BürgerInnengruppe ist.

Erwartungen

In einer Reihe weiterer Fragen wurden die Erwartungen der BürgerInnen an die BK sowie an die Wirkungen der BK ermittelt. Wieder beteiligten sich 36 Personen (teilnehmende BürgerInnen und Interessenten) an der Befragung.

**Behandlung
unterschiedlicher
Themenaspekte**

Nach Meinung der BürgerInnen sollte auf der BK v. a. ethische, wissenschaftliche, rechtliche, gesundheitliche und soziale Aspekte der Thematik „Genetische Daten“ behandelt werden. Die Befragten waren sich darin einig, dass die Behandlung ethischer Fragen auf die Tagesordnung der BK gehört. Ebenso plädierte die große Mehrheit der BürgerInnen dafür, wissenschaftliche Fragen (92 %), die rechtliche Lage (91 %), gesundheitliche Aspekte (89 %) und soziale Konsequenzen (86 %) im Zusammenhang mit genetischen Daten auf der BK zu behandeln. Die Bedeutung der Aspekte Politik, Wirtschaft und Religion wurde von den Befragten sehr unterschiedlich beurteilt. Jeweils nur ein Drittel der Befragten hält diese Aspekte für so bedeutsam, dass sie auf der BK behandelt werden sollten. Ein weiteres Drittel jeweils könnte auf die Behandlung dieser Aspekte verzichten.

**Politik- und
Medienresonanz als
Erfolgskriterien**

Auf die Frage, worin sie einen Erfolg der BK sehen würden, stimmten 74 % der Befragten der Aussage zu, dass die Ergebnisse der Politikberatung dienen sollten. 71 % der BürgerInnen befürworteten die Aussage, dass die Ergebnisse der BK Eingang in die humangenetische Beratungspraxis finden sollten und würden einen Erfolg darin sehen, wenn die Ergebnisse Einfluss auf Gesetzesinitiativen hätten. Außerdem wäre die BK für 72 % der Befragten erfolgreich, wenn sie ein großes Medienecho hervorrufen würde.

**Wissenszuwachs als
persönliches Ziel**

Für sich persönlich würden die befragten BürgerInnen einen Erfolg der BK v. a. mit einem Wissenszuwachs und einer differenzierteren Beurteilung der Thematik „Genetische Daten“ sehen. Bis auf eine Person stimmten alle der Aussage zu, dass es ein Erfolg der BK wäre, wenn sie im Ergebnis besser über die Thematik „Genetische Daten“ Bescheid wüssten. Und 83 % der Befragten würden von der BK erwarten, dass sie danach die Thematik differenzierter beurteilen können. In diesem Ergebnis spiegelt sich auch ein wichtiges Argument wider, das aus Sicht der BürgerInnen für den Einsatz von BK's als Partizipationsmöglichkeit sprechen, nämlich die Erweiterung und Vertiefung der eigenen Wissensbasis. Der Erfolg der BK wird hingegen nicht an einer Änderung der eigenen Einstellung zur Gendiagnostik festgemacht. Dieser Aussage stimmten gerade einmal 44 % der Befragten zu.

**Mitwirkung an
Entscheidungsprozessen**

Die ausschlaggebenden Beweggründe der Laien, an der BK teilzunehmen, waren einerseits die Neugier der BürgerInnen an einem für Österreich neuem Instrument der Teilhabe sowie an der aktiven Mitarbeit bzw. Mitsprache der BürgerInnen bei der Entscheidungsfindung, andererseits kam bei Laien großteils ein verstärktes Interesse für die Gendiagnostik an sich hinzu – teilweise aus naturwissenschaftlicher Wissbegierde heraus und z. T., da ihnen die Brisanz der Genetik im Allgemeinen aus Alltagserfahrungen bekannt war. Es mag überraschen, dass persönliche Betroffenheit durch eigene oder familiäre Erfahrungen mit Erbkrankheiten oder Gendiagnostik in diesem Zusammenhang keine Rolle spielte.

Neben der erhofften Mitwirkung an Entscheidungsprozessen war die Erweiterung und Vertiefung der eigenen Wissensbasis ein bedeutendes Anliegen der Laien. Dabei war der thematische Zugang der BürgerInnen überaus unterschiedlich. Teilweise bestand in Teilbereichen bereits ein überdurchschnittliches Wissen, welches sich auf eine persönliche oder aber eine berufliche Beschäftigung stützt. In einem Fall wurde das besondere Interesse anlässlich eines Falles im familiären Umfeld erweckt. Es gab aber auch BürgerInnen, die ihren Wissensstand als eher geringfügig bezeichneten, aber dennoch einen Zusammenhang mit ihrem Beruf herstellen konnten.

5.4.3 „Repräsentativität“ der Auswahl?

Von einer BK als einem Verfahren partizipativer TA wird Unterschiedliches erwartet. Einerseits sollen damit – im Sinne einer verbesserten politischen Kommunikation – die öffentlichen Meinungen und Ängste transparent gemacht werden; andererseits soll ein Beitrag oder zumindest ein Angebot zur politischen Gestaltung geleistet werden. Etliche jener Interviewpartner, die die politische Relevanz der BK in Frage stellen, argumentieren dabei mit der mangelnden Repräsentativität des Samples: Ein Laienpanel von 12 Personen könne niemals repräsentativ sein, Aussagen über „die Öffentlichkeit“ verböten sich von daher. Wenn überhaupt, so sei dafür eine Erhebung an einer repräsentativen Stichprobe notwendig. Daher müsste eine Anzahl von Laien einbezogen werden, die eine methodisch einwandfreie Generalisierung erlaube, also 500-1.000 Personen. Damit wäre sichergestellt, dass Aussagen über die Meinung in der Bevölkerung Gültigkeit beanspruchen könnten, und damit würden die Ergebnisse auch mehr Gehör in der Politik finden.

Dieses Argument geht davon aus, dass eine BK die in der Bevölkerung vorherrschenden Sichtweisen sozusagen quantitativ abbilden sollte. Das ist natürlich nicht der Fall. Es geht nicht um ein Abbild dessen, was die Bevölkerung insgesamt denkt, sondern was man *u. a. auch* denkt; was dabei herauskommt, wenn Leute, die mit der Sachlage vertraut gemacht werden, auf der Basis lebensweltlichen Wissens darüber nachdenken und mit anderen diskutieren. Ein gewisses Maß an Willkürlichkeit bleibt dabei stets einzukalkulieren (allerdings betrifft dieser Einwand nicht allein partizipative Verfahren). Entscheidend ist, dass eine möglichst große Vielfalt von Einstellungen und Meinungen innerhalb der Gruppe anzutreffen ist, um eine vielschichtige Diskussion führen und allfällige Vorurteile möglichst erschüttern zu können ist. Hierzu ist es nötig, möglichst unterschiedliche Teilnehmer einzuladen, und weil man deren Einstellungen vorher nicht „messen“ kann und soll, sind diese nach unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen auszuwählen.

Der Gruppenprozess ist also essentiell für die Meinungsbildung. Das bedeutet, dass nicht mehr als 20 Leute teilnehmen dürfen, um diese Meinungen in konsistenter Form zur Erscheinung zu bringen und zu konkretisieren, weil ansonsten ein derartiger Gruppenprozess nicht mehr stattfinden kann. Andererseits muss eine ausreichend große Varianz garantiert sein, die aber nicht mit dem Anspruch auf Repräsentativität verwechselt werden darf. In einer BK funktioniert Repräsentativität also nicht im statistischen Sinne, sondern beruht auf der Annahme, dass durch die Auswahl nach soziodemographischen Gesichtspunkten wichtige, hegemoniale Meinungen abgebildet werden. Es ist also ein konzeptioneller „Spagat“ nötig zwischen Gruppenprozess (Gruppe möglichst klein, um informierte Meinungsbildung zu ermöglichen) und Varianz (Gruppe so groß, dass Meinungspluralismus möglich ist).

**gängiger Vorwurf:
Mangelnde
Repräsentativität von BK**

**Repräsentativität
als Höchstmaß an
Pluralismus in kleiner
Gruppe**

**PTA ist kein
Politikersatz, sondern
Diskussionsangebot**

Ein ähnliches, aber auf demokratietheoretischer Ebene angesiedeltes Argument betrifft die mangelnde Legitimität von partizipativen Verfahren: Eine Beeinflussung der Politik sei nicht möglich und auch nicht wünschenswert, weil Beiträge zur politischen Gestaltung legitimer Weise nur von mehrheitlich gewählten Mandatären geleistet werden könnten, die wahlweise einschlägige ExpertInnen zu Rate ziehen können. Die Einzelmeinung von zwölf auch noch so gut informierten Laien könne demgegenüber keine Gültigkeit beanspruchen, und die Resonanz der BK sei daher zu Recht gering. Dieses Argument deutet auf ein Missverständnis der Rolle von pTA hin. Zunächst ist festzustellen, dass partizipative Verfahren niemals Ersatz für einen demokratischen Willensbildungsprozess sein, sondern diesen nur ergänzen können. Historischer Ausgangspunkt für die Überlegung, Laieneinschätzungen einzubinden, war das Bestreben, auch nicht-wissenschaftliche Rationalitäten zum Zuge kommen zu lassen, ohne auf den kognitiven Input durch einschlägige ExpertInnen zu verzichten. Diesem Zweck dienen die Vorbereitungswochenenden, in denen die Laien mit den sachlichen Grundlagen vertraut gemacht werden sollen. Inwieweit dies in ausreichendem Maße möglich ist, bleibt dahingestellt; es geht ja gerade nicht darum, „kleine ExpertInnen“ zu züchten, sondern darum, ein Fundament für eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Thema zu legen. Tatsache bleibt, dass die Ergebnisse von pTA *Angebote* formulieren, die die Politik aufnehmen kann oder auch nicht.

**Repräsentativitäts-
Vorwurf verfehlt Logik
von BK**

Das öfter vorgebrachte Argument, dass eine BK niemals repräsentativ sein kann, weil das Laienpanel bloß aus einer Handvoll Personen besteht, die die Gesamtheit der Bevölkerung statistisch nicht widerspiegeln können, geht also an der Problematik vorbei. Dasselbe Argument würde wohl niemanden veranlassen, an der Legitimität eines Schöffengerichts zu zweifeln. Es geht nicht, wie ein falsches Verständnis der Interpretation „Meinungserhebung“ suggeriert, um die quantitative Erhebung von Präferenzen in der Bevölkerung, sondern um die qualitative Erforschung von Motiven und Lösungsansätzen.

5.4.4 Zwischenfazit

**geglückte
Laienauswahl**

Die Laienauswahl wurde sehr ernst genommen und es wurde beträchtlicher Aufwand betrieben, um – im Rahmen der durch die geringe Zahl der Panel-Mitglieder beschränkten Möglichkeiten – zu einer möglichst breiten und nachvollziehbaren Zusammensetzung nach soziodemographischen Gesichtspunkten zu gelangen. Außerdem wurde darauf geachtet, dass sich alle Teilnehmer artikulieren können. Der Erfolg zeigte sich nicht zuletzt darin, dass es gelang, eine Gruppe zusammen zu stellen, die zu einer harmonischen Arbeit im Stande war.

Der Aufwand bei der Auswahl der Laien verfolgte also zwei Ziele: einerseits sollte die Gruppe aus ihrer Struktur heraus arbeitsfähig sein (was freilich von vorne herein und trotz bester Voraussetzungen stets mit einer gewissen Unsicherheit behaftet ist); andererseits unterstützt eine breite und der Bevölkerungsstruktur zumindest angenäherte Zusammensetzung des Laienpanels die Organisatoren in ihrem Bemühen, Neutralität zu demonstrieren: Voraussetzung für die anzustrebende große Spannbreite der Meinungen ist die Ausgewogenheit des Laienpanels.

**Repräsentativitäts-
Missverständnis wegen
unklarem Status von BK**

Der oft erhobene Vorwurf, eine Gruppe von nur zwölf Personen sei notwendigerweise nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, geht allerdings ins Leere bzw. beruht auf einem Missverständnis: Das Laienpanel soll und kann nicht politisch entscheiden, weil es kein politisches Mandat hat. Das Missverständnis ergibt sich vielmehr aus dem unklaren Status von BK in institutionell-rechtlicher Hinsicht. Bei einem partizipativen Verfahren wie der BK geht es

darum, die Artikulation alternativer, im traditionell durch Experten dominierten Diskurs der Technikbewertung unterrepräsentierten Sichtweisen und Wertvorstellungen organisatorisch zu ermöglichen. Es geht jedoch nicht darum, gewählten Vertretern ihre Entscheidungsmacht zu beschneiden. Ebenso wie Expertengremien politisch nicht entscheidungsbefugt sind, können auch Laienpanels den Entscheidungsträgern ihre Verantwortung nicht abnehmen. Sie können bestenfalls andere Sichtweisen einbringen und Schwerpunkte anders setzen als Experten.

5.5 Die Auskunftspersonen

5.5.1 Zur ExpertInnenauswahl

Einige Eckpunkte des Auswahlprozesses der ExpertInnen wurden bereits in Kap. 1.2.2 dargestellt. Im Folgenden wollen wir kurz das Ergebnis der ExpertInnennominierung durch die Organisatoren skizzieren sowie einige Begründungen für dieses Ergebnis anführen. Im zweiten Schritt soll dann die zweite Stufe des Auswahlprozesses, nämlich die Nominierung von ExpertInnen durch das Laienpanel, dargestellt werden.

Aus der von den Organisatoren zusammengestellten Liste von rund 60 ExpertInnen wählten die Laien am zweiten Informations-Wochenende 14 ExpertInnen aus (sechs Frauen, acht Männer). Lediglich zwei von diesen 14 ExpertInnen kann man eindeutig der Rubrik „Gegen-Experte“ zurechnen, also aufgrund des persönlichen und professionellen Hintergrunds zumindest prinzipiell von einer kritisch-oppositionellen Haltung zur Gendiagnostik ausgehen. Sieben ExpertInnen kommen aus dem Bereich der Medizin bzw. Humangenetik und sind dort an der Universität bzw. Universitätsklinik als Professoren tätig. Drei ExpertInnen lassen sich dem juristischen bzw. sicherheits- bzw. informationstechnologischen Sektor zurechnen. Lediglich ein Experte wies einen explizit sozialwissenschaftlichen Hintergrund auf. Diese Aufschlüsselung gibt noch nicht automatisch Auskunft über die normativen Orientierungen; die thematische Schwerpunktsetzung (Datenschutz) sowie die Fokussierung auf Fachleute aus dem medizinisch-naturwissenschaftlichen bzw. juristischen Bereich werden jedoch sichtbar. Besonders deutlich wurde der Mangel an kontroversen Standpunkten beim Thema Datenbanken und Polizei. Hier gelang es nicht, dem Vertreter des Behördenstandpunktes ein entsprechendes Gegengewicht gegenüber zu stellen. Ein Grund hierfür war allerdings die Tatsache, dass die ARGE Daten keine Möglichkeit sah, einen Experten für die öffentliche Konferenz bereit zu stellen.

Die Gründe für diese Asymmetrie sind denn auch weniger in den Auswahlkriterien der Arbeitsgruppe zu suchen als in praktischen Problemen. Die Zusammenstellung der Liste möglicher Experten erfolgte in lockerer Arbeitsteilung, wobei Barbara Streicher und Karl Kuchler in erster Linie, aber nicht ausschließlich, NaturwissenschaftlerInnen, Ärzte und Juristen namhaft machten, Felt und Torgersen hauptsächlich Experten aus dem Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften sowie aus dem Bereich der „Kritiker“, d. h. Fachleute, die sich mit Aspekten wie Datenschutz beschäftigen oder Personen, die die Anliegen von Betroffenen vertreten. Während es Kuchler und Streicher aufgrund eigener Expertise und organisatorischer Vorleistungen (Datenbank) weniger Probleme bereitete, eine Reihe von einschlägigen NaturwissenschaftlerInnen und MedizinerInnen zu nominieren, waren andere Gebiete (insbesondere Da-

**Mehrzahl der
ExpertInnen aus
Naturwissenschaft
und Medizin, wenig
„Gegenexperten“**

**mangelnde
Verfügbarkeit als
Grund für Schieflage**

	tenschutz) weniger gut abgedeckt. Ein Grund unter anderen war, dass sich große NGOs in Österreich mit dem Problem der genetischen Daten bisher kaum beschäftigt haben.
zweistufiger Auswahlprozess	Diese erste Stufe des Auswahlprozesses erfolgte ausschließlich aufgrund der zugeschriebenen Kompetenzen und Expertise, ohne große Rücksicht auf die Position, die der oder die Betreffende womöglich vertreten würde. Im zweiten Schritt wurde die Verfügbarkeit überprüft, wobei sich bald herausstellte, dass nur 60 der etwa 290 angesprochenen Personen grundsätzlich zur Teilnahme bereit waren. Nach mehrmonatiger Suche wurde schließlich eine Liste zusammengestellt, aus der die Laien dann eine Auswahl treffen konnten.
breitere Auswahl nötig	Aus der Erfahrung mit der BK lassen sich einige Punkte ableiten, die für zukünftige Verfahren zu beachten sein werden. Zunächst ist darauf zu achten, dass ein Thema gewählt wird, für das es auch in einem kleinen Land wie Österreich eine genügende Auswahl von ExpertInnen aus unterschiedlichen Wissenschaftszweigen gibt bzw. eine ausreichende Anzahl fachkundiger Personen, die ein breites Spektrum von Perspektiven vertreten können. Sollte sich dies als schwierig erweisen, sollte die Option ins Auge gefasst werden, ExpertInnen aus dem (deutschsprachigen) Ausland zu verpflichten, auch wenn dies mit einem höheren finanziellen Aufwand verbunden ist. Es ist nicht vertretbar, aus Ersparnisgründen Kompromisse bezüglich der Meinungsvielfalt einzugehen. Weiters ist sicher zu stellen, dass die ExpertInnen sich über ihre Rolle im Klaren sind – bei der österreichischen BK schien dies nicht immer im vollen Maß der Fall gewesen zu sein (vgl. Kap. 5.1.4). Personen, die bereits Erfahrung mit partizipativen Verfahren haben, sind daher vorzuziehen – ein weiteres Argument, bei „Testläufen“, wie diese österreichische BK einer war, auch ausländische ExpertInnen in Erwägung zu ziehen.
notfalls auf ausländische ExpertInnen zurückgreifen	Im Folgenden geht es nun um die Rekonstruktion maßgeblicher Kriterien der ExpertInnenauswahl <i>durch die Laien</i> sowie deren kurze Bewertung. Für den Prozess der ExpertInnenauswahl durch die Laien wurde kein formalisiertes Verfahren entworfen; es handelte sich vielmehr um ein informelles und intern koordiniertes arbeitsteiliges Vorgehen. Die endgültige Auswahl basierte auf der von der Arbeitsgruppe erarbeiteten ExpertInnenliste, auf der jene Personen, die sich prinzipiell zur Mitarbeit bereit erklärt hatten, nach Themen- bzw. Sachbereichen geordnet waren. Die Laien arbeiteten jeweils nur ihren eigenen Sachbereich, nach Arbeitsgruppen getrennt, durch. Von Seiten der einzelnen Arbeitsgruppenmitglieder wurden Vorschläge gemacht, über die anschließend eine Art Abstimmung im Plenum erfolgte.
ExpertInnenauswahl durch Laien nicht nach explizierten Kriterien	<p>„... das ist einfach so dahin gelaufen, ohne dass wir auch hier etwa einen formalisierten Prozess gehabt hätten. Das hat mich an sich nicht gestört. Ich habe mich nur gewundert. Es hat eigentlich jeder zu seiner Frage gesagt: Ich möchte den haben. Und wir haben uns eigentlich da kaum gestritten, haben gesagt okay, das ist deine Frage, suchst du aus, wen du haben willst. Ich habe das recht ... ist eigentlich eine gute Methode, das recht gut gefunden.“ (H28/363)</p>
individuelle Präferenzen ausschlaggebend	Die Kriterien der Auswahl bestimmten sich durch die individuellen Präferenzen und waren nicht in irgendeiner Weise konzeptionell orientiert. Nur in Einzelfällen orientierten sich Laien in ihrer Wahl an der Ermöglichung größtmöglicher normativer Heterogenität zwischen den zur Verfügung stehenden ExpertInnen (ob auf dem Podium daraus eine Kontroverse wurde, ist eine andere Frage); andere legten Wert auf die Präsenz von Betroffenen; die Mehrzahl aber ging davon aus, dass die Antizipation der normativen Orientierungen der ExpertInnen für sie nicht möglich und letztlich auch nicht ausschlaggebend sei – schließlich zielten ihre Fragen hauptsächlich auf Sachauskünfte. Insofern orientierten sie sich in ihrer Auswahl am Ehesten an der wissenschaftlichen Expertise im entsprechenden Fachbereich.

„Man könnte natürlich ... was natürlich vorausgesetzt hätte, dass wir genau den Hintergrund der einzelnen Fachleute kennen, nicht? Dass wir wissen, woher kommt er? Welche Position vertritt er? Dann hätten wir streiten können. Weil einer hätte dann gesagt, ich möchte in Wirklichkeit den, der die Position vertritt. Und ich möchte den, der die Position vertritt. Aber das hat es nicht gegeben und war bei unseren Fragen auch kein Problem.“ (H28/376)

Diese starke Orientierung der Laien auf praktische Lösungen und einwandfreie Informationen von Seiten der ExpertInnen wird auch von Seiten der Moderation bestätigt. Der (vermutete) normative Hintergrund der ExpertInnen habe in den Diskussionen zwar auch eine Rolle gespielt, primär seien die Laien jedoch an der „sachlichen Ebene“ interessiert gewesen. Letztlich auch aufgrund des Zeitdrucks etablierte sich als zentraler Richtwert der Entscheidung die Frage: Wer kann die Frage am „Richtigsten“ beantworten, wer kennt die Fakten? Unterstützung findet diese Feststellung auch durch einen Blick auf die Stellungnahme: Fast alle der 12 Fragen, die in schriftlicher Form an die ExpertInnen gerichtet und – unverändert – in die Stellungnahme aufgenommen wurden, sind Faktenfragen.¹⁴

Mit ihrer Auswahl haben sich die Laien im Großen und Ganzen sehr zufrieden gezeigt. Sie stellten lediglich fest, dass ein Entwicklungspsychologe in der Auswahl hätte inkludiert sein sollen. Außerdem waren sich die BürgerInnen im Anschluss an das ExpertInnenhearing einig, dass ein Experte ein Fehlgriff war, da er aus dem falschen Sachbereich kam. Schon diese (kleineren) „Fehlgriffe“ mögen auf die Notwendigkeit einer Kontrolle des Auswahlverfahrens hinweisen. Wenn man sich im Vorfeld auf ein Ziel der BK wie „Demokratisierung von Expertise“ festlegt, verstärkt sich der Kontrollzwang; schließlich wäre verstärkt auf eine ausgewogene Repräsentation von „Gegen-ExpertInnen“ (Vertretern von Selbsthilfegruppen und Behindertenorganisationen, NGO's usw.) zu achten. In diesem Zusammenhang wäre dann auch die gruppeninterne Reflexion der Auswahlkriterien von erheblicher Bedeutung. Schließlich bedeutet die Wahl von bestimmten ExpertInnen immer auch eine bestimmte Vorstrukturierung des Themas.

**Orientierung an
wissenschaftlicher
Expertise**

**Zufriedenheit der
Laien mit der Auswahl**

5.5.2 Die Motivation der ExpertInnen zur Teilnahme

Die folgende Darstellung der Motivation von ExpertInnen zur Teilnahme an der BK hat den praktischen Zweck, für die Notwendigkeit einer präzisen Aufklärung der ExpertInnen über Sinn und Ziele der BK zu sensibilisieren. Für die Klärung der mit einer BK verbundenen Zielvorstellungen haben wir bereits in Kap. 5.1 plädiert. Wenn man sich die unterschiedlichen Motivationslagen der ExpertInnen vergegenwärtigt, wird außerdem evident, dass die Auskunftspersonen im Voraus über den Sinn und anvisierten Ablauf der BK informiert werden müssen. Andernfalls können in der Kommunikation mit den Laien jene Motivationen ungebremst zum Tragen kommen, die die ExpertInnen zur Teilnahme bewegt haben, die aber u. U. für die Entwicklung eines spannungsreichen Dialogs kontraproduktiv sind.

¹⁴ Diesem Problem hatte man von Seiten der Organisatoren immerhin so weit entgegen gearbeitet, dass in den Fragebogen an die ExpertInnen – die den Laien zur besseren Orientierung dann zur Verfügung gestellt wurden – neben dem Fachgebiet auch die individuelle Position zur Sammlung und Verwendung von genetischen Daten abgefragt wurde.

**Faktoren
der Motivation**

In der Befragung der ExpertInnen haben sich folgende Faktoren der Motivation als die maßgeblichen herausgestellt (die Reihenfolge unserer Aufzählung richtet sich nach der Anzahl der Nennungen):

- Neugier (neue Dialogform mit der „Öffentlichkeit“ ausprobieren)
- Interesse an einer „Aufklärung“ von Laien
- Interesse an der „Fortbildungsfähigkeit“ von Laien
- Meinungen der Laien kennen lernen
- Aus der Diskussion mit Laien Informationen über die gesellschaftliche bzw. ethische Brisanz von einzelnen Themengebieten erhalten („wo sind die heißen Themen?“)
- Kontaktaufnahme mit anderen ExpertInnen
- Demokratiepoltische Gründe (werden von den ExpertInnen allerdings selten expliziert und bleiben daher relativ diffus).

Dies sind die wesentlichen Motivationen der ExpertInnen zur Teilnahme an der BK, auch wenn sich natürlich die Motivationslagen im Einzelnen überlappen. Aus diesen Motivationen lässt sich bis zu einem gewissen Grad auf den Stellenwert schließen, den eine solche BK bei den Auskunftspersonen hatte.

**Orientierung an
„Public Understanding
of Science“**

Das Interesse an „Aufklärung“ und Informationsweitergabe an die Laien rangiert hier sehr hoch, man kann daher davon ausgehen, dass die BK in erster Linie im traditionellen Sinne eines PUS verstanden wurde. Auch die Tatsache, dass der Faktor „Neugier“ eine wichtige Rolle spielt, kann daran nichts ändern. Schließlich informiert uns das Interesse der ExpertInnen daran, auf eine neue Weise mit der „Öffentlichkeit“ in Kontakt zu treten, noch nicht über die damit intendierten Zielsetzungen. Auch wenn einige ExpertInnen diese Neugier mit dem individuellen Interesse an der Meinung von Laien verbunden, so gibt es eine Reihe anderer Statements, in denen sich diese Neugier mit dem expliziten Wunsch paart, die Laien über die „Wirklichkeit“ aufzuklären. Wenn man daraus Rückschlüsse auf die Selbstdefinition der ExpertInnen ziehen wollte, so ließe sich festhalten, dass sich die Experten in erster Linie als Aufklärer und „Informatoren“ begreifen. Die Thematisierung einer darüber hinausgehenden Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, einer „Bringschuld“, spielt im hegemonialen Expertendiskurs eine untergeordnete Rolle.

**Aufklärung der
ExpertInnen über Ziel
der BK ist notwendig**

Natürlich können wir an dieser Stelle nur einige, grobe Tendenzen dokumentieren, und es wäre auch falsch, von den erklärten Motiven der ExpertInnen auf die reale Interaktionssituation zu schließen. Es würde eine eigene Untersuchung erfordern, um die hier kursorisch behandelten Punkte zu vertiefen. Schon diese Kurzdarstellung macht jedoch deutlich, dass man für eine professionelle Vorbereitung der ExpertInnen auf die BK – und nicht zuletzt im Sinne einer spannungsgeladenen, kontroversen Diskussion – die Auskunftspersonen über die Funktion der BK informieren muss. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die ExpertInnen mit der Vorstellung in die Diskussion gehen, es handele sich in erster Linie um einen Aufklärungsdiskurs für Laien, der durch die Monologe der ExpertInnen und die möglichst lückenlose Dokumentation des Sachstandswissens strukturiert sein soll.

5.5.3 Zur Interaktion zwischen den ExpertInnen

In partizipativen Verfahren wie der BK, die auf der Dichotomie zwischen Laie und Experte aufbauen, scheint ein Thema wie die Interaktion zwischen den ExpertInnen wenig interessant. Tatsächlich aber ist die Reflexion dieser speziellen Interaktionsbeziehung von einiger Bedeutung, nicht zuletzt für die Moderation. Es ergeben sich nämlich aus dieser Reflexion einige Aufschlüsse für die Strukturierung und Steuerung der öffentlichen Diskussion zwischen Laien und ExpertInnen. Im Verlauf einer BK ergeben sich nicht nur bestimmte Interaktionsbeziehungen zwischen Laien und ExpertInnen, sondern auch solche zwischen den ExpertInnen. Gerade diese Interaktionen zwischen den ExpertInnen können nun für die Diskussion zwischen Laien und ExpertInnen problematisch werden. Genauer gesagt: Im Prozess der BK ergeben sich Interferenzen zwischen den ExpertInnen, die zu einer „Verzerrung“ der Kommunikation führen können. Dies passiert paradoxerweise gerade deshalb, weil die ExpertInnen – aus Gründen der Kontroversialität – auf der Bühne als Zweierpaare auftreten. In dieser Situation definieren die ExpertInnen in ihrer Selbstinszenierung als ExpertInnen immer auch situationsspezifisch ihre ExpertInnenrollen. In Einzelfällen kann das Problem entstehen, dass das Verhältnis zwischen den beiden ExpertInnen einseitig durch den stärkeren Part definiert wird. So haben etwa die Vorsitzenden der österreichischen Ethikkommissionen, Johannes Huber und Barbara Primig-Eisner, auf der Bühne ein konsensuelles Doppel zur Aufführung gebracht, was an sich eine Herausforderung für die Moderation bedeutet (vgl. Kap. 5.8.2).

An diesem Beispiel lässt sich ersehen, dass die Interaktion zwischen den ExpertInnen eine bestimmte Interaktion zwischen Laien und ExpertInnen induziert, sofern dieser Zusammenhang nicht reflektiert und evtl. durchbrochen wird. Als konkrete Empfehlung ergibt sich aus dieser Perspektive die Forderung, nicht allein ExpertInnen nach dem Kriterium der Kontroversialität zu kombinieren, sondern – so weit möglich – auch darauf zu achten, dass die ExpertInnen einander gewachsen sind. Die Organisatoren bzw. ModeratorInnen sollten die Laien darauf hinweisen, dass es derartige Interaktionseffekte geben kann, und dass die spezifische Interaktionskonstellation in Rechnung zu stellen ist, wenn man die Erklärungen und Statements der ExpertInnen richtig einordnen will. Der Hinweis auf Interaktionseffekte ist ein wichtiger Punkt für die Reflexion des ExpertInnenhearings im Vorlauf zur Erarbeitung einer Stellungnahme.

5.5.4 Zwischenfazit

Bei der ExpertInnen-Auswahl durch die Arbeitsgruppe ist die Fokussierung auf Fachleute aus dem medizinisch-naturwissenschaftlichen bzw. juristischen Bereich zu kritisieren. Mit Blick auf kritisch-oppositionelle Positionen zur Gendiagnostik lassen sich von den 14 ausgewählten ExpertInnen lediglich zwei Personen der Kategorie „Gegen-Experte“ zurechnen. Diese Schiefelage hat sich aufgrund praktischer Probleme ergeben. Zum einen standen auf sozialwissenschaftlicher Seite nicht genügend ExpertInnen zur Verfügung, von denen man erwarten konnte, dass sie kontrovers argumentieren. Zum anderen war nur ein kleiner Teil der zur Verfügung stehenden ExpertInnen der BK gegenüber aufgeschlossen: Gerade einmal 60 von 290 angeschriebenen Experten haben sich prinzipiell für eine Teilnahme zur BK bereit erklärt. Auch diese Tatsache verweist auf den geringen Stellenwert, der pTA derzeit in Österreich zukommt. Für zukünftige Veranstaltungen sollte deshalb ein Thema gewählt werden, für das in Österreich eine ausreichende Zahl von ExpertInnen aus unterschiedlichen

Verhältnis der ExpertInnen untereinander hat Einfluss auf den Diskurs mit den Laien

Antizipation von Interaktionseffekten wichtig

für Ausgewogenheit der Auskunftspersonen sorgen (Mehrkosten)

geringe Bereitschaft zur Teilnahme

**mangelnde Transparenz
der Auswahlkriterien
der Laien**

Wissenschaftszweigen bzw. mit unterschiedlichen Positionen zur Verfügung stehen. Andernfalls muss es für die Veranstalter die Option geben, ExpertInnen aus dem (deutschsprachigen) Ausland zu verpflichten. Es ist nicht vertretbar, aus Kostengründen Kompromisse bezüglich der Meinungsvielfalt einzugehen.

Die Laien waren mit ihrer ExpertInnenauswahl zufrieden. Aufgrund des arbeitsteiligen Auswahlverfahrens innerhalb der Gruppe sowie der überwiegenden Orientierung auf das Faktenwissen der ExpertInnen ergaben sich keine gruppeninternen Konflikte. Dies kann jedoch nicht über die mangelnde Transparenz der Auswahlkriterien hinwegtäuschen. Ebenso fehlte eine nachträgliche Überprüfung der ausgewählten ExpertInnen durch ein Kontrollgremium anhand konzeptioneller Überlegungen (z. B. Beirat).

**„Public Understanding of
Science“ bei ExpertInnen
im Vordergrund**

Die Motivation der ExpertInnen zur Teilnahme war in erster Linie durch ein traditionelles Verständnis von PUS gekennzeichnet. Daraus wird evident, dass die Auskunftspersonen im Voraus über die anvisierte Funktion der BK informiert werden müssen. Andernfalls können in der Kommunikation mit den Laien jene Motivationen ungebremst zum Tragen kommen, die die ExpertInnen zur Teilnahme bewegt haben, die aber u. U. für die Entwicklung eines spannungsreichen Dialogs kontraproduktiv sind. Schließlich sollte man darauf achten, dass die zu Zweier-Paaren kombinierten ExpertInnen nicht nur heterogene Positionen vertreten, sondern einander auch in Status, Rhetorik und Durchsetzungsvermögen annähernd ebenbürtig sind.

5.6 Raumwahl und Sitzanordnung

5.6.1 Allgemeine Anforderungen

**vielfältige
Anforderungen an
Raumwahl**

Die Anforderungen an den Veranstaltungsort für eine BK sind vielfältig. Der gewählte Raum muss eine ausreichende Größe haben, in dem Laienpanel, Moderatoren und ExpertInnen Platz finden; zweitens soll er eine Sitzanordnung erlauben, die die real existierende Hierarchie zwischen Laien und ExpertInnen nicht auch noch symbolisch verstärkt; und schließlich soll die Moderation eine Position einnehmen, die nicht herausgehoben ist, sondern deren neutrale Rolle unterstreicht.

Es gibt einige weitere wichtige Randbedingungen. So muss etwa genügend Raum für das Publikum vorhanden sein, die Lokalität muss leicht erreichbar und daher zentral gelegen sein. Weiters sind Aufnahmeeinrichtungen von Vorteil, um die Veranstaltung dokumentieren zu können. Rundfunk- und Fernseh-anbindung sind günstig, um die Chance medialer Anschlussfähigkeit zu erhöhen. Die Wahl der Veranstalter fiel auf das Radiokulturhaus (ehemaliger großer Sendesaal des ORF). Dies war insofern glücklich, als prinzipiell all die genannten Voraussetzungen durch den gewählten Ort hätten erfüllt werden können. Auf die konkreten Nachteile werden wir weiter unten eingehen; zunächst wollen wir die Anforderungen an die Sitzanordnung präzisieren.

**Kompromiss zwischen
den Bedürfnissen von
Laien, ExpertInnen
und Publikum**

Veranstalter von BK's stehen vor dem Dilemma, die Anforderungen des Diskurses zwischen ExpertInnen und Laien mit denjenigen einer Veranstaltung in Einklang zu bringen, die vor einem mehr oder weniger zahlreichen Publikum – womöglich mit dessen Einbindung zu einem bestimmten Zeitpunkt im Ablauf der Veranstaltung – stattfinden. So soll einerseits das Gespräch zwischen Laien und ExpertInnen möglichst herrschaftsfrei ablaufen, und dazu gehört auch, dass weder Laien noch ExpertInnen eine bevorzugte Position gegenüber

den jeweils anderen einnehmen und beide „Parteien“ einander gut sehen. Bei einer entsprechenden Anzahl von Personen, z. B. bei einem Panel aus 12-20 Laien, stellt dies einige Anforderungen an die Platzierung. Dazu kommt, dass die jeweilige Anzahl von Laien und ExpertInnen meist ungleich ist und sich daher symbolische Machtungleichgewichte ergeben können. Allerdings ist eine Anordnung face-à-face zwischen ExpertInnen und Laien nicht Ziel führend, weil das Publikum dabei keine Gelegenheit hat, alle Beteiligten zu sehen. Es führt in der Praxis also kein Weg an einem Kompromiss vorbei, der sich meist in einer Anordnung der Beteiligten auf der Bühne schräg zum Publikum manifestiert.

5.6.2 Die Situation bei der BürgerInnenkonferenz

Im Fall der österreichischen BK wurde eine derartige („kompromisshafte“) Sitzanordnung gewählt. Das Laienpanel saß schräg zum Publikum auf der linken Seite der Bühne des Radiokulturhauses. Die ExpertInnen, die jeweils zu einem bestimmten Themenaspekt befragt wurden und an der Reihe waren, ihre Statements zu verlesen, saßen meist zu zweit (oder in Einzelfällen allein) an einem Tisch auf der rechten Seite. Dadurch ergab sich aufgrund der Anzahl der auf der Bühne befindlichen Personen (zumindest) symbolisch eine leichte „Übermacht“ der Laien gegenüber den ExpertInnen. Der Moderator Peter Menasse saß am Ende des Laienpanels etwa in der Mitte der Bühne, die Moderatorin Maria Spindler hingegen seitlich am linken Rand, ein wenig mit dem Rücken zum Publikum. Zuschauer bemängelten diese Positionierung der Moderatorin, die zeitweise den Eindruck erweckt hätte, die Laien wären „dirigiert“ bzw. von den Moderatoren „in die Zange“ genommen worden – ein Eindruck, der sich durch Notwendigkeit der Kommunikation zwischen den beiden Moderatoren hinter dem Rücken oder über die Köpfe der Laien hinweg ergab. Aus Kommunikationsgründen sollten die Moderatoren nahe beieinander und möglichst frontal zum Publikum sitzen.

Ein anderer Aspekt der Sitzordnung, dem in der Regel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, betrifft die Positionierung der ExpertInnen zum Zeitpunkt ihrer passiven Teilnahme an der Konferenz. Es ist zweifellos von symbolischer Bedeutung, ob sich die ExpertInnen für ihr Statement aus der Anonymität des Zuschauerraums auf die Bühne begeben oder ob die ExpertInnen zu jeder Zeit als solche kenntlich sind. Im Sinne einer klaren Rollendefinition wäre es vorteilhaft, für die ExpertInnen während der gesamten Konferenz einen eigenen Bereich im Veranstaltungssaal vorzusehen.

Obwohl der Große Sendesaal im Radiokulturhaus eine gute Infrastruktur bot, erwies sich die Wahl der Lokalität doch als problematisch. Durch die geringe Anzahl an Zuschauern – der Saal fasst etliche hundert, erschienen waren aber weniger als 30 – ergab sich der Eindruck, die Veranstaltung fände ohne jedes Publikum statt. Und selbst wenn man realistischerweise eine Besucherzahl um die 100 Personen angenommen hätte, wäre der Saal noch zu groß gewesen. Da sich die Konfrontation von Laien und ExpertInnen auf einer großen Bühne abspielte, liegt die Annahme nahe, dass aus dieser Anordnung an das Publikum die versteckte Botschaft erging, passive Beobachter dieses Schauspiels zu bleiben. Tatsächlich aber wurde das Publikum in der Form eingebunden, dass zum Schluss der Veranstaltung aus den Reihen des Publikums Statements abgegeben werden konnten.

Der Stellenwert dieser Kommentare – und damit die Rolle des Publikums – ist allerdings unklar geblieben. Ob diese Statements den Status allgemeiner Hinweise für die Laien und ExpertInnen hatten, zur methodischen Reflexion der

**Sitzanordnung
als Kompromiss**

**eigener Bereich für
ExpertInnenpanel
wünschenswert**

**Sendesaal:
Gute Infrastruktur,
aber zu groß**

**Rolle des Publikums
unklar**

Veranstaltung dienen sollten oder gar als konkrete Empfehlungen für die Laien im Hinblick auf die Erarbeitung ihrer Stellungnahme verstanden werden sollten, wurde nicht kommuniziert. Im Hinblick auf die Raumwahl lässt sich jedenfalls festhalten, dass ein zu großer Raum kontraproduktiv ist, wenn eine Beteiligung aus dem Publikum erwünscht ist.

5.6.3 Zwischenfazit

**Sitzanordnung
prinzipiell gelungen**

Die Sitzordnung einer BK ist in der Regel ein Kompromiss zwischen der Notwendigkeit einer symbolisch hierarchiefreien Kommunikation zwischen Laien und ExpertInnen und dem Bedürfnis des Publikums nach einem guten Überblick über die Diskussionsprozesse. Die gewählte Sitzanordnung wäre für einen konfliktorientierten Diskurs zwischen Laien und Experten durchaus funktional gewesen; dass eine kritische Auseinandersetzung über sehr weite Strecken ausgeblieben ist, erklärt sich aus anderen Faktoren (vgl. Kap. 5.7). Die Positionierung der Moderation – gerade wenn es sich um zwei Moderatoren handelt – muss mit großem Bedacht gewählt werden. Aus Gründen der störungsfreien Kommunikation sollten die Moderatoren nahe beieinander und möglichst frontal zum Publikum sitzen. Und schließlich muss die Rolle des Publikums von vornherein geklärt werden. Denn aus der spezifischen Rollenzuweisung resultieren wiederum bestimmte Ansprüche an die Raumwahl. Bezüglich der Raumwahl lässt sich festhalten, dass die Infrastruktur des gewählten Orts (Radiokulturhaus) für die Zwecke einer BK zwar sehr gut ist; im Hinblick auf die prinzipiell erwartbare Besucherzahl ist der große Sendesaal jedoch eindeutig zu groß.

**Raum war funktional,
aber viel zu groß**

5.7 Interaktion, Meinungsbildung und Wissensstand

5.7.1 Wissenszuwachs bei Laien und ExpertInnen

**zentrale Rolle der
Wissensvermittlung**

Die gründliche Informiertheit der Laien durch die Vermittlung von ExpertInnenwissen in verschiedenen Formen stellt eines der zentralen Ziele der BK dar. Schließlich gilt es in Rechnung zu stellen, dass die Wissensunterschiede innerhalb einer Gruppe im Regelfall recht groß sind. Im konkreten Fall ergab sich eine Spannweite vom „blutigen Laien“ (Selbstcharakterisierung eines Teilnehmers) bis hin zum promovierten Chemiker. Auch wenn man die BK nicht auf die Vermittlung von ExpertInnenwissen reduzieren will, ist es unabdingbar, dass die Laien sich einen gewissen Überblick verschaffen, um über die Strukturierung des Themas in den Meinungsbildungsprozess einsteigen zu können. Von daher ist es nicht ganz trivial, den Nutzen der BK auch auf der Ebene des Wissenszuwachses für die wissenschaftlichen Laien abzufragen.

Die thematischen Schwerpunktsetzungen der BürgerInnengruppe während der BK spiegeln sich auch in unserer Befragung nach der BK wider. Darin wurden die BürgerInnen mithilfe einer standardisierten Befragung um eine Einschätzung des eigenen Wissensstandes zu den verschiedenen Bereichen der Gendiagnostik gebeten (von 1 = sehr hoch bis 5 = sehr niedrig). Am besten schätzten die BürgerInnen ihren Wissensstand zum Thema „Gendiagnostik in der Kriminologie“ ein (Mittelwert 2,5). Durchschnittlich hielten sie ihren Wissensstand zum Einsatz von „Gendiagnostik in der Medizin“ (Mittelwert 2,9) und in der „Schwangerschaftsvorsorge“ (Mittelwert 3,0). Themen wie die Nutzung genetischer Daten durch Versicherungen oder den Arbeitgeber wurden während der BK nur randständig diskutiert, entsprechend schlecht schätzten die Bürge-

rInnen ihren Wissensstand zu diesen Themen ein – die Mittelwerte des Wissensstandes zu den Themen „Genetische Daten und Versicherungen“ und „Genetische Daten und Arbeitgeber“ lagen bei 3,6 bzw. 3,7.

Weiterhin wurden die BürgerInnen zweimal vor und einmal nach der BK gebeten, ihren Wissensstand zu verschiedenen Begriffen aus dem Bereich Bio- und Gentechnik einzuschätzen. Auf diese Weise sollte ermittelt werden, ob es durch die BK zu einem Wissenszuwachs bei den Mitgliedern der BürgerInnengruppe gekommen ist. Auf einer Skala von 1 = „ganz genau“ bis 5 = „gar nicht“ sollten die Bürgerinnen und Bürger einschätzen, wie genau sie verschiedene Begriffe kennen. Die Ergebnisse sind in der folgenden Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 5.7-1: Wissensstand der Mitglieder der Bürgergruppe zu verschiedenen Begriffen der Bio- und Gentechnik (dargestellt in Mittelwerten; 1= sehr gute Kenntnis, 5 = Unwissen).¹⁵

Begriff	vor der BK (n=11)	vor der BK (n=8)	nach der BK (n=8)
Humangenetik	2,1	2,1	2,0
multifaktorielle Erbkrankheiten	2,5	2,4	1,9
Gläserner Mensch	2,5	2,5	1,5
Screening	2,7	2,4	1,9
Gentherapie	2,7	2,5	2,0

Aus der Tabelle wird deutlich, dass sich die Teilnahme bei der BK für die BürgerInnengruppe bezüglich ihres Wissensstandes insgesamt positiv ausgewirkt hat. Es ist als Erfolg zu werten, dass es gerade bei komplizierten wissenschaftlichen Begriffen wie „Screening“ und „multifaktorielle Erbkrankheiten“ offenbar zu einem verbesserten Verständnis gekommen ist.

**Wissenszuwachs
durch BK**

Freilich ist zu betonen, dass aus der verbesserten Informiertheit nicht unmittelbar auf eine erhöhte Akzeptanz zu schließen ist (sog. Defizit-Modell). Einige Laien haben explizit darauf hingewiesen, dass sie im Prozess der BK eher kritischer und hellhöriger geworden sind. Diese Einschätzung wird auch durch das Ergebnis der standardisierten Befragung nach Ende der BK gestützt: Die Entwicklungen im Umgang mit genetischen Daten werden im Mittel mit der Schulnote „3“ bewertet. Sieben der acht antwortenden Bürgerinnen und Bürger sehen das Thema „Genetische Daten“ nach der BK problematischer an als vorher. Warum in der Stellungnahme diese Haltung nicht zum Ausdruck kommt, ist eine andere Frage.

**Defizit-Modell greift
zu kurz**

Auch von Seiten der ExpertInnen wird der Wissensstand der Laien durchgängig als ausgezeichnet charakterisiert; allerdings werden in der Diskussion mit den ExpertInnen auch problematische Folgewirkungen dieser intensiven „Wissensarbeit“ offenbar. So bemängeln etwa einige ExpertInnen den standardisierten Charakter der ExpertInnenbefragung, die zu starke Fokussierung auf Detailspekte des Themas (z. B. im Bereich der genetischen Beratung), die die ethischen Implikationen nicht zur Geltung gebracht hätte oder in der starken Konzentration auf technische und Verfahrensfragen. (In Kap. 5.7.4 werden wir auf diese Problematik vertiefend eingehen.) Der folgende Interviewausschnitt illustriert diese Einschätzung:

**zu starke Fokussierung
auf kognitive Aspekte**

„Es waren sehr wissbegierige Fragen und wenig kritische oder Diskussionsfragen“ (P2/470)

¹⁵ Die Befragung wurde nach den beiden Informationswochenenden sowie nach der BK durchgeführt. Daher gibt es zwei Werte für den Zeitpunkt „vor der Konferenz“ (mit unterschiedlichen Fallzahlen), aber nur einen Wert für „nach der Konferenz“.

Lerneffekte für ExpertInnen

In Bezug auf den kognitiven Nutzen der Veranstaltung für die geladenen ExpertInnen lässt sich festhalten, dass sich die neuen Erkenntnisse der ExpertInnen weniger auf konkrete neue Einsichten zu ihrem unmittelbarem Fachgebiet beziehen (z. B. ethische oder gar fachwissenschaftliche Erkenntnisse); der Nutzen für die ExpertInnen bewegt sich eher auf der Ebene einer Einsichtnahme in die Relevanzen der Bürger (ohne deren Überzeugungskraft zu bewerten). D. h., die ExpertInnen haben einen gewissen Aufschluss darüber erhalten, was die Bürger interessiert, wo sie am Ehesten Probleme sehen und welche spezifischen Themen überhaupt im Rahmen des Dachthemas ins Gespräch gebracht werden.

5.7.2 Zur Meinungsbildung

Zur Einführung in die Thematik wurde den Laien am ersten Vorbereitungswochenende ein ausführlicher Vortrag zur Problematik „genetischer Daten“ von der Ö1-Wissenschaftsredakteurin Birgit Dalheimer präsentiert, der im Wesentlichen von dgt zusammengestellt und von der Arbeitsgruppe kontrolliert und kommentiert worden war (vgl. Kap. 2.2.1). Im Zuge einer anschließenden Diskussionsrunde sowie in Einzelarbeit wurden persönliche Interessen sowie diverse Befürchtungen der Laien gesammelt und zunächst die – aus Sicht der Laien – bedeutendsten Themenschwerpunkte herausgefiltert. Fortan haben sich die Laien bis zum zweiten Zusammentreffen mit großem persönlichem Engagement selbständig zu ihren favorisierten Interessensgebieten vorbereitet respektive anhand der ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen sowie per Literatur und weiterer Recherchen ein vertiefendes Wissen angeeignet.

kurze Phase der Meinungsbildung

Die Meinungsbildung in der Gruppe lässt sich ganz grob in zwei Phasen einteilen. Die erste Phase bezieht sich auf den Prozess der Themeneingrenzung und der Formulierung von Fragen an die ExpertInnen (die diese schriftlich zu beantworten hatten). Die zweite Phase bezieht sich die Diskussionen auf der öffentlichen Konferenz bzw. im Zuge der Anfertigung des Votums. Warum diese zweite Phase für die Meinungsbildung keine große Rolle mehr spielte, wird deutlich, wenn wir uns die Logik der ersten Phase vergegenwärtigen. Diese erste Phase war erwartungsgemäß durch ein gewisses Maß an Dissens und Diskussion gekennzeichnet. Mit der Formulierung von Sub-Themen und daraus entwickelter Fragen an die ExpertInnen war jedoch der Prozess der Meinungsbildung für die Laien gewissermaßen abgeschlossen. Denn im Zuge der Fragenfindung fand die Schließung der Diskussion durch die Konstruktion von „Weggabelungen“ statt. Was heißt „Weggabelung“? Die Moderation hatte den BürgerInnen den Vorschlag gemacht, sich vorab über die Bedeutung ihrer Fragen Klarheit zu verschaffen und sich zu überlegen, was die möglichen Antworten der ExpertInnen darauf sein könnten. Diese Ermunterung zur Antizipation der ExpertInnen-Statements scheint in Bezug auf die Strukturierung der konkreten Kommunikationssituation zunächst eine hervorragende Idee zu sein. Sie läuft darauf hinaus, den ExpertInnen gewissermaßen den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem man auf möglicherweise spontan überraschende oder abweichende Aussagen gut vorbereitet reagieren kann. Die BürgerInnen organisierten im Zuge der Frageformulierung jedoch die ExpertInnenbefragung in der Weise, dass quasi jede Aussage als „Faktum“ aufgefasst wurde, das seinen festen Platz in dem vorab entworfenen Bewertungsschema hatte. Mit anderen Worten: Die Laien hatten für jede Auskunft der ExpertInnen bereits einen weiterführenden Pfad reserviert, der ihnen den Weg zur ihrer Empfehlung vorzeichnete.

Fragen an ExpertInnen als Abschluss der Meinungsbildung

Strukturierung der Meinungsbildung durch Konstruktion von „Weggabelungen“

„Und der Meinungsfindungsprozess ist dann sicher auch von den Antworten beeinflusst gewesen, die dann von den ExpertInnen gekommen sind. Also

dahin gehend beeinflusst worden, so wie man an eine Weggabelung kommt. Man stellt dann eine ... Die meisten Fragen waren nicht Entscheidungsfragen, aber waren Fragen, wo man ungefähr die Devise vor sich sieht, aber nicht weiß, geht man jetzt Mitte, rechts, links oder so. Und man sieht aber, wenn es so ist, dann würde man diese Aussage dazu treffen, und wenn es anders ist, eine andere. Und wenn wieder was anderes zutrifft, wieder. Also man hat ungefähr eine Meinung für den Fall, dass 1 oder eine Meinung für den Fall, dass 2 oder 3 ... Durch diese Auskunft hat man dann wieder einen Schritt weiter gehen können.“ (H18/382)

Eine nicht-intendierte Nebenfolge diese Konstruktion von „Weggabelungen“ stellt die damit zwangsläufige Transformation eines Wertediskurses in einen Faktendiskurs dar. Im Sinne der Arbeitsökonomie ist dieses Vorgehen der Kleingruppen durchaus funktional. Die Empfehlungen müssen nun nicht mehr in Auseinandersetzung mit Fallbeispielen aus der Praxis entwickelt oder auf der Konferenz ausdiskutiert werden. Man wechselt von der Ebene narrativer Strukturen gewissermaßen zu einer standardisierten Befragung: Nach dem Entwurf eines ein Sets von Meinungen wartet man ab, welche Option die ExpertInnen „ankreuzen“.

Dieses Vorgehen stellt in Bezug auf den Meinungsbildungsprozess insofern einen „Bruch“ dar, weil mit dieser Form der Frageformulierung der Meinungsbildungsprozess bis zu diesem Zeitpunkt außer Diskussion gestellt wird. Mit der Konstruktion von „Weggabelungen“ ist gewissermaßen ein Punkt erreicht, hinter den man nicht mehr zurück kann. „Weggabelungen“ müssen als eine Konstruktion zur Festschreibung der Meinung als unhintergebar verstanden werden; sie sind gewissermaßen eine „Sicherungskopie“ der Gruppenmeinung zum gegebenen Zeitpunkt. Jene, die im weiteren Prozess dahinter zurückgreifen (indem sie etwa die in der Frageformulierung ausgesparten Themen aufgreifen), gelten als „Störenfriede“. Eine Diskussion im Plenum würde zu diesem Zeitpunkt nur als ein „Rückschritt“ erscheinen können. Denn mit einer Konstruktion, die die Auskünfte der ExpertInnen als objektive Wegweiser für den weiteren Weg zur Stellungnahme entwirft, benötigen die autonomen Kleingruppen nur noch die Fakten der ExpertInnen bzw. können sie die Aussagen der ExpertInnen als Fakten begreifen. Auf diese Weise kann jede Gruppe ihren eigenen Weg gehen; bei der Erarbeitung der Stellungnahme geht es dann – mit einer einzigen Ausnahme (Frage der Strafhöhe für Datenmissbrauch) – nur noch um Formulierungen. Dieser streng prozessuale Charakter der Meinungsbildung, wie er idealtypisch in den Weggabelungen Grund gelegt wird, kommt überall in der Stellungnahme zum Ausdruck: An die Frage der Laien, die mit einer – die Frage eingrenzenden – Begründung versehen ist, schließt sich eine darauf abgezielte Antwort der ExpertInnen an; relativ bruchlos ergibt sich daraus die Empfehlung der Laien (vgl. Kap. 5.9.2). Eine vertiefende Diskussion in der Gruppe kann nach dieser Logik unterbleiben.

In Bezug auf das Laien-ExpertInnen-Verhältnis ist diese Vorgehensweise erkennbar von Ambivalenz geprägt. Denn einerseits spricht daraus eine gewisse Selbständigkeit der Laien (die eben ihre Meinung bereits im Prozess der Frageformulierung fixieren, unabhängig von aller Diskussion mit den ExpertInnen). Andererseits spricht aus dem positiven Bezug auf das „Faktenwissen“ der ExpertInnen ein hohes Maß an ExpertInnenhörigkeit.

Abschließend muss es darum gehen, die bereits mehrmals erwähnte Konsensbereitschaft der Gruppe zu erklären. Auch hier spielen strategische Motive und organisationale Faktoren eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie normative Überzeugungen und Werthaltungen. Die Konsensorientierung der Laien war sehr ausgeprägt und offenbart sich auf mehreren Ebenen.

**Transformation des
Werte- in einen
Faktendiskurs**

**organisatorische
Logik des Meinungs-
bildungsprozesses als
Diskussionsbegrenzung**

**Faktoren der großen
Konsensbereitschaft**

Die erste Ebene betrifft die Zurücknahme kontroverser Themen. So kam die überwiegende Mehrheit aller Beteiligten – sowohl ExpertInnen, professionelle BeobachterInnen und mehrheitlich auch die Laien – zu dem Schluss, dass ethische Fragen faktisch ausgeklammert wurden, obwohl sich die elf Bürger und Bürgerinnen noch im Vorfeld darin einig waren, dass ethische Fragen auf die Tagesordnung gehören. Die Laien waren darauf bedacht, kontroverse Standpunkte so weit aus der Diskussion herauszuhalten, dass sie zu einem „gemeinsamen Nenner“ gelangen konnten. Die Laien stimmen in ihren Aussagen darin überein, dass ethische Überzeugungen in den Debatten zumindest so weit zurückgestellt wurden, dass es zu einem Konsens kommen konnte.

„Ja, eine Konsensfindung funktioniert vermutlich so, meiner Meinung nach, nehme ich einmal an, dass jeder sagt, da kann er abrücken, da kann er abrücken und zum Schluss es etwas ist, wo beide den gemeinsamen kleinsten Nenner haben. Und Fragen, die wir so nicht klären konnten, haben wir eigentlich eher hintan gestellt, haben wir weggelassen.“ (H18/458)

**Ausklammerung ethisch
kontroverser Fragen**

Gleichzeitig war es durch die auf eine Sachstandsdiskussion hin ausgerichtete Themenpräzisierung auch verhältnismäßig leicht, von einer eindeutigen Trennung von Meinungs- bzw. Ethikfragen und Sachfragen auszugehen. Dazu sagt ein Laie auf die Frage, inwiefern die eigene Meinung in den Diskussion eingebracht wurde:

„Also die eigene Meinung wurde eigentlich ... es konnte nur hin und wieder ein Punkt gesagt werden, so auch bei der Datensicherung zum Beispiel, wie das gehandelt wird, was geht, was nicht geht. Dann kann man sagen okay, so oder so. Aber die grundsätzliche Meinung eigentlich ... eigentlich nicht.“ (H5/631)

**Nivellierung der
Debatte**

Zweitens lässt sich auch die selbst auferlegte Zurückhaltung der Eloquenteren und Besserinformierten im Sinne der Konsensorientierung verstehen. Paradoxerweise haben sich andere Gruppenmitglieder in bestimmten Bereichen auf das Wissen der „Spezialisten“ verlassen bzw. hätten z. T. sogar mehr Hilfe von diesen erwartet, um damit Diskussionen abzukürzen. Jedoch zielte die Reserviertheit der Eloquenteren bzw. Besser-Informierten darauf ab, Dominanzen zu vermeiden, um die Gruppe nicht in eine bestimmte Richtung zu lenken. Im Sinne einer erleichterten (und schnelleren) Kompromissfindung sollten alle BürgerInnen die Gelegenheit haben, sich selbständig zu orientieren, um nicht auf der Ebene eines emotional gefärbten Widerspruchs zu verharren, sondern auf die Ebene des rational Verhandlbaren zu gelangen, wie ein Laie es im Folgenden ausführt:

„... es hat schon Fragen gegeben, die mir ganz klar waren und wo die anderen debattiert haben und da habe ich mich halt dann zurückgehalten. (...) Für mich war es klar, ich kann aber diesen Prozess der Entwicklung den anderen nicht abnehmen. Ich kann natürlich sagen: Schaut auf, das ist so und so und so. Aber das nützt wahrscheinlich deshalb nicht viel, weil ja die Leute emotionell noch drin sind. Und das Emotionelle muss einmal aufgearbeitet werden, bis man dann mit einer rationalen Erklärung das Ganze abschließen kann.“ (H28/144)

**argumentatives
Mainstreaming**

Schließlich – drittens – wurden (konträre) Argumente z. T. erst gar nicht eingebracht, in erster Linie um damit nicht den Meinungsbildungsprozess hinauszuzögern. Die BürgerInnen befanden sich nach eigener Auskunft in einem ständigen Balanceakt, um ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen interessanten, aber möglicherweise „ausufernden“ Detailfragen und gut bearbeitbaren, aber „oberflächlichen“ Problemen herzustellen. Schließlich stand im Vordergrund, die Rahmenbedingungen genetischer Daten zu erfassen und Gestaltungsvorschläge auszuarbeiten. Eben darum hätten Standpunkte, welche zwar mit der Grundtendenz der Gruppe übereinstimmten, jedoch im Detail zu erneuten Diskussionen führen mussten, entsprechend dieser Auffassung, eher unproduktiv

auf den Meinungsbildungsprozess eingewirkt. Diese Kontextbedingungen der Meinungsbildung lösten bei manchen zuweilen ein gewisses Unbehagen aufgrund der eigenen Zurückhaltung aus.

„Bei der Entscheidung, die dann letztendlich getroffen ist, habe ich schon manchmal mir gedacht, da hältst du dich jetzt zurück. Es ist nichts Habhaftes, aber so in etwa, du würdest vielleicht noch ein bisschen andere Priorität setzen. Aber das ist eben die Gruppe. Wenn wir in einer Demokratie leben und davon ausgehen, dass mehrere Leute über dieselbe Sache entscheiden müssen, dann muss ich auch in Kauf nehmen, dass ich irgendwo nicht überall meine letzte Meinung durchsetzen kann. Das Einzige, wogegen ich mich gewehrt hätte, wenn irgendwas wirklich ganz konträr zu meiner Meinung gestanden wäre.“ (H6/327)

Damit sind drei zentrale Faktoren für die Konsensorientierung der Laien genannt, die für den Prozess der Meinungsbildung wesentlich war. Man kann abschließend festhalten, dass die Laien bereits im Zuge der Themeneingrenzung und der Fragenfindung die Weichen für den weiteren Fortgang der BK gestellt haben – weitere Diskussionen innerhalb der Gruppe oder mit den ExpertInnen schienen für die Anfertigung der Stellungnahme nicht wirklich notwendig.

5.7.3 Zur Erwartungshaltung der ExpertInnen

Wir haben in Kap. 5.1.4 festgestellt, dass die ExpertInnen nur ein sehr diffuses Bild von den Zielvorstellungen der Veranstalter hatten. Ihr eigenes Interesse an der Teilnahme an der BK speiste sich vorwiegend aus der Vorstellung, damit einen Beitrag zur Popularisierung wissenschaftlichen Wissens leisten zu können (vgl. Kap. 5.5.2.). Im Folgenden gehen wir kurz darauf ein, mit welchen Erwartungen die ExpertInnen in die Diskussion mit den Laien hineingegangen sind? Diese Erwartungen sind geprägt durch die Erfahrungen der ExpertInnen in einem bestimmten Berufsumfeld. Diese Vorerwartungen können sich in einem strategischen Umgang mit den Fragen der Laien ausprägen; hier könnte man mit einer vorbereitenden Runde zwischen ExpertInnen und Laien entgegensteuern, um z. B. eine „strategische Kommunikation“ – bedingt durch falsche Erwartungshaltungen auf Seiten der ExpertInnen – zu vermeiden.

Auf unseren konkreten Fall bezogen: Von Seiten einiger ExpertInnen wurde durchaus offene Ablehnung oder sogar Feindseligkeit der Laien erwartet. Dies betrifft ExpertInnen, die entweder aus der Humangenetik kommen oder aus dem Regulierungsbereich der Gentechnik. Diese Erwartungshaltung einiger ExpertInnen speist sich aus Erfahrungen mit öffentlichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen. Insbesondere die Vertreter der Humangenetik sehen sich von kritischen Teilen der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der PND nicht selten mit dem Vorwurf der professionell betriebenen Selektion konfrontiert, die historische Bürde der Eugenik lastet auf dem Fach und strukturiert ganz wesentlich die ethische Diskussion. Für die geladenen ExpertInnen war es eine positive Überraschung, dass diese alten Konflikte im Rahmen der BK nicht mehr in dieser Weise aktuell waren. Dies bezeichnen die ExpertInnen auch als einen wichtigen Nutzen, den sie aus der Veranstaltung mitnahmen – dass sie ein prinzipielles Wohlwollen gegenüber humangenetischen Themen auf Seiten der Laien orteten.

Es lässt sich also festhalten, dass ExpertInnen bestimmte Erwartungen haben, sie reden immer in Bezug auf ein spezifisches Gegenüber. Die Antizipation der Rollenverteilung ist daher ein strukturierendes Element der Kommunikation. Von daher empfiehlt es sich für die Organisation, den ExpertInnen ein möglichst realistisches Bild von den Erwartungen der Laien zu geben, damit die Diskussion nicht abgleitet (Legitimationsdiskurs u. ä.).

**ExpertInnen haben
Kritik der Laien erwartet**

**befürchtete
Konfrontation ist
nicht eingetreten**

5.7.4 „Es war nur eine Befragung“: Zur Interaktionskonstellation

**Diskussion während
der Konferenz wenig
lebhaft**

Die öffentliche Konferenz realisierte sich über weite Strecken als eine weitgehend standardisierte ExpertInnenbefragung. Die ExpertInnen haben im Wesentlichen noch einmal auf die vorher schon schriftlich gestellten Fragen geantwortet. Diesen Eindruck teilen nicht nur die BeobachterInnen sondern auch ein guter Teil der ExpertInnen (und damit eine Gruppe, der man oft kein großes Interesse am Dialog mit Laien unterstellt). Ein Experte hat dieser Verfahrensform einen „Fragebogen-Charakter“ attestiert. Damit ist von ExpertInnen-Seite in erster Linie die Kritik verbunden, dass es in der Konferenz nahezu unmöglich war, neue Aspekte der Thematik in die Diskussion einzubringen; dass die ExpertInnen vorrangig als gewissermaßen austauschbare „Informanten“ instrumentalisiert wurden, deren subjektive Relevanzen aber nicht von Bedeutung waren; und schließlich, dass es in der Diskussion „keine Bewegung“ gab.

**„Fragebogen-Charakter“
der ExpertInnenbefragung**

„Also, die Konferenz selber ... da finde ich, man hatte keine wirkliche Gelegenheit wichtige neue Aspekte hineinzubringen. Eigentlich ging es nur um die Bestätigung bzw. Nichtbestätigung der Hypothesen, die von den Bürgern kamen. (...) Es war keine echte Kommunikation, sondern mehr nur so eine Befragung.“ (P20/59)

„Ein richtiger Dialog kam ja gar nicht zustande. Eigentlich wurden nur Einzelfragen gestellt, und die wurden dann von uns beantwortet.“ (P22/108)

**Ursachen für wenig
lebhaft Diskussion**

Im Folgenden werden wir einige Ursachen für die allgemein wenig lebhaft Diskussion angeben. Denn nur von hier aus lassen sich grundlegende Bedingungen für eine Eröffnung von Kommunikationsspielräumen angeben.

Zum einen kann man die Vorab-Versendung von Fragen an die Auskunftspersonen kritisieren. Dies ist sicher ein wesentlicher Faktor für die allseits bemängelte Standardisierung der Kommunikation gewesen. Ein Mitglied der Arbeitsgruppe sagt dazu:

**Fragenkatalog
an die ExpertInnen**

„Ich fand es nicht so glücklich, dass die Fragen schon so vorformuliert waren und so fertig schon vorbeantwortet waren, weil damit Spontaneität und Nachfragen weggefallen ist. (...) Während der Konferenz habe ich das Gefühl gehabt, die einen wissen eh schon, was die anderen sagen werden. Und die wissen das auch schon. Und dadurch war es ein bisschen zu wenig lebendig.“ (P19/495)

Zunächst: Es ist offensichtlich notwendig, den ExpertInnen vor der Konferenz eine Liste von Fragen vorzulegen; auf diese Weise ermöglicht man den ExpertInnen eine Orientierung für ihre Vorbereitung; außerdem wird damit der Meinungsbildungsprozess forciert. Im konkreten Fall hat auch von Seiten der Veranstalter die Überlegung eine Rolle gespielt, dass man auf diese Weise etwas in der Hand hat, auf das eine zügige Stellungnahme aufbauen kann, gewissermaßen viele Mosaiksteinchen, die sich ohne größeren Aufwand zu einem einigermaßen runden Bild des Themas „Genetische Daten“ zusammenfügen lassen. Die Vorbereitung der ExpertInnen anhand konkreter Fragestellungen ist sicher notwendig, man darf allerdings auf der Konferenz nicht bei einer reinen Präsentation von ExpertInnen-Stellungnahmen stehen bleiben. Andernfalls reduziert sich die Interaktion zwischen Laien und ExpertInnen auf eine Abfrage von *Fakten*. Dies trifft mit sich mit den Kommentaren der ExpertInnen:

„Es waren sehr wissbegierige Fragen und wenig kritische oder Diskussionsfragen.“ (P2/470)

„In der BK ging es sehr viel um Wissen.“ (P21/86)

Es bleibt anzumerken, dass dieser standardisierten Kommunikation von Seiten der Moderation in keiner Weise entgegen gearbeitet wurde, offenbar weil dies gar nicht als ein Problem identifiziert wurde; auf die Gründe dafür werden wir in Kap. 5.8 eingehen. Dies hatte auch sonderbare und für die ExpertInnen verwirrende Interaktionskonstellationen zur Folge, die letztlich für beide Seiten, Laien wie ExpertInnen, nicht befriedigend waren: Mochten sich die Laien durch ausführliche Darstellungen bereits bekannter Antworten z. T. gelangweilt fühlen, so waren andererseits die ExpertInnen irritiert und fühlten sich unverstanden, wenn zum wiederholten Male auf jene Frage insistiert wurde, die ohnehin bereits schriftlich beantwortet worden war.

kein Gegensteuern durch Moderation

Ein zweites: Die engen Grenzen der Kommunikation hängen mit der Arbeitslogik der Laien zusammenhängen. Tatsächlich war zum Zeitpunkt der Konferenz die Meinungsbildung der Laien weit fortgeschritten – sie hatten bereits vorweg präzise Fragen an die ExpertInnen formuliert, außerdem die weiterführenden Schritte ausgearbeitet (vgl. Kap. 5.7.2). Aufgrund der beschriebenen Handlungsorientierungen bestand für die BürgerInnen wenig Anreiz für einen vertiefenden Dialog mit den ExpertInnen. Die Annahme der ExpertInnen, die Bürger seien bereits mit einer festen Meinung in die Konferenz gegangen und hätten im Rahmen der ExpertInnenbefragung nur nach einer Bestätigung gesucht, ist demnach durchaus plausibel.

organisatorische Logik der Meinungsbildung

„Und ich habe jetzt schon irgendwie den Eindruck gewonnen, dort wo eine vorgefasste oder eine dezidierte Meinung, sagen wir es mal so, im Laienbereich vorhanden war, dort konnte – zumindest in meinem Bereich – dagegen nichts mehr ausgerichtet werden. Also ich habe sehr deutlich gespürt den Widerstand dieser elf Leute, indem ich das Gefühl gehabt habe, sie glauben mir einfach nicht.“ (P16/105)

Gestützt wird diese Interpretation durch die Tatsache, dass sich in den qualitativen Interviews mit den Laien keine Aussagen zu diesem Themenbereich finden. Eine Bewertung der Interaktion in den Begrifflichkeiten von „kontrovers/nicht kontrovers“ bzw. „lebhaft/nicht lebhaft“ ist dann nicht möglich oder notwendig, wenn es gar keine diesbezügliche Zielvorstellung gab. Mit anderen Worten: Die Laien haben es als ihre Aufgabe verstanden, Fakten zu sammeln. Eine kontroverse Diskussion wäre demnach noch am ehesten bei auffallenden Widersprüchen zwischen ExpertInnen (auf der Faktenebene!) zu erwarten gewesen – ein Umstand, der jedoch nicht eingetreten ist.

Aus unserer Rekonstruktion der konkreten Interaktionskonstellation ergibt sich damit folgendes Bild:

1. Aufgrund der beschriebenen organisationalen Zwänge und der Konzeptionalisierung der ExpertInnendiskussion als eine Faktenabfrage ergab sich eine – der standardisierten Umfrage vergleichbare – sehr schematische Kommunikationssituation.
2. Dieser „Befragungs-Charakter“ der BK war ein Grund (unter anderen) für die leichte Vermeidung von kontroversen, moralisch aufgeladenen oder in anderer Hinsicht weiter führenden Diskussionspunkten. Ethische Aspekte wurden in die Pausengespräche verbannt.

Faktensammeln im Vordergrund

Aussparung von ethischen Aspekten

5.7.5 Unkritische Laien?

**gängiger Vorwurf:
mangelnde Kritikfähigkeit
der Laien wegen
Autoritätshörigkeit**

Vor dem Hintergrund der vorstehenden Bemerkungen ist es relativ leicht, den gängigen Vorwurf, die wenig kontroverse Diskussion sei Ausdruck einer prinzipiell mangelhaften Konflikt- und Kritikfähigkeit der Laien, zu entkräften.¹⁶ Schließlich hat unsere Analyseperspektive deutlich gemacht, dass man die spezifischen Ergebnisse der Gruppenprozesse (Themenwahl, Expertenwahl, Meinungsbildung, Stellungnahme) nicht einfach als ein Produkt strategischen Handelns rationaler Akteure verstehen darf oder gar als Ausdruck einer gemeinsamen psychischen Disposition des Panels. Wir haben demgegenüber an einigen Stellen deutlich gemacht, dass scheinbar formale Parameter (wie Gruppengröße, Arbeitsteilung) und gemeinsame Handlungsorientierungen (wie Konsens, Fakten) im Endeffekt für die inhaltlichen Ergebnisse entscheidend sind.

**Vorwurf ist empirisch
nicht belegt und politisch
unbefriedigend**

Das gängige Argument, die mangelnde Kontroversialität der BK widerspiegele nur eine mangelnde Kritikfähigkeit der Laien, ist schon empirisch falsch.¹⁷ Außerdem ist sie politisch unbefriedigend. Denn folgt man dieser Argumentation, ergäbe sich ein gravierendes Problem für die Durchführung von BK. Wer sollte – in einem autoritär verfassten Land – die Laien in die Lage versetzen, den ExpertInnen auf Augenhöhe zu begegnen?

Nun widersprechen wir nicht dem Eindruck, dass die Diskussion mit den ExpertInnen wenig kontrovers war, Konflikte weitgehend vermieden wurden und fundamentale ethische Fragen ausgeklammert blieben. Jedoch möchten wir für dieses Phänomen eine andere – weniger psychologische, vielmehr soziologische – Erklärung anbieten. Entgegen dem sozialpsychologisch gefärbten Autoritarismus-Vorwurf an die Adresse der Laien gehen wir davon aus, dass sich die Kritiklosigkeit aus einer Reihe situationsspezifischer Handlungsorientierungen ergibt, nicht aber als ein zwangsläufiges Resultat eines generalisierten Einstellungsmusters. Diese spezifischen Handlungsorientierungen waren eben z. B. eine starke Konsensorientierung aufgrund der spezifischen Erwartung der Laien an die politische Wirkung der BK und eine damit einhergehende Orientierung auf einen Faktendiskurs.

¹⁶ Das Argument lautet in etwa folgendermaßen: Aufgrund der spezifischen politischen Kultur Österreichs (unterentwickeltes Demokratieverständnis, sozialpartnerschaftlich geprägter Konsens-Fetisch, historisch verfestigter Autoritarismus usw. usw.) kann im Rahmen einer BK die Asymmetrie zwischen Laien und ExpertInnen nicht leicht unterlaufen und in Frage gestellt werden. Eine generalisierte Autoritätshörigkeit des „gelernten Österreicher“ wird auf diese Weise zum dominierenden Erklärungsmuster für die mangelnde Kontroversialität der BK.

¹⁷ Es ist in diesem Zusammenhang nämlich an zwei Kontroversen zu erinnern, die sich beide am ersten Tag der Konferenz (20. Juni 2003) zugetragen haben. Im ersten Fall widersprach ein Teil der Laien jenem ExpertInnen aufs Heftigste, der eine Weitergabe genetischer Daten an Familienangehörige nicht zur Pflicht des Arztes erklärte und auf Privacy-Aspekte aufmerksam machte. Obwohl der Experte auf eine sich aus Informationspflicht ergebende Gefahr einer Direktivität aufmerksam machte, die in der Humangenetik aus nahe liegenden historischen Gründen diskreditiert ist (es sei nur an die mit Zwang und Expertokratie verbundenen eugenischen Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten erinnert), gingen die Laien nicht von ihrer Forderung nach einer verpflichtenden Aufklärung von Familienangehörigen und Verwandten ab, die möglicherweise durch das Ergebnis einer genetischen Diagnostik betroffen sein konnten. – Im zweiten Fall ging es um die Altersgrenze bei genetischen Tests. Obwohl sich in diesem Bereich nach Auskunft des geladenen ExpertInnen ein stabiler ExpertInnenkonsens etabliert hat, der aus psychologischen, medizinischen und informationsrechtlichen Gründen ein Verbot von Gentests für unter 18-Jährige etabliert hat, plädierten die opponierenden Laien auf eine drastische Senkung der Altersgrenze.

Insofern besteht das Problem der Autoritätsgläubigkeit auf einer abstrakten Ebene der Diskurse und Bewusstseinsinhalte. Den konkreten ExpertInnen gegenüber waren die Laien im Einzelfall aber durchaus selbstbewusst. Jedoch haben sie den Rahmen des ExpertInnendiskurses als den einzig gültigen Rahmen akzeptiert, innerhalb dessen ein Thema verhandelt werden darf. D. h. eine echte Herausforderung der ExpertInnen hat sich gar nicht ergeben; eine Möglichkeit zu Kritik und Dissens hat sich nicht ergeben, weil die Laien immer schon auf der Ebene dessen diskutiert haben, was die Laien als Qualitätsmerkmal des Experten verstanden haben (Fakten). Diese Unterscheidung zwischen dem Experten als Person und dem Expertendiskurs sensibilisiert gleichzeitig dafür, dass die konkrete ExpertInnenkritik der Laien per se noch nicht emanzipativ sein muss – und dass sich Laien ironischerweise gerade aggressiv-kritisch gegenüber solchen ExpertInnen verhalten können, die selbst als ExpertInnen gegen den hegemonialen ExpertInnendiskurs opponieren (siehe Fn 17).

5.7.6 Zwischenfazit

Der Wert einer BK bemisst sich immer auch daran, inwiefern es gelungen ist, das Laienpanel so weit mit dem Sachstand vertraut zu machen, dass eine informierte Bewertung möglich wird. Selbst wenn man die berechtigte Kritik an unserem methodischen Vorgehen in Rechnung stellt (schließlich waren wir auf die Selbstauskünfte der Laien angewiesen, vgl. Kap. 3), ergibt sich der Tendenz nach ein erfreuliches Bild. Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich der Wissensstand der BürgerInnen über die gesamte Laufzeit der BK hinweg substantiell verbessert hat. Der kognitive Nutzen für die ExpertInnen bewegt sich auf einer anderen Ebene. Sie haben einen gewissen Aufschluss darüber erhalten, was die Bürger interessiert, wo sie am Ehesten Probleme sehen und welche spezifischen Themen überhaupt im Rahmen der allgemeinen Themenstellung ins Gespräch gebracht werden. Sie haben insbesondere die Erfahrung mitgenommen, dass die Diskussion der interessierten Öffentlichkeit über die Human-genetik offenbar längst nicht mehr mit der Intensität und Konfliktbereitschaft geführt wird, wie dies einmal der Fall war.

Der kurze Prozess der Meinungsbildung der Laien muss, wie wir gesehen haben, im Kontext eines arbeitsteilig und zeitökonomisch strukturierten Konsensfindungsprozesses gelesen werden. Gerade in der Konstruktion von „Wegabelungen“ wird die große Bedeutung organisationaler Faktoren für Form und Inhalt der Stellungnahme deutlich. Die weniger aus bestimmten normativen denn aus nahe liegenden organisatorischen Motiven gespeiste Transformation eines Wertediskurses in einen Faktendiskurs erinnert an die Eigengesetzlichkeit organisatorisch gebundener Kommunikation und markiert im konkreten Fall die Grenzen der Ethik als Diskurs. Meinungsbildung stellt sich in dieser Form weniger als lockerer Prozess im Sinne eines rational-herrschaftsfreien Diskurses dar, in dem der „eigentümlich zwanglose(r) Zwang des besseren Argumentes“ (Habermas 1971: 137) das Ergebnis strukturiert; es erinnert eher an das strategische Handeln einer Gruppe, die sich mit Aufgabe konfrontiert sieht, mit einer immensen Stofffülle innerhalb kurzer Zeit irgendwie zurecht zu kommen und dabei eine „gute Figur“ zu machen.

Die spezifische Art und Weise der Meinungsbildung hat natürlich Konsequenzen für die Interaktion zwischen Laien und ExpertInnen. Auf der Konferenz ergab sich – aufgrund der beschriebenen organisationalen Zwänge und der Konzeptionalisierung der ExpertInnendiskussion als eine Faktenabfrage – eine sehr schematische Kommunikationssituation. Dieser „Befragungs-Charakter“ der BK war ein Grund (unter anderen) für die leichte Vermeidung von kontroversen, moralisch aufgeladenen oder in anderer Hinsicht weiter führenden Diskussionspunkten. Ethische Aspekte wurden in die Pausengespräche verbannt.

Kritiklosigkeit der Laien aufgrund der Orientierung an Konsens und dem Expertendiskurs (Fakten) als maßgeblicher Referenz

Wissenszuwachs bei den Laien und Lerneffekte bei den ExpertInnen

kurzer Meinungsbildungsprozess: Wertfragen als Faktendiskurs konzeptualisiert

Konsequenz: Wenig lebhaftes Diskussion auf der Konferenz

Interaktion immer auch durch Vorerwartungen geprägt

Im Hinblick auf die Interaktionsstrukturen bleibt festzuhalten, dass diese immer auch durch die Vorerwartungen der jeweiligen Gesprächspartner geprägt sind. Im Fall der Experten heißt dies, dass deren Interaktionserwartungen eben durch spezifische Erfahrungen in den jeweiligen Funktionskontexten geprägt sind. Bei hochkontroversen Themen wie der Humangenetik besteht die Gefahr, dass es aufgrund der Erwartung massiver Kritik oder Vorwürfe an die Adresse der Experten zu einer von strategischer Kommunikation geprägten Diskussionsrunde kommt. Es empfiehlt sich für die Organisation von daher, in der Vorbereitungsphase ein zwangloses Treffen zwischen Laien und ExpertInnen vorzusehen (in Form gemeinsamen Mittagessens, kleiner Workshop u. a.), um den ExpertInnen ein möglichst realistisches Bild von den Erwartungen der Laien zu vermitteln.

Kritiklosigkeit muss soziologisch, nicht psychologisch erklärt werden

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass das Erklärungsmuster des Autoritarismus für die Kritiklosigkeit der Laien zu kurz greift. Die Harmlosigkeit der Laien findet ihre Ursache in bestimmten – gemeinsam geteilten – Handlungsorientierungen, die für die Laien in der spezifischen Situation selbst funktional gewesen sein mögen (z. B. Faktenorientierung), gewissermaßen auf der Erscheinungsebene jedoch als Ausdruck einer generellen ExpertInnen-Hörigkeit gelesen werden können.

5.8 Zur Moderation

5.8.1 Anforderungen an die Moderation

vielfältige Anforderungen an die Moderation in Abhängigkeit von den Zielvorstellungen

Die Moderation eines Laienpanels ist ein entscheidender Teil der Aufgabe der Veranstalter. „Dealing with people is an important part of pTA project management. In essence, it is what participation means. (...) The managerial handling of (...) situations (where inter-personal relationships become problematic) make difference between success and failure of the participatory process“ (Klüver 2002b: 195). Von einem guten Moderator verlangt Klüver (2002b: 200): „pedagogic competencies, democratic attitudes, consciousness about discourse ethics, psychological sense, consciousness about group dynamics, result-oriented(ness)“. Daneben hebt er die Bedeutung des „briefings“ des/der ModeratorIn vor und während seines/ihrer ersten Einsatzes bei einer BK durch den Veranstalter hervor, wofür es allerdings einiger Erfahrung des Veranstalters mit derartigen Konferenzen bedürfe. Da die Moderation meist von außerhalb kommt (und nicht in der veranstaltenden Organisation verankert ist), ist es wichtig, Ziel, Stellenwert und die Diskurskultur einer BK zu kommunizieren. Schließlich bedarf ein relativ offenes und vielfältig funktionalisierbares Verfahren wie die BK der konkreten Gestaltung (z. B. kann die öffentliche Konferenz einen ganz unterschiedlichen Charakter tragen, sie kann eine reine ExpertInnenanhörung sein oder aber als eine Kontroverse gestaltet werden). D. h., es ergeben sich in Abhängigkeit von der konkreten Zielvorstellung spezifische Anforderungen an die Moderation. Außerdem ist es unabdingbar, die Spielregeln der Diskussion klar zu definieren.

besondere Rolle des Projektmanagers

Ida Andersen und Sören Gram vom Dänischen Technologierat, die vielfältige Erfahrung in der Durchführung von Konsensus-Konferenzen haben, haben uns gegenüber im Interview auf die besondere Rolle des/der ProjektmanagerIn hingewiesen. Dem zufolge hat der/die ProjektmanagerIn die Aufgabe, für ein Ergebnis des Prozesses zu sorgen, das nach außen hin kommunizierbar ist und zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beitragen kann. Mit anderen Worten, es muss ein Ergebnis erarbeitet werden, das an Diskurse in Öffentlichkeit und

Politik anschlussfähig und daher auch für die mediale Verbreitung interessant ist. Dazu gehört es zum Beispiel, zur Klärung von Standpunkten beizutragen, auch wenn dies mit Kontroversen verbunden ist; Diskrepanzen in den Statements der ExpertInnen den Laien zur Kenntnis zu bringen, falls diese solche zu übersehen drohen; Meinungsdivergenzen innerhalb des Laienpanels im Sinne einer differenzierten Stellungnahme fruchtbar zu machen etc.

Der/die ProjektmanagerIn vertritt somit die Interessen des Veranstalters, ein Ergebnis zu erhalten, das die gesellschaftliche Debatte in der jeweiligen Frage bündelt, belebt und vorwärts bringt. Der/die ModeratorIn hingegen hat für eine gute Kommunikation in der Gruppe zu sorgen und ist somit nach außen hin auch „Anwalt“ der Laien. Als solche/solcher hat sie/er daher eine potenziell antagonistische Position zum/zur ProjektmanagerIn. Dies kann durchaus fallweise zu Konflikten führen. Daher ist es notwendig, dass einerseits eine klare Arbeitsteilung zwischen beiden Funktionen herrscht und die Rollen eindeutig definiert sind, und dass andererseits ein grundsätzlich gutes persönliches Einvernehmen zwischen ModeratorIn und ProjektmanagerIn besteht. Während der/die ProjektmanagerIn in den allermeisten Fällen vom Veranstalter (in Dänemark: dem Technologierat) gestellt wird, kann der/die ModeratorIn auch von außerhalb kommen. Beide sollten neutral in dem Sinne sein, dass sie den Meinungsbildungsprozess nicht in eine bestimmte Richtung drängen. Eine solche Neutralität ist freilich nicht mit dem Verbot zu verwechseln, in der Diskussion zwischen Laien und Experten offensichtliche Defizite inhaltlicher oder diskursethischer Natur, vordergründige Rhetoriken aufzugreifen und dem Laienpanel damit zu helfen, über eine klare Abgrenzung zwischen verschiedenen Positionen zu einer eigenen Position zu finden (die wiederum nicht einheitlich zu sein braucht).

Die genannten Anforderungen an die Moderation lassen sich im Wesentlichen in zwei Kategorien zusammenfassen. In pädagogischer Hinsicht sind hier Gruppensinn, psychologisches Gespür, (gruppen-)pädagogische Kompetenzen zu nennen. In diskursethischer Hinsicht sind Neutralität (nicht zu verwechseln mit „Unsichtbarkeit“), ein demokratisches Grundverständnis (Pluralismus), die Ergebnisorientierung sowie eine klare Rollenteilung zwischen Moderation und Projektmanagement von vorrangiger Bedeutung. Außerdem muss die Moderation über die Ziele des Verfahrens informiert sein.

5.8.2 Die Moderation der BürgerInnenkonferenz

Bei der österreichischen BK wurde die Moderatorin von comma ausgewählt und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe vorgestellt, die keine Einwände erhoben. Mit Maria Spindler wurde eine Moderatorin engagiert, die ihre Aufgabe in erster Linie darin sah, die Dynamik der Laiengruppe zu organisieren. Aufgrund der Gruppengröße forderte die ausgewiesene Gruppendynamikerin, einen zweiten Moderator einzusetzen (eine Forderung, deren Stichhaltigkeit wir nicht beurteilen können). Aufgrund ökonomischer Zwänge kam es daher zur Doppelrolle von Peter Menasse als Projektmanager und Moderator. Dies bedeutet eine Abweichung vom „klassischen“ Modell der Arbeitsteilung zwischen Moderation und Projektmanagement, wie sie etwa bei dänischen Konsenskonferenzen üblich ist. Die Rolle des klassischen Projektmanagers, der die Gruppe „fordert“, wurde damit verwässert. Allerdings bestand zwischen den beiden Moderatoren eine gewisse Arbeitsteilung, die das ursprüngliche Modell reflektierte. Während Spindler sich nämlich in erster Linie um die gruppendynamischen Prozesse innerhalb des Laienpanels kümmerte, verlegte sich Menasse nach eigenen Angaben auf die „strukturellen“, eher organisatorisch ausgerichteten Aufgaben. Die jeweiligen Rollen wurden zu Beginn gegenüber den Laien

Projektmanager als Anwalt des Verfahrens, Moderation als Anwalt der Laien

klare Arbeitsteilung notwendig

Gruppensinn und Neutralität als wichtige Anforderungen an die Moderation

Auswahl einer Gruppendynamikerin, Bedarf an zwei Moderatoren

Doppelrolle von Moderator und Projektmanager

offen gelegt. Das von Klüver eingeforderte „briefing“ wurde zwar auf diese Weise sozusagen institutionalisiert, doch es kam zu Spannungsverhältnis zwischen den Rollen.

**Fokus auf
Gruppendynamik**

Im Hinblick auf den oben genannten Aspekt der Gruppendynamik verdient die Moderation aus Sicht der BürgerInnen insgesamt ein eindeutiges Lob. Dies bezieht sich zum einen auf die Tatsache, dass innerhalb kurzer Zeit ein sehr gutes Verhältnis zwischen den Teilnehmern hergestellt war. Die Moderation habe die Gruppendynamik unterstützt, ihre Konzepte und Schritte erklärt und durchgezogen. Sie habe auf die Verteilung der Wortmeldungen geachtet und sei eingeschritten, wenn es zu sehr ins Detail gegangen bzw. vom Thema abgeschweift worden wäre. Sie achtete weiters darauf, dass es bei der Formulierung der Stellungnahme zu einer Einigung kam.

**Harmonieorientierung
darf kein Selbstzweck
sein**

Nun ist eine funktions- bzw. arbeitsfähige Gruppe eine wichtige Voraussetzung dafür, um überhaupt ein Ergebnis erzielen zu können; insofern ist eine positive Atmosphäre durchaus erwünscht. Gleichzeitig bleibt sie jedoch ein Mittel zum Zweck, zumindest dann, wenn man die Formulierung kritischer Positionen als ein wichtiges Ziel einer BK voraussetzt. Darauf werden wir zurückkommen.

**Neutralität darf nicht
als „Unsichtbarkeit“
missverstanden werden**

Ein dritter Punkt betrifft die Neutralität. Die Moderation war – und darauf legen die BürgerInnen besonderen Nachdruck – sehr darum bemüht, die Laien nicht zu beeinflussen. Nicht zuletzt die Einladung des TA-Swiss-Experten Segio Bellucci zum zweiten Vorbereitungswochenende diente der Selbstreflexion hinsichtlich möglicher Beeinflussungseffekte. Auf Neutralität hat die Moderation, mit gutem Grund, ein starkes Gewicht gelegt. Tatsächlich darf die Moderation nicht direktiv sein. Allerdings muss sie – und das ist insbesondere Aufgabe des Projektmanagers – möglichen „Verzerrungen“ des Diskurses entgegen wirken. Das heißt, im Falle offensichtlicher Fehlinformationen oder Verschleierungsrhetoriken der Experten ist die Moderation zur Intervention verpflichtet. Eine falsch verstandene Neutralität (im Sinne der „Unsichtbarkeit“ der Moderation) würde hier gleichfalls zu Verzerrungen führen. Hinter dieser Forderung steht leicht erkennbar die Prämisse, dass es in dem betreffenden Themenbereich Kontroversen gibt und geben muss (denn andernfalls würde man keine KK veranstalten). Sprich, wenn auf der Konferenz keine Kontroversen entstehen und alles harmonisch verläuft, ist entweder das Thema gesellschaftlich gar nicht strittig oder die Kontroversen sind von den Experten unter den Tisch gekehrt worden. Im letzteren Fall hat die Moderation die Aufgabe, den von den anwesenden Experten inszenierten Konsens zu unterlaufen und die Diskussion zu politisieren. Dafür kann es notwendig werden, den Laien spontan Hintergrundinformationen zur institutionellen Herkunft der ExpertInnen zur Verfügung zu stellen.

**Neutralität der
Moderation**

**gute Organisation der
Informationsvermittlung**

Dem Anspruch, die Informationsvermittlung an die Laien auf eine gut verdauliche Weise zu organisieren, ist die Moderation gerecht geworden. Laut der für die Informationsvermittlung zuständigen ORF-Journalistin waren die Laien am ersten Wochenende so weit über das Thema orientiert, dass bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Nachfragen und Diskussionen einsetzten. Zwischen den Wochenenden haben sich die Laien selbständig weiter gebildet. Dennoch hat ihnen laut Bellucci der Überblick gefehlt; ein Vorwurf, der allerdings nicht nur die Moderation, sondern auch die für die diffuse Themenstellung Verantwortlichen trifft. Wissensfragen, sofern sie deutlich werden, sollten laut Gram und Andersen (s. o.) sofort geschlossen werden, um die Diskussion über unterschiedliche Standpunkte nicht zu gefährden. Hierzu war ein „Telefonjoker“ vorgesehen, mit dessen Hilfe sich die Laien in – sowohl wissenschaftlichen als auch rechtlich-organisatorischen – Sachfragen hätten informieren können. Trotz des konstatierten Mangels an faktischer Übersicht wurde dieser „Joker“ am zweiten Wochenende aber praktisch nicht in Anspruch genommen, womöglich aus mangelndem Vertrauen in eine derart technisch vermittelte Expertise.

5.8.3 Bewertung der Moderation

Wenn man sich unter Bezug auf die eingangs genannten Anforderungen an die Moderation die konkrete Arbeitsweise der ModeratorInnen vergegenwärtigt, werden einige Vorzüge, aber auch Defizite deutlich. In unserer Bewertung orientieren wir uns an den drei Aspekten, die wir – im Anschluss an die programmatischen Bemerkungen in Kap. 5.8.1 – als zentrale Anforderungen an die Moderation begreifen. Dies sind die

- Gruppenharmonie,
- Neutralität und eine
- klare Arbeitsteilung zwischen Moderation und Projektmanager.

Positiv zu vermerken ist ganz sicher die erfolgreiche Herstellung einer arbeits- und funktionsfähigen Gruppe. Angesichts der kurzen Zeitspanne, innerhalb derer ein Votum zu einem schwierigen Thema von einer doch recht heterogenen Gruppe verfasst werden muss, ist diese Leistung für ein Gelingen der BK von großer Bedeutung und daher im konkreten Fall beachtlich. Innerhalb des Laienpanels herrschte bereits nach kurzer Zeit ein ausgeprägter „Teamgeist“. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich Einzelne ausgeschlossen gefühlt haben oder bestimmte Meinungen marginalisiert worden sind (mit Ausnahme des beschriebenen Konflikts um die PID). Offenbar war die Herstellung von Gruppenharmonie für die Moderation aber auch keine allzu schwierige Aufgabe:

„Es ist schon eine harmonische Gruppe gewesen, und das bestätigt jetzt mein Vorurteil, dass die durchschnittlichen österreichischen Menschen relativ harmoniesüchtig und autoritätsgläubig sind.“ (P12/722)

Diese Konzentration auf die Herstellung einer Gruppenharmonie, die die Gruppe erst belastbar und „funktionsfähig“ macht, darf allerdings nicht zum Selbstzweck werden und vor allen Dingen nicht die systematische Ausschließung von Dissens (zwischen den Laien, aber auch zwischen Laien und Experten) bedeuten. Gerade wenn man von der Stichhaltigkeit der oben zitierten Diagnose ausgeht, kann eine gruppenspezifisch ausgerichtete Moderation nicht befriedigen, die es dabei bewenden lässt, ein starkes „Wir-Gefühl“ in der Gruppe zu verankern. Dieses „Wir-Gefühl“ innerhalb der Gruppe wurde insofern zu einem Selbstzweck, als damit weniger eine verbesserte Konfliktfähigkeit gegenüber den ExpertInnen (oder innerhalb der Gruppe) verbunden war als vielmehr die Vermittlung des Gefühls, dass man miteinander eine schöne Zeit verbracht habe. Ein Teilnehmer der BK bringt dies folgendermaßen auf den Punkt:

„Mag sein, dass diese BürgerInnenkonferenz nichts bewirkt. Aber sie hat sicher eines bewirkt, dass sich Leute unterschiedlichster Herkunft, aus unterschiedlichen Bundesländern, recht nett zum Thema und auch privat unterhalten haben. Es ist im Urlaub nicht immer so, dass sich alle im Urlaub gut verstehen.“ (H29/1039)

Der auf Harmonie gerichtete Verlauf der öffentlichen Konferenz oder die konsensuelle Stellungnahme der Laien sind empirische Indizien, die darauf hindeuten, dass auf Kontroversialität und offener Dissens zu wenig Wert gelegt wurde – Aspekte, die das Ergebnis letztlich interessanter gemacht hätten.

Die starke Harmonieorientierung muss gerade dann verwundern, wenn man den „gelernten Österreicher“ als einen harmonieorientierten und autoritätshörigen Typus begreift. Hier muss es in Zukunft darum gehen, die Laien verstärkt zu Dissens zu ermutigen, und zwar nicht im Sinne eines vorgängigen „Erziehungsprogramms“, sondern im Sinne einer gruppeninternen Klärung der gesellschaftspolitischen Relevanz der BK. Darin liegt auch eine Aufgabe des Projektmanagers, der der Laiengruppe die Bedeutung solcher Überlegungen nahe

**Aspekte
der Bewertung**

**Moderation hat
arbeitsfähige Gruppe
hergestellt**

**Gruppenharmonie als
Selbstzweck: mangelnde
Kontroversialität**

**Kontroversen sind
funktional für das
Verfahren**

Grundverständnis für pTA notwendig	bringen muss. Erst die Erkenntnis, dass eine BK nicht unbedingt eine (möglichst professionelle) Dienstleistung für die Politik erbringen muss, sondern auch die Politisierung eines Themas bedeuten kann, wird die Kontroversialität im Verfahren erhöhen. Für die Moderation folgt daraus: Sie sollte nicht nur gruppenspezifische Kompetenz mitbringen, sondern auch ein Grundverständnis für Nutzen und Grenzen partizipativer Verfahren vermitteln können.
Neutralität der Moderation	In Bezug auf die Neutralität ist der explizite Bezug der Moderation auf dieses Prinzip zunächst einmal positiv zu werten. Es ist nicht zuletzt eine Frage der Glaubwürdigkeit des gesamten Verfahrens, die sich mit dem Gebot der Non-Direktivität verbindet. Dass die Moderation das Laienpanel willentlich nicht beeinflusst hat, geht aus den Aussagen der BürgerInnen deutlich hervor, aber auch aus der betont zurückhaltenden Moderationsweise während der öffentlichen Anhörung. Auch der – nicht zuletzt zur Überprüfung der Neutralität – eingeladene TA-Swiss-Experte bestätigte der Moderation Professionalität.
Neutralität bedeutet nicht Nicht-Einmischung	Allerdings ergibt sich hier ein ähnliches Problem wie im Fall der Harmonieorientierung. Schließlich kann Neutralität zu einer Stabilisierung von Experteninszenierungen und Konsensideologien führen, wenn sie als anzustrebende „Unsichtbarkeit“ der anwesenden Moderation verstanden wird. ModeratorInnen können und sollen nicht unsichtbar sein. Schließlich ist in bestimmten Fällen – z. B. im Rahmen der öffentlichen Konferenz – den Laien ja auch zur Artikulation eigener Fragestellungen oder Positionen zu verhelfen (sofern sie durch sprachliche Schwierigkeiten oder psychische Barrieren daran gehindert sind). Vor diesem Hintergrund muss man der Moderation erhebliche Defizite bescheinigen. ¹⁸
problematische Doppelrolle: Projektmanager und Moderator	Dem Organisator der BK, Peter Menasse, kam ursprünglich die Rolle eines Projektmanagers zu. Aufgrund der Forderung nach einem zweiten Moderator nahm er die Herausforderung einer Doppelrolle als Projektmanager und Moderator an. Dies erwies sich als problematisch, und zwar ganz unabhängig von den persönlichen Qualitäten des konkreten Rollenträgers. So ergaben sich Konflikte um die Doppelrolle von Menasse als (zielbewusstem) Projektorganisator und (gruppenorientiertem) Moderator zu einem Zeitpunkt, als das Ergebnis der gruppeninternen Themenpräzisierung von einer Teilnehmerin wieder in Frage gestellt wurde (vgl. Kap. 5.3.2). Dieser Konflikt wäre angesichts einer eindeutigen Rolle als Projektmanager weder verwunderlich noch problematisch gewesen (schließlich stellt die Verpflichtung der Gruppe zum ergebnisorientierten Arbeiten ja eine Aufgabe des Projektmanagers dar, vgl. Kap. 5.8.1).
Konflikt mit Teilnehmerin aufgrund unterschiedlicher Rollenverständnisse	

¹⁸ Um dies an einem konkreten Beispiel der BK zu verdeutlichen: In der ersten Frageunde wurden zum Thema „Ethikkommissionen“ die Vorsitzenden der beiden Bioethikkommissionen (der „offiziellen“ Bioethikkommission des Bundeskanzlers sowie der „Ethikkommission FÜR die Bundesregierung“) eingeladen. Diese „Alternativkommission“ hatte sich, wie allgemein bekannt, unmittelbar im Anschluss an die Einberufung der „offiziellen“ Bioethikkommission konstituiert, um das Feld der biopolitischen Entscheidungen nicht den Bioethik-Experten zu überlassen, sondern auch Betroffenen und Behinderten eine Stimme zu geben. Ganz im Gegensatz zu den logischen Erwartungen gaben sich die beiden ExpertInnen in der Diskussion mit den BürgerInnen äußerst konsensbetont und harmonieorientiert. Der Vorsitzende der Bioethikkommission betonte gleich eingangs, er sei sehr froh, „dass es auch eine Kommission für den Kanzler (Anm.: die sog. Alternativkommission) und auch die von Häupl (Anm.: der Wiener Ethikbeirat) gibt.“ Die Vorsitzende der „Alternativkommission“ wiederum behauptete, dass ihre Kommission „keine Gegenmeinung, Antimeinung oder Alternativmeinung“ äußern wolle, sondern lediglich den Blickpunkt von Menschen mit Behinderung ins Gespräch bringen wolle. In einer derartigen Situation, in der die Laien die Selbstinszenierung der ExpertInnen nicht durchschauen, kann sich die Moderation nicht auf das Prinzip der Neutralität berufen. Sich neutral zu verhalten, sprich: „unsichtbar“ bleiben zu wollen, führt in diesem Fall zur Befestigung eines ganz und gar ungläubigen Konsenses.

Der Konflikt wurde jedoch nachhaltig und führte zum Vorwurf der Beeinflussung und Steuerung, weil Menasse in diesem konkreten Fall eben auf seine Rolle als Moderator verpflichtet wurde. Während die Bürgerin also die Loyalität der Moderation gegenüber der Gruppe einforderte, verwies Menasse auf die Notwendigkeiten der Projektorganisation – eine verfahrenre Situation, die im Rahmen der beschriebenen Rollenkonstellationen letztlich nicht auflösbar war.

Ein zweiter Punkt: Auch hinsichtlich der Qualitätskontrolle der Stellungnahme ist die Einnahme einer Doppelrolle nicht unproblematisch. Das Interesse des Projektmanagers ist ja – wie beschrieben – darauf gerichtet, dass die BürgerInnen ein interessantes Votum verfassen mit entsprechend anschlussfähigen Inhalten. Die Loyalität des Moderators gegenüber der Gruppe verlangt jedoch die explizite Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der BürgerInnen und eine fast demonstrative Neutralität gegenüber den formulierten Inhalten. Letztlich hat man mit dieser Rollenteilung, die ja nicht nur freier Überlegung entsprungen ist, einige Erfahrungen gesammelt, die für eine nächste BK gewinnbringend verwertet werden können. Es bleibt anzumerken, dass in Sachen Moderation auch die Arbeitsgruppe hätte beraten können oder müssen. Es gibt aber keine Hinweise darauf, dass die Auswirkungen einer bestimmten Moderationswahl sowie einer bestimmten Rollenkonstellation von der Arbeitsgruppe reflektiert worden wäre.

**mangelnde
Qualitätskontrolle
des Votums wegen
Loyalitätspflicht**

5.8.4 Zwischenfazit

Die positiven Aspekte der Moderation beziehen sich einerseits auf die Herstellung einer ausgezeichneten Gruppendynamik („Teamgeist“), die das Laienpanel zu einer arbeitsfähigen Gruppe gemacht hat; andererseits auf die Berücksichtigung des Prinzips der Neutralität. Eine willentliche Beeinflussung der Laien kann der Moderation nicht vorgeworfen werden. Problematisch erscheint uns allerdings, dass das Prinzip der Neutralität auf eine Weise verabsolutiert wurde, die Neutralität mit einer „Unsichtbarkeit“ der Moderation gleichsetzte. Ein solches Verständnis jedoch führt dazu, dass offensichtliche Inszenierungen und Konsensrhetoriken während der BK nicht aufgebrochen werden können. Problematisch erscheint uns weiters eine einseitig pädagogisch-gruppendynamische Orientierung der Moderation, die die Gruppenharmonie als Selbstzweck erscheinen ließ. Auch die Doppelrolle als Projektmanager und Moderator ist letztlich nicht optimal, weder für die Arbeit mit der Gruppe noch für den Output. Eine solche Rolleninterferenz führt – ungeachtet der persönlichen Qualitäten – zu einer Reihe von Spannungsverhältnissen.

**positiv: Arbeitsfähigkeit
und Non-Direktivität**

**negativ: Harmonie
als Selbstzweck,
Nicht-Intervention und
Loyalitätskonflikte durch
Doppelrolle**

5.9 Die Stellungnahme der Laien

Das Verfassen einer Stellungnahme stellt ein zentrales Ziel im Prozess einer BK dar. Aufgrund der großen Bedeutung einer schriftlichen Stellungnahme für die Strukturierung und die Wirkung des Verfahrens ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass im Fall der österreichischen BK ein solcher Bericht vorliegt.¹⁹ Die Stellungnahme dient im Gruppenprozess in verschiede-

**große Bedeutung der
Stellungnahme aufgrund
verschiedener Funktionen**

¹⁹ Die Stellungnahme ist im Internet abrufbar unter <http://www.innovatives-oesterreich.at/innovativ/media/1835.pdf>

ner Hinsicht als Orientierungspunkt. Zunächst erfordern die formalen Ansprüche eines Berichts eine bestimmte Arbeitsökonomie. Dieser Zwang, den Meinungsfindungsprozess zu organisieren, bedeutet in gruppenspezifischer Hinsicht dann auch eine gewisse Disziplinierung. Es ist offensichtlich, dass ein gewisses Maß an Disziplinierung für die Strukturierung der Diskussion notwendig ist. Andernfalls kann es zu einem „Wildwuchs“ an Thematisierungen und Problematisierungen kommen, in dem der rote Faden verloren geht. Eine zweite Funktion der Stellungnahme liegt in der Erfolgskontrolle für die Veranstalter. Selbst wenn für die Organisation kein vertraglicher Zwang zur Präsentation einer schriftlichen Stellungnahme existiert, spricht es doch für die Kooperationsfähigkeit von Laien und Organisatoren, wenn ein Bericht zustande kommt. Eine dritte Funktion liegt im Signal nach außen, in der Funktion als Dokument, das tatsächlich das Ergebnis des Meinungsfindungsprozesses dokumentiert und darüber Auskunft gibt, wie die Laien die Möglichkeit zur Partizipation genutzt haben. Aus dieser Funktion schließlich kann eine eigentliche politische Funktion erwachsen, die aber stark kontextabhängig ist und auf die die Laien kaum Einfluss haben. Dieser ergibt sich, wenn überhaupt, aus der Anbindung des Verfahrens an allgemeine politische Prozesse und aus der Verbreitung durch die Medien. Immerhin kann aber ein solcher Bericht – sofern es sich um ein publikationsfähiges Dokument handelt – den interessierten politischen Gremien vorgestellt und diskutiert werden.

5.9.1 Wie ist die Stellungnahme zustande gekommen?

Im Folgenden geht es um eine kurze Rekonstruktion des Zustandekommens des Berichts, wobei wesentliche Aspekte dieses Prozesses schon in früheren Kapiteln zur Themenfindung, Frageformulierung und Diskussion mit den ExpertInnen vorweggenommen worden sind. Schließlich war die Konzentration auf den „Output“ eine zentrale Hintergrundfolie, auf die sich verschiedene Arbeitsschritte funktional bezogen. Auch die bereits mehrfach erwähnte Konsensorientierung muss als ein tragender Bestandteil zur Erreichung des Projektzieles, der Politik und Öffentlichkeit eine Stellungnahme präsentieren zu können, gesehen werden. Aufgrund des Zeitdrucks sahen sich die Laien dazu veranlasst, mit Hilfe schneller Kompromissfindungen (vgl. Kap. 5.7.2) auf eine Sachebene zu kommen und damit möglichst rasch zu einem Ergebnis zu gelangen.

frühzeitige Finalisierung der Stellungnahme

„Es hat das Problem gegeben, wie zum Beispiel in der Präimplantationsdiagnostik, dass ein Großteil der Gruppe das nicht angreifen wollte (...). Ich muss sagen, dass ich froh bin, dass wir es nicht angegriffen haben, denn ich glaube, dass die Zeit überhaupt nicht ausgereicht hätte, ein Ergebnis zu erzielen. Weil die Standpunkte viel mehr in die Ethik hineingehen und in ethischen Aspekten halt die Leute weit weniger beweglich sind als bei Abläufen, Organisationen, wie zum Beispiel, was die Kontrolle angeht oder Datenschutz.“ (H18/135)

Übernahme großer Teile aus den ExpertInnen- Stellungnahmen

Das Gros der Inhalte der Stellungnahme war bereits vor dem ExpertInnenhearing aufgrund der Fragestellungen an die ExpertInnen und die Konstruktion der „Weggabelungen“ gegeben (vgl. Kap. 5.7.2). Ein Teil konnte erst im Zuge der Befragungsrunden geklärt werden. Im Großen und Ganzen blieb jedoch nur die Aufgabe, die Details zu klären und die treffendsten Formulierungen zu finden:

„Aber die grundsätzlichen Dinge, denke ich, die haben wir schon im Kopf gehabt und auch die Fragen. Und für die Stellungnahme, was wir behandeln wollen, das war schon vorher klar. Ich glaube nicht, dass es möglich gewesen wäre, am Samstag ab Mittag total von vorn neu anzufangen. Also das

denke ich, wenn da ganz was neu aufgegriffen worden wäre, dass man das so schnell hätte ... Das hätte so etwas Aufregendes sein müssen, dass man das so schnell dann hinein bringt. Also ich denke, das wäre nicht möglich.“ (H5/764)

Für das Abfassen der Stellungnahme haben die Laien zuerst in Arbeitsgruppen anhand der am zweiten Wochenende aufgestellten Beweggründe und Hintergründe Empfehlungen ausgearbeitet. Die Ausformulierung der Themenbereiche sowie die Formulierung der Fragen an die ExpertInnen lagen in der Verantwortung der einzelnen Arbeitsgruppen. Dieses erste Ergebnis wurde am Sonntag, im Anschluss an die Konferenz, durch einen so genannten Delegierten der jeweiligen Arbeitsgruppe im Plenum mündlich vorgestellt. Darauf hin diskutierte das BürgerInnenpanel miteinander, stimmte sich ab und kam schließlich zu revidierten Formulierungen, die wiederum in den Arbeitsgruppen präzisiert wurden. Die Laien merken dazu an, dass aufgrund des Zeitdrucks sich die Diskussion vorwiegend auf das Aushandeln von Formulierungen beschränkte. Der Zeitpunkt der Fertigstellung der Stellungnahme war mit Sonntag, 18:00 Uhr, im Vergleich zu anderen BKen im Ausland – diese dauern zumeist bis weit nach Mitternacht – ausgesprochen früh.

„Da ist es dann eigentlich mehr darum gegangen bei der Schlussformulierung von den einzelnen Gruppen, ist das auch alles enthalten? Wie haben sie es formuliert? Kommt das klar zum Ausdruck? Oder sollte man ... Es war dann auch bei irgendeiner anderen Gruppe mal so ein Disput, so eine bestimmte Formulierung, dass irgendeiner gefunden hat, das sei vielleicht zu harsch und zu rigide formuliert und man solle doch eine moderatere finden. Und darüber ist dann eine Weile diskutiert worden.“ (H6/694)

Dieses Aushandeln von Formulierungen und Präzisierungen wurde von der Mehrheit als ein z. T. recht zermürbendes Verfahren empfunden. So kam es auch im Zuge des Schreibens des Textes zu Verstimmungen zwischen diversen BürgerInnen. Schließlich war man darauf fixiert, einhellige Empfehlungen und Forderungen in den Bericht aufzunehmen. Sämtliche Punkte wurden soweit ausdiskutiert, bis alle prinzipiell einverstanden, wenn auch nicht unbedingt zufrieden mit der Textierung waren. Schließlich trug das selbst auferlegte Konsensbündnis der Laien dazu bei, dass die Empfehlungen und Forderungen sehr gemäßigt und recht allgemein ausgefallen sind.

5.9.2 Bewertung der Stellungnahme

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass am Ende einer BK eine schriftliche Stellungnahme der Laien vorliegt. Jene große Bedeutung, die der Stellungnahme in der Dokumentation nach außen, aber auch für die Strukturierung der internen Diskussionen zukommt, wurde bereits erwähnt (Kap. 5.9.1). Im Folgenden steht die Kritik an dem Bericht der Laien im Vordergrund. Maßgebliche Kriterien dieser Kritik gewinnen wir dabei insbesondere durch den Vergleich mit den Ergebnissen aus vergleichbaren Verfahren im Ausland sowie aus unseren Gesprächen mit ExpertInnen und BeobachterInnen der BK.

Dokumentation und Stellungnahme des BürgerInnenpanels, als Broschüre angefertigt von comma, umfassen 66 Seiten (CommunicationMatters 2003). Die Stellungnahme der Laien beläuft sich in dem relativ großzügigen Format auf rund 30 Seiten. Dieser Stellungnahme ist eine Kurzzusammenfassung aller Empfehlungen der BürgerInnen vorangestellt. Auf 25 Seiten hat comma im Anschluss an die Stellungnahme Informationen zu Organisation, Ablauf und allen Beteiligten der BK zusammengestellt. Im Anhang findet sich eine kurze Erklärung von comma, warum eine PR-Agentur als Veranstalterin einer BK auftritt.

Diskussionen v. a. über Formulierungen

Abfassen einer Stellungnahme als Erfolgskriterium

formale Beschreibung der Stellungnahme

**ungleiche Gewichtung
der Themenbereiche**

Die Stellungnahme der Laien weist formal eine klare Strukturierung auf. Es gibt vier Themenbereiche: „Information/Beratung/Bewusstseinsbildung“, „Forschung“, „Datenschutz/Recht“ und „Ethik“. Jedes dieser vier Kapitel hat den gleichen Aufbau: Im ersten Punkt wird eine konkrete Frage vorgestellt, auf die die ExpertInnen schriftlich reagieren sollten. Im zweiten Punkt wird von den BürgerInnen eine Begründung für ihre Frage geliefert; diese Begründungen sind allerdings sehr kurz gehalten. Der dritte Punkt dokumentiert die schriftliche Antwort der ExpertInnen. Dies ist in allen Kapiteln das mit Abstand umfangreichste Unterkapitel. Im vierten Punkt sind Informationen der befragten ExpertInnen auf der Konferenz gesammelt, sofern sie über das schriftliche Statement hinausgehen. Daran anschließend wird sehr kurz der individuelle Erkenntnisgewinn für die Laien dargestellt. Abschließend folgt eine Empfehlung für die Gestaltung des jeweiligen Sachgebiets. Das Interesse an den vier Sachgebieten ist sehr ungleich verteilt, wenn man als Kriterien die Anzahl der gestellten Fragen hernimmt. Es gibt zwei ausführlichere Fragen zum Sachgebiet „Information/Beratung/Bewusstseinsbildung“, ebenfalls zwei Fragen zur Forschung, sieben Fragen zu „Datenschutz/Recht“ und eine Frage zur Ethik bzw. zu Ethikkommissionen.

Entwicklungen von Bewertungskriterien im Ländervergleich

Die Stellungnahme von BürgerInnen im Rahmen von BK's kann man – um nur die beiden markanten Eckpunkte der Diskussion zu erwähnen – unter zwei Funktionen sehen (vgl. Kap. 5.1):

**„Public Understanding“
vs. Demokratisierung:
zwei mögliche
Funktionen eines Votums**

1. Im Rahmen von PUS kommt dem Votum eine spezifische Funktion zu: Der Bericht dient als Instrument zur Demonstration einer wissenschaftlich aufgeklärten BürgerInnenmeinung und gleichzeitig zu deren Kontrolle. Aus dieser Funktion ergeben sich nur geringe Ansprüche an den Bericht: Er soll inhaltlich – in Bezug auf den „Sachstand“ – fehlerfrei sein, inhaltlich konsistent und einigermaßen umfassend. Im Rahmen von PUS ist das BürgerInnenvotum vorrangig das Dokument eines „Lernprozesses“.
2. Im Rahmen der Zielvorstellung einer Demokratisierung von Expertise ergeben sich vergleichsweise höhere Anforderungen an einen Bericht. Schließlich bedarf ein Bericht, der sich im weitesten Sinne als Korrektur- oder Kritikpotenzial versteht, der Artikulation laienspezifischer Präferenzen und Interessen. D. h., ein solcher Bericht bedarf einer normativen Bewertung des jeweiligen Themas, der Klärung gruppeninterner normativer Prämissen, der Reflexion des gruppeninternen Diskussionsprozesses sowie der Reflexion auf die Bedeutung der Expertenaussagen in diesem Prozess. Aus dieser Überlegung heraus wollen wir im Folgenden formale und inhaltliche Kriterien bestimmen, die für diese spezifische Funktion des Bürgervotums maßgeblich sind. Wir tun dies nicht deshalb, weil Demokratisierung ein erklärtes oder das vordringliche Ziel der Veranstalter gewesen wäre, sondern weil wir dies für eine normativ gehaltvolle und politisch anspruchsvolle, ja quasi die „eigentliche“ Funktion von BK's halten. Letztlich ist auch für die Medien ein Bericht von größerem Interesse, der auf Distanz geht zum Expertendiskurs. Insofern ist unsere Position auch funktional begründet.

Ländervergleich

Zur Bestimmung der an dieser letzteren Funktion orientierten Kriterien wollen wir zunächst einen Blick auf die Ergebnisse in anderen Ländern werfen. Wenn man die Bürgervoten aus ähnlichen Veranstaltungen in Dänemark und Deutschland zum Vergleich nimmt, ergibt sich eine Reihe auffällender Unterschiede. Das Abschlussdokument zur dänischen Konsenskonferenz zum Thema

„Genetische Tests“ aus dem Jahre 2002 umfasst 20 Seiten.²⁰ Nach einer Einleitung werden folgende Subthemen behandelt: Status und Perspektiven in Forschung und Technologie (Sachstand), Ökonomie (wirtschaftliche Aspekte), Beratung und Praxis, Register (Gen-Banken), technologische Koordination und Zusammenarbeit, Gesetzgebung, Ethik, Ziele und Zukunft. Jedes der acht Kapitel ist einheitlich strukturiert: Nach der kurzen Skizzierung der Problemstellung wird die Einschätzung des BürgerInnenpanels präsentiert und im Anschluss daran eine konkrete Empfehlung gegeben (Teknologi-Raadet 2002).

Das dänische Dokument rollt die Problematik in einem relativ weiten Zusammenhang auf. Dabei werden einerseits medizinisch-organisatorische, andererseits gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Aspekte behandelt. Die Bedeutung ethischer Gesichtspunkte wird zwar betont, allerdings in eher praxisorientierter Form; speziell wird unter dieser Überschrift auf die Veränderungen im Krankheitsbegriff und die Tendenz zur Medikalisierung, das Recht auf Nichtwissen, die Unterscheidung zwischen (akzeptabler) negativer und (zu verbietender) positiver Selektion und die Gleichstellungsproblematik von Vätern und Mütter hingewiesen. Großer Wert wird insgesamt auf Gleichbehandlung und gleichen Zugang für alle gelegt, ein Thema, das in unterschiedlichen Aspekten wiederkehrt. Z. B. wird ausdrücklich auf die derzeit uneinheitliche Praxis in der genetischen Beratung in verschiedenen Teilen des Landes eingegangen und eine Vereinheitlichung gefordert, die auch rechtlich abgesichert werden soll. Ebenso ist die Vertrauensbildung und die Verlässlichkeit von Gentests ein Thema; in diesem Zusammenhang wird das zukünftige unkontrollierte Angebot von Tests über das Internet problematisiert. Im Kapitel „Ziele und Zukunft“ wird u. a. auf die möglichen Implikationen für das Versicherungswesen eingegangen und eine gerechte Neukonzeption des Versicherungsprinzips unter Berücksichtigung der geänderten Rahmenbedingungen gefordert.

Neben der impliziten normativen Ausrichtung an einem Gemeinwohlbegriff, der sich durchaus mit der skandinavischen Tradition verbinden lässt (ohne explizit darauf Bezug zu nehmen), fällt die durchaus praxisbezogene Sichtweise auf. In ihren Forderungen geht das dänische Laienpanel dabei auf sehr unterschiedliche Bereiche mit offenbar guter Detailkenntnis ein. Das dänische Dokument verbindet einerseits eine (offenbar konsensuelle) normative Ausrichtung, die auch nirgendwo in Frage gestellt wird, mit offensichtlich daraus abgeleiteten oder zumindest damit kompatiblen konkreten Forderungen und Vorschlägen zu einer größeren Anzahl an gesellschaftlichen Themen. Dabei wird die Problematik der einzelnen Bereiche zunächst in (quasi-)objektiver Weise dargestellt, die Meinung des Laienpanels dazu deutlich abgesetzt und die Forderungen und Vorschläge daraus argumentiert. Um die Stärken dieses Berichts kurz zu resümieren:

- Klare Darstellung der jeweils behandelten Problemstellungen
- Klare normative Aussagen des Laienpanels, die von der Beschreibung der identifizierten Problemstellungen getrennt werden
- Orientierung der thematischen Bearbeitung an bestehenden gesellschaftlichen Diskursen („Framing“)
- Umfassende Abhandlung möglicher gesellschaftlicher Implikationen von Gentests.

**Dänemark:
Konsensuskonferenz
„Genetische Tests“
(2002)**

**Charakteristika der
dänischen Stellungnahme**

²⁰ Die Stellungnahme des Laienpanels ist im Internet abrufbar unter http://www.tekno.dk/pdf/projekter/p02_gentest-slutdokument.pdf

**Deutschland:
Bürgerkonferenz
„Streitfall Gendiagnostik“
(2001)**

Die erste BK in Deutschland im Jahre 2001 trug den Titel „Streitfall Gendiagnostik“ (vgl. Kap. 3.4). Das Bürgervotum enthält nach einer Einleitung, in der immerhin eine kurze inhaltliche Begründung für die Auswahl der behandelten Themenbereiche (PND, PID, Gentests für die Gesundheitsvorsorge) gegeben wird, eine Präambel zum Menschenbild, in der die Laien die Basis der gemeinsam geteilten Wertvorstellungen skizzieren. Im Vordergrund steht dabei das Prinzip der Menschenwürde. Weiters sprechen sich die BürgerInnen gegen eine Instrumentalisierung des Menschen unter den Vorzeichen biomedizinischer Glücksversprechen aus, sie kritisieren die Tendenzen eines normalistischen Diskurses und plädieren für die Anerkennung einer Vielfalt von Lebensformen (Schickanz/Naumann 2003: 83ff.). Die in der Präambel genannten Prinzipien lesen sich als die maßgebliche Wertebasis, von der aus die Bewertung der einzelnen Technologien in Angriff genommen wird. Die nachfolgende Bewertung der prädiktiven Gentests enthält zwar inhaltlich keine Überraschungen, jedoch zeichnet sie sich durch eine Strukturierung aus, die einige Vertrautheit mit jenem Diskurs verrät, wie er in Teilen der interessierten Öffentlichkeit geführt wird. Maßgebliche Risikofelder im Zusammenhang mit der Anwendung prädiktiver Gentests werden in den Bereichen Staat, Arbeitsplatz und Versicherungen ausgemacht. Hier werden entsprechende Warnungen vor Zwangsuntersuchungen, Diskriminierung und Entsolidarisierung formuliert. Auch Literaturkenntnisse, kenntlich gemacht durch Zitate, fließen in den Text ein. Zur PID gibt es ein (mehrheitlich) ablehnendes sowie ein zustimmendes Votum, wobei die Begründungen relativ ausführlich entwickelt werden. Da mit der Praxis der PID sog. überzählige Embryonen entstehen, die potenziell für die Stammzellenforschung genutzt werden können, haben die Befürworter der PID noch eine kurze Empfehlung zur Stammzellenforschung angehängt, die im Wesentlichen den Dissens über die moralische Akzeptabilität der Stammzellenforschung innerhalb dieser Gruppe zum Ausdruck bringt. Entsprechend der fortgeschrittenen Normalisierung der PND enthält die Bewertung der BürgerInnen in diesem Punkt kein Abstimmungsergebnis pro/contra PND, sondern lediglich eine Reihe von Forderungen, die eine im Sinne des Laienpanels reflexive Praxis ermöglichen sollen. So sollen z. B. eine bessere Beratung, die Weiterbildung der Berater und die Aufklärung der Öffentlichkeit über Nutzen und Grenzen der PND eine Situation entschärfen, in der die Phase der Schwangerschaft zunehmend medikalisiert wird, ein subtiler Druck zur Inanspruchnahme der PND sich etabliert und Behinderung als vermeidbares Unglück verstanden wird. Eine kurze Zusammenfassung rundet das Bürgervotum ab.

**Stärken des deutschen
Laien-Votums**

Um die Stärken dieses Berichts kurz zu resümieren

- Inhaltliche Begründung für die Auswahl der behandelten Themenbereiche
- Reflexion der eigenen Wertvorstellungen, die für die Bewertung der Gendiagnostik maßgeblich sind
- Vertrautheit mit dem öffentlichen bzw. wissenschaftlichen Diskurs
- Dokumentation von Dissens.

**Deutschland:
Bürgerkonferenz
„Stammzellforschung“
(2004)**

Die zweite BK in Deutschland beschäftigte sich mit der Stammzellenforschung (vgl. Kap. 3.4). In der Einleitung dieses BürgerInnenvotums werden die Aufgabenstellung (ethische Bewertung) und der Adressat der Stellungnahme (Politik) präzisiert.²¹ Zur Einführung in die Problematik der Stammzellenforschung wird zunächst ein Überblick über den Stand der Forschung, über wichtige Grundbegriffe und Unterscheidungen vermittelt, wie ihn die Laien sich im Laufe des Literaturstudiums und in der Diskussion mit den ExpertInnen verschafft haben. Weiters werden der konkrete Nutzen, potenzielle Anwendungen

²¹ Die Stellungnahme des Laienpanels ist im Internet abrufbar unter www.bioethik-diskurs.de/Buergerkonferenz/Buergervotum.pdf

sowie die Risiken der Stammzellenforschung aufgeführt. Im dritten Kapitel wird der Ausgangspunkt der ethischen Diskussion dokumentiert (Menschenwürde). Gleichzeitig wird die Grundfrage aufgeführt, die im weiteren Verlauf zu unterschiedlichen Voten und Empfehlungen geführt haben (Status des Embryos). Im vierten Kapitel wird geklärt, unter welchen Bedingungen der Embryo (als Mensch) für Forschungszwecke instrumentalisiert (getötet) werden darf. In dieser Frage werden von den 12 BürgerInnen vier unterschiedliche Positionen präsentiert. Im fünften Kapitel werden als Schlussfolgerungen aus den Voten konkrete Forderungen an die Politik gerichtet. Im abschließenden sechsten Kapitel reflektieren die BürgerInnen Sinn und Nutzen von partizipativen Veranstaltungen.

Im Vergleich zu der Dresdener BürgerInnenkonferenz zeichnet sich das Votum dieser BürgerInnengruppe durch einen höheren Differenzierungsgrad der Argumentation aus. Dies ist sicher z. T. der Tatsache geschuldet, dass das Thema im Fall der Berliner BK nicht so breit war wie bei der ersten BK. Über weite Strecken erinnert das BürgerInnenvotum in Punkto Argumentationsmuster und Positionsdifferenzierung an einschlägige Gutachten von Expertenkommissionen. Dies mag insofern ein Nachteil sein, als damit der Expertendiskurs und entsprechende Argumentationsmuster für die Diskussion der Laien zu stark prägend werden. Es fragt sich, wie auf diese Weise alternative Sichtweisen entwickelt werden können. Im Hinblick auf die Stilistik, den Aufbau und die Strukturierung des Themas ist die Orientierung am Expertendiskurs aber zweifellos von Vorteil. Die LeserInnen erhalten einen stringenten Überblick über die Heterogenität der Positionen, eine klare Charakterisierung der Gruppenpositionen, und es wird deutlich, wie im Dialog mit den ExpertInnen sich die Positionen der Laien entwickelt und verfestigt haben. Das Votum stellt insofern auch eine Dokumentation der selbstständigen Erfassung und Bearbeitung des Themas dar. Nicht zuletzt formuliert das Votum eine eindeutige Aufgabenstellung, und zwar TA auf der Basis bestimmter normativer Prämissen.

Um die Stärken dieses Berichts kurz zu resümieren

- Nachvollziehbare Strukturierung des Themas und klarer Aufbau
- Explizite Aufgabenstellung (Technikbewertung)
- Dokumentation der Entwicklung der Positionen
- Klare Charakterisierung der Gruppenpositionen
- Reflexion des gruppeninternen Diskussionsprozesses
- Dokumentation von Dissens.

Aus dem Vergleich dieser drei Bürgervoten zu vergleichbaren Themen aus der Humangenetik lassen sich nun einige wichtige Schlussfolgerungen für die Bewertung des österreichischen Bürgervotums ziehen.

1. Aus der Einleitung sollte ersichtlich werden, welche Aufgaben sich die Laien mit ihrem Votum stellen (z. B. moralische Bewertung einer bestimmten Technologie) und wer der (imaginierte) Adressat der BürgerInnen ist.
2. Es sollte eine inhaltliche Begründung der Strukturierung des Dachthemas geben.
3. Diskussion und Einordnung des Themas sind notwendig, um eine solche inhaltliche Begründung liefern zu können. D. h., es muss die gesellschafts-politische und wissenschaftliche Relevanz des Themas skizziert werden. Erst daraus wird nachvollziehbar, warum die Laien bestimmte Aspekte des (umfassenden) Themas fokussiert und in der Stellungnahme bearbeitet haben.

Charakteristika des BürgerInnenvotums

Schlussfolgerungen aus dem Vergleich

4. Für diese Einordnung des Themas bedarf es natürlich auch zumindest grundlegender Kenntnisse über den Sachstand bzw. die Literatur, d. h., es muss den BürgerInnen geläufig sein, auf welche Weise das betreffende Themenfeld in den Teilöffentlichkeiten diskutiert wird.
5. In Bezug auf die Dokumentation der inhaltlichen Technikbewertung lässt sich festhalten, dass für die Nachvollziehbarkeit des Ergebnisses zum einen die Reflexion der eigenen Wertvorstellungen (z. B. in Form einer Präambel), zum anderen die Reflexion des Gruppenprozesses notwendig ist. Auf diese Weise wird für die LeserInnen nachvollziehbar, was der Ausgangspunkt der Diskussion war, unter welchen Prämissen und Werthaltungen diese Diskussion geführt wurde und wo die Diskussion – nicht zuletzt unter dem Einfluss der ExpertInnen – hingegangen ist.
6. Für die Qualität einer „moralischen Expertise“ ist weiters die Dokumentation von Dissens ein wichtiges Indiz. Es spricht für das Problembewusstsein der Laien, wenn im Bericht dokumentiert wird, an welchen Stellen es Dissens gab, und im Falle eines so stabilen Konsenses (wie in der österreichischen BK) sollte sich die Frage stellen, warum dies so ist.
7. Am Ende der Stellungnahme sollte eine übergreifende Schlussfolgerung die Relevanz der Laien-Forderungen für die diskutierte Thematik herausstreichen.

Das österreichische Laienvotum

In welchem Licht erscheint die Stellungnahme der österreichischen BK, wenn man für eine Bewertung die genannten Kriterien zugrund legt? Zunächst ist festzuhalten, dass der Aufbau des Berichts stark prozessual angelegt ist und insofern eine gewisse Nachvollziehbarkeit der Entstehungsgeschichte der Empfehlungen ermöglicht. Damit verbindet sich allerdings sogleich die Kritik, dass die Frageliste an die ExpertInnen sehr stark die Struktur des Dokuments bestimmt. Dem Dokument haftet etwas von einem Fragebogen an, auf dem die ExpertInnen gewissermaßen nur ihre Meinung eintragen. Das Aufbrechen von Diskussionen im Zuge der Konferenz – kurz vor der endgültigen Formulierung der Stellungnahme – war ganz offensichtlich nicht gewollt. Es wird nicht ersichtlich, dass die Experten-Statements zum Ausgangspunkt einer weiteren Diskussion innerhalb des BürgerInnenpanels geworden sind, die in der Konferenz aufgeworfenen Punkte sind argumentativ nicht wirklich vertieft oder weiterentwickelt worden.

**Stellungnahme
stark durch ExpertInnen-
Statements geprägt**

**keine argumentative
Entwicklung der
Empfehlungen**

**keine Begründung der
Themenauswahl**

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Expertisen ist weitestgehend ausgeblieben. Insofern wirkt der Bericht wie ein Protokoll der Expertenaussagen: Nach der wortgetreuen Wiedergabe der Experten-Statements findet sich lediglich ein etwas schülerhafter Hinweis auf den „Erkenntnisgewinn durch die Antworten (der ExpertInnen)“, worauf sich eine kurze Empfehlung anschließt. Über weite Strecken werden die Empfehlungen argumentativ nicht entwickelt. Sie bleiben über weite Strecken eine Auflistung allgemeiner Absichtserklärungen (mit Ausnahme der Forderungen nach einer stärkeren Regulierung des Datenschutzes). Es fehlt außerdem eine Darstellung des spezifischen Problemhorizonts, der die Relevanz und Regulierungsprobleme der jeweiligen Themenstellungen verdeutlichen könnte. So bleiben die Empfehlungen letztlich isoliert stehen. Die „eigentliche“ Meinung der BürgerInnen geht in der Langfassung der Stellungnahme fast vollständig unter. Zwar wurde von den Organisatoren eine Kurzfassung hergestellt, in denen die Statements der Bürgergruppe zusammengefasst sind; allerdings wirkt die BürgerInnenmeinung so recht bruchstückhaft und es wird überhaupt nicht mehr deutlich, warum die Laien ausgerechnet die vier genannten Subthemen behandelt haben. Inwiefern die vier The-

menbereiche in irgendeiner Weise für eine das Dachthema „Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“ repräsentativ oder relevant sind, wird nicht klar. Da bleibt auch einleitende Hinweis schwach, dass einige Themen (wie z. B. PND, PID) aus „Zeitgründen“ nicht bearbeitet wurden. Obendrein werden die Fragestellungen der Laien nicht aus einem Problemhorizont entwickelt, daher wirken sie – obwohl sie für sich genommen durchaus sinnvoll sind – beliebig und aus der Luft gegriffen. Umfängliche Themen wie „Forschung“ sind äußerst knapp gehalten, die Diskussion zur Ethik ist auf eine Wiedergabe der institutionellen Selbstdarstellung von Ethikräten beschränkt.

Fragestellungen nicht auf Problemkontext bezogen

Im Wesentlichen gibt es in dem Dokument nur einen konkreten Kritikpunkt, und der bringt ein diffuses Unbehagen an der Drittmittelforschung zum Ausdruck. Die Laien befürchten, so die vorsichtige Formulierung, dass eine von der Unterstützung durch die Pharma-Multis abhängige Forschung „möglicherweise in eine ethisch bedenkliche Richtung gehen könnte.“ (Communication-Matters 2003: 18) Ein anderer Kritikpunkt, der in abgeschwächter Form Gegenstand eines längeren Disputs auf der Konferenz war (vgl. Fn 17), betrifft das – nach Ansicht der Laien – viel zu hoch angesetzte Lebensalter für die Durchführung von genetischen Tests. Die Laien warnen dabei explizit vor Schwangerschaften ohne die Möglichkeit, Gewissheit über eigene Erbkrankheiten zu erhalten. Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang ethische Debatten um die selektiven Wirkungen genetischer Tests und die Warnungen vor einer „privatisierten“ Eugenik, wird man die Kritik der Laien schwerlich als eine ernsthafte Herausforderung für die ExpertInnen werten können. Auch andere Statements sind von unkritischer Pauschalität. So wird beispielsweise die Speicherung medizinischer Daten in „dezentralen Datenbanken“ gefordert, obwohl nach Einschätzung mancher ExpertInnen dabei durchaus die Gefahr besteht, dass der Datenschutz in kleineren Einrichtungen aufgrund unsicherer Betriebssysteme manchmal schlechter sein kann als in zentralen Datenbanken.

Kritikpunkte der Laien

Die Stellungnahme beinhaltet wenig Überraschendes oder Neues und kaum etwas, was die spezifische Qualität einer BK zum Ausdruck bringen würde – und daher für die Medien auch nichts Berichtenswertes. Doch gerade hinsichtlich eines „Bericht-Werts“ für die Medien ist die Qualität der Stellungnahme von großer Bedeutung. Natürlich ist ein Votum, das offensiv auf Distanz geht zum Expertendiskurs eher medial verwertbar als ein Votum, das sich als Protokoll von Expertenmeinungen präsentiert. Dieses Kriterium trägt selbst dann, wenn nicht Demokratisierung oder Expertenkritik die zentrale Zielvorstellung der Veranstalter ist. Denn gerade aus pragmatischer Sicht, aus der Perspektive einer PR-Kampagne, müssen Kontroversialität und Dissens bzw. die Generierung originär „laienhafter“ oder origineller Gesichtspunkte wichtige Kriterien darstellen. D. h., zentrale der hier aufgeführten Kriterien tragen selbst dann, wenn man eine BK „nur“ unter PR-Gesichtspunkten durchführen würde.

Stellungnahme bietet wenig Ansatzpunkte für mediales Interesse

5.9.3 Zwischenfazit

Die Bewertung der Stellungnahme ergibt sich in Abhängigkeit aus der jeweiligen Funktionszuschreibung. Unter den Vorzeichen von PUS ist das Votum einigermaßen geglückt, denn es stellt im Wesentlichen das Dokument eines „Lernprozesses“ dar. Es hat eine klare Struktur, und es ist inhaltlich konsistent. In Bezug auf Ansprüche einer Demokratisierung bzw. Expertenkritik weist die Stellungnahme der Laien erhebliche Defizite auf. Obwohl die Stellungnahme der BürgerInnen eine klare Strukturierung bietet, finden sich keine Anhaltspunkte dafür, was die spezifische Eigenleistung der Laien im Prozess der BK charakterisiert. So fehlt in dem Bürgervotum die Dokumentation der Entwicklung der Positionen (sowie eine Reflexion auf den auffallenden Konsens der

Bewertung der Stellungnahme von Funktion des Verfahrens abhängig

Defizite hinsichtlich normativ anspruchsvoller Ziele

BürgerInnen in allen Punkten). Es findet sich außerdem keine Reflexion des gruppeninternen Diskussionsprozesses. Das ist schade, weil gerade die Nachvollziehbarkeit von Technikbewertung durch informierte Laien einen Mehrwert solcher Verfahren für Öffentlichkeit und Politik darstellt, auch wenn inhaltlich keine neuen Argumentationen oder Positionen entwickelt werden. Auf der inhaltlichen Ebene findet sich wenig von dem, was den Reiz partizipativer Verfahren ausmacht: Weder fließen außerwissenschaftliche Erfahrungen in das „Framing“ des Themas ein, noch bringen die Laien in der Bewertung der ExpertInnenaussagen alternative Wertorientierungen zum Ausdruck. Die Forderungen werden argumentativ nicht entwickelt und bleiben über weite Strecken pauschal. Nun ist weder die erste (PUS) noch die zweite Funktion („Demokratisierung“) von den Organisatoren explizit als Zielvorstellung definiert worden. Es gibt jedoch gute Gründe, sich an letzterer Funktion zu orientieren, die nicht normativer Art sind. Denn selbst aus pragmatischer Perspektive spricht einiges dafür, die oben genannten Qualitätskriterien zu beachten. Nicht zuletzt für die mediale Resonanz ist die Qualität der Stellungnahme ein wichtiger Faktor.

5.10 Die Resonanz der BürgerInnenkonferenz

die BK war kein „Event“	Eines kann man vorweg nehmen: Die BK ist nicht zu einem „Event“ geworden, sie ist von wesentlichen Akteuren (Politik, Öffentlichkeit, Wissenschaft) kaum bis gar nicht zur Kenntnis genommen worden bzw. sie hat in diesen Bereichen keinerlei Nachhaltigkeit entwickelt. Da die BK von einer PR-Agentur organisiert wurde, deren ureigene Kompetenzen definitionsgemäß im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit liegen, liegt schnell der Verdacht nahe, dass hier zu wenig getan wurde. Wir wollen im Folgenden zeigen, dass ein pauschaler Verweis auf mangelnde Öffentlichkeitsarbeit von comma den Kern der Sache verfehlt. Gleichzeitig wollen wir deutlich machen, dass die Anstrengungen von comma zu kurz gegriffen haben. Mit dieser Analyse verbindet sich das Ziel, die Öffentlichkeitsarbeit konzeptionell zu überdenken. Zu diesem Zweck werden wir im ersten Abschnitt die von comma geleistete Öffentlichkeitsarbeit kurz skizzieren. Im zweiten Abschnitt wird die öffentliche Resonanz, im dritten die politische Resonanz resümiert. Im abschließenden vierten Abschnitt wird eine Bewertung der Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen. Wir plädieren für eine Konzeption von Öffentlichkeitsarbeit, die in Zukunft stärker als bisher die Besonderheit des Verfahrens und seines gesellschaftspolitischen Kontextes in Rechnung stellt.
hat comma zu wenig getan?	

5.10.1 Zur Öffentlichkeitsarbeit von comma

Informationskampagne im Vorfeld durch Pressegespräche und Aussendungen	Im Vorlauf zur BK hat comma versucht, das Projekt BK innerhalb der Fachgemeinschaften und in den Medien bekannt zu machen, mit dem Ziel, einerseits die Medien aufmerksam und möglichst früh mit dem Konzept vertraut zu machen und zum anderen, möglichst viele Interessierte (WissenschaftlerInnen, das medizinische Umfeld, PolitikerInnen etc.) in die Konzeption einzubinden und von der geplanten Veranstaltung zu informieren. Während die letztgenannte Zielgruppe bereits in der Vorbereitungsphase kontaktiert wurde (u. a. durch einen Fragebogen, der an ca. 90 Personen im wissenschaftlichen Feld ausgeschiedt wurde und durch so genannte „Unterstützungserklärungen“, die an ca. 300 PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen ausgeschiedt wurde), informierte comma die Medien in einem Pressegespräch am 17. Januar 2003, be-
---	--

gleitet von einer nachfolgenden Aussendung. Im Vorfeld der BK wurde mit verschiedenen Medienvertretern (ORF science, Printmedien) über die Möglichkeit verhandelt, die Themen Partizipation bzw. genetische Daten in den entsprechenden Formaten zu transportieren (z. B. Serie in „Modern Times“ über Gendiagnostik). Die Medien wurden in Form von Pressekonferenzen und regelmäßigen Aussendungen zum Stand des Projekts angesprochen. Dies geschah im weiteren Verlauf der BK anlässlich bestimmter „Meilensteine“. Solche Meilensteine waren die bevorstehende Auswahl der Laien, die Themenwahl, die Auswahl der Auskunftspersonen sowie die Termine der öffentlichen Konferenz. Für die angesprochene Informationskampagne wurden jedes Mal ca. 60 Journalisten aus dem Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich (in Wien außerdem auch der Chronikteil) sowie jeweils auch die allgemeine Redaktion innerhalb der Pressearbeit angesprochen, das heißt per Email und Telefon kontaktiert. Darüber hinaus wurden all jene Personen berücksichtigt, die in irgendeiner Form mit der BK in Berührung gekommen waren, sei es als Absender von Unterstützungserklärungen oder in Form einer Bewerbung als Teilnehmer an der Konferenz. Insgesamt wurden rund 750 Personen, darunter 105 BürgerInnen, die sich zur Teilnahme an der BK gemeldet haben, sowie der von comma angeschriebene Unterstützerkreis der BK kontinuierlich über Neuigkeiten der BK informiert (z. B. Themenwahl, Einladung zum Expertenhearing usw.).

Die Wissenschaft, das heißt konkret: Jene WissenschaftlerInnen, die sich im weitesten Sinne mit dem Thema der BK beschäftigen, wurden in erster Linie in die Vorbereitung des Projekts eingebunden, sei es zur Strukturierung des Themas oder zur Eruiierung des relevanten ExpertInnenkreises. Im Herbst 2002 startete comma eine Fragebogenaktion innerhalb der Wissenschaft, um Hilfestellung in verschiedenen Punkten zu bekommen. Einschlägig aktive WissenschaftlerInnen wurden gebeten, Fragen zur gesellschaftlichen Bedeutung einzelner Teilbereiche der Gendiagnostik zu beantworten, sowie den Veranstaltern relevante Interessengruppen, Experten und geeignete Personen für den Beirat zu nennen. Diese Aktion ist aus Sicht der Organisatoren „im Sand verlaufen“.

Ein relativ geringer Erfolg war auch dem Versuch der Organisatoren beschieden, Unterstützungserklärungen von maßgeblichen Akteuren aus dem politischen, öffentlichen und wissenschaftlichen Feld zu erhalten. Von ca. 300 versendeten Ersuchen um Unterstützungsklärungen kamen nur 30 retour – das Schreiben ging an ausgewählte Personen, Organisationen und Gesellschaften, wie etwa die Rektoren verschiedener Universitäten und Fachhochschulen, Landeshauptleute, Gesundheits- und Wissenschaftssprecher der Parteien zum Nationalrat, Ministerien, Pharmaverbände, Ethikkommissionen, Selbsthilfegruppen u. dgl.. Im Rahmen der Expertenauswahl, die maßgeblich durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe gestaltet wurde, wurden dann 290 Personen angeschrieben und angerufen. Lediglich 60 Personen erklärten sich bereit, gegebenenfalls an der BK mitzuwirken (vgl. Kap. 5.5.1).

Im Vorfeld der öffentlichen Konferenz luden die Organisatoren die Presse zwei Mal zu einer Pressekonferenz ein (am 17. Dezember 2002 und am 16. Januar 2003). Inhaltlich wurde dabei jedes Mal die BK als partizipatives Verfahren der TA in den Mittelpunkt gestellt. Beim FWF-Forum am 24. April 2003 sowie – im Zuge der Pressekonferenz im Anschluss an die BK – am 23. Juni 2003 wurde das Hauptaugenmerk dagegen auf das Thema „genetische Daten“ gelegt. Konnte noch bei den ersten beiden Terminen von einem regen Interesse der Pressevertreter gesprochen werden (das jedoch privater Natur blieb und nicht professionell relevant wurde), nahm dieses zusehends ab, so dass zuletzt, am 4. Juli 2003, im Zuge der Übergabe der Stellungnahme an den Nationalratspräsidenten, gar keine Presse mehr anwesend war (Nachfragen ergaben, dass

Kontaktherstellung zur Wissenschaft, aber wenig Resonanz

kaum Resonanz auf Unterstützungserklärungen

zwei Pressekonferenzen im Vorfeld

das Thema als nicht mehr aktuell angesehen wurde). Im Vorfeld zur Übergabe an den Nationalratspräsidenten Dr. Andreas Kohl versuchte comma, verschiedenen Medien das Thema der Übergabe exklusiv anzubieten, da aufgrund der beschränkten Zeit des Nationalratspräsidenten und der Tatsache, dass die Konferenz bereits vorbei war, ein gesteigertes Interesse nicht zu erwarten war. Zusätzlich formulierte comma im Anschluss an die BK eine Presseaussendung, die jedoch nicht aufgegriffen wurde.

**keine eigene
Homepage**

Auf eine eigene Homepage für das Projekt oder Werbeplakate musste aufgrund des beschränkten Budgets verzichtet werden. Zur Bekanntmachung des Expertenhearings wurde in erster Linie auf eine zielgruppenspezifische Informationspolitik gesetzt, z. B. in Form von Ankündigungen über Zeitungsannoncen und Informationen innerhalb diverser Internethomepages.

5.10.2 „Es war ein Heimmatch“: Zum Besuch der Veranstaltung

**überraschend schwacher
Besuch der Konferenz**

Bei der Konferenz waren im Wesentlichen nur die handelnden Akteure sowie eine kleine Schar professioneller BeobachterInnen anwesend. Nach übereinstimmenden Schätzungen der befragten BesucherInnen waren maximal zehn Leute anwesend, die kein professionelles Interesse an der BK hatten. „Ein reines Insider-Treffen“, so ein Experte. Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Veranstaltung das Interesse ganz unterschiedlicher Gruppen von Besuchern weckt: Freunde und Angehörige der Laien, Datenschutz-ExpertInnen, Patientengruppen, professionelle BeobachterInnen (z. B. Beamte aus dem Wissenschaftsministerium), die „scientific community“ (NaturwissenschaftlerInnen, WissenschaftsforscherInnen), Journalisten sowie Teile der interessierten Öffentlichkeit. So verschieden die Gründe für eine Teilnahme dieser Gruppen sind, so unterschiedlich mögen auch die Gründe für ein Fernbleiben gewesen sein. Es wird im Folgenden darum gehen, diese Gründe zu systematisieren und zum organisatorischen Aufwand ins Verhältnis zu setzen. Mit unserem Erklärungsversuch für die geringe Resonanz in der Öffentlichkeit verbinden wir das Ziel, zukünftige Projekte für potenzielle Problemkonstellationen zu sensibilisieren.

**Gründe für den
schwachen Besuch**

Wenn man nach Gründen für die geringe Resonanz in der Öffentlichkeit sucht, so fallen unterschiedliche Aspekte ins Auge. Zunächst mag es eine Rolle gespielt haben, dass die BK – auch aus finanziellen Überlegungen heraus – an einem Freitag (Fenstertag) und Samstag stattgefunden hat. Dieses Datum, sowie das schöne Wetter in diesen Junitagen sind immer wieder als Begründung für die mangelnde Resonanz bemüht worden. Doch darüber hinaus lassen sich eine Reihe weiterer Gründe finden.

- Das Thema war wenig greifbar, nicht wirklich kontrovers und bot keine Anschlussstellen an den öffentlichen und/oder politischen Diskurs
- Der Titel der BK war nichts sagend
- Die Zumutungen an das Instrument BK waren hoch. Denn einerseits musste das Interesse für ein relativ sperriges (und unbekanntes) Thema geweckt werden, andererseits war das Verfahren selbst unbekannt. So verwundert es nicht, dass eine medial wahrnehmbare öffentliche Diskussion nicht angestoßen wurde; inwiefern die BK für zukünftige Diskussionen von Wert sein wird (quasi als Referenz), wird sich zeigen.
- Die mangelnde Kontroversialität beim ExpertInnen-Hearing hat die wenigen Zuschauer enttäuscht und wird daher keinen „Werbeeffect“ für den zweiten Veranstaltungstag erzeugt haben.
- Trotz der von comma geleisteten Pressearbeit gab es von vielen Interviewpartnern Beschwerden darüber, dass keine Ankündigungen der öffentlichen

Konferenz in den Zeitungen und in ORF Science bemerkbar gewesen seien; das Event sei im Internet praktisch unsichtbar gewesen (z. B. keine Treffermeldungen bei google). Es hätte aufwändiger Rechercharbeiten bedurft, um überhaupt den Zeitplan der BK zu erfahren. Obendrein sei es verwirrend gewesen, dass der Veranstalter des Events, comma, im Radiokulturhaus unter dem Label der Dachgesellschaft „Ecco International“ angekündigt war.

- Die Laien haben über ihr Engagement auf der BK offenbar wenig in ihrem persönlichen Umfeld verlauten lassen. Dafür steht das folgende Zitat eines Laien:

„Das im ORF war ja fast ein Heimmatch, war ja niemand dort. Aber das liegt vielleicht daran, weil wir am Anfang ... wir haben uns Spielregeln gegeben, da hat es geheißen, Informationen sollen eigentlich nicht aus der Gruppe gehen. Daher haben wir alle, glaube ich, die Informationen, außer vielleicht gerade dem Lebenspartner, nicht weiter gegeben. Und das war vielleicht ein Manko. Es hat niemand dann gewusst, dass sich hier etwas abspielt.“ (H29/1255)

5.10.3 Die mediale Resonanz

Die Multiplikation des Ereignisses und der Ergebnisse einer BK via Medien ist ein ganz zentraler Teil des Projektes. In Österreich war die Aufmerksamkeit der Medien gegenüber der BK unterschiedlich: So stehen immerhin fünf Hörfunkbeiträgen und einem Fernsehbericht in der ZiB 2 gerade einmal neun Veröffentlichungen in den Printmedien und elf online-Beiträge gegenüber. Es gab also insgesamt 26 Publikationen zur österreichischen BK. Die folgende Grafik veranschaulicht die Verteilung der Medienberichte über die BK im Zeitverlauf.

**gute Resonanz im ORF,
geringe in den
Printmedien**

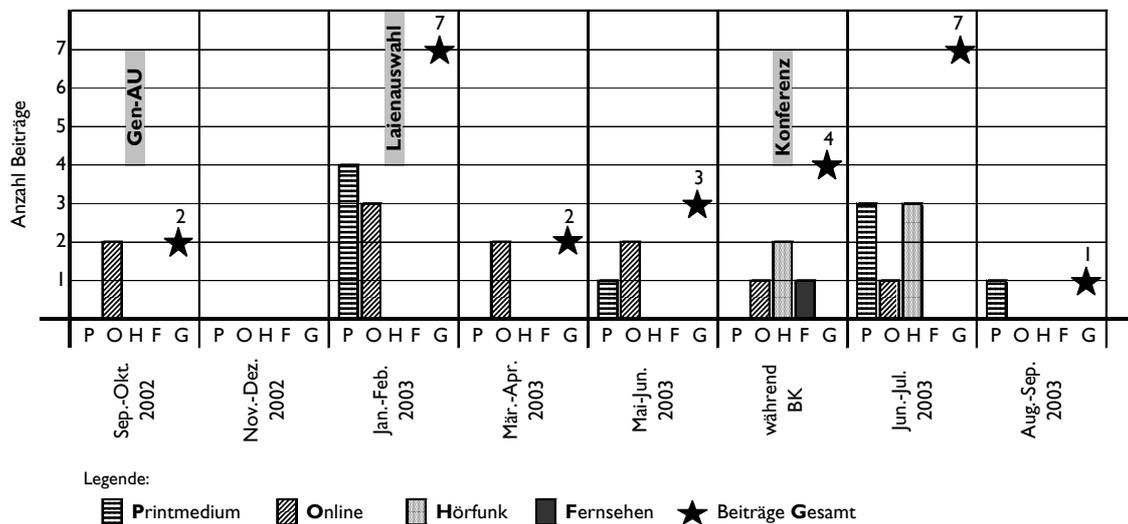


Abbildung 5.10-1: Medienberichte zur BK im Zeitverlauf

**Resonanz im Vorfeld
größer als nach der
Konferenz**

Vor der öffentlichen Befragung wurden insgesamt fünf Bekanntmachungen der BK, zumeist in Verbindung mit einer Kurzbeschreibung des Programms bzw. des Verfahrenablaufs, in „Der Kurier“, „Der Standard“, „Der Falter“ sowie im Rahmen eines Artikels im „Universum Magazin“ veröffentlicht. Die Artikel wiesen überwiegend auf die Brisanz des Themas und auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Laiensicht hin. Online, vorwiegend in „ORF ON Science“, waren zwei Notizen und sieben Berichte zur BK zu finden. Dabei wurde in zwei Berichten der Zweck der BK positiv hervorgehoben, in zwei weiteren Berichten wurden kritische Überlegungen zur Zielsetzung und zum demokratiepolitischen Stellenwert der BK angestellt.

**die ausführlichsten
Berichte kamen im
ORF-Radio**

Während und direkt im Anschluss an die BK haben die österreichischen Radiosender am ausführlichsten berichtet. So wurden am Freitag, dem 20. Juni 2003, als das Abschlusswochenende der BK begann, Beiträge im Mittagsjournal von Ö1 und in FM4 ausgestrahlt. Am 23. Juni 2003, dem Tag der öffentlichen Präsentation der Stellungnahme der Bürger, sendeten wiederum Ö1 (im Abendjournal) und FM4 Beiträge. Am 2. Juli 2003 wurde im Salzburger Nachtstudio eine knapp einstündige Sendung zur BK unter dem Titel „Laienwissen über ExpertInnenherrschaft“ übertragen. Im österreichischen Fernsehen wurde einmal über die BK berichtet. Am 20. Juni – dem ersten Abend der Konferenz – wurde an prominenter Stelle ein Beitrag in der ZiB 2 gesendet.

Nach der Pressekonferenz am 23. Juni 2003 wurde in der Tageszeitung „Der Kurier“ eine Notiz mit zwei Empfehlungen der Laien abgedruckt. Ein Artikel im „APA Journal Forschung“ beinhaltete die Empfehlungen der Stellungnahme und berichtete mit positiver Tendenz über das Verfahren und den Zweck der BK. Zwei weitere Berichte, einer in „Bio World“ und einer im „info-dienst bio-ethik“ des Vereins „Aktion Leben“, äußerten sich in positiver Weise über die BK. Der Verein „Aktion Leben“ zeigte vor allem Interesse an der Mitbestimmung von politisch Unabhängigen, weshalb der Artikel keine Empfehlungen, sondern einen Auszug aus der Einleitung zur Stellungnahme der Laien beinhaltete. Im Web – „ORF ON Science“ – wurde im Anschluss an die BK den Internetusern nur noch ein Beitrag angeboten. Dieser beinhaltete die Empfehlungen der Laien, die insgesamt positiv dargestellt wurden.

**schwache Resonanz im
Ländervergleich**

Im Vergleich mit der deutschen BK „Streitfall Gendiagnostik“ aus dem Jahre 2001 muss man der BK in Österreich eine geringe Resonanz in den Printmedien attestieren. Während in Österreich insgesamt neun Artikel – davon knapp die Hälfte bereits Monate vor der Abschlusskonferenz – in Zeitungen gedruckt wurden, waren es in Deutschland insgesamt 32 Zeitungsartikel, davon 21 im unmittelbaren Zeitraum der Abschlusskonferenz. Das schweizerische PubliForum zum Thema „Strom und Gesellschaft“ konnte insgesamt 34 Zeitungsartikel aufweisen (Zimmer 2002: 49ff.).

**APA-Meldungen
nicht von Zeitungen
aufgenommen**

Es fällt also in Österreich ein geringes Interesse der Printmedien an der BK auf, insbesondere im Anschluss an die Pressekonferenz. Immerhin berichtete die österreichische Presseagentur APA am 23. Juni 2003 in drei Artikeln ausführlich über den Verlauf der Konferenz und ihre Ergebnisse. Doch keiner dieser Artikel wurde von den österreichischen Tageszeitungen aufgegriffen. Für das geringe Interesse seitens der österreichischen Tageszeitungen „Die Presse“, „Der Kurier“ und „Der Standard“ werden von den zuständigen Redakteuren sowie den von uns befragten freien Wissenschaftsjournalisten im Wesentlichen folgende Begründungen angeführt:

**Begründungen
der Journalisten für
schwache Resonanz**

- Es sei bereits im Vorfeld der BK ausführlich über das Thema „Genetische Daten“ berichtet worden, und zwar im Zusammenhang mit dem „Diskurs-tag Gendiagnostik“, einer Veranstaltung, die im Herbst 2002 im Naturhistorischen Museum im Rahmen des Genomforschungsprogramms „Gen-AU“ stattgefunden hat. Zwar spielte die Bürgersicht in dieser Berichterstattung

keine Rolle, doch seien die Pro- und Contra-Argumente zum Umgang mit genetischen Daten ausführlich behandelt worden. Daher habe der BK der „News-Wert“ gefehlt.

- Das Thema „Genetische Daten“ sei sperrig und komplex und zudem von untergeordneter Aktualität.
- Die Aussagekraft der Stellungnahme der Bürger sei wenig repräsentativ.
- Die Gendiagnostik ist in Österreich klar geregelt, so dass das Thema für die Leser uninteressant ist.
- Die BK sei als eine „halbe ORF-Veranstaltung“ wahrgenommen worden
- Es gab für das Thema keine Dringlichkeit und damit auch kein Medienbedürfnis.

Aus diesen Argumentationsmustern wird ersichtlich, dass die Presse die BK weniger als ein eigenständiges, neues und experimentelles Instrument der Partizipation wahrgenommen hat. Vielmehr war Thema selbst das entscheidende Kriterium der Beachtung. Im Zusammenhang mit dem Diskurstag vom Herbst 2002 zu einem sehr ähnlichen Thema ergibt sich daraus genau das Problem, dass die BK keine medial verwertbare Substanz zu enthalten schien. Jene Argumentation, die demgegenüber das Verfahren selbst zum Thema macht, zeigt, dass die Presse dem neuen Instrument mit wenig Verständnis begegnete (so verweist das Argument fehlender Repräsentativität darauf, dass die BK eher als eine Art Meinungsumfrage verstanden wurde). Wenn man außerdem noch davon ausgeht, dass das BK-Modell über die Monate (zwischen den ersten beiden Pressekonferenzen und jener am 23. Juni 2003) mehr oder weniger in Vergessenheit geraten sein wird, dann wird deutlich, dass man verstärkt Sinn und Zweck eines solchen Verfahrens in Erinnerung hätte rufen müssen. Die mangelnde Resonanz sowie die oben angeführten Begründungen zeigen, dass falschen Erwartungen und Unwissenheit von Seiten der Journalisten aktiv begegnet werden muss. In diesem Zusammenhang hätten auch die bereits in Kap. 5.2 erwähnten Ängste mancher Pressevertreter vor einer Instrumentalisierung der Medien für eine reine PR-Maßnahme ausgeräumt werden können.²²

Es gibt noch eine Reihe weiterer Faktoren, die für das geringe Medieninteresse von Bedeutung waren, die zum großen Teil jedoch bereits an anderer Stelle ausführlicher diskutiert wurden und darum hier nur kurz resümiert werden sollen: Neben der erwähnten Kontroversialität der Expertenpositionen liegt der Mehrwert einer BK für die Presse nicht zuletzt in einer Konzentration hochrangiger Experten, die eine arbeitsökonomische Informationsdichte verspricht. Im konkreten Fall waren allerdings die Experten gar nicht greifbar, weil es keine kontinuierliche Diskussion gab. Viele der Experten verschwanden nach ihrem Kurzvortrag gleich wieder. Die Ermöglichung einer kontinuierlichen Diskussion mit den Experten vor Ort wäre ein Faktor, um das Medienecho zu verbessern. Dies würde jedoch wiederum eine erhebliche Aufklärungsarbeit voraussetzen. Schließlich werden Experten ihre knapp bemessenen Zeitressourcen nur dann für eine BK investieren, wenn sie die mit dieser Veranstaltung verbundenen Zielvorstellungen teilen und sich davon auch einen gewissen Nutzen versprechen. Zweitens bleibt zu erwähnen, dass die Diskussion während der beiden öffentlichen Tage eher träge war und Kontroversen weitgehend ausgeblieben sind. Außerdem enthielt die Stellungnahme keinerlei Pointierungen, sie gab weder überraschende Antworten, noch warf sie neue Fragen auf.

Medien am Thema orientiert, nicht am Verfahren

ExpertInnen als Medien-Magneten

²² Die genannten Vorbehalte treffen offensichtlich nicht auf alle Medien gleichermaßen zu. Der Radiosender FM4 zeigte sich z. B. deshalb aufgeschlossen, da FM4 auch auf längerfristig angelegte Reportagen abzielt. Ähnlich verhält es sich bei Ö1, wo sich das Thema der BK in eine wissenschaftliche Reihe einordnen ließ. In diesem Bereich hat sicher die kontinuierliche Betreuung der verantwortlichen Journalisten durch comma gefruchtet.

5.10.4 Keine Resonanz in der Politik

**keine Rückmeldungen
aus der Politik auf
BürgerInnen-Votum**

Am 23. Juni 2003 wurde das Bürgervotum dem Ersten Präsidenten des Nationalrats, Andreas Khol, auf einer Pressekonferenz überreicht. Weiters wurde dafür gesorgt, dass den 183 Abgeordneten zum Nationalrat die Stellungnahme der BürgerInnen zugestellt wurde. Es ist für jede BK zentral, dass der fertig gestellte Bericht den potenziell interessierten politischen Gremien zur Diskussion gestellt wird. Auf welche Weise sich dann tatsächlich ein Dialog entwickelt werden kann, ist eine schwierige Frage, die im Rahmen dieser BK letztlich nicht gelöst wurde und – stellt man den Stellenwert direktdemokratischer Elemente in Österreich in Rechnung – wahrscheinlich auch gar nicht gelöst hätte werden können. Trotz wohlmeinender Worte aus der Politik am offiziellen Übergabetermin hat die BK in der Politik keine erkennbare Resonanz erzeugt. Es wurden weder innerhalb des entsprechenden Ressorts politische Diskussionen ausgelöst (z. B. Wissenschafts- oder Gesundheitssprecher), noch ergaben sich Impulse für politische Entscheidungsforen (Parlament), wie sich einige Akteure dies vielleicht im Vorfeld erhofft hatten. Es gab auch nach der Übergabe der Stellungnahme an den Ersten Nationalratspräsidenten keine Rückfragen an die Laien oder andere Rückmeldungen.

**geringes Interesse von
PolitikerInnen am
Instrument „BK“**

Dieses mangelnde Interesse spiegelt sich auch in den erfolglosen Bemühungen des ITA wider, mit politisch Verantwortlichen Interviews zu Nutzen, Grenzen und Perspektiven von BK's zu arrangieren. Der Versuch des ITA, weitere Gespräche mit Fachleuten (Referenten) aus dem Kabinett der Ministerien zu führen, sind – mit einer Ausnahme – erfolglos verlaufen. Mehrmalige Anfragen blieben hier, auch nach Zusendung einer Kurzzusammenfassung des Zwischenberichts, unbeantwortet. Auch Andreas Khol, der in seiner Funktion als Erster Nationalratspräsident immerhin die Stellungnahme der BürgerInnen entgegen genommen hatte, kam unserer Bitte zu einem Gespräch mit Verweis auf einen dichten Terminkalender nicht nach. Es waren die politisch Verantwortlichen der Parteien in den Ressorts Wissenschaft, Technik und Gesundheit, die uns für Gespräche zur Verfügung standen. Mangelndes Interesse für das Instrument BK orteten auch die Veranstalter im Vorfeld der Veranstaltung. Der Versuch der Veranstalter, prominente Unterstützung für das Projekt aus den Reihen der Politik zu finden, war von geringer Resonanz gekennzeichnet.

Man kann das geringe Interesse der Politik der Arbeitsüberlastung der Parlamentarier oder der Unverbindlichkeit des Verfahrens, also seiner mangelnden Institutionalisierung zurechnen und es dabei bewenden lassen. Wir wollen jedoch die Frage aufnehmen, welchen Sinn und welchen Nutzen die von uns befragten PolitikerInnen einer BK zuschreiben und welche Kommunikationschancen sich daraus ergeben.

**welche Funktionen
werden BK's von
PolitikerInnen
zugeschrieben?**

Wenn man sich vor Augen führt, welche Funktionen diese PolitikerInnen (vorwiegend die Wissenschaftssprecher der Parteien) einer BK zuschreiben, wird deutlich, warum dieses Verfahren wenig Interesse hervorrufen muss. Im Wesentlichen beschränkt sich der Nutzen einer BK demzufolge auf drei Funktionen: 1) die Lösung lokaler Probleme (z. B. Raumplanung) 2) die Erhebung einer Bürgermeinung zu einem bestimmten Thema und 3) die Aufklärung der Bevölkerung zum Zweck der Akzeptanzerhöhung (z. B. für technologische Innovationen).

**Lösung lokaler
Probleme**

Im ersten Fall (lokale Probleme) muss (nicht nur) für die Politik unklar bleiben, worin der Mehrwert einer BK gegenüber anderen Formen lokaler Partizipation besteht (z. B. Planungszelle). Versteht man auf diese Weise die BK als eine Art Bürgerinitiative, dann ließe sich höchstens die zu breite Themenstellung kritisieren, die Notwendigkeit der Etablierung eines neuen Instruments bliebe jedoch fragwürdig.

Im zweiten Fall („Meinungsumfrage“) müssen entsprechende Erwartungen ebenfalls enttäuscht und das Interesse gering bleiben. Schließlich gibt es weit effektivere Verfahren (wie z. B. repräsentative Meinungsumfragen), um die Politik über Stimmungen und Einstellungen in der Bevölkerung zu informieren. Jene Politiker, die die BK als eine Form der Meinungsumfrage begreifen, müssen natürlich die mangelnde Repräsentativität kritisieren und darüber den Sinn einer solchen Veranstaltung grundsätzlich in Frage stellen. Eine solche Fundamentalkritik wird in der folgenden Interviewpassage formuliert:

„Wenn ich wissen will, was zwölf Leute darüber denken, kann ich in jeden beliebigen Hörsaal der Universität Wien gehen. Wenn nun ein Meinungsforschungsinstitut beauftragt wird, dann macht das eine repräsentative Auswahl, da zieht es dann Leute heraus, die treffen sich zu Wochenenden mit ihnen. Also mir scheint das bei der BürgerInnenkonferenz nach dem Motto „Wir haben sehr viel Geld und jetzt schauen wir mal, wie wir es verwenden können“ zu laufen; nur um zu erfahren, was zwölf, zwanzig oder hundert Leute über Forschung und Wissenschaft denken oder über „Genetische Daten – woher, wohin, wozu“, genügt es eigentlich, wenn man aus der Zeitungsdatenbank der APA die Artikel des letzten Jahres und die Leserbriefe dazu nimmt, da hat man sicher mehr Material.“ (H 31/714)

Aus dieser Perspektive erscheint die BK als ein methodisch fehlgeleitetes Experiment, auf eine Weise Daten zu erheben, die mittels standardisierter bzw. etablierter Verfahren (wie Meinungsumfragen oder Fokusgruppen) besser, zuverlässiger und billiger hätten erhoben werden können.

Zu einer ähnlich negativen Beurteilung des Verfahrens müssen jene Politiker (bzw. Experten) kommen, die den Sinn einer BK in der Aufklärung der Bevölkerung zum Zweck der Akzeptanzerhöhung sehen. Diese Position kann sich in wesentlichen Punkten mit der zuletzt beschriebenen treffen, muss es aber nicht. Stärker als im zweiten Fall geht es hier um eine aktive Politik zugunsten der Ermöglichung und Forcierung technologischer Innovationen. Die BK dient hier als eine Aufklärungskampagne, um die Bereitschaft einer – so die Unterstellung – ungenügend informierten Bevölkerung für technische Innovation zu steigern. Die BK dient demnach der Analyse dessen, was die Laien bewegt, um in einem zweiten Schritt eine entsprechende Kampagne aufzusetzen. Ein Politiker hat es so formuliert:

„Man nimmt eh nur strittige Themen für eine BK, also Sachen, wo man einen Durchbruch erzielen will. Wenn man nicht einer bestimmten Sache einen Durchbruch, eine Veränderung erzielen wollte, würde man ja keine BK veranstalten, oder?“ (P22/4)

In diesem Verständnis reicht eine BK allein allerdings nicht aus. Sofern die Aufklärung der BürgerInnen letztlich auf Akzeptanzerhöhung gerichtet ist, bleibt eine BK allein unzureichend. Nach der BK, einer Phase der Orientierung für die Laien und der Orientierung der Politik über Meinungen und Einstellungen der Laien, muss es eine Phase der gezielten Aufklärungs- bzw. Imagekampagne geben. Für Public Awareness, so ein Politiker, sei eine BK einfach zu wenig. Um einen Bewusstseinswandel herbeizuführen, müsse sich an den Dialog eine „Einwegkommunikation“ anschließen. Die BK allein könne kein neues Bewusstsein schaffen, weil die sehr begrenzte Zahl der Laien keine Breitenwirkung entfalten kann. Versteht man die BK als integralen Bestandteil einer Public-Awareness-Kampagne ergeben sich ähnliche Probleme der Repräsentativität wie wir es bereits im letzten Fall beobachtet haben.

Obwohl aus der Politik vereinzelt auch wohlmeinende Töne zu vernehmen sind, die den Wert einer BK als individuelle Information für die Parlamentarier betonen oder als Denkanregung zum Weiterentwickeln von Ideen, ergibt sich aus den dargestellten Funktionszuweisungen an die BK ein zentraler Ein-

Meinungserhebung

Aufklärung zur Akzeptanzerhöhung

Vorwurf der mangelnden Repräsentativität

wand, und der bezieht sich auf die mangelnde Repräsentativität des Verfahrens. Erst ein Verständnis von BK, das dieses Verfahren nicht auf die Funktion der Meinungsumfrage oder der Laienaufklärung verkürzt, sondern einen wenigstens fiktiven Entscheidungsbezug der BK in Rechnung stellt, kann diesen Vorwurf entschärfen. Demnach müsste man aber den Nutzen der BK auf politischer Ebene in erste Linie in der Antwort auf die Frage suchen, wie Laien, die in Kommissionen diskutieren, entscheiden – und zwar alternativ zu Experten.

**Schlüsselfunktion
der Medien für die
Etablierung von BK's**

Die Einführung und Etablierung der BK im politischen Raum ist ein langwieriger Prozess. Eine BK liefert keinen direkten Input für Diskussionen oder Entscheidungen im Parlament. Das wäre eine völlig illusorische Vorstellung. Selbst die Bioethikkommission des Bundeskanzlers – gewissermaßen das Komplement zu dieser BK auf Experten-Seite – liefert nur Empfehlungen und Stellungnahmen bei bestimmten politischen Entscheidungsnotwendigkeiten, ohne Garantie, dass diese Ergebnisse für die politische Entscheidung wirklich tragend werden. Nun stellt sich die Frage, auf welche Weise man die BK zu einem Ereignis machen könnte, das von der Politik auch zur Kenntnis genommen werden muss. Es wird die Vermittlungsfunktion der Medien sein, der man hier eine zentrale Bedeutung zurechnen wird. Gerade aufgrund der politischen Unverbindlichkeit des Verfahrens kommt der Politisierungskraft der Medien eine Schlüsselfunktion zu. Das heißt natürlich auch, dass man die BK gleichsam als eine politische Intervention von außen versteht. Alles andere wäre jedoch auch unrealistisch: Mit der Veranstaltung von BK's auf die Nachfrage aus der Politik zu warten, würde ein stark institutionenfixiertes Politikverständnis offenbaren. Eine „offizielle Einladung“ aus der Politik hätte letztlich zur Voraussetzung, was nicht zuletzt mittels der BK bewerkstelligt werden soll: Eine Änderung dessen, was man gemeinhin die politische Kultur nennt. Dass es im Kontext einer solchen Veränderung dann auch denkbar wäre, die BK in der Weise zu institutionalisieren, dass innerhalb des politischen Systems verpflichtende Räume geschaffen werden (wie z. B. Plenarsitzungen), ist sicher eine wichtige Orientierungsmarke für heutige Unternehmungen, aber nicht mehr.

5.10.5 Die Resonanz in der Wissenschaft

**Interesse an Konferenz
ausschließlich von
„Partizipationsprofis“**

Mit Blick auf die Themenstellung lassen sich zwei Ebenen der Resonanz in der Wissenschaft unterscheiden: Zum einen der Besuch und die Beachtung der BK durch die scientific community; gemeint sind damit jene Disziplinen, die mittelbar oder unmittelbar zum Thema Gendiagnostik, genetische Daten usw. arbeiten, also etwa Biologen, Genetiker, aber auch Politikwissenschaftler, Juristen, Soziologen usw. Hier lässt sich festhalten, dass offenbar fast ausschließlich „Partizipationsprofis“ auf der Konferenz anwesend waren, also jene Wissenschaftler, die ein professionelles Interesse an diesem Verfahren mitbringen. Einige von diesen haben betont, dass sie selbst meist nur über persönliche Kontakte oder über „Seitenkanäle“ (elektronische Newsletter, FWF usw.) von der BK erfahren haben. Auch in der TA, die traditionell am intensivsten mit derartigen Verfahren befasst ist, gab es keine Resonanz, wenn man von jenen wenigen Personen aus TA-nahen Institutionen absieht, die aus professioneller Neugier die öffentliche Konferenz als Besucher verfolgt haben. Ein Besucher aus diesem Kreis hat angemerkt, in seiner community sei es so gewesen, „als ob die BK nie stattgefunden habe“. Auch in entsprechenden TA-Publikationen hat das Verfahren bisher keinen Niederschlag gefunden. Andere haben bemerkt, dass in ihrem Kreis ein gewisser Argwohn gegenüber der Veranstaltung bestanden habe, weil die BK vom RFT veranstaltet wurde – das Misstrauen bestand gegenüber dem gesamten Setting (sowohl RFT als auch comma), ein Punkt, der bereits erwähnt wurde (vgl. Kap. 5.2). Auffällig daran ist also, dass auch das einschlägige berufliche Umfeld der Besucher wenig Interesse zeigte.

Nicht nur comma, sondern auch den Mitgliedern der Arbeitsgruppe ist es offensichtlich nicht gelungen, eine entsprechende Aufmerksamkeit in ihrer community zu erzielen.

Zweitens: Aufgrund der Themenstellung ergibt sich prinzipiell eine denkbare Relevanz der BK für das Anwendungsfeld der humangenetischen Beratung. Hier haben Experten angemerkt, dass die BK für die Diskussion um Beratungskonzepte keine Rolle spielen wird, weil der Stand der humangenetischen Beratungspraxis fortgeschrittener und reflektierter ist, als dies die Stellungnahme der Laien dokumentiere. Die BK nutze darüber hinaus auch wenig als Informationsquelle über die Meinungen der Laien, weil der humangenetische Berater ohnehin in Kontakt mit „Laien“ (Klienten) stehe und daher deren Meinung kenne. Diesbezüglich darf man allerdings zu bedenken geben, dass die Laien der BK – anders als die Klienten in der Praxis – „interesselose“ Laien sind, also prinzipiell anregende Diskussionen erwartbar gewesen wären.

**keine Relevanz der BK
für die Humangenetik**

5.10.6 Anforderungen an die Medienarbeit

Eingangs wurde betont, dass die Öffentlichkeitsarbeit die Besonderheit des Verfahrens und seines gesellschaftspolitischen Kontextes in Rechnung stellen muss. Was heißt das? Erstens bedeutet dies, dass sich aufgrund einer politischen Situation, in der partizipativen Verfahren von sich aus kein großes Gewicht beigemessen wird, den Medien für die Resonanz solcher Verfahren eine besondere Bedeutung zukommt. Es ist zu konstatieren, dass eine BK – durchaus mit Blick auf ähnliche Veranstaltungen in der Schweiz und Deutschland – nicht allein vermittels ihres demokratiepolitischen Anspruchs ausreichend mediale Resonanz zu erzeugen imstande ist. Sie ist an sich ganz offensichtlich noch kein Event. Es gibt für die maßgeblichen Akteure in Politik, Wissenschaft und Medien keinen subtilen oder manifesten Zwang, von einer derartigen Veranstaltung Kenntnis zu nehmen oder sich mit deren Ergebnissen auseinander zu setzen.

**mediales Interesse an BK
kann nicht vorausgesetzt
werden**

Zweitens heißt dies, dass eine BK in Österreich ein weithin unbekanntes Verfahren ist, das zum einen vielfältige und z. T. widersprüchliche Ziele auf sich vereinigt, und dem zum anderen mit entsprechendem Unwissen oder bestimmten Vorurteilen begegnet wird. Diese gilt es im Diskurs mit den maßgeblichen Akteuren aus Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit auszuräumen. Es muss also im Vorfeld der Veranstaltung verstärkt darum gehen, die Zielvorstellungen zu kommunizieren, die im konkreten Fall mit einem derartigen Verfahren verbunden sind.

**Sinn und Zweck
einer Konferenz muss
kommuniziert werden**

Daraus und aus der oben geleisteten Analyse der Defizite der BK ergeben sich einige Anforderungen an die Organisation einer zukünftigen BK. Zum einen kann die Bedeutung der Medien für eine Profilierung der BK nicht genug betont werden. Daraus ergibt sich auch das Gebot einer thematischen Aktualität und Fokussierung. Eine BK muss an eine bestehende Diskussion angebunden werden, dort aber eigene Leistungen aufzeigen (z. B. in Form präziser Fragestellungen, Thematisierung von Widersprüchen usw.).

**Notwendigkeit
der Anbindung an
bestehende Diskussionen**

Speziell für die Medienarbeit lassen sich aus den Erfahrungen von comma zwei Schlussfolgerungen ziehen. Erstens: Comma ist es gelungen, eine recht enge Kooperation mit dem ORF und der APA aufzubauen. Es ist essentiell, bereits vor der Konferenz Kontakte und ein Interesse für das Thema herzustellen. Die hohe Resonanz bei der APA lässt sich auf Kontakte zurückführen, die es bereits vor der Konferenz zum zuständigen Redakteur gab. Die Kooperation mit dem ORF hat sich in Bezug auf die Publizität der BK als ambivalent herausgestellt. Einerseits war die Resonanz im österreichischen Radio (Ö1) recht hoch, zumin-

**gute Kooperation
mit dem ORF**

Zusammenarbeit mit Zeitungen ist notwendig

aktiver Einbezug der Medien in die Vorbereitung

eigene Homepage für das Verfahren notwendig

dest im Vergleich zu den Printmedien. Dies erklärt sich nicht zuletzt aus dem persönlichen Kontakt zwischen Veranstalter und der verantwortlichen Wissenschafts-Journalistin. Gleichzeitig hat die Dominanz des ORF eher noch den Eindruck auf Seiten der Vertreter der Printmedien verstärkt, dass das Thema schon „besetzt“ sei. Es bedarf also der Zusammenarbeit mit Leuten aus unterschiedlichen Medien, insbesondere den einflussreichen Zeitungen. Aus diesem Spektrum von Presse und Rundfunk gilt es, eine ausgewählte, beschränkte Zahl von Wissenschaftsredakteuren zu betreuen. Zweitens: Eine Erfolg versprechende Art und Weise der Medienbetreuung könnte in der Durchführung von Workshops bestehen. Auf diesen Workshops müssen vor allem Absichten und Zielvorstellungen BK thematisiert werden. Es wäre auf diese Weise möglich, ausgewählte MedienvertreterInnen aktiv in den Vorbereitungsprozess einzubeziehen, nicht zuletzt um die BK auch zu einem Projekt für die Medien zu machen. Die Medienvertreter müssten die Gelegenheit bekommen, selbst offene Fragen auszuarbeiten (nach dem Motto: Was ist für euch an dem Thema bzw. an dem Verfahren interessant? Auf welche Weise kann sich ein News-Wert ergeben?).

Schließlich bleibt noch zu erwähnen, dass ein solches Projekt wie die BK sicher eine eigene Homepage braucht. Die fehlende Informationspolitik über das Internet (keine eigene Homepage für dieses Projekt) muss als eine wesentliche Zugangshürde gewertet werden und stellt zum Öffentlichkeitsanspruch des Verfahrens einen eigenartigen Widerspruch dar. Die Einrichtung einer professionellen Homepage ist ein wichtiger Budgetposten, der bei der Finanzierungsplanung berücksichtigt werden müsste.

5.10.7 Zwischenfazit

gute Resonanz im ORF, geringe in den Zeitungen

neues Verfahren ist nicht automatisch ein Medienthema

Sinn und Zweck des Verfahrens muss kommuniziert werden

Medien sind die zentrale Vermittlungsinstanz der Bedeutung einer BK. Insofern ist mediale Resonanz wichtiger als alles andere – auf politische Resonanz darf man ohne mediale ohnehin nicht hoffen. Wenn man ähnliche Veranstaltungen im Ausland zum Vergleich nimmt, muss man der österreichischen BK insgesamt eine geringe Resonanz in den Printmedien bescheinigen, trotz durchaus intensiver Pressearbeit. Der achtenswerten Resonanz im österreichischen Rundfunk und Fernsehen steht ein auffälliges Desinteresse der großen Zeitungen gegenüber. Die verstärkte Integration und „Betreuung“ einiger weniger Journalisten von einflussreichen Printmedien wäre ein gangbarer Weg zur Verbesserung der Resonanz. Unrealistisch war wohl die Annahme, dass die Sache interessant sei, weil es dabei um ein neues Verfahren geht. Im Gegensatz dazu schien aber das Thema für die Medien im Vordergrund zu stehen, und da wurde kein aktueller Handlungsbedarf gesehen bzw. war das geringe bestehende Interesse bereits durch andere Veranstaltungen wie den Diskurstag abgedeckt worden. Das Verfahren selber war eher uninteressant; es hatte keine Konturen bekommen, die es für die Medien interessant gemacht hätte. Vor diesem Hintergrund ist es ganz entscheidend, dass die die mit der BK verbundenen Absichten und Zielvorstellungen präzisiert und kommuniziert werden, z. B. in Form von Workshops mit Medienvertretern aus Rundfunk und Printmedien.

5.11 Die Kosten der österreichischen BürgerInnenkonferenz

Die österreichische BK wurde vom RFT in Auftrag gegeben und mit einer Gesamtsumme von € 153.000 gefördert. Die gesamten Sachkosten der Konferenz betragen rund € 100.000. In diese Summe sind unterschiedliche Posten wie die Übernachtungen für das Laienpanel, Reisekosten, Kosten für die Stichprobenziehung, Bücher und Beratung oder die Moderation und die Räumlichkeiten einkalkuliert. Die vom RFT finanzierten Personalkosten der Agentur beliefen sich auf rund € 53.000. Im Verlauf der BK sind die Personalkosten durch eine gewisse Unterschätzung der realen Vorlaufzeit und die Dehnung des Zeitplans signifikant überschritten worden. Es hat sich herausgestellt, dass mit einer Vorlaufzeit von mindestens einem Jahr zu rechnen ist – v. a., wenn man die gesamte Infrastruktur erst einmal aufbauen muss.

BK war teurer als erwartet

Für einen internationalen Vergleich muss man die Unterschiede in den Kostenaufstellungen berücksichtigen. So wurde etwa bei der ersten britischen Konsensuskonferenz im Jahre 1994 zum Thema Pflanzenbiotechnologie, die rund € 140.000 gekostet hat, eine Evaluation mit € 30.000 berücksichtigt. Die erste BK in den Niederlanden kostete ca. € 170.000. Im Fall der deutschen BK „Streitfall Gendiagnostik“ im Hygiene-Museum Dresden, ergab sich eine erhebliche Differenz zwischen den realen Projektkosten von € 189.000 (incl. Evaluation) und der Gesamtfördersumme von € 138.000; diese Differenz von € 51.000 (Personalkosten) musste durch das Hygiene-Museum gedeckt werden (Zimmer 2002: 34f.). Das erste PubliForum zum Thema „Strom“ in der Schweiz hat rund € 240.000 gekostet, ohne Evaluationskosten (Enderlin Cavigelli/Schild 1998). Das aktuelle PubliForum „Forschung am Menschen“, das im Jänner 2004 in Bern von der TA Swiss organisiert wurde, belief sich auf etwa € 220.000, davon etwa € 120.000 Sach- und € 100.000 Personalkosten. Im Gegensatz zu allen anderen Ländern muss dabei in der Schweiz die Simultanübersetzung in drei Sprachen mit etwa € 30.000 berücksichtigt werden. Wenn man jetzt noch weiche Faktoren ins Feld führt, wie z. B. „versteckte Kosten“ (etwa in Form nicht vergüteter Überstunden), wird deutlich, wie schwierig sich ein monetärer Vergleich von BK's gestaltet. So ist etwa auch – aufgrund der unterschiedlichen Institutionalisierungsformen und damit unterschiedlicher Kostenstrukturen – der Vergleich der Personalkosten nicht aussagekräftig. Der Übersichtlichkeit halber sei mit den genannten Einschränkungen hier dennoch eine knappe Kostentabelle aufgelistet.

Kosten im internationalen Vergleich

*Tabelle 5.11-1: Kosten von BKs in Europa (in €),
incl. Personalkosten, excl. Evaluation*

Schweiz	220.000
Niederlande	170.000
Deutschland	165.000
Österreich	150.000
Großbritannien	140.000

Die Kosten in den angeführten europäischen Staaten bewegen sich demnach innerhalb einer Spannweite von rund € 140.000 bis 220.000. Im internationalen Vergleich liegt Österreich mit einer Summe von rund € 150.000 für eine BK im unteren Bereich – mit allen oben genannten Vorbehalten (unterschiedliche Institutionalisierungsformen, unterschiedliche Sachkosten). Die Evaluationen all dieser Konferenzen bewegen sich zwischen € 25.000 und 30.000. Es lässt sich festhalten, dass für die Durchführung einer BK in Österreich –

Österreich im unteren Bereich

**bei der nächsten
Konferenz ist mit
Mehrkosten zu rechnen,
langfristig mit einer
Kostensenkung**

stellt man etwa einen professionalisierten Vorlauf oder die genannten Workshops mit Medienvertretern in Rechnung – ein höherer Betrag erforderlich ist. Eine Summe von € 200.000 würde etwa den Kosten in der Schweiz entsprechen, was – trotz des Unterschieds im Preisniveau zwischen den beiden Ländern – insofern realistisch ist, als hier die größere Routine der Schweizer mit diesem Verfahren zu berücksichtigen ist. Wenn eine BK also von einer diesbezüglich noch unerfahrenen Organisation durchgeführt wird, ist mit entsprechenden Mehrkosten zu rechnen. Man kann aber davon ausgehen, dass langfristig geringere Kosten zu veranschlagen sein werden. Erfahrene gehen Beobachter davon aus, dass die Höhe der Kosten prinzipiell mit der Routine der Organisation und der institutionellen Einbettung korreliert (Joss 2000: 47). Kurz: Einerseits wird man auch bei einer nächsten BK in Österreich im Sinne einer Professionalisierung mit Mehrkosten rechnen müssen; andererseits ist zu erwarten, dass mit steigender Erfahrung die Kosten sinken werden. In jedem Fall bedarf es einer intrinsischen Motivation und des Engagements der Organisation, um eine BK zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Dies zeigen nicht nur die Erfahrungen aus dem Ausland, sondern eben auch das österreichische Beispiel. Nachträglich ergibt sich der Eindruck, dass der tatsächliche personelle, zeitliche und damit finanzielle Aufwand zunächst unterschätzt worden war; ein Fehler, der häufig bei erstmaligem Abhalten einer Konsenskonferenz oder ähnlicher partizipativer Verfahren auftritt (Simon Joss, persönliche Mitteilung).

Am Rande sei erwähnt, dass sowohl in der Schweiz wie auch bei der ersten BK in Deutschland von den Besuchern der zweitägigen öffentlichen Diskussion Eintritt verlangt wurde, in Deutschland pro Tag rund € 20 (mit der offiziellen Argumentation, dass Wissenschaftstagungen eben etwas kosten, und dass das, was gratis ist, als wertlos angesehen wird), in der Schweiz pro Tag 30 Franken (hier wird der Eintritt mit dem bereit gestellten Essen und dem Aufwand für die Übersetzung begründet). In Österreich wurde kein Eintritt verlangt, was aber keinen Einfluss auf die Beteiligung hatte. Die Frage des Eintritts ist wohl als eher sekundär anzusehen, zumal auch mit einem entsprechenden Verwaltungsaufwand zu rechnen ist.

6 Fazit und Ausblick

Die Durchführung der österreichischen BK „Genetische Daten“ war in mehrerer Hinsicht ein wichtiges Experiment. Sie bietet ein reichhaltiges Anschauungsmaterial für die Beantwortung wichtiger Fragen in Zusammenhang mit partizipativen Verfahren in Österreich. An erster Stelle steht hier die pragmatische Frage: *Funktioniert eine BK auf nationaler Ebene in Österreich?* In Bezug auf die konkrete Übersetzung des dänischen Modells der Konsensuskonferenz stellt sich weiters die Frage: *Welche Probleme lassen sich beim Import eines solchen Modells nach Österreich erkennen?* Mit Blick auf die Konzeptionalisierung der BK und die operative Ebene fragt sich natürlich: *Welche Fehler hat man gemacht und welche Lerneffekte ergeben sich daraus?* Und schließlich, mit der Diskussion um die Stärken und Schwächen dieser BK, lässt sich eine Debatte anstoßen über die zentrale Frage: *Welche Perspektiven hat dieses Modell von BürgerInnenbeteiligung in Österreich?* Oder vereinfacht gesagt: *Wie weiter?* (Diese letzte Frage werden wir im zweiten Kapitel dieses Teils aufnehmen.)

Bevor wir im nächsten Kapitel auf diese Fragen eingehen und eine Zusammenfassung unserer Analyseergebnisse präsentieren, werden wir im ersten Schritt eine Frage aufnehmen, die gerade vor dem Hintergrund der schwachen Resonanz auf die österreichische BK gar nicht so banal sein mag, wie sie klingt: *Wozu Partizipation?*

Es gibt heute keine stichhaltigen Einwände gegen Partizipation als Form der Politikberatung als solche. Zwar kann und muss die konkrete Durchführung der österreichischen BK kritisiert werden; es gibt jedoch keine tragfähigen Alternativen zu diesem Experiment. Schließlich registriert die Politik heute – im Zeitalter fundamentaler Moralkontroversen im Bereich der Bioethik sowie anhaltender Risikokonflikte – neuartige Entscheidungszwänge bei sich gleichzeitig verschärfenden Steuerungskrisen und erhöhten Legitimitätsansprüchen. Die Berufung der Politik auf ExpertInnenwissen reicht heute nicht mehr aus, um eine überlegene Rationalität staatlichen Handelns zu suggerieren. Gerade die öffentliche Problematisierung der TA durch ExpertInnen bringt partizipative Verfahren ins Gespräch. Insofern muss die österreichische BK als ein wichtiger Beginn gewertet werden.

6.1 Schlussfolgerungen

Um die erst genannte – und einfachste – Frage vorweg zu nehmen: Das Verfahren „BK“ hat funktioniert, zumindest in dem Sinne, dass die österreichische BK zu einem Ende und ein Endprodukt zustande gebracht wurde, und zwar trotz des ökonomischen Engpasses, der dem Veranstalter entstanden war.

In Bezug auf die zweite Frage, den Import des Modells „BK“ nach Österreich, lassen sich besondere Schwierigkeiten ausmachen, mit denen die Veranstalter insbesondere im Vorlauf der BK – nämlich bei ihrem Versuch, eine UnterstützerInnen-Plattform aufzubauen bzw. bei der Auswahl von Auskunftspersonen für die öffentliche Konferenz – konfrontiert waren. Ein Grund für derartige Schwierigkeiten mag sein, dass in einer stark neo-korporatistisch geprägten politischen Kultur die Idee, Laien ohne „Mandat“, also ohne formelle Entsendung seitens einer Interessenvertretung, könnten sich öffentlich über technologiepolitische Fragen äußern, als absurd angesehen wurde. Desgleichen stößt man offensichtlich mit der Vorstellung, es gebe so etwas wie einen Mehrwert

die BK war ein wichtiges Experiment

Bedeutung der Partizipation

die BK hat „funktioniert“

Schwierigkeiten des Imports von partizipativen Verfahren

	<p>der TA durch informierte Laien, in der Politik noch vorwiegend auf ungläubige Ablehnung. BK's nach dänischem Muster sind in allen Ländern Importprodukte, und das zugrunde liegende Modell ist nicht einfach in andere Kontexte übertragbar, sondern erfordert eine Adaptierung nach politischem und, kulturellem Kontext. In Österreich sind allerdings die Bedingungen für eine Übernahme schwieriger als in manchen anderen Ländern, vor allem solchen mit einer etwas weniger hermetischen politischen Kultur (vgl. dazu auch Kap. 3).</p>
<p>Stärken und Schwächen der österreichischen BK</p>	<p>Die dritte Frage ist in unserem Zusammenhang sicher die wichtigste: Welche Stärken und welche Schwächen charakterisieren diese österreichische BK, und welche Lerneffekte ergeben sich daraus? Vor einer Klassifizierung der wichtigsten Stärken und Schwächen wollen wir – gemäß der Chronologie unserer Analyse in Kap. 5 – die wichtigsten Meilensteine der BK kurz charakterisieren.</p>
<p>fehlende Klärung der Zielvorstellungen</p>	<p>Zielvorstellungen: Die BK war vom Veranstalter nicht als wissenschaftliches Projekt aufgesetzt worden, eine Klärung der zugeordneten Funktion sowie der sich daraus ergebenden operativen Aufgaben wurde daher nicht geleistet. Auch von Seiten der Arbeitsgruppe wurde dies nicht zum Gegenstand weiterführender Diskussionen gemacht. Eine solche Klärung der Zielvorstellungen ist jedoch insofern unabdingbar, als partizipative Verfahren ganz unterschiedlichen Zielen dienen können und sich aus unterschiedlichen Zielorientierungen auch ganz verschiedene Anforderungen an die Organisation ergeben. Die Erfolgskriterien der Veranstaltung blieben daher recht diffus, andererseits wurden sie auch bescheiden im Sinne eines operativen Pragmatismus – die bloße Abhaltung der Konferenz galt bereits als ein Erfolg.</p>
<p>Vorwurf mangelnder Glaubwürdigkeit als Belastung für Verfahren, durch Verfahren nicht bestätigt</p>	<p>Glaubwürdigkeit der Veranstalter: Die BK wurde im Kontext einer Werbekampagne zur Innovationsförderung durchgeführt. Gegenüber der PR-Agentur als Veranstalterin wurde zeitweise der Vorwurf der Unglaubwürdigkeit erhoben. Diese Vorbehalte wirkten sich auf den Fortgang und den Erfolg der BK belastend aus. Der Vorwurf beruhte auf der Annahme, aufgrund ökonomischer Motive komme es zu Beeinflussungen oder Einseitigkeiten; dies lässt sich durch den Ablauf der BK nicht begründen. Da es also – bei entsprechender Rollenaufteilung – gegen die operative Beteiligung einer PR-Agentur an einer BK keine prinzipiellen Einwände gibt, muss man in Zukunft – sofern schon frühzeitig Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Veranstalters geäußert werden – auf eine noch sorgfältigere Kommunikation des Vorhabens, seiner Funktion und Ziele sowie der unterschiedlichen Rollen der Beteiligten im Vorfeld achten. Einfacher wäre es, wenn eine angesehenere öffentliche Institution als letzter verantwortlich in Erscheinung treten würde.</p>
<p>diffuses, wenig aktuelles Thema</p>	<p>Themenwahl: Das Thema war diffus („Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“), die Laien hatten erhebliche Schwierigkeiten, daraus relevante Fragestellungen zu schmieden. Ein konkretes, entscheidungsrelevantes und politiknahes Thema wäre angemessener gewesen, nicht nur im Hinblick auf die mediale Resonanz, sondern auch mit Rücksicht auf den experimentellen Status der BK in Österreich – da es auch darum ging, das Verfahren zu etablieren, war die doppelte Bürde der Lancierung eines Themas und eines Verfahrens zu schwer.</p>
<p>ausgewogene Laienauswahl</p>	<p>Laienauswahl: Die Laienauswahl wurde sehr sorgfältig und – soweit möglich – nach Gesichtspunkten der Repräsentativität durchgeführt. Das Laienpanel war einerseits in Bezug auf das Meinungsspektrum ausgewogen zusammengesetzt; andererseits gelang es, eine Gruppe zusammen zu stellen, die zu konstruktiver Gruppenarbeit im Stande war. Der oft erhobene Vorwurf, eine Gruppe von nur zwölf Personen sei notwendigerweise nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, beruht auf einem Missverständnis: Eine BK will in der Regel die Artikulation alternativer Sichtweisen und Wertvorstellungen organisatorisch ermöglichen. Das Laienpanel kann und soll nicht politisch entscheiden.</p>

ExpertInnenauswahl: Nur ein kleiner Teil der theoretisch verfügbaren ExpertInnen war der BK gegenüber aufgeschlossen. Auf sozialwissenschaftlicher Seite standen nicht genügend ExpertInnen zur Verfügung, von denen man erwarten konnte, dass sie kontrovers argumentieren. Für zukünftige Veranstaltungen sollte deshalb ein Thema gewählt werden, für das in Österreich eine ausreichende Zahl von ExpertInnen mit unterschiedlichen Positionen zur Verfügung stehen. Andernfalls müssen sich die Veranstalter die Option frei halten, ExpertInnen aus dem (deutschsprachigen) Ausland zu verpflichten. Es ist nicht vertretbar, aus Kostengründen Kompromisse bezüglich der Meinungsvielfalt einzugehen.

**kein Geld
für notwendige
(ausländische) Expertise**

Raumwahl: Die Infrastruktur des gewählten Orts für die öffentliche Konferenz (Radiokulturhaus) ist zwar sehr gut, im Hinblick auf die prinzipiell erwartbare Besucherzahl war der große Sendesaal jedoch eindeutig zu groß. Die gewählte Sitzanordnung wäre für einen konfliktorientierten Diskurs zwischen Laien und Experten durchaus geeignet gewesen. Die Rolle des Publikums muss von vornherein geklärt werden.

**viel zu großer
Veranstaltungsraum**

Wissensvermittlung: Der Wert einer BK bemisst sich immer auch daran, inwiefern es gelungen ist, das Laienpanel so weit mit dem Sachstand vertraut zu machen, dass eine informierte Bewertung möglich wird. Es lässt sich festhalten, dass sich der Wissenstand der BürgerInnen über die gesamte Laufzeit der BK hinweg substantiell verbessert hat.

**substanzieller
Wissenszuwachs**

Meinungsbildung: Der Prozess der Meinungsbildung war schon früh – mit der Formulierung von Fragen an die ExpertInnen – weitgehend abgeschlossen. Dies erklärt sich aus der Fixierung der Laien auf Sachfragen und die weitgehende Vermeidung von ethischen Fragen. Neben der starken Orientierung auf einen Gruppenkonsens waren die weitgehende Arbeitsteilung und das knappe Zeitbudget weitere Faktoren, die den Prozess der Meinungsbildung in einen Prozess der Informationsgewinnung und der Auseinandersetzung mit kognitiven Aspekten des Themas transformiert haben.

**auf Sachfragen fixierter
Meinungsbildungsprozess**

Interaktion zwischen Laien und ExpertInnen: Auf der Konferenz ergab sich eine sehr schematische Kommunikation. Dieser formale „Befragungs-Charakter“ der BK war ein Grund (unter anderen) dafür, dass kontroverse, moralisch aufgeladene oder in anderer Hinsicht weiter führende Diskussionspunkte vermieden wurden. Ethische Aspekte wurden in die Pausengespräche verbannt.

**keine lebhaften
Diskussionen auf der
öffentlichen Konferenz**

Moderation: Die Moderation hat eine gute Gruppendynamik ermöglicht und das Prinzip der Neutralität beherzigt. Eine willentliche Beeinflussung der Laien kann der Moderation nicht vorgeworfen werden. Allerdings wurde Neutralität streckenweise mit „Unsichtbarkeit“ der Moderation gleichgesetzt. Daher konnten offensichtliche Inszenierungen von Konsens seitens der ExpertInnen während BK nicht aufgebrochen werden. Außerdem stand die pädagogisch-gruppendynamische Orientierung so weit im Vordergrund, dass die Gruppenharmonie als Selbstzweck erschien. Für eine BK sollte ein(e) ModeratorIn ausreichen. Wir plädieren weiters für eine klare Trennung zwischen Moderator und Projektmanager. Die Doppelrolle als Projektmanager und Moderator ist letztlich – und ungeachtet der persönlichen Qualitäten – nicht optimal, weder für die Arbeit mit der Gruppe noch für den Output.

**Gruppendynamik
als Selbstzweck**

**problematische
Doppelrolle**

Stellungnahme: Die Bewertung der Stellungnahme ergibt sich aus der jeweiligen Funktionszuschreibung; diese war allerdings unklar, was eine Bewertung erschwert. Unter den Vorzeichen von PUS ist das Votum einigermaßen geglückt. In Bezug auf weitergehende Ansprüche weist die Stellungnahme der Laien erhebliche Defizite auf. Es finden sich keine Anhaltspunkte dafür, was die spezifische Eigenleistung der Laien im Prozess der BK charakterisiert. So fehlt in dem Bürgervotum die Dokumentation der Entwicklung der Positionen

**wenig bemerkenswerte
Stellungnahme**

**geringe Resonanz in
den Printmedien und in
der Politik**

(sowie eine Reflexion auf den auffallenden Konsens der BürgerInnen in allen Punkten). Es findet sich außerdem keine Reflexion des gruppeninternen Diskussionsprozesses. Inhaltlich werden keine alternativen Wertorientierungen zum Ausdruck gebracht; die Forderungen werden argumentativ nicht entwickelt und bleiben über weite Strecken pauschal.

Resonanz: Es fällt auf, dass die mediale Resonanz insbesondere bei den Printmedien, als „Barometer“ der Reaktion in der Öffentlichkeit verstanden, eher gering war, während der ORF offenbar etwas responsiver war. Trotz einiger ausführlicher Hörfunk-Sendungen und eines Fernsehberichts in der ZiB 2 ist festzustellen, dass die Resonanz gerade in den Printmedien, aber auch in der Politik und in der Wissenschaft enttäuschend war. In Bezug auf die Medien wäre die verstärkte „Betreuung“ einiger weniger Journalisten aus einflussreichen Printmedien ein gangbarer Weg zur Verbesserung der Resonanz. Vor dem Hintergrund eines offensichtlichen Desinteresses am Instrument „BK“ ist es ganz entscheidend, dass die mit der BK verbundenen Absichten und Zielvorstellungen präzisiert und kommuniziert werden, z. B. in Form von Workshops mit Medienvertretern aus Rundfunk und Printmedien.

Nach dieser inhaltlich-chronologischen Darstellung sollen die maßgeblichen Stärken und Schwächen der BK noch einmal in übersichtlicher Form dargestellt werden.

Stärken der BK

- Von Pragmatismus geprägte Zusammenarbeit von comma und Arbeitsgruppe im Hinblick auf eine möglichst reibungslose Durchführung der BK
- Nachvollziehbare und ausgewogene Auswahl der Laien
- Substantieller Wissenszuwachs bei den Laien
- Orientierung der Moderation am Prinzip der Neutralität
- Herstellung einer arbeitsfähigen Laiengruppe durch die Moderation
- Formulierung einer Stellungnahme durch das Laienpanel
- Glaubwürdigkeitsgewinn für die PR-Agentur mit der Durchführung der BK
- Erfahrungszuwachs für die Organisatoren mit dem unbekanntem Instrument „BK“
- Erfolgreiche Beendigung der BK trotz eines vergleichsweise knappen Budgets.

Schwächen der BK

- Fehlende konzeptionelle Debatte im Vorfeld, daher fehlende Klärung der Zielvorstellungen
- Fehlende Klarstellung der Rollenverteilung zwischen comma und Arbeitsgruppe von Beginn an
- Glaubwürdigkeitsprobleme des Veranstalters, die nicht konstruktiv angegangen wurden
- Diffuses, wenig aktuelles Thema
- Moderation: Gruppendynamik als Selbstzweck
- Keine klare Rollenverteilung zwischen Moderation und Projektmanager
- Kein Geld für notwendige (ausländische) Expertise
- Keine lebhaften Diskussionen auf der öffentlichen Konferenz
- Wenig bemerkenswerte Stellungnahme
- Geringe Resonanz in den Medien und in der Politik
- Vergleichsweise geringe Mittel für dieses Experiment.

Es bleibt zu betonen, eine BK kein „Selbstläufer“ ist. Es bedarf konzeptioneller Debatten, um ein entsprechendes Design zu entwickeln. Dies kann auch einschließen, die dieser konkreten BK zugrunde liegenden Selbstverständlichkeiten (wie den Begriff des Politischen oder den unscharfen Begriff der Demokratisierung) einer vertieften Diskussion zu unterziehen. Dass sich messbare Erfolge vorerst auf die Ebene eines organisatorischen Erfahrungszuwachses sowie wissenschaftsinterner Selbstverständigungsdiskurse über den Nutzen und die Optimierungspotentiale dieses Verfahrens beschränken (wovon die Existenz dieses Berichts zeugt), ist ein Ergebnis, mit dem sich der Sinn partizipativer Verfahren nicht in Frage stellen lässt, im Gegenteil. Uneingeschränkt positiv ist die Tatsache zu werten, dass eine solche BK in Österreich überhaupt statt gefunden hat. So merkt denn auch ein Experte in diesem Zusammenhang an:

„Also dass man überhaupt mal Erfahrungswerte mit der Konferenz gesammelt hat, finde ich mindestens so wichtig wie die konkreten Ergebnisse, die am Ende gestanden sind.“ (P10/731)

**eine BK braucht ein
genaues Konzept**

**mit der BK wurde ein
wichtiger Anfang
gemacht**

6.2 Wie weiter? Konkrete Empfehlungen

Nun zur Frage: Wie weiter? Geht man von der durchaus realistischen Annahme aus, dass partizipative Verfahren zukünftig auch in Österreich eine gewisse Bedeutung haben werden, erhebt sich die Frage, wie solche Verfahren sinnvoll in die öffentlich-politische Landschaft integriert werden können. Dazu ist es unabdingbar, sich über die möglichen Rollen klarer zu werden, die eine BK im politischen Prozess – im weiteren Sinne – unter österreichischen Gegebenheiten spielen kann. Es ist hier nicht der geeignete Rahmen, diese Frage endgültig zu beantworten. Wir wollen allerdings darauf hinweisen, dass eine derartige Diskussion im Vorfeld einer eventuellen Neuauflage eines solchen Verfahrens – zumindest informell – zu führen sein wird, um nicht Gefahr zu laufen, Fehler zu wiederholen.

Dazu gehört auch die Frage der institutionellen Anbindung. Eine echte Institutionalisierung mag ein Fernziel sein; für die nähere Zukunft ist jedoch davon auszugehen, dass jede österreichische BK einen experimentellen Charakter haben und institutionell in einem ähnlichen Format wie die hier thematisierte BK ablaufen wird. Es ist derzeit nicht zu erwarten, dass eine entsprechende Initiative aus der Politik kommen wird, da hier eher Vorbehalte zu bemerken sind. Das bedeutet aber nicht, dass der politische Konnex vernachlässigt werden dürfte, ganz im Gegenteil. Vielmehr muss es Aufgabe derjenigen (außerhalb der Politik) sein, die das Instrument befördern wollen, den politischen Rückhalt sicher zu stellen und auf die Suche nach politischer Unterstützung zu gehen. Ohne eine derartige Anbindung in Form politischer Protagonisten, die es sich zur Aufgabe machen, partizipativen Verfahren in Österreich zum Durchbruch zu verhelfen, dürfte es äußerst schwierig werden, einer BK zukünftig Interesse zu sichern und damit potenziell Einfluss zu verleihen. Das zeigt nicht nur die österreichische Erfahrung. Man muss also eine „Keimzelle“ interessierter Akteure mit Verbindung zur Politik bilden. Das bedeutet allerdings einen längeren zeitlichen Vorlauf (und mehr Mittel) für die organisatorische, konzeptionelle und Vernetzungs-Arbeit. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist die Wahl des Themas, des Zeitpunktes und des politischen Kontextes, an den ein derartiges Verfahren „andocken“ könnte. Es wäre empfehlenswert, zunächst eine Art „Mission Statement“ zu verfassen, in dem die möglichen Funktionen des Verfahrens nach Maßgabe des Themas und des Kontextes geklärt werden.

**Institutionalisierung
als Fernziel**

**nächste BK mit
ähnlichem Format
wie vergangene**

**politischer Rückhalt
ist wichtig**

„Keimzelle“ bilden

**zeitlicher Vorlauf für
organisatorische und
konzeptionelle Arbeiten**

Ein derartiges Statement wäre von der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe auszuhandeln und sollte möglichst themenbezogen und konkret sein. Es muss den Stand der Einführung des Verfahrens reflektieren, Stand und Stellenwert der öffentlichen Debatte entsprechen und – nicht zuletzt aus Gründen des Rückhalts – sich auf die Bedürfnisse der Politik beziehen.

**breite Trägerplattform
konstituieren**

Die angesprochene „Keimzelle“ (als Ausgangspunkt der Ideengenerierung und des Verankerungsprozesses in der Politik) sollte im Weiteren ein Teil der breiteren Trägerplattform werden. Die potenziellen Mitglieder dieser „Keimzelle“ sollten idealer Weise neben Interesse am Verfahren auch praktische Erfahrungen mitbringen bzw. eine Rolle für pTA in Österreich sehen. Die Trägerplattform sollte im Verlauf des Prozesses wachsen, nach Maßgabe des Fortschritts der Konkretisierung (z. B. wird eine bestimmte Themenwahl die Einladung bestimmter MinisterienvertreterInnen nach sich ziehen). Die Größe eines Laienpanels, also etwa zehn bis fünfzehn Leute, sollte dabei allerdings nicht überschritten werden. Als potenzielle Träger dieser Plattform bieten sich VertreterInnen aus dem universitären und außeruniversitären Bereich an (z. B. ÖAW, ARC Seibersdorf, WIFO, IHS usw.), ebenso VertreterInnen aus NGO's, den Sozialpartnern und den entsprechenden Ministerien.

**bei klarer
Rollenverteilung spricht
nichts gegen Beteiligung
einer PR-Agentur**

Wenn die hier untersuchte BK eines gezeigt hat, dann sicherlich die Notwendigkeit ausführlicher konzeptioneller Vorarbeit und der Unterstützung der Politik. Viele andere Probleme lassen sich auf diese Defizite zurückführen. Letztlich lässt sich erst in Bezug auf die Politik eine Funktionsbestimmung diskutieren, die auch realistisch ist. Zweitens lassen sich erst anhand klarer Zielvorstellungen die einzelnen Arbeitsschritte (wie die Auswahl von Laien, Experten, ModeratorInnen, Ablauf der öffentlichen Konferenz etc.) konzipieren. Wenn es eine klare Rollenverteilung zwischen Arbeitsgruppe und durchführender Institution gibt und diese im Vorfeld kommuniziert wird, ist auch die institutionelle Frage nicht mehr so brisant, weil die Glaubwürdigkeit nicht ständig auf dem Prüfstand steht. In diesem Fall spricht auch nichts gegen die Beauftragung einer PR-Agentur mit der operativen Durchführung einer BK, zumal unsere Analyse deutlich gemacht hat, dass der Vorwurf mangelnder Glaubwürdigkeit nach der Durchführung der BK nicht aufrecht zu erhalten ist. Comma war in besonderer Weise um Neutralität und Pluralismus bemüht. Nicht zuletzt Kostengründe sprechen für die Reaktivierung von vorhandenem Know-how: um das Rad nicht neu erfinden zu müssen, wäre für die nächste BK ein Rückgriff auf bereits erfahrene Akteure wichtig.

Empfehlungen

**Zielvorstellungen
präzisieren
(„Mission statement“)**

Eine BK ist kein Selbstläufer, sondern es braucht konkrete Zielvorstellungen, die im Vorhinein entwickelt werden müssen, um eine entsprechende Gestaltung zu ermöglichen. Die einzelnen Schritte (Auswahl des Themas, der Experten, der Moderation usw.) sind dann nichts anderes als Operationalisierungen eines solchen Zieles. Indem man sich von vornherein über das Konzept klar ist, werden die weiteren Planungen wesentlich erleichtert. Ein Mittel, um hierüber Klarheit zu erhalten, ist die Erarbeitung eines „Mission Statements“.

**Projektentwurf
entwickeln**

Auf dieser Basis lassen sich Zielvorstellungen und sich daraus ergebende Operationalisierungsschritte in einem detaillierten Projektentwurf entwickeln. Damit werden der Aufwand und das Zeitmanagement realistischer. Außerdem erhöht eine solche konzeptionell anspruchsvollere Projektbeschreibung die eigene Glaubwürdigkeit (wesentlich für die Funktion der Public Relation) und die Transparenz.

Die Rollen der Beteiligten müssen klar sein. Eine deutliche Arbeitsteilung zwischen operativer und konzeptioneller Arbeit ist für die Glaubwürdigkeit nach außen essentiell und ein Mittel gegen Selbstüberforderung. Für die Profilierung der BK braucht es eine klare, bereits im Projektantrag zu beschreibende Arbeitsteilung, die dann auch nach außen kommuniziert werden muss. Gegen die operative Einbindung einer PR-Agentur bei der Durchführung von BKs ist prinzipiell nichts einzuwenden, wenn diese bereits Erfahrung besitzt.

**klare Arbeitsteilung
definieren**

Die Arbeitsgruppe – das „Rückgrat“ des Verfahrens – muss in ihrer Rolle gestärkt werden. Die Mitglieder müssen motiviert sein, in die Vorbereitungen frühzeitig eingebunden werden und Verantwortung tragen, die auch sichtbar wird. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe ist nicht zuletzt die Feststellung (und Kommunikation nach außen), um was es im Verfahren geht, also die Konzeption. Es empfiehlt sich, die Mitglieder der Arbeitsgruppe angemessen zu entlohnen.

Arbeitsgruppe stärken

Ein breites Netzwerk an Institutionen und Personen aus Politik und Wissenschaft ist für die Resonanz einer BK wichtig. Dies umfasst eine denkbare Kooperation auf institutioneller Ebene (z. B. Bioethikkommission) oder den Einbezug biopolitisch Interessierter oder Zuständiger auf der politischen Ebene. Dies muss von vornherein organisiert werden und kostet einiges an Zeit und Geld. Wichtig wäre es, sich frühzeitig der Unterstützung von Prominenten zu versichern. Eine besonders wichtige Frage ist auch, wie das Interesse von Journalisten geweckt werden könnte. Eine Einbindung von Beginn an wäre empfehlenswert, wobei ein Medien-Mix anzustreben wäre.

**Unterstützer-Plattform
konstituieren**

In organisatorischer Hinsicht ist zweifellos eine Professionalisierung im Sinne der Kooperation mit anderen Institutionen in diesem Bereich notwendig (z. B. mit TA-Swiss, Dänischem Technologierat etc.), dazu ist Wert auf wissenschaftliche Fortbildung zu legen (Konferenzen usw.).

**Vernetzung und
Kooperation sichern**

Das gewählte Thema sollte aktuell sein und einen gewissen Entscheidungsbezug aufweisen. Es muss eine Anbindung an Diskurse geben („Framing“) und darf nicht diffus sein. Eine persönliche Betroffenheit der Laien ist nicht notwendig. TA-relevante Themen, die sich derzeit anbieten, sind z. B. aus dem Bereich der Biotechnologie die Stammzellforschung und die PID. Für die Stammzellforschung spricht, dass hier aufgrund der derzeitigen politischen Situation eine begleitende oder vorausschauende TA möglich ist, evtl. sogar als europäische Verbundveranstaltung. Gerade auf europäischer Ebene (6. Rahmenprogramm) ist das Thema noch nicht entschieden. Im Zuge der Nachbesserung des österreichischen Gentechnikgesetzes wird die PID zwangsläufig ein Thema werden. Die PID ist bereits von der Bioethikkommission in einer Stellungnahme aufgegriffen worden.

**aktuelles Thema
wählen**

Das Informationsmaterial sollte sich nicht bloß auf die naturwissenschaftlichen Grundlagen beschränken, sondern interdisziplinär sein (z. B. im gegenständlichen Fall neben Naturwissenschaft und Medizin auch Ethik, Recht, Soziologie, etc.), damit sichergestellt ist, dass unterschiedliche Aspekte des Themas angemessen behandelt werden können.

**interdisziplinäres
Informationsmaterial**

Versteht sich der/die ModeratorIn als Anwalt der Laien gegenüber den Ansprüchen des Verfahrens, so ist der/die ProjektmanagerIn Anwalt des Verfahrens – beide Funktionen sind antagonistisch und lassen sich nicht in einer Person vereinen. Das Projektmanagement hat darauf zu achten, dass das Verfahren den gewünschten Erfolg zeitigt, dass z. B. die Diskussion lebhaft und das Schlussdokument gehaltvoll und umfassend ist, so dass auch das notwendige Interesse der Medien geweckt wird. Konflikte zwischen Projektmanagement und Moderation sind durchaus denkbar und oft nicht zu vermeiden, sie ergeben sich aus der unterschiedlichen Interessenlage.

**Trennung der Funktionen
von ProjektmanagerIn
und ModeratorIn**

Moderation: Mut zum Dissens	Die Moderation darf sich nicht auf Herstellung von Gruppenharmonie beschränken. Man braucht weniger Mediation als die Ermöglichung der Artikulation von Dissens auf Seiten der Laien. Mit anderen Worten: Eine Moderation, die einzig darauf achtet, dass sich die Laien untereinander gut verstehen und wohl fühlen, geht an einem wesentlichen Ziel der BK vorbei, nämlich dass die Laien in die Lage versetzt werden, mithilfe begründeter Argumente Konflikte anzuzetteln und auszudiskutieren – intern und v. a. gegenüber den ExpertInnen. Dazu braucht es eine Moderation, die sich über das Konzept der BK im Klaren ist.
ausgewogene ExpertInnenauswahl ermöglichen	Die ExpertInnenauswahl sollte auf möglichst breiter Grundlage erfolgen. Sollte die erforderliche Meinungsvielfalt nicht gesichert sein (was in einem kleinen Land wie Österreich durchaus denkbar ist), ist diese durch Beiziehen von ausländischen (aber deutschsprachigen) ExpertInnen sicher zu stellen, auch wenn das mit erhöhtem Aufwand verbunden ist. Die Bedeutung der ExpertInnenauswahl für die Resonanz bei den Medien sollte nicht unterschätzt werden: je prominenter und kontroverser die ExpertInnen, desto höher die Chancen auf Resonanz.
Vorbereitung der ExpertInnen steuern	Die ExpertInnen hatten teilweise kein wirklich plastisches Bild von den Zielvorstellungen, die mit der gegenständlichen BK verbunden waren. Insofern taten sich viele ExpertInnen offenbar schwer, sich spezifisch auf diese Veranstaltung vorzubereiten. Extreme Ergebnisse waren etwa die Vorbereitung langer Fachvorträge oder wenig ausgereifte ad-hoc Statements. Im Sinne der Belebung der Diskussion und für einen reibungsloseren Ablauf wäre es wichtig, den ExpertInnen deutlich zu machen, in welcher Situation sie sich auf dem Podium befinden, was von ihnen erwartet wird und wie sie sich darauf vorbereiten können. Mit der Zeit wird sich auch eine Anzahl von BK-erfahrenen ExpertInnen ergeben, auf die zurückgegriffen werden kann.
für lebhaft Diskussion sorgen	Eine lebhaft Diskussion auf der eigentlichen Konferenz ist essentiell sowohl für die Meinungsfindung der Laien als auch für das Interesse der Medien. Das bloße Verlesen von Statements und einige wenige Verständnisfragen sind hierfür denkbar ungeeignet. Vielmehr sollen die Laien Gelegenheit erhalten, allfällige Diskrepanzen und Probleme in den Aussagen der ExpertInnen zu überdenken. Es empfiehlt sich daher, mindestens zwei Runden mit den gleichen ExpertInnen durchzuführen, zwischen denen eine Beratungsphase der Laien liegt. Hier hat auch der Projektmanager dafür zu sorgen, dass die Laien die ExpertInnen-Statements kritisch überdenken; notfalls muss er auf Ungereimtheiten hinweisen.
kleineren Veranstaltungsraum wählen	Der große Sendesaal des ORF war in jedem Fall zu groß, mit mehr als 100 Interessierten ist erfahrungsgemäß kaum zu rechnen. Derart große Säle unterstützen das Bild mangelnden Interesses – für die Medienresonanz besonders ungünstig.
mehr Zeit zum Diskutieren/Bericht schreiben nach der Konferenz vorsehen	Obwohl bei der gegenständlichen BK kein Zeitproblem aufgetreten ist (aufgrund mangelnder Diskussion), besteht prinzipiell die Gefahr der Gruppenüberforderung durch Zeitmangel. Zeitdruck und Arbeitsüberlastung unterstützen das Sammeln von Textbausteinen. Die Stellungnahme wird dann eher zu einer strukturierten Sammlung von ExpertInnen-Statements als zu einer genuine Aussage des Laienpanels, sie bietet wenig Freiraum für die Diskussionsergebnisse und erscheint sehr „info- und experten-lastig“. Zeitdruck führt auch dazu, dass der Primat auf das Verfassen des Textes gelegt wird und nicht auf die Diskussion. Die Gefahr besteht, dass die Meinungen der ExpertInnen nicht „verarbeitet“ werden. Daher sollten die Experten nicht nur zum Abliefern der vorgefertigten Stellungnahmen eingeladen werden, sondern länger anwesend sein (möglichst mit Pause, siehe oben).

Die Stellungnahme ist in ihrer Funktion als Dokument (Ergebnis des Meinungsfindungsprozesses des Laienpanels) sowie als „Disziplinarinstrument“ (Anreiz zur Konsensfindung) wichtig. Die Orientierung auf den Output darf nicht zu standardisierter Kommunikation und wenig lebhafter Faktenabfrage führen. Daher muss im Vorfeld der Konferenz sowohl der politische Stellenwert der Veranstaltung sowie die Bedeutung von Dissens und Konflikt reflektiert werden. Ein nicht auflösbarer, aber öffentlicher ausgetragener Grundlagenstreit innerhalb des Panels kann wirkungsvoller sein als eine konsensuale Stellungnahme, die argumentativ wenig entwickelt ist. Die Stellungnahme muss eine normative Bewertung des jeweiligen Themas enthalten sowie die Reflexion des gruppeninternen Diskussionsprozesses und des Stellenwerts der Expertenaussagen.

**Stellungnahme
muss bestimmte
Qualitätskriterien
erfüllen**

Es ist sicher zu stellen, dass frühzeitig Kontakte zu einflussreichen und möglichst unterschiedlichen Medien etabliert werden. Interessierte Journalisten sollten regelmäßig informiert (Zusammenfassungen usw.) und z. B. in Form von Workshops betreut werden, auf denen sie mit dem Thema und der Bedeutung des Verfahrens vertraut gemacht werden. Durch die frühzeitige Einbindung sollte es möglich werden, dass die Medien ein Stück Verantwortung für das Projekt übernehmen. Ebenso ist die Wahl des Themas vom Standpunkt des Medieninteresses wichtig, es sollte ein politischer Entscheidungsbezug vorhanden sein. Man sollte stets bedenken, dass das Verfahren selber wenig Interesse hervor ruft und zu lange dauert, um ein eventuelles Interesse am Thema wach zu halten.

**unterschiedliche Medien
einbinden**

Im internationalen Vergleich lag die österreichische BK kostenmäßig im unteren Bereich. Realistischer Weise müsste man die Summe erhöhen, nicht zuletzt deshalb, weil Österreich in Sachen BK ein „Newcomer“ ist und daher erfahrungsgemäß mit Mehrkosten zu rechnen ist. Andernfalls sind Engpässe etwa bei der Expertenauswahl und im Projektmanagement zu erwarten.

**realistisches Budget
erstellen**

Es ist von vorne herein eine Evaluation einzuplanen, die auch die Möglichkeit zur teilnehmenden Beobachtung in der Vorbereitungsphase (bei den Informationswochenenden) beinhalten sollte. Dies führt zu einer verbesserten Transparenz, weil eine begleitende Dokumentation des ganzen Verfahrens möglich wird. Die Gefahr, dass sich die Laien beobachtet fühlen, lässt sich durch entsprechende Information vermindern. Nicht zuletzt für eine Evaluation bedarf es klarer Zielvorgaben des Veranstalters.

Evaluation einplanen

Es macht wenig Sinn, auf die Nachfrage nach einer BK seitens der Politik zu hoffen bzw. so lange zu warten, bis eine bessere Resonanz aufgrund einer adäquaten Institutionalisierung gesichert ist. Die Institutionalisierung auf der Ebene des politischen Systems ist ein langfristiges Ziel. Sie kann letztlich nur von „außen“, durch erfolgreich durchgeführte, resonanzstarke BK's initiiert und befördert werden. Die nächste BK wird sicher ein ähnliches Format haben wie die vergangene. D. h., man wird – schon aus Gründen der Effizienz – mit einer (allerdings klaren) Arbeitsteilung zwischen wissenschaftlicher Arbeitsgruppe und (zum Beispiel:) PR-Agentur als Organisatorin operieren. Allerdings sollte man auf die Konstituierung einer „Keimzelle“ im Vorlauf zu einer neuen BK achten, die für den wichtigen Rückhalt in der Politik zu sorgen hat. Diese „Keimzelle“ ist ein Teil jener breiteren Trägerplattform von VertreterInnen aus dem universitären und außeruniversitären Bereich, den NGO's, Sozialpartnern und einschlägigen Ministerien, die für eine breite institutionelle Basis und Transparenz sorgen sollte.

**nächste BK auf breiter
institutioneller Basis**

Literatur

- Abels, G. und Bora, A., 2004, *Demokratische Technikbewertung*, Bielefeld: transkript.
- Bütschi, D., Joss, S. und Baeriswyl, M., 2002, Switzerland – New Paths for Public Participation in a Direct Democracy, in: Joss, S. und Bellucci, S. (Hg.): *Participatory Technology Assessment – European Perspectives*, London: University of Westminster Press, 126-139.
- Bütschi, D. und Nentwich, M., 2002, The Role of Participatory Technology Assessment in the Policy-making Process, in: Joss, S. und Bellucci, S. (Hg.): *Participatory Technology Assessment – European Perspectives*, London: University of Westminster Press, 235-256.
- CommunicationMatters, 2003, *BürgerInnenkonferenz „Genetische Daten: woher, wohin, wozu?“ – Dokumentation und Stellungnahme des BürgerInnenpanels*, 20.-23. Juni 2003, Wien: Rat für Forschung und Technologieentwicklung.
- Durant, J., 1995, An Experiment in Democracy, in: Joss, S. und Durant, J. (Hg.): *Public Participation in Science – the Role of Consensus Conferences in Europe*, London: Science Museum Press, 75-80.
- Enderlin Cavigelli, R. und Schild, P., 1998, *PubliForum „Strom und Gesellschaft“ – Evaluationsbericht der Stiftung Risiko-Dialog*, Nr. TA-DT 21: Schweizer Wissenschaftsrat.
- EuropeanCommission, 2001, *White Paper on Governance*, Nr. COM (2001) 428, 25.7.2001, Bruxelles.
- Fixdal, J., 1997, Consensus Conferences as extended peer groups, *Science and Public Policy* 24(6), 366-376.
- Glaser, B. G. und Strauss, A. L., 1998, *Grounded Theory: Strategien qualitativer Forschung*, Bern et al.: Huber.
- Grunwald, A., 2002, *Technikfolgenabschätzung – eine Einführung*, Berlin: sigma.
- Habermas, J., 1971, Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, in: Habermas, J. und Luhmann, N. (Hg.): *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 101-141.
- Hingel, A. J., 1993, European Consensus Conferences – a new tool for policy making, *Futures* 25(5), 472-476.
- Horlick-Jones, T., Walls, J., Rowe, G., Pidgeon, N., Poortinga, W. und O'Riordan, T., 2004, *A deliberative future? An independent evaluation of the GM Nation public debate about the possible commercialisation of transgenic crops in Britain*. Programme on Understanding Risk – Working Paper, Vol. 04, Nr. 02. University of East Anglia.
- House of Lords (Select Committee on Science and Technology), 2000, *Third Report: Science and Society*; <<http://www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/ld199900/ldselect/ldscitech/38/3801.htm>>.
- Joss, S., 2000, *Die Konsensuskonferenz in Theorie und Anwendung*, Stuttgart: Akademie für Technikfolgenabschätzung.

- Joss, S., 2002, United Kingdom: From „Public Understanding“ to „Public Involvement“, in: Joss, S. und Bellucci, S. (Hg.): *Participatory Technology Assessment – European Perspectives*, London: University of Westminster Press, 140-154.
- Joss, S. und Bellucci, S. (Hg.), 2002, *Participatory Technology Assessment – European Perspectives*, London: University of Westminster Press.
- Joss, S. und Durant, J. (Hg.), 1995, *Public Participation in Science – The Role of Consensus Conferences in Europe*, London: Science Museum.
- Joss, S. und Torgersen, H., 2002, Implementing Participatory Technology Assessment – from Import to National Innovation, in: Joss, S. und Bellucci, S. (Hg.): *Participatory Technology Assessment – European Perspectives*, London: University of Westminster Press, 157-178.
- Klüver, L., 1995, Consensus conferences of the Danish Board of Technology, in: Joss, S. und Durant, J. (Hg.): *Public Participation in Science: the Role of Consensus Conferences in Europe*, London: Science Museum Press, 41-49.
- Klüver, L., 2002a, Denmark: Participation – A Given in Danish Culture, in: Joss, S. und Bellucci, S. (Hg.): *Participatory Technology Assessment – European Perspectives*, London: University of Westminster Press, 75-91.
- Klüver, L., 2002b, Project Management – a Matter of Ethics and Robust Decisions, in: Joss, S. und Bellucci, S. (Hg.): *Participatory Technology Assessment – European Perspectives*, London: University of Westminster Press, 179-208.
- König, U., 1997, *Ozon-Konsens-Konferenz – 1. Österreichische Konsens-Konferenz zum Thema „Bodennahes Ozon“*, Wien: Wiener Umweltanwaltschaft.
- Kromrey, H., 2002, *Empirische Sozialforschung*, 10. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Luhmann, N., 1991, *Soziologie des Risikos*, Berlin/New York: de Gruyter.
- Nowotny, H., Scott, P. und Gibbons, M., 2001, *Re-Thinking Science – Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*, Cambridge: Polity Press.
- OST (Office of Science & Technology), 1999, *The Public Consultation on Developments in the Biosciences. A MORI Report Investigating Public Attitudes to the Biological Sciences and their Oversight – Executive Summary*; <<http://www.dti.gov.uk/ost/ostbusiness/puset/public.htm>>.
- Schicktan, S. und Naumann, J. (Hg.), 2003, *Bürgerkonferenz: Streitfall Gendiagnostik – Ein Modellprojekt der Bürgerbeteiligung am bioethischen Diskurs*, Opladen: Leske + Budrich.
- Sclove, R. E., 1995, *Democracy and Technology*, New York/London: The Guildford Press.
- Teknologi-Raadet, 2002, *Borgerpanelets slutdokument Konsensuskonferencen „Test af vores gener“*, 31.5.-3.6. 2002; <http://www.tekno.dk/pdf/projekter/p02_gentest-slutdokument.pdf>.
- Torgersen, H., 1994, Technikfolgen-Abschätzung: Gewissen & Common sense, *Die Furche*, 17.3.94.
- Weingart, P., 2001, *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswirt: Velbrück.

- Willke, H., 2003, *Heterotopia – Studien zur Krisis der Ordnung moderner Gesellschaften*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Wynne, B., 1992, Public understanding of science: new horizons or hall of mirrors?, *Public Understanding of Science* 2(1), 37-43.
- Wynne, B., 1996, Misunderstood misunderstandings – social identities and public uptake of science, in: Irwin, A. und Wynne, B. (Hg.): *Misunderstanding science? The public reconstruction of science and technology*, Cambridge: Cambridge University Press, 19-46.
- Zimmer, R., 2002, *Begleitende Evaluation der Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“*; <<http://www.isi.fhg.de/bt/projekte/buergerkonf.pdf>>.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

BK	BürgerInnenkonferenz
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
comma	communication matters, Kollmann, Raunig & Menasse Public Relations GmbH, (Gesellschafter von ECCO International Public Relation, Ltd.)
dgt.....	dialog<>gentechnik (gemeinnütziger Verein)
ITA	Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
KK.....	Konsenskonferenz
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
PID	Präimplantationsdiagnostik
PND.....	Pränataldiagnostik
pTA	partizipative Technikfolgenabschätzung
PUS	Public Understanding of Science
RFT	Rat für Forschung und Technologieentwicklung
TA	Technikfolgenabschätzung
WWTF.....	Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds

Programm der BürgerInnenkonferenz

Freitag, 20. Juni 2003,

Großer Sendesaal Radiokulturhaus, Argentinierstraße 30a, 1040 Wien

10:00 Uhr: Einleitung und Vorstellung

Mag. Peter Menasse, *Geschäftsführer communication matters*

Die TeilnehmerInnen des BürgerInnenpanels

Mag. Maria Spindler, Moderation

10:30–11:10 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Ethikkommissionen

Auskunftspersonen:

Birgit Primig-Eisner,

Vorsitzende der Ethikkommission FÜR die Bundesregierung

Prof. Dr. Johannes C. Huber,

Vorsitzender der Bioethikkommission der österreichischen Bundesregierung

11:10–11:20 Uhr: Kaffeepause

11:20–11:50 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Genetische Beratung

Auskunftspersonen:

Maria Brandl, *Geschäftsführende Vorsitzende Integration:Österreich*

Prof. Dr. Christa Fonatsch, *Institut für medizinische Biologie, Universität Wien*

11:50–12:30 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Information

Auskunftspersonen:

Maria Brandl, *Geschäftsführende Vorsitzende Integration:Österreich*

Prof. Dr. Christa Fonatsch, *Institut für medizinische Biologie, Universität Wien*

12:30–13:30 Uhr: Mittagspause

13:30–ca. 14:00 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Rechtliche Regelungen

Auskunftsperson:

Dr. Gabriele Satzinger, *Bundesministerium für Gesundheit und Frauen*

14.30–14:45 Uhr: Kaffeepause

14:45–15:25 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Forschungspolitik und Forschungsinhalte

Auskunftspersonen:

Dr. Raoul Kneucker, *Sektionschef i. R.*

Prof. Dr. Kurt Zatloukal, *Institut für Pathologie, Universität Graz*

15:25–16:05 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Gendiagnostische Screenings

Auskunftspersonen:

Prof. Dr. Erwin Petek,

Institut für Medizinische Biologie und Humangenetik, Universität Graz

Prof. Dr. Helga Rehder,

Direktorin des Instituts für Klinische Genetik, Universität Marburg/Lahn

16:05–16:35 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Kriminaltechnik und Datenschutz

Auskunftsperson:

Dr. Reinhard Schmid, *Bundesministerium des Inneren, Bundeskriminalamt*

16:35–17:35 Uhr: Publikumsrunde

Das Publikum hat Gelegenheit, Fragen an die Auskunftspersonen und an die Mitglieder des BürgerInnenpanels zu stellen.

Samstag, 21. Juni 2003,

Großer Sendesaal Radiokulturhaus, Argentinierstraße 30a, 1040 Wien

10:00 Uhr: Einleitung und Vorstellung

Peter Menasse, *Geschäftsführer communication matters*

10:10–10:40 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Datenschutz I

Auskunftsperson:

Dr. Andreas von Heydewolff,

Facharzt für Psychiatrie, Publikationen zum Thema Gesundheitsdatenschutz

10:40–11:20 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Kontrolle von Datenflüssen (Versicherungen)

Auskunftsperson:

Dr. Andreas von Heydewolff,

Facharzt für Psychiatrie, Publikationen zum Thema Gesundheitsdatenschutz

11:20–11.35 Uhr: Kaffeepause

11:35–12:15 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Datenschutz II

Auskunftspersonen:

Dr. Walter Peissl, *Institut für Technikfolgen-Abschätzung, ÖAW*

Dipl. Ing. Elisabeth-Edith Schlemmer,

Datenschutzbeauftragte des Wiener Krankenanstaltenverbundes

12:15–12:55 Uhr: Fragerunde und Diskussion: Datenschutz III

Auskunftspersonen:

Dr. Michael Kraus, *Ysselbach Security Systems*

Dipl. Ing. Elisabeth-Edith Schlemmer,

Datenschutzbeauftragte des Wiener Krankenanstaltenverbundes

12.55–14:00 Uhr: Publikumsrunde

Das Publikum hat Gelegenheit, Fragen an die Auskunftspersonen und an die Mitglieder des BürgerInnenpanels zu stellen.

Sonntag, 22. Juni 2003

Die Mitglieder des BürgerInnenpanels ziehen sich zurück, um ihre abschließende Stellungnahme zum Thema „Genetische Daten“ zu formulieren. Nicht öffentlich.

Montag, 23. Juni 2003,

Café Griensteidl, Michaelerplatz 2, 1010 Wien, 9:00 Uhr

Die Mitglieder des BürgerInnenpanels präsentieren ihre Stellungnahme zum Thema „Genetische Daten“. Die Stellungnahme wird dem Vorsitzenden des Rats für Forschung und Technologieentwicklung, Dr. Knut Consemüller, übergeben. Pressekonferenz mit anschließender Diskussion.

Bilder von der öffentlichen Konferenz

Folgende Aufnahmen stammen von den beiden Veranstaltungstagen der öffentlichen Konferenz am 20. und 21. Juni 2003 im Großen Sendesaal des Radio-kulturhauses.





Die Mitglieder des BürgerInnenpanels²³

Waltraud Fohringer, geb. 1947 in Würnsdorf bei Pöggstall (Bezirk Melk-NÖ), Handelsschule, Hausfrau, verheiratet, zwei Söhne (27 u. 23 Jahre), freiwillige Mitarbeiterin beim Roten Kreuz in St. Pölten. Ausgebildete Notfallsanitäterin und psychologische Ausbildung zur Krisenintervention. Diverse Einsätze bei Unfällen und Katastrophen (z. B. Gasexplosion in einem Wohnhaus in Wilhelmsburg, schweres Busunglück auf der A 1 bei Pöchlarn, Hochwasser August 2002)

Linda Herbst, geb. 1937 in Wien, seit 1946 in Innsbruck lebend, verheiratet, 2 erwachsene Kinder, Mitarbeiterin des freiberuflich tätigen Ehemanns. Zurzeit Studium der Philosophie, Kunst- und Kulturwissenschaft an der Universität Innsbruck.

Günther Knoll, geb. 1941, verheiratet, zwei Töchter, lebt in Judenburg. Ausbildung zum Elektromeister in der Stahlindustrie, seit 2000 in Pension.

Dagmar Kronaus, geb. 1984, lebt in Aspang. Zurzeit Ausbildung Gesundheits- und Krankenpflege.

Stefan Leopoldseder, geb. 1978, lebt in Linz. Ausbildung zum Unternehmensberater und Bilanzbuchhalter. Geschäftsführender Gesellschafter der „XXXLeo“ Social Marketing GmbH.

Bernard Pelzl, geb. 1970, hat Chemie in Graz studiert und arbeitet bei der Steirerobst AG in Gleisdorf in der Produktionsleitung. Er wohnt in Graz, ist verheiratet und Vater von 2 Kindern.

²³ Die folgende Auflistung der Laien bzw. ExpertInnen ist übernommen aus Communication Matters (2003: 49ff.).

Margit Quendler, geb. 1943 in Wien, Solooboistin des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters, seit 2000 im Ruhestand, verheiratet, 2 Kinder und 2 Enkelkinder. Lebt in Wien. Besondere Interessensgebiete: Biologie und Soziologie.

Thomas Reitzi, geb. 1974 in Wien, Studien: BWL, Elektrotechnik und Informatik – abgebrochen wegen Full-time Job bei Siemens. Wechsel zu Generali Capital und Ausbildung zum Vermögensberater. Prüfung für Gewerbeberechtigung abgelegt. Jetzige Tätigkeit: Vermögensberater, lebt in Wien.

Elisabeth Toder, geb. 1984 in Wien. Studium der Theaterwissenschaften an der Universität Wien. Lebt in Wien.

Gottfried Traxler, geb. 1942, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien. 1967 Eintritt in den burgenländischen Landesdienst, Präsident des unabhängigen Verwaltungssenats des Burgenlandes. Seit Juli 2002 in Pension. Verheiratet, vier Kinder, lebt in Eisenstadt.

Peter Urbanits, geb. 1943 in Wien. Verheiratet, vier Töchter. Ausbildung zum Speditionskaufmann, bei verschiedenen Export-Unternehmen zuständig für Zollabwicklung, Exportversicherung und -finanzierung sowie Einkauf. Organisation von Fachmessen. Geschäftsführender Gesellschafter der Fa. Ing. Weidmann und Partner GmbH in Wien. Freier Dienstnehmer im Bereich Call Center bei VV-Consulting und KSC. Lebt in Wien.

Die Auskunftspersonen

Maria Brandl, geb. 1955 in NÖ, Mediatorin und seit März 2000 Vorsitzende von Integration:Österreich (I:Ö). Aktiv beim Aufbau der NÖ Elterninitiative beteiligt, 1994 Co-Organisatorin vom 10. Österreichischen Symposium „Alibi oder Chance“, 1996 verantwortlich für die Arbeitstagung „gleichbeRECHTigt“, 1997-1999 Projektleiterin EU-Pilotprojekt „Eltern beraten Eltern“. Publikationen, Workshops und Referentintätigkeit. Mutter zweier besonderer Kinder (geboren 1986 und 1979), gesellschaftlich gesehen wird einer als so genanntes nichtbehindertes und der andere als behindertes Kind bezeichnet.

Prof. Dr. Christa Fonatsch, geb. 1943. Studium der Biologie und Philosophie an den Universitäten Graz und Würzburg. Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Humangenetik an der Medizinischen Hochschule Hannover. Einrichtung und Management des zytogenetischen Labors, zytogenetische Forschung, 1979 Habilitation, 1983 Berufung an die medizinische Hochschule Lübeck, 1995 Berufung an die Universität Wien, Direktorin des Instituts für medizinische Biologie.

Dr. med. Andreas von Heydewolff, geb. 1960, Facharzt für Psychiatrie, Psychotherapeut (jungschers Analytiker), Praxis in Wien. Wurde für die Thematik sensibilisiert durch die besonders leicht mögliche Beschämung von Patienten schon durch scheinbar unspektakuläre Vertrauensbrüche z. B. im Arbeitsumfeld psychiatrisch-psychotherapeutischer Kliniken. Seit 1997 Interesse an den computertechnischen Voraussetzungen einer vertrauensvollen Ärztin-Patient-Beziehung. Übersetzer ins Deutsche der Sicherheitspolitik für klinische Informationssysteme der British Medical Association BMA (<http://ourworld.compuserve.com/homepages/gesundheitsdatenschutz/>) und weitere Publikationen.

Prof. Dr. Johannes C. Huber, geb. 1946 in Bruck/Leitha. Studium der Medizin und Theologie an der Universität Wien. 1979 Eintritt in die 1. Universitäts-Frauenklinik Wien. 1985 Habilitation. Seit 1992 Leiter der Abteilung für Gynäkologische Endokrinologie und Sterilitätsbehandlung an der Universitätsklinik für Frauenheilkunde. Seit Oktober 2001 Vorsitzender der Bioethikkommission der österreichischen Bundesregierung. Forschungsschwerpunkte: „Ovarian Tissue Banking“, Etablierung geschlechtsspezifische Medizin, Geburtshilfe und gefäßchirurgische Projekte.

Dr. jur. Raoul Kneucker, geb. 1938 in Wien, ein Familienmensch, in Graz aufgewachsen und zur Schule gegangen, einschließlich der Universität (Dolmetsch, Rechtswissenschaft). Auslandsstudien in Boston, USA (Politikwissenschaft, Philosophie), in Speyer, Deutschland (Verwaltungswissenschaften) und am Salzburg Seminar (US Verwaltungsrecht). Universitätsassistent an der Universität Wien (Staats- und Verwaltungsrecht), Lektor an mehreren Universitäten, an der Diplomatischen Akademie und an der Verwaltungsakademie des Bundes, Generalsekretär der Rektorenkonferenz (1970-1977), des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) (1978-1989), Sektionschef im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Bereich wissenschaftliche Forschung und internationale Angelegenheiten (1990-2002).

Dr. Michael Kraus, geb. 1963. Studium der Biochemie an der Universität Wien. 1993 Promotion. Lehrtätigkeit im Fach Biochemie, Leiter der Abteilung „Analyse von Antibiotika und Chemotherapeutika“ an der Bundesanstalt für Veterinärmedizin in Mödling. Seit 2002 Projektmanager „DNA“ (Laborsysteme, Dimensions Database) bei Ysselbach Sicherheitstechnische Systeme, Wien.

Dr. Walter Peissl, geb. 1959, Studium der Betriebswirtschaftslehre und Soziologie an der Universität Graz. Sponsion 1985, anschließend Beschäftigung mit konsumentenpolitischen Fragen im Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz und im Verein für Konsumenteninformation. Dissertation zu Fragen der Angestelltensoziologie, Promotion 1992. Seit 1988 wissenschaftlicher Mitarbeiter des ITA in den Bereichen Telekommunikation und methodische Fragen der Technikfolgenabschätzung. Weitere Arbeitsschwerpunkte: TA im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien, Privacy Forschung.

Prof. Dr. Erwin Petek, geb. 1971 in Fohnsdorf, Studium der Biologie und Genetik an der Paris-Lodron Universität Salzburg. Promotion 1997: Molekulare Genetik und klinische Humangenetik. Habilitation 2001, Dozentur für medizinische Biologie und Humangenetik. Zertifizierter Sachverständiger für die Fachbereiche menschliche Erbbiologie sowie medizinische und chemische Labordiagnostik. Abschluss Fachhumangenetiker der Österreichischen Gesellschaft für Humangenetik. Forschung und Lehre am Institut für medizinische Biologie und Humangenetik, Universität Graz.

Birgit Primig-Eisner, geb. 1967. Erste Kontakte mit der Behindertenbewegung während der AHS-Zeit 1984 in Vöcklabruck/OÖ (Mobiler Hilfsdienst des Vereins „miteinander“). Mehrere Jahre in der ORF-Hörfunk-Redaktion „Zickzack“, später Wechsel in die Printmedien und die Pressearbeit – auch dabei immer vorrangig mit sozialen und behindertenspezifischen Themen befasst. Weiterbildung zur PR-Fachfrau. Entwicklung und Leitung der Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation 1995-1997, anschließend Bereichsleitung Öffentlichkeitsarbeit der Lebenshilfe Österreich bis Februar 2002. Parallele Ausbildung zur Trainerin der Erwachsenenbildung am WIFI Wien, Schwerpunkt der Trainerinnen-Tätigkeit: Erwachsenenbildung für Menschen mit intellektueller/geistiger Behinderung. Seit März 2002 freiberufliche PR-Beraterin und Trainerin. Vorsitzende der „Ethikkommission für

die Bundesregierung“ seit August 2001: eine Interessengemeinschaft aus dem Personenkreis der Behindertenorganisationen und der Aktion Leben.

Prof. Dr. Helga Rehder, Medizinstudium in Bonn und Hamburg. Habilitation in Allgemeiner und Spezieller Pathologie 1980. Akademische Direktorin des Instituts für Humangenetik in Lübeck. 1996 Fachärztin für Humangenetik, Berufung an das Medizinische Zentrum für Humangenetik der Philipps-Universität Marburg/Lahn, Direktorin des dortigen Instituts für Klinische Genetik. Honorarprofessorin für Humangenetik an der Universität Wien. Vorstandsmitglied des hessischen Zentrums für Chorea Huntington in Marburg. 2003 Verleihung der Jacob-Henle-Medaille der Universität Göttingen für relevante wissenschaftliche Leistungen. Spezialgebiete: Reproduktionsgenetik, fetale Syndromologie.

Dr. jur. Gabriele Satzinger, geb. 1959. Studium der Rechtswissenschaften. Im Bundesministerium für Gesundheit und Frauen zuständig für die Legistik des Bereichs Bio- und Gentechnologie. Derzeitiger Arbeitsschwerpunkt: Novellierung des IV. Abschnittes des Gentechnikgesetzes (Genanalyse und Gentherapie am Menschen) – Anpassung an den Stand von Wissenschaft und Technik.

Dipl. Ing. Elisabeth-Edith Schlemmer, geb. 1962, hat an der Technischen Universität Wien Informatik studiert. Sie ist seit 1990 im Wiener Krankenanstaltenverbund tätig. Neben den EDVAgenden hat sie sich auch mit dem Datenschutz und seiner Umsetzung im Krankenhausbetrieb beschäftigt. Seit 2002 ist sie die Datenschutzbeauftragte des KAV und ist organisatorisch im Bereich Recht angesiedelt. Zu ihren Datenschutz-Aufgaben zählt u. a. die Wahrung der Interessen des KAV, strategische Umsetzung der Datenschutzbestimmungen, Beratung der Dienststellen (Krankenhäuser, Geriatriezentren, Servicestellen etc.), Schulung der KollegInnen.

Dr. Reinhard Schmid, geb. 1964 in Leoben. 1983 Sicherheitswachbeamter bei der Bundespolizeidirektion Wien, 1993 Kriminalbeamter, 1999 rechtskundiger Beamter Bundespolizeidirektion Wien, seit 2001 Referatsleiter im Bundesministerium für Inneres, Abteilung II/10 – Interpol. Seit 2003 Leiter des Büros 6.1. – Zentraler Erkennungsdienst – im Bundesministerium für Inneres, Bundeskriminalamt. Stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung 6 – Forensik und Technik – im Bundeskriminalamt.

Prof. Dr. Kurt Zatloukal, geb. 1959. Seit 1995 Mitglied des Ausschusses der Gentechnik-Kommission für Genanalyse und Gentherapie. 2000-2003 Referent für Biologie und Medizin im Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), seit 2001 Mitglied Bioethikkommission im österreichischen Bundeskanzleramt. Seit 2002 Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Genetik und Gentechnik.

Fragebogen an die Laien

Die TeilnehmerInnen der BK wurden insgesamt drei Mal mithilfe unterschiedlicher Fragebogen befragt (vgl. Kap. 4). Der hier zwecks methodischer Nachvollziehbarkeit abgedruckte Fragebogen wurde nach dem Ende der Konferenz verteilt.

BürgerInnenkonferenz "Genetische Daten" (III)

Geschlecht: m w

Alter: 18-24 25-34 35-44 45-54 55-64 65-75

1. Denken Sie rückblickend, dass die BürgerInnenkonferenz insgesamt ein Erfolg oder ein Misserfolg war?

Erfolg eher Erfolg weder noch eher Misserfolg Misserfolg

2. Glauben Sie, dass sich der Aufwand gelohnt hat?

	ja	eher ja	teils teils	eher nein	nein
organisatorischer Aufwand	<input type="checkbox"/>				
persönliches Engagement	<input type="checkbox"/>				

3. Welchen persönlichen Gewinn brachte Ihnen die BürgerInnenkonferenz bezogen auf ...

	großen Gewinn	Gewinn	teils/ teils	wenig Gewinn	keinen Gewinn
Wissen bezogen auf den medizinisch-wissenschaftlichen Sachstand	<input type="checkbox"/>				
Wissen um die ethischen Herausforderungen	<input type="checkbox"/>				
Wissen um die gesellschafts-politischen Herausforderungen	<input type="checkbox"/>				
Bildung einer eigenen Meinung zum Thema "Genetische Daten"	<input type="checkbox"/>				
Änderung meiner Meinung	<input type="checkbox"/>				
anderes _____	<input type="checkbox"/>				

4. Glauben Sie, dass die Ergebnisse der Bürgerkonferenz ...

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Eingang in die genetische Beratungspraxis finden?	<input type="checkbox"/>				
Eingang in Gesetzesinitiativen finden?	<input type="checkbox"/>				
der Politikberatung dienen?	<input type="checkbox"/>				
anderes _____	<input type="checkbox"/>				

5. Glauben Sie, dass folgende Ziele der Bürgerkonferenz erreicht wurden?

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Anerkennung der Ergebnisse durch Politiker, Wissenschaftler, Behörden und Interessengruppen	<input type="checkbox"/>				
Der Politik werden die Augen für ein schwieriges Thema geöffnet	<input type="checkbox"/>				
Anregung der öffentlichen Diskussion über das Thema "Genetische Daten"	<input type="checkbox"/>				
Anregung der öffentlichen Diskussion über Bürgerbeteiligungsverfahren	<input type="checkbox"/>				
Die Medien berichten mehr über das Thema	<input type="checkbox"/>				
Die Medien berichten sachlicher über das Thema	<input type="checkbox"/>				
anderes _____	<input type="checkbox"/>				

6. Wie zufrieden sind Sie mit dem Verlauf der Abschlusskonferenz vom 20.-23.6.2003?

	zufrieden	eher zufrieden	unentschieden	eher unzufrieden	unzufrieden
Expertenbefragung	<input type="checkbox"/>				
Schreiben des Bürgervotums	<input type="checkbox"/>				
Präsentation des Votums	<input type="checkbox"/>				

Könnten Sie Ihre Meinung gegebenenfalls kommentieren?

7. Wie stark haben die verschiedenen Akteure Ihrer Meinung nach den Verlauf der Expertenanhörung bestimmt?

	zu stark	angemessen	zu schwach
Moderatorenteam	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bürgergruppe insgesamt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
einzelne Teilnehmer der Bürgergruppe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Organisatoren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Experten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

zu 7) Könnten Sie Ihre Einschätzung bitte kurz begründen?

8. Wenn Sie das zweite Vorbereitungswochenende mit dem Konferenz-Wochenende vergleichen: Welche der folgenden Aussagen treffen bezüglich des Konferenz-Wochenendes zu?

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Die Atmosphäre war angenehm, weil man sich als Gruppe gut kannte.	<input type="checkbox"/>				
Da der Wissensstand der Teilnehmer besser war, war die Diskussion fruchtbarer.	<input type="checkbox"/>				
Weil jeder eine feste eigene Meinung hatte, war die Erarbeitung der Stellungnahme schwierig.	<input type="checkbox"/>				
Die weltanschaulichen Differenzen innerhalb der Gruppe haben sich abgeschwächt.	<input type="checkbox"/>				

9. Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammensetzung der Gruppe in Bezug auf folgende Punkte

		eher zufrieden	unent- schieden	eher un- zufrieden	un- zufrieden
Ausgewogenheit der Standpunkte	<input type="checkbox"/>				
Vielfalt der Meinungen	<input type="checkbox"/>				
Toleranz gegenüber anderen Meinungen	<input type="checkbox"/>				
Kompromissbereitschaft in Streitfragen	<input type="checkbox"/>				

10. Hatten Sie das Gefühl, als Bürgergruppe den Verlauf der BürgerInnenkonferenz selbst bestimmen zu können?

ja teils/teils nein

11. Bitte schätzen Sie die Diskussionsatmosphäre in der Gruppe während der Konferenz ein:

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Man musste sich erst zusammenraufen, dann aber war eine vernünftige Diskussion möglich.	<input type="checkbox"/>				
Die Diskussionen waren sehr offen und konstruktiv.	<input type="checkbox"/>				
Einige haben sich sehr in den Vordergrund gespielt.	<input type="checkbox"/>				
Einige haben sich überhaupt nicht zu Wort gemeldet.	<input type="checkbox"/>				
Es ist sehr schwierig, in einer fremden Gruppe so schwierige Themen zu besprechen.	<input type="checkbox"/>				

12. Wie schätzen Sie die Gespräche mit den Experten ein?

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Die Gespräche mit den Experten haben uns sehr geholfen, eine sinnvolle Empfehlung zu erarbeiten.	<input type="checkbox"/>				
Ich habe mir mehr von der Begegnung mit den Experten versprochen.	<input type="checkbox"/>				
Es kam ein echter Dialog mit den Experten zustande.	<input type="checkbox"/>				
Die Experten haben sachliche u. klare Antworten gegeben.	<input type="checkbox"/>				
Die Experten sprachen zu kompliziert.	<input type="checkbox"/>				
Ich fühlte mich mit meinen Fragen von den Experten ernst genommen.	<input type="checkbox"/>				
Die gewählte Sitzordnung war förderlich für das Gespräch	<input type="checkbox"/>				
Die Auswahl der Experten war rückwirkend richtig.	<input type="checkbox"/>				

13. Haben Sie von den Experten-Fragerunden etwas dazugelernt, das Ihren Standpunkt maßgeblich beeinflusst hat?

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Ja, die Erklärungen der Experten haben meine Meinung stark beeinflusst	<input type="checkbox"/>				
Einige Aspekte sehe ich jetzt, nach der Experten-Befragung, anders	<input type="checkbox"/>				
Die Experten-Befragung hat mich in meiner Meinung bestärkt	<input type="checkbox"/>				
Die Experten haben für meine Meinungsbildung nichts wirklich Wichtiges beigetragen	<input type="checkbox"/>				
Die Experten fand ich eher störend	<input type="checkbox"/>				

14. Haben die Experten eher Sachinformationen vermittelt oder ihre persönlichen Meinungen präsentiert?

eher Sachinformationen sowohl als auch eher persönliche Meinung

Ich hätte mir von den Experten mehr Sachinformationen gewünscht.

Ich hätte mir von den Experten mehr persönliche Meinung gewünscht

15. Wie würden Sie insgesamt die Haltung der Experten zur Thematik "Genetische Daten" einschätzen?

mehrheitlich Befürworter Befürworter und Gegner hielten sich die Waage mehrheitlich Gegner

16. Haben Sie rückblickend das Gefühl, dass die 1. Expertenliste, die die Organisatoren erstellt hatten, breit genug gewesen war?

zu breit angemessen zu schmal

17. Konnten Sie sich mit den Fragen der Bürgergruppe identifizieren?

ja eher ja teil teils eher nein nein

18. Wie schätzen Sie die Arbeit des Moderatorenteams während der Expertenbefragung ein?

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Das Moderatorenteam förderte den Dialog zwischen Experten und Bürgergruppe.	<input type="checkbox"/>				
Das Moderatorenteam unterstützte die Bürgergruppe beim intensiven Nachfragen.	<input type="checkbox"/>				
anderes _____	<input type="checkbox"/>				

19. Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit dem Votum der Bürgergruppe?

zufrieden eher zufrieden unentschieden eher unzufrieden unzufrieden

20. Wie stark haben die verschiedenen Akteure Ihrer Meinung nach den Tag, an dem das Bürgervotum geschrieben wurde, bestimmt?

	zu stark	angemessen	zu schwach
Moderator	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bürgergruppe insgesamt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
einzelne Teilnehmer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Organisatoren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Könnten Sie Ihre Einschätzung bitte kurz begründen?

21. Haben Sie aus der Publikumsrunde etwas Wichtiges gelernt?

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Ja, die Publikumsrunde war ein wichtiger Beitrag im Hinblick auf unsere Stellungnahme	<input type="checkbox"/>				
Ein oder zwei Argumente haben mich beeindruckt	<input type="checkbox"/>				
Die Publikumsrunde war zu kurz, um in die Tiefe zu gehen	<input type="checkbox"/>				
Ich habe aus den Beiträgen des Publikums wenig gelernt, weil ich bereits informierter war	<input type="checkbox"/>				
Die Publikumsrunde war für mich nicht so wichtig, weil ich bereits eine feste Meinung hatte	<input type="checkbox"/>				

22. Wie schätzen Sie die Arbeit des Moderatorenteams während des Verfassens des Bürgervotums ein?

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Die strukturierte Vorgehensweise des Moderatorenteams war hilfreich beim Schreiben.	<input type="checkbox"/>				
Das Moderatorenteam verstand, was ich mit meinen Diskussionsbeiträgen sagen wollte.	<input type="checkbox"/>				
anderes _____	<input type="checkbox"/>				

23 a. Wie leicht oder schwer fiel Ihnen das Schreiben des Bürgervotums?

leicht	eher leicht	mittel- mäßig	eher schwer	schwer
<input type="checkbox"/>				

23 b. Welche Rolle spielte dabei ...

1 = große	2 = eher große	3 = unentschieden	4 = geringe	5 = keine			
			1	2	3	4	5
die in der Gruppe vorhandene Wissensbasis?			<input type="checkbox"/>				
die Integration verschiedener Meinungen?			<input type="checkbox"/>				
die Formulierung des Textes?			<input type="checkbox"/>				
anderes _____			<input type="checkbox"/>				

24. Wie leicht oder schwer fiel Ihnen während des Schreibens ...

	leicht	eher leicht	mittel- mäßig	eher schwer	schwer
die Vertiefung des Themas in den Kleingruppen?	<input type="checkbox"/>				
die Kombination von inhaltlicher Diskussion und Schreiben?	<input type="checkbox"/>				
die Abstimmung des Textes im Plenum?	<input type="checkbox"/>				

25. Haben sich bei der konkreten Formulierung der Stellungnahme die Fronten innerhalb der Gruppe verhärtet?

ja	eher ja	teil teils	eher nein	nein
<input type="checkbox"/>				

26. Hat die Notwendigkeit, eine Stellungnahme zu formulieren, dazu geführt, in schwierigen Punkten doch noch einen Kompromiss zu finden?

ja	eher ja	teil teils	eher nein	nein
<input type="checkbox"/>				

27. Hatten Sie beim Schreiben das Gefühl, während der Expertenbefragung die richtigen Fragen gestellt zu haben?

ja	eher ja	teil teils	eher nein	nein
<input type="checkbox"/>				

28. War es rückblickend richtig gewesen, die Thematik "Genetische Daten" in ihrer ganzen Breite zu behandeln?

- war so richtig gewesen
- man hätte stärker eingrenzen müssen
- anderes _____

29. Spiegelt die Stellungnahme Ihre eigenen Ansichten und Anliegen in angemessener Weise wider?

- | | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| ja | eher ja | teil teils | eher nein | nein |
| <input type="checkbox"/> |

30. Während des abschließenden Wochenendes waren viele Medienvertreter anwesend:

- | | ja | nein | weiss nicht |
|--|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Empfanden Sie die Medienvertreter zur Abschlusskonferenz als störend? | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Hat die Anwesenheit der Medienvertreter eine konstruktive Diskussion erschwert? | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Fand die Bürgerkonferenz Ihrer Meinung nach bisher ausreichend Resonanz in den Medien? | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

31. Haben Sie noch Ergänzungen oder Hinweise zu den Fragen 1 bis 30?

Bitte benutzen Sie für Ihre Antwort ggf. die Rückseite!

32. War die Zeit während des Bürgerkonferenz ausreichend ...

	zu kurz	angemessen	zu lang
zur Diskussion der Thematik in der Gruppe?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zur Bildung einer eigenen Meinung?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Könnten Sie Ihre Meinung bitte begründen?

33. Bezogen auf den Umgang mit genetischen Daten, wann haben Sie sich in Ihrer Meinung festgelegt?

- bin schon mit fester Meinung gekommen
- während bzw. nach den beiden Vorbereitungswochenenden
- nach der Expertenanhörung
- während des Schreibens des Bürgervotums
- habe noch keine feste Meinung zu diesem Thema
- anderes _____

34. Hat sich Ihre Meinung im Verlauf des letzten Wochenendes geändert?

- ja nein

Wenn ja, warum?

35. War das erste, das zweite oder das dritte Wochenende entscheidender für Ihre Meinungsbildung?

1. Wochenende 2. Wochenende 3. Wochenende

Warum?

36. Wie wichtig waren Ihnen für Ihre Meinungsbildung ...

	sehr wichtig	eher wichtig	teils/teils	eher unwichtig	unwichtig
die Diskussionen in der Bürgergruppe	<input type="checkbox"/>				
die Expertenanhörung	<input type="checkbox"/>				
die Pausengespräche	<input type="checkbox"/>				
die Diskussionen mit Freunden und Bekannten zwischen den Wochenenden	<input type="checkbox"/>				
Sendungen im Fernsehen	<input type="checkbox"/>				
Literatur zum Thema	<input type="checkbox"/>				
persönliche oder familiäre Betroffenheit	<input type="checkbox"/>				
anderes _____	<input type="checkbox"/>				

37. Wie würden Sie die Entwicklungen, die sich im Umgang mit genetischen Daten abzeichnen generell bewerten?

Bewertung wie Schulnoten

1 2 3 4 5

Könnten Sie Ihre Einschätzung bitte begründen?

38. Sehen Sie das Thema „Genetische Daten“ jetzt, nach dem Ende der Veranstaltung, insgesamt problematischer oder weniger problematisch?

problematischer weniger problematisch

39. Wie schätzen Sie Ihren derzeitigen Wissensstand zu verschiedenen Bereichen, in denen der Umgang mit genetischen Daten relevant ist, ein?

1 = sehr hoch 2 = eher hoch 3 = mittelmäßig 4 = eher niedrig 5 = sehr niedrig

	1	2	3	4	5
Medizin	<input type="checkbox"/>				
Schwangerschaftsvorsorge	<input type="checkbox"/>				
Versicherungen	<input type="checkbox"/>				
Arbeitswelt	<input type="checkbox"/>				
Kriminologie	<input type="checkbox"/>				

40. Bitte bewerten Sie die nachfolgenden Aussagen!

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

- A) Gentests sind nur moderne ärztliche Untersuchungsmethoden, die deshalb auch nicht breit diskutiert oder gar kontrolliert werden müssen.

1 2 3 4 5

- B) Gentests sollten nur dann angewendet werden, wenn der Diagnose eine Therapie folgen kann.

1 2 3 4 5

- C) Durch Gentests können Krankheitsanlagen von Patienten rechtzeitig erkannt und individuelle Therapiekonzepte erarbeitet werden. Deshalb sollten Gentests verstärkt angewendet werden.

1 2 3 4 5

- D) Da schlechte Testergebnisse Menschen beim Abschluss eines Arbeitsvertrages oder einer Versicherung benachteiligen können, dürfen Gentests, wenn überhaupt, nur im Einzelfall und unter streng regulierten Bedingungen zugelassen werden.

1 2 3 4 5

- E) Gentests sollten abgelehnt werden, weil menschliches Leben in jeder Form heilig ist.

1 2 3 4 5

- F) Ich habe Angst davor, dass Gentests irgendwann einmal für jeden Bürger verpflichtend sein könnten.

1 2 3 4 5

- G) Österreichische Firmen sollten sich mehr in der Entwicklung von Gentests engagieren.

1 2 3 4 5

41. Wie genau kennen Sie die Bedeutung (1 = ganz genau; 5 = gar nicht) der folgenden Begriffe und wie würden Sie sie bewerten (1 = positiv; 0 = neutral; -1 = negativ)?

	1	2	3	4	5	1	0	-1
monogene Erbkrankheiten	<input type="checkbox"/>							
Gentherapie	<input type="checkbox"/>							
totipotente Zellen	<input type="checkbox"/>							
gläserner Mensch	<input type="checkbox"/>							
Molekulargenetik	<input type="checkbox"/>							
Biomedizin	<input type="checkbox"/>							
prädiktiver Gentest	<input type="checkbox"/>							
Humangenetik	<input type="checkbox"/>							
Genetisches Screening	<input type="checkbox"/>							
multifaktoriell bedingte Erbkrankheiten	<input type="checkbox"/>							

42. Geben Sie uns bitte noch einen kurzen Ausblick auf die Zukunft von Bürgerkonferenzen aus Ihrer Sicht!

1 = stimme zu 2 = stimme eher zu 3 = unentschieden 4 = stimme eher nicht zu
5 = stimme nicht zu

	1	2	3	4	5
Die Bürgerkonferenz ist eine vielversprechende Möglichkeit, Bürger am gesellschaftlichen Entscheidungsprozess teilnehmen zu lassen.	<input type="checkbox"/>				
Bürgerkonferenzen ergänzen die von Experten besetzte Diskussionskultur durch qualifizierte Beiträge von Bürgern.	<input type="checkbox"/>				
Ich würde wieder an einer Bürgerkonferenz teilnehmen.	<input type="checkbox"/>				
Das Thema "Genetische Daten" war gut gewählt.	<input type="checkbox"/>				
Ich werde mich auch in Zukunft weiter damit beschäftigen.	<input type="checkbox"/>				

43. Welche Themen würden Sie für weitere Bürgerkonferenzen vorschlagen?

44. Was sollte bei zukünftigen Bürgerkonferenzen Ihrer Meinung nach beibehalten, was sollte verändert werden?

Bitte benutzen Sie für Ihre Antwort ggf. die Rückseite!

45. Haben Sie noch Ergänzungen oder Hinweise zu den Fragen 32 bis 44?

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit und einen schönen Sommer!

Leitfaden für qualitative Interviews

Der folgende Leitfaden, der für die Interviews mit den Laien entwickelt wurde, soll nur einen beispielhaften Einblick in den (geplanten) Ablauf der Gespräche (in diesem Fall: mit den Laien) geben.

I. Bewertung des Verfahrens

Hat diese Form der politischen Beteiligung etwas in Ihrem Politikverständnis geändert?

Könnten Bürgerkonferenzen ein Mittel gegen die allgemeine Politikverdrossenheit sein?

Glauben Sie, dass Bürgerkonferenzen ein geeignetes Mittel sind, in schwierigen Fragen zu besseren Lösungen zu kommen?

„Passen“ Bürgerkonferenzen nach Österreich?

Warum werden solche Veranstaltungen organisiert?

II. Bewertung der Bioethikkommission

Sehen Sie das Laienpanel als Konkurrenzveranstaltung zur offiziellen Bioethikkommission?

Die öffentliche Meinung über die offizielle Bioethikkommission ist geteilt: Die einen kritisieren die mangelnde Transparenz der Diskussion und Legitimation der Experten, die anderen loben die Ausgewogenheit der ethischen Standpunkte. Wie ist Ihre Meinung zur offiziellen Bioethikkommission?

Wie finden Sie es, dass Vertreter aus Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen parallel zur „offiziellen“ Bioethikkommission des Bundeskanzlers eine Art „Alternativkommission“ gegründet haben?

III. Bewertung des Diskussionsverlaufs

III.1. Gruppendynamik

Wie sind die Diskussionen abgelaufen?

Welche Rolle hat die Moderatorin gespielt?

Waren die Wissensunterschiede groß?

Haben diejenigen mit der größeren Sprachgewandtheit dominiert?

Haben Sie sich gelangweilt?

Waren Sie überfordert?

Haben Sie das Gefühl, dass sich im Verlauf der Diskussionen eine Rangordnung innerhalb der Gruppe herausgebildet hat?

Gab es Konflikte?

Worüber?

Zwischen wem bzw. welchen Gruppen (z. B. jung und alt oder Männer und Frauen)?

III.2. „Rationalitäten“

Welche Art von Argumenten seitens der Teilnehmer hat sich in den Diskussionen durchgesetzt?

Haben diejenigen den Ton angegeben, die das meiste Sachwissen hatten?

Oder die, die sich am besten in der Ethik auskannten haben?

Welche persönlichen Einschätzungen/ethischen Bewertungen wurden weniger akzeptiert?

Hatten Sie das Gefühl, dass nur solche Meinungen zählen, die sich auf medizinisches oder genetisches Sachwissen stützen?

Hatten Sie das Gefühl, bestimmte Argumente nicht bringen zu können?

Gab es bei Ihnen/unter den Teilnehmern persönliche Erfahrungen/Betroffenheiten mit dem Thema?

Wurde von Ihnen/von den Teilnehmern oft aus der Perspektive persönlicher Betroffenheit argumentiert?

IV. Bewertung der Experten

IV.1. Expertenwahl

Wie ist die Expertenwahl abgelaufen?

War es schwierig, sich auf bestimmte Experten zu einigen?

Haben Sie einen Teil der Experten persönlich/vom Namen vorher gekannt?

Hatten Sie von vornherein bestimmte „Favoriten“?

Hätten Sie sich andere Experten gewünscht – oder gar keine?

IV.2 Experten-Hearing

Welche Fragerunden waren interessant und aus welchen Gründen und welche nicht?

Haben die Experten nur Sachinformationen gegeben oder haben sie v. a. ihre Einschätzungen, ihre Meinung zu bestimmten Punkten präsentiert?

Waren Sie eher an den Sachinformationen der Experten interessiert oder mehr an deren Haltung zum Umgang mit genetischen Daten?

Fanden Sie die Experten überzeugend?

Waren Sie von den Experten beeindruckt?

Glauben Sie, dass die Experten etwas von den Laien gelernt haben?

Half Ihnen die Einschätzung der Experten auch dabei, sich eine eigene Meinung zur Thematik zu bilden?

Können Sie noch mal kurz beschreiben, wie bei Ihnen der Meinungsbildungsprozess ablief?

V. Stellungnahme der Laien

V.1. Bewertung der Stellungnahme

Wo stimmen Sie mit der Stellungnahme überein/wo nicht?

Welche Punkte waren besonders umstritten?

Auf welche Weise konnte man sich bei strittigen Punkten auf eine Formulierung einigen?

Bzw. warum nicht?

Gab es bei der Formulierungsarbeit eine Art Arbeitsteilung innerhalb der Gruppe?

V.2. Aushandlungsprozess

War der Inhalt der Stellungnahme für Sie von vornherein klar?

War bereits am Anfang der Diskussionswochenenden deutlich, was zum Schluss herauskommen würde?

Oder war bis zum Sonntag unklar, was man schreiben würde?

Gab es innerhalb der vier Wochen der Diskussion bestimmte Zeitpunkte oder Ereignisse, wo Sie sagen würden, das war so ein Knackpunkt, wo die Weichen in eine bestimmte Richtung gestellt wurden?

VI. Abschlussfragen

Was würden Sie anders machen, wenn Sie eine Bürgerkonferenz organisieren würden?

Fallen Ihnen im Zusammenhang mit der Konferenz noch Dinge ein, die für Sie wichtig sind, die aber bisher nicht zur Sprache gekommen sind?

Verzeichnis von Bürger- und Konsensuskonferenzen

Aufgeführt nach Ländern (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) und Jahr, Thema, Veranstalter, Homepage des Veranstalters (wenn einschlägig informativ)

Argentinien

1999	Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel (Konsensuskonferenz)	Veranstalter unbekannt
2001	Human Genome Project (Konsensuskonferenz)	Veranstalter unbekannt

Australien

1999	Gentechnologie in der Nahrungskette (Konsensuskonferenz)	Australian Museum 6 College Street Sydney, NSW 2010 Tel.: +612-9320 6000	http://www.abc.net.au/science/slab/consconf/default.htm
------	--	---	---

Belgien

1992	Wissenschaft, Technik und gesellschaftlicher Zusammenhalt (Konsensuskonferenz)	Université Catholique de Louvain Recherche In-terdisciplinaire en Développement Régional Place de l'Université 1 BE-1348 Louvain-la-Neuve Tel : +32-10 47 21 1	www.ucl.ac.be/
------	--	--	--

Dänemark

1987	Gentechnologie in Landwirtschaft u. Industrie (Konsensuskonferenz)	Teknologirådet Antonigade 4 DK-1106 København Tel.: +45-33320503 Fax: +45-33910509	www.tekno.dk
1989	Lebensmittelbestrahlung (Konsensuskonferenz)		
1989	Humangenom-Kartierung (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1990	Luftverschmutzung (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1991	Ausbildungs-Technologien (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1992	Transgene Tiere (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1993	Zukunft des Privatverkehrs (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1993	Unfruchtbarkeit (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1994	Elektronische Identitätskarten (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1994	Verkehrsinformationssysteme (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1994	Integrierte Landwirtschaftsproduktion (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1995	Chemikalien in Lebensmitteln und Umwelt (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1995	Gentherapie (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1996	Zukunft der dänischen Fischerei (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1995	Zukunft von Konsum und Umwelt (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1997	Teleworking (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1999	Gentechnische Lebensmittel (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
2000	Lärm und Technik (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
2002	Gentests (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -

Deutschland

1995	Biotechnologie/Gentechnik – eine Chance für neue Industrien in Baden-Württemberg (Bürgerforum)	Akademie für Technik-folgenabschätzung in Baden-Württemberg Industriestraße 5 D-70565 Stuttgart Tel.: +49-711-9063-0 Fax: +49-711-9063-299	www.ta-akademie.de
1996	Klimaverträgliche Energieversorgung in Baden-Württemberg (Bürgerforum)		
1996	Bürgerbeteiligung an der Abfallplanung für die Region Nordschwarzwald (Bürgerforum)	- „ -	- „ -
1998	Umweltdiskurs Ulm (Konsensuskonferenz)	- „ -	- „ -
1998	Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement (Bürgerforum)	- „ -	- „ -
1999	Sozialdiskurs Ulm	Stadt Ulm, Rathaus-B 3940 D-89073 Ulm Tel.: +49-731-161-1041 Fax: +49-731-161-1635	http://zserver.ulm.de/content/root/08/120/020/main_html
2001	Streitfall Gendiagnostik (Bürgerkonferenz)	Deutsches Hygiene-Museum Lingnerplatz 1 D-1069 Dresden Tel.: +49-351 4846 711 Fax: +49-351 4846 587	http://www.buergerkonferenz.de/pages/start_en2.htm
2004	Bürgerkonferenz zur Stammzellforschung	Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin AG Bioethik und Wissenschaftskommunikation Robert-Rössle-Str.10 D-13092 Berlin Tel. 030-94 06-38 43 Fax 030-94 06-21 58	http://www.bioethik-diskurs.de/Buergerkonferenz/index_html

Frankreich

1998	Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung (Bürgerkonferenz)	Office Parlementaire d'Evaluation des Choix Scientifiques et Technologiques 6, rue Garancière 75291 Paris Cedex 06 Tel.: +33-142342145 Fax: +33-142343855	http://www.loka.org/pages/Frenchgenefood.htm
------	--	---	---

Großbritannien

1994	Pflanzenbiotechnologie (Konsensuskonferenz)	The Science Museum Exhibition Road South Kensington London SW7 2DD Tel.: +44-870 870 4771	www.sciencemuseum.org.uk
1999	Beseitigung radioaktiven Abfalls (Konsensuskonferenz)	The UK Centre for Economic and Environmental Development Priestgate House, 3/7 Priestgate, Peterborough PE1 1JN Tel.: +44-1733-311644 Fax: +44-1773-312782	www.ukceed.org/
2003	GM Nation (Public Debate zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln)	GM Public Debate Steering Board Bay 479 1 Victoria Street London SW1 0ET Tel.: 020 7215 6508	www.gmnation.org.uk

Israel

2000	Zukunft des Transportwesens (Konsensuskonferenz)	The Haim Zippori Community Education Center Jerusalem Forest P.O.B: 3353 Jerusalem 91033 Tel.: 972-2-6752911 Fax: 972-2-6413522	www.zippori.org.il/English/index.html
2001	Arbeitslosigkeit in Israel (Konsensuskonferenz)		

Japan

1998	Gentherapie	National Institute of Science and Technology Policy 1-3-2 Kasumigaseki, Chiyoda-ku Tokyo 100-0013, Japan Tel. : +81-3-3581-2391 Fax : +81-3-3503-3996	
1999	Informationsgesellschaft		
2000	Biotechnologie, Agrarwesen und Ernährung (Konsensuskonferenz)	Society for Techno-innovation of Agriculture, Forestry and Fisheries 305-0854 446-1 IPPAIZUKA KAMIYOKOBA TSUKUBA IBARAKI Tel.: (81)298-38-2113 2190 Fax: (81)298-38-1780 , 2337	

Kanada

1999	Lebensmittelbiotechnologie	University of Calgary 2500 University Drive NW Calgary, Alberta Canada T2N 1N4 Tel.: (403) 220-5110	http://www.acs.ucalgary.ca/~pubconf/index.html
2000	Müllbehandlung auf Gemeindeebene	Hamilton City/Region	http://www.eng.mcmaster.ca/stpp/consensus2000/index.html

Neuseeland

1996	Pflanzenbiotechnologie I (Talking Technology Conference)	MAF Information Bureau ASB House 101-103 The Terrace PO Box 2526, Wellington	
1999	Pflanzenbiotechnologie II (Talking Technology Conference)	Tel.: +64 474 4100 Fax: +64 4 474 4111	
1999	Gentechnische Schädlingsbekämpfung	Consumers' Institute of New Zealand Private Bag 6996 Wellington 6030 Tel.: (04) 384 7963 Fax:(04) 385 8752	

Niederlande

1993	Transgene Tiere (Publiek Debat)	Rathenau Institute: P.O. Box 85525 NL-2508 CE The Hague	www.rathenau.nl
1995	Humangenom-Forschung (Publiek Debat)	Tel.: 070-342 15 42 Fax: 070-363 34 88	- „ -
1996	Natur-/Umweltgestaltung (Publiek Debat)	- „ -	- „ -
1998	Klonen (Publiek Debat)	- „ -	- „ -

Norwegen

2000	Gentechnisch veränderte Lebensmittel	The National Committees for Research Ethics PO. Box 522, Sentrum N-0105 Oslo	http://www.teknologiradet.no/html/440.htm
2000	smart-house Technologie für Pflegeheime (Szenarioworkshop)	Tel.: + 47-23 31 83 00 Fax: + 47-23 31 83 01 Biotechnology Advisory Board P.O. Box 8027 Dep N-0030 Oslo Tel.: +47 22 24 87 91 Fax: +47 22 24 27 45	

Österreich

1997	Bodennahes Ozon	Wiener Umwelthanwaltschaft Muthgasse 62 1190 Wien Tel.: (+43 1)37979 Fax: (+43 1)3797999-88989	
2003	Genetische Daten	Rat für Forschung und Technologieentwicklung Donau-City-Straße 1 1220 Wien Tel.: (+43 1) 2050120 – 555 Fax: (+43 1) 2050120 – 900 e-mail: office@rat-fte.at	http://www.innovatives-oesterreich.at/innovativ/detail/1835?rnd=0.6168260641516778

Schweiz

1998	Dialog zur Gendiagnostik	Dominik Büchel „Dialog Gendiagnostik“ Tel: +4161 686 91 86 Fax: +4161 686 91 87	
1998	Strom und Gesellschaft (PubliForum)	Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat Inselgasse 1 3003 Bern Tel.: +41 31 323 00 48 Fax: +41 31 323 95 47	www.swtr.ch www.publiforum2000.ch
1999	Gentechnik und Ernährung (PubliForum)		
2000	Transplantationsmedizin (PubliForum)		
2002	Dialog zur Gendiagnostik	- „ -	- „ -
2003	In-vitro-Fertilisation (publifocus)	- „ -	- „ -
2003 /04	Forschung am Menschen (PubliForum)	- „ -	- „ -

Südkorea

1998	Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel (Konsensuskonferenz)	Korean National Commission for UNESCO (KNCU) GPO-Box 5562	
1999	Klonen (Konsensuskonferenz)	- „ -	

USA

1997	Telekommunikation und Demokratie	The Loka Institute P.O. Box 355 Amherst MA 01004-0355 USA Tel.: +1-413-559-5860 Fax: +1-413-559-5811	www.loka.org
2002	Nahrungsmittel in New England	Office of Sustainability Progr. University of New Hampshire 131 Main Street, 107 Nesmith Hall, Durham, NH 03824 Phone: 603-862-4088	www.sustainableunh.edu/fas/futureneefood/index.html